

**DIE
FORTSCHRITTS
KOALITION** *für
Wien*



Sozial. Mutig. Nachhaltig. Menschlich. Modern.

Inhalt

DIE WIENER FORTSCHRITTSKOALITION	4
EINLEITUNG	6
1. KAPITEL: STADT DER ARBEIT – ARBEIT UND WIRTSCHAFT	10
1.1 Ausgangspunkt 2020: Corona und die Folgen	10
1.2 Arbeit	12
1.3 Wirtschaft	17
1.4 Europa und Internationales Wien - Metropole im Herzen Europas	27
1.5 Finanzen	32
2. KAPITEL: KINDER- UND JUGENDFREUNDLICHSTE STADT	38
2.1 Stadt des Wissens – Bildung ist Zukunft	38
2.2 Stadt der Kinder und Jugendlichen	39
2.3 Stadt der Wissenschaft	54
2.4 Arbeiten für Wien	60
3. KAPITEL: LEBENSWERTE KLIMAMUSTER-STADT	62
3.1 Der Wiener Klimapakt	62
3.2 Klimaverträglicher Verkehr	68
3.3 Öffentlicher Raum	72
3.4 Nachhaltige Entwicklung	74
3.5 Umwelt	76
3.6 Lebensmittel	78
3.7 Abfallwirtschaft	79
3.8 Landwirtschaft	81
3.9 Märkte	83
3.10 Trinkwasser	84
3.11 Tierschutz	85
3.12 Stadt der sauberen Luft	86
3.13 Stadt am Wasser	86
3.14 Wiener Stadtwerke	87
4. KAPITEL: STADT DER KULTUR UND DES RESPEKTvollen MITEINANDERS	90
4.1 Kunst und Kultur: Kulturmetropole Wien	91
4.2 Öffentlicher Raum, lebendige Orte und Grätzln, Belebung der Erdgeschosszonen, Nachbar-	

schaft und Zusammenleben	100
4.3 Wien ist die Stadt der Frauen: Stark, sicher, selbstbewusst und sichtbar!	103
4.4 Lesbisch, Schwul, Bi, Trans*, Inter*, Queer (LGBTIQ): Wien ist Regenbogenhauptstadt	108
4.5 Demokratiekultur, Menschenrechte und Mitgestaltung im Grätzl	113
4.6 Zusammenleben: Wien ist eine Stadt für alle!	116
5. KAPITEL: LEISTBARE STADT	124
5.1 Leistbares Wohnen der Zukunft	126
6. KAPITEL: SMART CITY WIEN	134
6.1 Smart City Rahmenstrategie	135
6.2 Digitalisierungshauptstadt Wien	139
6.3 Stadtentwicklung	148
6.4 Smarte Mobilität	153
7. KAPITEL: SOZIALER ZUSAMMENHALT	168
7.1 Soziale Sicherheit	168
7.2 Soziale Dienstleistungen	169
7.3 Gelebte Inklusion und Partizipation	175
7.4 Generationen und Miteinander	176
8. KAPITEL: GESUNDHEITSMETROPOLE WIEN	178
8.1 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen – mit den PatientInnen im Fokus	178
8.2 Digitalisierung im Gesundheitswesen	184
8.3 Stärkung der Frauengesundheit und Selbstbestimmung	186
8.4 Seelische Gesundheit	187
8.5 Gesundheitsförderung	189
SPORT	190
9. KAPITEL: TRANSPARENTE STADT	194
9.1 Korruptionsprävention und -bekämpfung	195
9.2 Reform der Untersuchungskommission	195
9.3 Stärkung des Parlamentarismus in Gemeinderat und Landtag sowie auf Bezirksebene	197
9.4 Transparenz bei Förderungen, Personal und öffentlichen Unternehmen	199
9.5 Informationsfreiheit und Reform der Auskunftspflicht	201
9.6 Politische Parteien und Wahlkämpfe	202
9.7 Starke Kontrolle durch einen unabhängigen Stadtrechnungshof	203
9.8 Wahlen, Direkte Demokratie und Petitionen	204

Die Wiener Fortschrittskoalition

Sozial. Mutig. Nachhaltig. Menschlich. Modern.

Wien steht für Vielfalt. Wien steht für sozialen Zusammenhalt und ein friedliches Miteinander in den schwersten Stunden - genauso wie in den strahlenden Momenten. Wien ist die Stadt für alle Menschen, die hier leben - unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sexueller Orientierung.

SPÖ und NEOS legen das erste Programm einer sozialliberalen Regierung in Österreich vor. Wir bauen darin auf den Errungenschaften der Vergangenheit auf und führen Wien ambitioniert in die Zukunft.

Die Corona-Krise und das brutale Attentat des 2. November 2020 haben unseren Alltag in vielfacher Weise verändert. Diese Erfahrungen werden auch unsere Zukunft prägen. Aber mit noch mehr Zusammenhalt, einem starken Sozialstaat, einem leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitssystem, einer florierenden Wirtschaft und mit der besten Bildung für unsere Kinder wird es uns auch in Zukunft gelingen, alle Herausforderungen zu meistern.

Im Zentrum unserer unmittelbaren Anstrengungen steht die Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise. Wir werden um jeden einzelnen Arbeitsplatz und jedes Unternehmen kämpfen und gemeinsam sicherstellen, dass den Wienerinnen und Wienern alle Chancen offenstehen. Deswegen sorgen wir auch für die beste Bildung für unsere Kinder und kämpfen konsequent für echte Gleichstellung. Denn unser Wien ist die Stadt des Zusammenhalts von mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Wir machen Bildung zur Startrampe in ein erfülltes Leben. Wir lassen niemanden zurück, der Hilfe braucht und respektieren die unterschiedlichsten Lebensentwürfe. Und wir sichern auch in Zukunft leistbares Wohnen in Wien.

Klimaschutz ist einer der zentralen Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Wir drehen vor allem an den großen Schrauben und machen Wien zur Klimamusterstadt. In Zukunft soll Wien europaweites Vorbild für Klimaschutz sein.

Große Veränderungen, die wir für eine nachhaltige und gerechte Zukunft brauchen, werden nur mit ausgestreckter Hand gelingen. Wir strecken sie aus – allen voran den Sozialpartnern und auch den Bundesländern. Wir reichen sie der Opposition. Denn wir wollen die besten Ideen für unsere Stadt. Und wir reichen unsere Hände der Bundesregierung und erwarten im Gegenzug, dass Wien mit Respekt behandelt wird.⁴

Wir schaffen Freiräume, wo sie Ideen zum Wachsen bringen. Wir schließen Lücken, wo Hass und

Missgunst entstehen können und sorgen dafür, dass alle Menschen, die hier leben, Wien als ihr Zuhause ansehen.

Unser gemeinsames Programm ist ein ambitioniertes Programm des Fortschritts. Es sieht die Zeichen unserer Zeit und ist getragen von Optimismus und Realitätssinn. Wir sehen vor allem die vielen Zukunftschancen und das große Potential von Wien und den Wienerinnen und Wienern. Aber unser Programm hat auch klar im Blick, wo die Herausforderungen liegen.

Unsere Politik wird sich immer von sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit leiten lassen. Denn nur Lösungen, die das Wohl dieser und zukünftiger Generationen im Auge haben, sind gerechte Lösungen. Wir stellen den Nutzen vor den Effekt. Wir suchen nach Lösungen, die wirken, und nicht nach solchen, die sich bloß gut verkaufen lassen.

Das Wirken von Politik basiert auf Vertrauen. Vertrauen wird durch Nachvollziehbarkeit gewonnen und Nachvollziehbarkeit wird durch Transparenz geschaffen. Die Wiener Fortschrittskoalition ist eine Transparenzkoalition mit größtmöglicher Offenheit.

Der Humanismus ist unser zentrales Leitmotiv. Wir glauben an die Besonderheiten des Einzelnen in einem Miteinander und sozialem Zusammenhalt. Wir anerkennen dabei auch die Unterschiedlichkeit unserer beiden Weltanschauungen und respektieren diese.

Wir blicken mit Realismus auf die Welt. Wir schauen nicht weg und wenn es Probleme gibt, so benennen wir sie. Wir anerkennen, dass das Zusammenleben herausfordernd ist - in einer Großstadt wie Wien in vielfältiger Weise.

Große Herausforderungen brauchen große Antworten. Dafür braucht es Mut. Den Mut, auch Unangenehmes anzusprechen. Aber auch den Mut, anzuerkennen, dass große Änderungen eine gewisse Zeit brauchen. Wir lassen den kleinen Konflikt im Alltag zur Seite, um die großen Dinge gemeinsam zu bewältigen, und gestalten eine Zukunft Wiens, in der alle Bewohner_innen dieser Stadt ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben führen können.

Wir haben den Anspruch, unsere Stadt in eine bessere Zukunft zu führen, denn wir lieben Wien von ganzem Herzen!

Einleitung

Stadt der Arbeit und Wirtschaft:

Die Corona-Krise stellt die Stadt vor große Herausforderungen aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit. Die neue Wiener Stadtregierung lässt in Wien aber niemanden zurück und hilft mit gezielten Maßnahmen rasch und unbürokratisch. Wir setzen Konjunkturimpulse und investieren in den Standort, sorgen für Qualifizierungsmaßnahmen und bauen erfolgreiche Initiativen - wie z.B. die „Joboffensive 50plus“ - weiter aus. Für Unternehmen modernisieren wir die Wiener Wirtschaftsförderungen und machen sie durch Entbürokratisierung leichter zugänglich. Damit fördern wir auch die Vielfalt der Wiener Wirtschaft und machen sie krisenfest.

EPU, Kleinunternehmer_innen und Familienunternehmen stehen dabei im Mittelpunkt, denn sie schaffen Arbeit und bleibende Werte. Zusammen gehen wir mutig und gestärkt aus der Krise und stellen uns dabei den Herausforderungen der Digitalisierung und des Klimawandels. In Wien verbinden wir den Ausbau des hohen Wohlstands und Lebensstandards konsequent mit den Wiener Werten der Daseinsvorsorge und der Nachhaltigkeit. Denn in Wien steht der Mensch im Mittelpunkt.

Stadt der Bildung:

Die Fortschrittskoalition hat es sich zum Ziel gesetzt, das Wiener Bildungssystem so weiter zu entwickeln, dass unseren Kindern alle Zukunftschancen offenstehen. Vor mehr als zehn Jahren wurde in Wien der Gratis-Kindergarten eingeführt. Diesen Herbst wurde an 70 Standorten die Gratis-Ganztagsschule etabliert. Pro Jahr kommen nun bis zu zehn weitere Standorte hinzu. Mit dem Programm „Das Wiener Bildungsversprechen“ werden Großstadtschulen mit besonderen Herausforderungen zu Startrampen für ein gelungenes Leben, die Zahl der Schulpsycholog_innen wird massiv aufgestockt und an jeder Wiener Pflichtschule wird eine zusätzliche Verwaltungskraft für Unterstützung sorgen.

Gleichzeitig werden der qualitative und quantitative Ausbau der Kindergartenplätze und die Bildungscampus-Neubauprogramme fortgesetzt. Wir setzen aber auch einen Schwerpunkt beim Personal, indem wir den Pädagog_innen mit Fach- und Unterstützungspersonal sowie Sprachförderkräften den Rücken stärken. Darüber hinaus werden die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe ausgebaut. Ziel der Fortschrittskoalition ist es auch, dass Wien die kinder- und jugendfreundlichste Stadt der Welt wird – und zwar mittels Umsetzung der Wiener Kinder- und Jugendstrategie sowie der Maßnahmen dieses Regierungsprogramms. Und weil zu einer Stadt des Wissens die Wissenschaften dazugehören, werden wir alles tun, um Wien auch in Zukunft als führende europäische Forschungs- und Innovationsmetropole zu positionieren.

Lebenswerte Klimamusterstadt:

Wien hat heute österreichweit die niedrigsten CO₂-Emissionen pro Kopf und eines der weltweit dichtesten Öffi-Netze. Jetzt gilt es, nicht nachzulassen! Ganz im Gegenteil: Die neue Wiener Fortschrittskoalition macht Wien zur Klimamusterstadt! Dazu setzen wir auf Klimaschutz, Klimawandelanpassung und Kreislaufwirtschaft. Alle Zielsetzungen, Werkzeuge und Gremien werden im neuen Wiener Klimaschutzgesetz gebündelt. Das Wiener Klimabudget sichert die Umsetzung unserer ambitionierten Vorhaben. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen der Ausbau erneuerbarer Energien, die Wärme- und Verkehrswende, neue oder erneuerte Parks- und Grünflächen, Abfallvermeidung und Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Kühlungsmaßnahmen in der Stadt. Auf diese Weise wird Wien bis 2040 CO₂-neutral. Bis 2040 erfolgt der Ausstieg aus fossilen Energieträgern für Heizung, Kühlung und Warmwasserbereitung. Weiters werden die CO₂-Emissionen des Verkehrssektors bis 2030 um mehr als 50 % reduziert sowie der Anteil der Pkw-Pendler_innen, die nach Wien kommen, ebenfalls bis 2030 halbiert. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Wien trotz der Herausforderung durch den Klimawandel weiterhin die Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität bleibt.

Weltoffene Kulturstadt:

Wien ist eine Metropole mit internationaler Strahlkraft, die sich über Jahrhunderte hinweg durch die Begegnung von Kulturen entwickelt hat. Diese Vielfalt bereichert die Stadt, führt aber auch zu Herausforderungen für das Zusammenleben, denen wir uns stellen werden. Wir bekennen uns daher zu einer lösungsorientierten Integrationspolitik, für die immer ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Wien im Mittelpunkt steht.

Als Kulturstadt werden wir außerdem geeignete Rahmenbedingungen für ein möglichst vielfältiges und von möglichst vielen Menschen erlebbares Kulturprogramm schaffen. Orte der Kreativität sollen in Wien auch die einzelnen Grätzl sein, die noch dazu für ein lebendiges Miteinander von enormer Bedeutung sind. Daher setzen wir auf eine Stadt der kurzen Wege, in der Grätzl zum „verlängerten Wohnzimmer“ werden können und von Nahversorgung über Kultur und erholsamer Freizeit alles für einen lebenswerten Alltag bieten. Als weltoffene Metropole setzen wir uns zudem für die Gleichstellung der Geschlechter ein und verschreiben uns dem Kampf gegen jegliche Form der Diskriminierung. Denn in Wien haben alle Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sexueller Orientierung gleiche Rechte und Pflichten.

Leistbare Stadt:

Wien ist die attraktivste und leistbarste Millionenstadt der Welt. Der Hauptgrund dafür ist der geförderte Wohnbau. Dieses internationale Vorzeigemodell wollen wir weiter ausbauen. Die neue Wiener Fortschrittskoalition wird 1.500 neue Gemeindebauwohnungen und tausende weitere geförderte Wohnungen auf den Weg bringen. Außerdem starten wir eine Sanierungsoffensive, um bestehende Gemeindebauten auf den neuesten Stand zu bringen. Wir verbessern die Vergaberichtlinien, damit die Wienerinnen und Wiener, die eine geförderte Wohnung am dringendsten brauchen, diese auch so schnell wie möglich bekommen. Zusätzlich kümmern wir uns darum, dass auch private Eigentümer_innen beim Bau und der Modernisierung von

Wohnraum bestmöglich unterstützt und beraten werden. Um den Klimawandel und seine Auswirkungen einzudämmen, setzt die Fortschrittskoalition auf nachhaltiges Bauen und Modernisieren sowie auf Maßnahmen, die an Hitzetagen für Abkühlung sorgen.

Smart City:

Wien ist heute eine „Smart City“, die hohe Lebensqualität, radikale Ressourcenschonung und umfassende Innovation vereint. Die Smart City Wien begegnet so aktiv den Herausforderungen der Klima- und Umweltkrise, dem rasanten technologischen Wandel und der umfassenden Digitalisierung.

Wir machen die Smart City Wien nicht nur zur Klimamusterstadt, sondern auch zur Digitalisierungshauptstadt, wo der Mensch im Mittelpunkt steht.

Zu den wichtigsten Projekten zählen die Etablierung einer Datenstrategie für Wien, noch mehr Datensicherheit, die weitere Digitalisierung der Stadtverwaltung, aber auch die Verbesserung der bisher „analogen“ Versorgungsinfrastruktur sowie von Bildungs- und Wissenschaftsangeboten. Zu einer Smart City gehört aber auch smarte Mobilität. Daher wird die Fortschrittskoalition Mobilität und Verkehr umfassend weiterentwickeln - und zwar unter anderem durch den weiteren Ausbau der Öffis und der E-Mobilität, Investitionen in den Ausbau der Straßeninfrastruktur, den Ausbau des Radwegnetzes, ein neues System des Parkraummanagements und verkehrsberuhigende Maßnahmen.

Stadt des sozialen Zusammenhalts:

Wien ist eine Stadt der Solidarität, in der niemand zurückgelassen wird. Wir sind stolz auf unsere Sozialpolitik, die Menschen zu einem selbstbestimmten Leben ermächtigt und dort, wo das nicht möglich ist, ein Leben in Würde garantiert. Dieses soziale Netz hält nicht nur unsere Gesellschaft zusammen, sondern ist auch die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg Wiens. Eine funktionierende Armutsbekämpfung, hochwertige Pflege und eine bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle sind die Stränge dieses sozialen Netzes.

Gerade in der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie wichtig eine leistungsstarke öffentliche Gesundheitsversorgung ist. Das Wiener Gesundheitswesen zeichnet sich sowohl im niedergelassenen als auch im Spitalsbereich durch sein breites und qualitativ hochwertiges Angebot aus. Dieses wollen wir in seiner Serviceorientierung und seiner Ausrichtung anhand der sich veränderten Bedürfnissen der Wienerinnen und Wiener weiterentwickeln. Zusätzlich werden wir umfassend neue digitale Angebote wie zum Beispiel das Wiener Gesundheitsportal schaffen. Wien ist und bleibt internationales Vorbild im sozialen Zusammenhalt.

Transparente Stadt:

Transparenz, Kontrolle und Nachvollziehbarkeit sind zentrale Bestandteile einer lebendigen Demokratie mit mündigen Bürger_innen. Die Fortschrittskoalition wird den offenen Zugang zu Datenbanken und Studien ausbauen – genauso wie die Kontrollrechte des Gemeinderates und des Stadtrechnungshofes im Bereich der Parteifinanzen. In diesem Zusammenhang werden wir

alle Chancen nutzen, die uns die Digitalisierung bietet, um die Politik weiter zu öffnen. Um das Vertrauen der Bürger_innen in die Demokratie zu stärken, kommt es auch auf Korruptionsprävention und –bekämpfung an. In diesem Bereich streben wir die Schaffung einer weisungsungebundenen Wiener Antikorruptions-Ombudsstelle an. Weiters soll das Instrument der Untersuchungskommission reformiert werden. Gemeinderat und Landtag wollen wir transparenter und bürger_innennäher machen.

Wir setzen neue Standards bei der Transparenz von Förderungen. Für faire und sparsame Wahlkämpfe formulieren wir ein klares und verbindliches Regelwerk.

Außerdem wird die Fortschrittskoalition die Einrichtungen der direkten Demokratie und der Bürger_innenbeteiligung weiter ausbauen.

1. Kapitel: Stadt der Arbeit – Arbeit und Wirtschaft

1.1 AUSGANGSPUNKT 2020: CORONA UND DIE FOLGEN

Die COVID-19-Pandemie wird Österreich und auch Wien in eine schwere Rezession bringen. Die Prognosen und die Schwere der wirtschaftlichen Einbußen mögen heute noch unsicher und alle gesellschaftlichen und sozialen Folgen für die Wienerinnen und Wiener noch gar nicht abschätzbar sein. Für uns jedoch ist klar: Wir lassen in Wien niemanden zurück und werden alles daran setzen, den Konjunkturereinbruch so gut es geht zu dämpfen und so rasch wie möglich aus der Krise wieder in ein Wachstum zu kommen. Es ist unsere Aufgabe als Stadtregierung, ergänzend zum Bund, mit gezielten Maßnahmen zu helfen und die in Wien besonders betroffenen Sektoren auch intensiv zu unterstützen.

Wien hat 2019 trotz hoher Investitionen keine neuen Schulden gemacht. Ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr und ein disziplinierter Budgetvollzug machten es möglich. Rechtzeitig vor der Corona-Krise wurden so Rücklagen aufgebaut, um genau für Situationen wie die corona-bedingte Wirtschaftskrise Vorsorge zu treffen. Um handlungsfähig zu bleiben, ist die öffentliche Hand gut beraten, nicht unbegrenzt Schulden zu machen. So wie für Private und Unternehmen gibt es aber auch für die Stadt Wien gute Gründe, in bestimmten Situationen Ausgaben und Investitionen über Kredite zu finanzieren. In Phasen der Hochkonjunktur wird gespart, doch in Krisenzeiten investiert, um Beschäftigung und Wertschöpfung zu sichern.

Das Jahr 2020 ist aufgrund der aktiven Krisenbekämpfung gepaart mit massiven Einnahmefällen natürlich eine große Herausforderung für die öffentlichen Finanzen. Aber für die Fortschrittskoalition steht fest: Die Unterstützung für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft sowie die Sicherung des Gesundheitssystems und der Ausbau des Bildungsbereichs haben jetzt Vorrang vor einer schwarzen Null. Schnelle und unbürokratische Hilfe für die Wiener Unternehmer_innen war und bleibt dringend notwendig, um die aktuelle Gesundheits- und Wirtschaftskrise in Wien zu bekämpfen und die Stadt auf Kurs zu halten. Zusätzlich investieren wir massiv in das Wiener Gesundheits- und Sozialsystem. Dabei geht es stets nicht nur um die kurzfristige Krisenbekämpfung, sondern auch um langfristige Investitionen in die Zukunft und damit neue Entwicklungschancen.

Lockdown, Umstellung auf Homeoffice, Schließung der Grenzen, plötzliche Trennung von Freund_innen und Familie, all das ist beruflich wie privat ein riesiger Schock. Wirtschaft und Gesellschaft leiden darunter, wenn es keine Planbarkeit mehr gibt. Dazu kommen die zuneh-

mende Einsamkeit und die Angst vor einer Verschlimmerung der ohnehin schon angespannten Situation sowie Sorgen um die eigene Gesundheit und das Wohlergehen der Familie. Die neue Wiener Stadtregierung lässt keinen Zweifel daran, alle Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen, um die Corona-Krise bestmöglich zu meistern. Wir werden alles Notwendige tun, damit Wien aus der Krise kommt.

Was es auf kommunaler Ebene jetzt ganz besonders braucht, sind Konjunkturimpulse und Investitionen in den Standort, die kurzfristig lokale Aufträge bringen und langfristig generationenübergreifende Werte schaffen. Gleichzeitig möchten wir aktive Schritte setzen, um bürokratische Hürden zur Ausübung von wirtschaftlicher Tätigkeit - gemäß dem Leitsatz „So viel Freiheit wie möglich, so viel Regulierung wie nötig“ - abzubauen, und eine schlanke und serviceorientierte Verwaltung zu bieten, von der alle Unternehmer_innen und alle Bürger_innen der Stadt profitieren. Sie alle erwarten sich zu Recht eine moderne, zeitgemäße Verwaltung und das beste Service. In der Krise zählen Verlässlichkeit, Leadership und Vertrauen. Dafür setzt die Wiener Fortschrittskoalition auf einen laufenden Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft und den Sozialpartnern. Dabei sind auch die Stimmen und Ideen der Wienerinnen und Wiener mitzudenken.

Wien bietet für ein gutes Leben die besten Voraussetzungen als weltoffene Metropole im Herzen Europas für die Menschen als Bewohner_innen, Konsument_innen und Beschäftigte, als Unternehmer_innen, Arbeitgeber_innen und Treiber_innen von Fortschritt und Entwicklung. Die wirtschaftlichen Qualitäten Wiens sind weit über die Grenzen hinaus bekannt:

- Die Wiener Lebensqualität als Magnet für Kreativität und Talente.
- Die Verlässlichkeit der Infrastruktur – vom Wiener Wasser bis zu den Öffis.
- Das Bildungssystem vom Kindergarten über Schulen bis zu Hochschulen.
- Das exzellente Arbeitskräftepotenzial.
- Die soziale Sicherheit als Basis für starken Zusammenhalt in Wien.

Die Corona-Krise hat in vielen Bereichen aufgezeigt, worauf unsere wirtschaftlichen Strukturen noch nicht im notwendigen Ausmaß vorbereitet waren. Wir wollen in Wien dazulernen und mit unserem Wissen und unseren Talenten noch stärker Teil von europäischen Antworten und Wertschöpfungsketten werden.

1.2 ARBEIT

Wien steht vor enormen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Trotz massiver Inanspruchnahme der Corona-Kurzarbeit mit zwischenzeitlich mehr als 285.000 Anmeldungen allein in Wien wird die Arbeitslosigkeit im Jahresschnitt 2020 deutlich steigen und auch 2021 noch außergewöhnlich hoch bleiben. Es ist das Gebot der Stunde, diese hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und in die Qualifikation der Wienerinnen und Wiener zu investieren. Die Zukunft auf dem Wiener Arbeitsmarkt soll auch weiterhin von Bildungsaufstieg, mehr Chancen und höherer Produktivität geprägt sein, und nicht von einem Niedriglohnsektor wie in anderen europäischen Ländern.

Die neue Stadtregierung wird daher alles unternehmen, um die gestiegene Arbeitslosigkeit, die Verfestigung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit in besonders betroffenen Branchen sowie den Lehrstellenmangel zu bekämpfen.

Es gilt in diesem Kampf für Zukunftsperspektiven junger Menschen kreative Initiativen aufzugreifen und den verstärkten Trend zur Digitalisierung für Re- und Höherqualifizierung zu nutzen, um so neue Chancen für junge Menschen in Branchen der Zukunft zu schaffen. Neue Perspektiven reduzieren zudem die hohen volkswirtschaftlichen Folgekosten der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen, aber auch für Gesellschaft und Staat, und wirken präventiv gegen Radikalisierungstendenzen.

Der starke Sozialstaat reduziert die Abstiegsgefahr vieler Menschen immens und schützt auch die Mitte der Gesellschaft vor dem Fall in die Armut. Gleichzeitig ist es der neuen Stadtregierung klar, dass ein starker Sozialstaat eine leistungsstarke Wirtschaft braucht. Die Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik soll deshalb auch immer wachsende, zukunftssträchtige Branchen mitdenken, unterstützen und so den Fachkräftemangel beheben.

Wiener Arbeitnehmer_innen weiterbilden

Der größte Standortvorteil Wiens sind gut ausgebildete Menschen. Der Wirtschaftsforschung folgend bietet die Stadt den Wienerinnen und Wienern ein Angebot zur Höherqualifizierung, um auf die zukünftigen Herausforderungen von Arbeit und Wirtschaft vorbereitet zu sein und den persönlichen Entfaltungswünschen Rechnung zu tragen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Weiterentwicklung des Qualifikationsplans Wien 2030**, der Zusammenarbeit aller Verantwortungsträger_innen auf Bundes- und auf Landesebene sowie der besonderen Rolle der Sozialpartner_innen mit der Koordinationsdrehscheibe waff.
- **Bekennnis zur umfassenden Unterstützung** von Wienerinnen und Wienern mit maximal Pflichtschulabschluss oder mit am Arbeitsmarkt nicht verwertbaren Qualifikationen beim Erwerb von formalen Bildungsabschlüssen.

- Förderangebote und das Instrument des **Qualifikationspasses** für arbeitssuchende und berufstätige Personen weiterentwickeln.
- Klares Bekenntnis zur Unterstützung von berufstätigen Wienerinnen und Wienern bei beruflichen Veränderungsprozessen. Weiterentwicklung des Angebotes an kostenloser Beratung und Begleitung bei beruflichen Veränderungsabsichten, finanzielle Förderung beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie Sicherstellung von Information und Markttransparenz am Aus- und Weiterbildungsmarkt, insbesondere im Hinblick auf gleichstellungsorientierte Angebote für Frauen und Personen in Kurzarbeit.
- **Weiterentwicklung des Förder- und Beratungsangebotes des waff:**
 - Erweiterung digitaler Kompetenzen (Digi Winner) in der Erwachsenenbildung, auch in Richtung Fernlernangebote.
 - Die Angebote des waff vor Ort in den Bezirken (z.B. in den Gemeindebauten) ausbauen.
 - Eine gezielte Informationskampagne soll die Instrumente der Bildungskarenz, Bildungsteilzeit und Fachkräftestipendien jenseits der bereits gut ausgebildeten Menschen bekannt und damit treffsicherer machen.

Neue Arbeitsformen begleiten und gestalten

Mit zunehmender Digitalisierung und Vernetzung steigt die Zahl der Menschen, die mobil arbeiten – unter anderem im Homeoffice. Das Potential dafür ist in Städten besonders groß. Die COVID-19-Pandemie und Maßnahmen des „Social Distancing“ im Arbeitsumfeld haben zu intensiven Phasen des Homeoffice geführt. Damit einhergehen große Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem die Tatsache, dass gerade im urbanen Bereich die Wohnräume oft nicht den Anforderungen eines Büroalltages gewachsen sind. Als Fortschrittskoalition wollen wir modernes Arbeiten wissenschaftlich begleiten und bestmöglich unterstützen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Alle notwendigen steuer-, sozialversicherungs- und arbeitsrechtlichen Grundlagen in Abstimmung mit den Sozialpartnern rasch vom Bundesgesetzgeber zu schaffen, um die **Chancen des mobilen Arbeitens zu nutzen**, ohne die Risiken und Unsicherheiten für Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen zu erhöhen.
- Es muss gewährleistet werden, dass die **Entwicklung neuer Arbeitsformen insbesondere nicht zu Lasten der Frauen** geht und bestehende geschlechtsspezifische Diskriminierungen nicht weiter verstärkt werden.

- Das **Glasfasernetz** soll in allen Bezirken weiter ausgebaut und der **5G-Ausbau** bestmöglich unterstützt werden. Wien soll außerdem mit gutem Beispiel vorangehen und alle städtischen Dienstleistungen nach Möglichkeit auch auf digitalen Plattformen anbieten.

Fachkräftebedarf der Wiener Wirtschaft sichern

Vor dem Hintergrund der jahrelangen positiven konjunkturellen wirtschaftlichen Entwicklung und veränderten gesellschaftlichen Strukturen hat sich der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften fortlaufend erhöht. Die Nachfrage nach Fachkräften war dabei nicht nur auf die private Wirtschaft beschränkt, sondern hat insbesondere den Gesundheits- und Pflegebereich, aber auch andere öffentliche Bereiche, wie die Kindergartenpädagogik betroffen. Alle Expert_innen gehen davon aus, dass nach der Bewältigung der Corona-Krise und der Erholung der Weltwirtschaft der Bedarf an Fachkräften wieder steigen wird. Eine gute Qualifizierung des Arbeitskräftepotentials bleibt nicht nur für die Standortpolitik ein wichtiger Faktor, sondern auch um langfristig die Arbeitslosigkeit in der Stadt zu senken.

Eine weitere wichtige Säule für die Sicherung des Fachkräftebedarfs der Wiener Wirtschaft stellt die Lehrausbildung dar. Allerdings war die Zahl der Lehrplätze in Wien über viele Jahre hinweg rückläufig. Diese Lehrstellenlücke wird auch zukünftig nur durch die „überbetriebliche Lehrausbildung“ (ÜBA) bis zu einem gewissen Grad geschlossen werden können. Denn mit dem Ausbruch der Corona-Krise sind viele betriebliche Lehrplätze weggebrochen, was die Lebenssituation vieler junger Wienerinnen und Wiener verschärft hat. Wir wollen die betriebliche und überbetriebliche Lehrausbildung unterstützen, um mit mehr Lehrstellen aus der Krise zu kommen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

Einrichtung eines Fachkräftezentrums im Wiener Arbeitnehmer_innen Förderungsfonds waff

- Wir wollen ein strategisches Arbeitsmarktinstrument schaffen – ein Fachkräftezentrum für Wien. Der Bogen wird dabei bewusst vom Fachkräftebedarf der Wirtschaft über den öffentlichen Dienst bis hin zur Sozialwirtschaft gespannt. Ebenso soll sich die Beobachtungsperspektive in der qualifikatorischen Dimension vom Bedarf an Hilfskräften bis hin zum Outcome des tertiären Bildungssystems erstrecken.
- Sicherstellung aller notwendigen analytischen Grundlagen für die Beurteilung des zukünftigen Fachkräftebedarfs in Kooperation mit den wirtschafts-, arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Einrichtungen der Gemeinde Wien und des Bundes sowie in Kooperation mit Wirtschaftsforschungseinrichtungen. Die Analyseergebnisse sollen systematisch in strategische Handlungsoptionen verarbeitet werden und damit die Grundlage für die erforderlichen Interventionen schaffen.

- Aufbau tragfähiger Kommunikationsstrukturen (Relationship-Management) und -prozesse zu den Branchen und Branchenbetrieben der Wiener Wirtschaft und den dort beschäftigten Arbeitnehmer_innen, um zusammen mit den Analyseergebnissen einen vertieften Praxisbezug sicherzustellen.
- Entwicklung und Weiterentwicklung konkreter Unterstützungsangebote in Bezug auf den Fachkräftebedarf der Wirtschaft der beruflichen Entwicklungschancen für Wiener Arbeitnehmer_innen in Kooperation mit anderen relevanten Einrichtungen (insbesondere dem AMS) und relevanten Ausbildungseinrichtungen.
- Im Zusammenhang mit der Einrichtung des Fachkräftezentrums des waff sollen die bereits bestehenden Instrumente zur Unterstützung von Unternehmen mit Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften evaluiert werden.
- One-Stop-Shop/Informationsknotenpunkt für Unternehmen und Arbeitnehmer_innen rund um Qualifikationsfragen und Förderungen.

Fachkräftesicherung durch qualitative Lehrausbildung

- Die Wiener Fortschrittskoalition setzt sich das Ziel, die Chancen für junge Wienerinnen und Wiener nach oder während der überbetrieblichen Lehre für den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erhöhen. Dafür soll das Übergangsmanagement der ÜBA in die betriebliche Lehre in Kooperation mit dem AMS evaluiert und weiterentwickelt werden. Ziel ist es, möglichst viele Jugendliche in qualitätsvolle gewerbliche Lehrausbildungsplätze zu bringen und den Anteil der Lehrabgänger_innen, die auch drei Jahre nach der ÜBA in Beschäftigung sind, um 20 % zu erhöhen.
- Aufbau eines Netzwerks von Lehrausbildungsverbänden zum Ausbau der betrieblichen Lehrausbildung und zur Erhöhung des betrieblichen Lehrausbildungsangebotes mit dem Ziel, diese betriebliche Lehrausbildungsquote bis Ende der Regierungsperiode um 20 % zu erhöhen. Dazu soll auch die Schaffung neuer Lehrstellen von der Stadt Wien gefördert werden, sollte der Bund diese wichtige Unterstützung nicht leisten.
- Bedarfsgerechter Ausbau der überbetrieblichen Lehrausbildung. Diese wird nach Maßgabe der Erfordernisse aus Mitteln der Stadt Wien ko-finanziert.
- Unterstützung von jungen Frauen im Hinblick auf nichttraditionelle Lehrberufe, insbesondere neue Lehrberufe im Bereich von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).

Arbeitsstiftungen als Instrument der Fachkräftesicherung

Arbeitsstiftungen sind ein erprobtes Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wenn es um eine berufliche Veränderung mittels beruflicher Aus- und Weiterbildung geht, können sie vor allem jenen Menschen helfen, die einen grundlegenden beruflichen Neuanfang anstreben und dafür umfassende neue Qualifikationen erlangen wollen. Sie können sowohl als sogenannte „Outplacement-Stiftungen“ als auch als „Implacement-Stiftungen“ ausgestaltet werden.

DAHER VEREINBAREN WIR:

Weiterentwicklung und Ausbau von Arbeitsstiftungen

- Sukzessive Erweiterung der Implacementstiftung „Jobs PLUS Ausbildung“, insbesondere auch im Sozial- und Pflegebereich.
- Bedarfsgerechte Erweiterung der Insolvenzstiftung und der anderen Arbeitsstiftungsformen des waff.
- Bedarfsgerechte Erweiterung der Zielgruppenstiftung für Jugendliche in Zukunftsberufen.
- Entwicklung branchenspezifischer Problemlösungsangebote, insbesondere in den von der Corona-Krise stark betroffenen Branchen.

Niemanden zurücklassen

Die Verhinderung von Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und die Integration von arbeitssuchenden Personen in das Beschäftigungssystem ist eine der wichtigsten Aufgaben der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die neue Stadtregierung tritt für eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Kampf gegen die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit ein, die teilweise auch auf strukturell erhärteten Vorurteilen beruht. Bei der Unterstützung junger Menschen bekennt sich die Stadtregierung dazu, dass alle Jugendlichen einen über den positiven Pflichtschulabschluss hinausgehenden Bildungsabschluss erwerben sollen. Da die Corona-Krise aber auch die Situation für ältere Arbeitnehmer_innen verschlechtert, besteht auch für diese Gruppe die Gefahr, dass eine dauerhafte Ausgrenzung von Erwerbsarbeit droht. Wir möchten in Wien ganz gezielt zusätzliche Unterstützungen anbieten und fordern auch vom Bund, die besonderen Bedürfnisse von jungen und älteren Menschen am Arbeitsmarkt stärker in den Fokus zu nehmen, um eine Verfestigung von Erwerbslosigkeit zu vermeiden.

DESHALB VEREINBAREN WIR

- **Weiterentwicklung der Wiener Ausbildungsgarantie für Jugendliche**
- Entwicklung eines **zusätzlichen schulähnlichen Ausbildungsangebotes für Wiener Jugendliche** als Brücke in das österreichische Schul- und Ausbildungssystem. Die-

ses Angebot soll vorhandene Defizite ausgleichen und Übertritte in weiterführende Schulen und betriebliche Lehre unterstützen.

- Die **Joboffensive 50plus** hat sich in der Praxis bewährt und soll weiterentwickelt, nach Bedarf redimensioniert und auch immer mehr privaten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. So werden Anreize zur Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer_innen geschaffen.
- Die Wiener Stadtregierung hat das gemeinsame Ziel, den sozialen Zusammenhalt in Österreich und Wien zu stärken. Deshalb werden wir ein Pilotprojekt im Zusammenhang mit „**Social Impact Bonds**“ als innovativen Ansatz und mögliche alternative Finanzierungsform implementieren, um auf die aktuellen Herausforderungen zu antworten. Im Rahmen einer wissenschaftlichen Evaluierung sollen wichtige Erkenntnisse über die Wirkmechanismen, das Potential und die Möglichkeiten zur Umsetzung eines Social Impact Bonds generiert werden. Dabei sollen auch praktische Beispiele und internationale Erfahrungen mit „SIB“ im Kontext der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einfließen.

1.3 WIRTSCHAFT

Der Mensch im Mittelpunkt – Wien lässt niemanden zurück

Die Fortschrittskoalition will, dass Wien auch in den nächsten Jahrzehnten im internationalen Vergleich zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Städten zählt. Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Fortschritt sollen – unter Berücksichtigung ökologischer Grenzen – einen Beitrag für ein gutes Leben für alle leisten. Das Wohlstandsniveau in Wien ist hoch und ermöglicht einen hohen Lebensstandard, gute Arbeitsbedingungen und faire Entwicklungschancen für alle in Wien lebenden Menschen. Wir als neue Stadtregierung wollen den hohen Wohlstand konsequent mit den Wiener Werten der Daseinsvorsorge und der Nachhaltigkeit verbinden.

Auch ohne die Corona-Krise ist der Investitionsbedarf hoch: Das immer noch anhaltend starke Bevölkerungswachstum erfordert große Investitionsanstrengungen in Infrastruktur, Wohnen, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung. Wien soll sich zudem zur internationalen Klimamusterstadt entwickeln. Die Erhaltung und die Weiterentwicklung des hohen Daseinsvorsorge-Niveaus der Stadt Wien ist durch die COVID-19-Pandemie aktueller denn je. Wir setzen uns das Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken, Arbeitsplätze zu sichern, für qualitatives Beschäftigungswachstum zu sorgen und dadurch Armut zu verhindern.

Unser Wiener Resilienzprinzip: Vielfältige Ökonomie statt anfälliger Monokultur

Krisenresistenz, Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit entstehen aus einem ausgewogenen Mix unterschiedlicher Systeme und Zugänge. Für Wien heißt das: Starke Stadt, freier

Markt und aktive Zivilgesellschaft. Teile der Wirtschaft, insbesondere die öffentliche Daseinsvorsorge, werden nach dem Solidarprinzip über den Eigentümer Staat organisiert, allen voran die Bereiche: Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Für andere Teile gilt es, den Rahmen zu setzen für freien und fairen Wettbewerb und dynamische Entwicklungsmöglichkeit privater Akteur_innen, seien es lokale EPU und KMU oder große internationale Player_innen. In anderen Bereichen wie der - in Wien traditionell stark verankerten - Sozialwirtschaft, Gemeinnützigkeit und den Genossenschaften steht die Zivilgesellschaft im Vordergrund des Handelns..

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wien zündet den Konjunktur-Turbo mit zusätzlichen 600 Millionen Euro für städtische Investitionen. Im Zuge der Krisenbewältigung wird es zunehmend wichtiger, die kurzfristigen Soforthilfen zur Stützung in Richtung von künftiger Konjunkturbelebung zu verschieben. Das 600 Millionen-Euro schwere Konjunkturpaket für Bildungsinfrastruktur, Sportstätten, Infrastruktur und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wird einen ersten riesigen Schritt darstellen. Diese öffentlichen Investitionen machen den Standort attraktiver, lassen mehr private Investitionen folgen, fördern Innovationen, induzieren erhöhte Produktivität im Unternehmenssektor und schaffen bleibende Werte, Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Mit dem Konjunkturpaket werden 300 Projekte vorzeitig ausfinanziert und bis Ende 2023 umgesetzt. Damit stellen wir die Zukunft der Stadt auf ein solides Fundament. Gleichzeitig wird das öffentliche Vermögen vergrößert und neue Ertragspositionen geschaffen, von denen auch die Generationen nach uns noch profitieren werden. Dabei wollen wir künftig auch soziale und ökologische Kriterien in der öffentlichen Beschaffung stärker nutzen, soweit es die Novellierung des Bundesvergabegesetzes erlaubt.

Leichter Wirtschaften in Wien: „So viel Freiheit wie möglich, so viel Regulierung wie nötig“

Die Wiener Fortschrittskoalition will im Schulterschluss mit den Sozialpartnern Reformen setzen, die ein wesentliches Ziel haben: Leichteres Wirtschaften für Unternehmer_innen - für kleine und große Unternehmen - soll den Wirtschaftsstandort Wien noch attraktiver machen. Regeln sind kein Selbstzweck: Wir müssen den Herausforderungen von morgen mit so viel Freiheit wie möglich und so viel Regulierung wie nötig begegnen. Es ist die Aufgabe von Politik und Verwaltung, im Bund sowie in Wien Unternehmer_innen keine Steine in den Weg zu legen, sondern sie bestmöglich zu unterstützen und zu fördern.

Gerade für kleinere und Einpersonen-Unternehmen kann es schwierig sein, einen Gesamtüberblick über die zahlreichen Beratungs- und Förderungsangebote auf Landes- und Bundesebene zu wahren. Wir setzen aktive Schritte, um bürokratische Hürden zur Ausübung von wirtschaftlicher Tätigkeit - nach dem Leitsatz „So viel Freiheit wie möglich, so viel Regulierung wie nötig“ - abzubauen, und gleichzeitig eine schlanke und serviceorientierte Verwaltung zu bieten, von der alle Unternehmer_innen und alle Bürger_innen der Stadt profitieren. Diese erwarten sich

zu Recht eine moderne, zeitgemäße Verwaltung und das beste Service. Dafür sind vernetzte Leistungen, personalisierte Angebote und zielgenaue Informationen von zentraler Bedeutung. Wien bezeichnet sich zu Recht als Digitalisierungshauptstadt und wird die zahlreichen Initiativen der letzten Jahre im Sinne einer modernen und bürger_innennahen Verwaltung konsequent weiterentwickeln. Wir bekennen uns zu umfassenden Digitalisierungsschritten in Vollzug und Verwaltung. Gerade die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, wie wichtig die Weiterentwicklung der bisher gesetzten Schritte ist.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- „One-Stop-Shop“ - Leichteres Wirtschaften, schnellere Wege: Wir entwickeln die digitale Stadtverwaltung bis 2025 konsequent weiter und setzen eine digitale Klammer über alle Bereiche im „Haus Wien“ (Magistrat genauso wie stadteigene Unternehmen), die den Bürger_innen bessere Zugänge zu Behördenwegen, aber auch Leistungen von städtischen Unternehmen geben. Über einen „One-Stop-Shop“ als Online-Plattform inklusive App werden Beratungs-, Förder- und Unterstützungsleistungen online zur Verfügung gestellt und Prozesse digitalisiert, um Behördenwege einzusparen.
- Arbeitsgruppe Entbürokratisierung: Wir bauten bürokratische Hürden zur Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeit ab. Bundes- und Landesgesetze sowie Verordnungen werden gezielt durchforstet und dahingehend beurteilt, ob sie noch nötig sind, oder vielleicht besser geregelt werden können. Ziel sind Vereinfachungen, wie sie etwa im Rahmen der Corona-Krise angewendet wurden, beispielsweise dass Genehmigungen so lange gültig sind, bis es einen Widerspruch seitens der Behörden gibt. Dafür richtet die Wiener Stadtregierung eine gemeinsame Arbeitsgruppe ein, die Regeln und Abläufe in der Verwaltung und im Vollzug analysiert, weiterentwickelt und zielgruppengerecht Verbesserungen umsetzt. Ziel soll eine Vereinfachung und bessere Nachvollziehbarkeit sein. Überholte Vorschriften sollen ausgeräumt werden, um den Standort Wien modern und attraktiv für Betriebe und Arbeitnehmer_innen zu halten.

Stolz auf die eigenständige Wiener Wirtschaftsförderung

Wirtschaft in Wien ist heute vielfältiger denn je. Startups, Ein-Personen-Unternehmen, Klein- und Mittelbetriebe, große Unternehmen, Forschungseinrichtungen, internationale Konzerne im Produktions- oder Dienstleistungssektor, die Kreativwirtschaft – sie alle gemeinsam machen die Wiener Wirtschaft aus. Aufgabe der für die Wirtschaftsförderung auf Stadtebene zuständigen Wirtschaftsagentur Wien ist es, optimale Voraussetzungen für diese unternehmerische Vielfalt zu schaffen, sodass sich die Betriebe ganz auf ihre Ideen und deren Umsetzung konzentrieren können.

Die Wirtschaftsagentur Wien soll weiters dazu beitragen, dass allen, die in Wien unternehmerisch tätig sind oder tätig werden wollen, eine leistungsfähige und moderne Infrastruktur zur Verfügung steht. Dazu zählen Liegenschaften und Spezialimmobilien für Produktions- und Gewerbeflächen ebenso wie eine hochwertige Forschungsinfrastruktur, Technologiezentren

oder Startup Labs.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Moderne Wiener Wirtschaftsförderung: In Zeiten der schwersten Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit sind gezielte arbeitsplatzerhaltende Wirtschaftsförderungen wichtiger denn je. Und zwar nicht nach dem Grundsatz „koste es, was es wolle“, sondern „koste es was, es braucht“. Wer ein Unternehmen gründen will – Startups, Einzelunternehmen, heimische und internationale Klein- und Mittelbetriebe oder Konzerne – erhält genau die Unterstützung, die er oder sie benötigt.
- Neues Business Immigration-Office: Für Schlüsselkräfte aus Drittstaaten wird von der Wirtschaftsagentur Wien und der MA 35 - Einwanderung und Staatsbürgerschaft gemeinsam ein neues, international ansprechendes Service Center geschaffen, um rechtliche Angelegenheiten und Beratungsleistungen unter einem Dach anbieten zu können.
- Wien steht für eine starke Sozialpartnerschaft: Dialog auf Augenhöhe und direkte Kooperation mit Interessensverbänden – das ist gelebte Sozialpartnerschaft, die wir in Wien immer wieder unter Beweis stellen. Aus diesem Grund entwickelte und unterzeichnete die Stadt bereits mehrere Abkommen: Das „Bündnis für das wachsende Wien“ mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) und der Arbeiterkammer (AK), mit der Wiener Wirtschaftskammer (WKW) die „Zukunftsvereinbarung für Wien“ und mit der Industriellenvereinigung Wien (IV) das „Standortabkommen für Wien“. Außerdem setzen wir den „Digitalisierungspakt“ um, der im Rahmen des „Ersten Wiener Sozialpartnergipfels“ beschlossen wurde.
- Familienbetriebe schaffen Arbeit und bleibende Werte: Gerade den familiengeführten Unternehmen hat Corona viel abverlangt. Ein Grund mehr, ihnen besondere Aufmerksamkeit und gezielte Unterstützung zu bieten und vor allem auch öffentlichkeitswirksam auf ihre Verdienste und ihren Markenwert für den Standort Wien hinzuweisen. Die Marke „Stadt Wien“ und die Markenstärke von Wiener Familienunternehmen und Leitbetrieben können einander wechselseitig stützen.
- Starker Fokus auf Tourismus, Kultur und Nachtwirtschaft: Branchen, die besonders hart von den Folgen der Corona-Krise betroffen sind, werden in den kommenden Monaten weiterhin große Aufmerksamkeit benötigen. Dazu gehören die gesamte Tourismusbranche, insbesondere die Stadthotellerie, die Veranstaltungsbranche, die Kongresswirtschaft und die Kulturwirtschaft. Dabei sind die neue „Wiener Hotelförderung“- und die neue „Clubkultur Wien“-Förderung, die über die Wirtschaftsagentur Wien – abgewickelt werden, zentrale Stützen. Sie ergänzen das Förderangebot und die Unterstützungspflicht des Bundes, können diese aber keinesfalls ersetzen.

Strategisch auf Kurs: „WIEN 2030 – Wirtschaft & Innovation“

Politik und Wirtschaft funktionieren im 21. Jahrhundert nicht mehr von oben herab. Wer erfolgreich und nachhaltig Politik machen will, muss Entscheidungsfindung und Umsetzung so breit wie möglich anlegen. Die Stadt Wien hat daher einen bislang einmaligen Prozess aufgestellt und alle wichtigen Wiener Player_innen in Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik eingeladen, sich an einem Brainstorming über die richtigen Weichenstellungen für Wiens Zukunft zu beteiligen. Ergebnis ist die Strategie „WIEN 2030 – Wirtschaft & Innovation“, erarbeitet vom Vienna Economic Council, bestehend aus den Sozialpartnern, Vertreter_innen aus Forschung und Unternehmen sowie den wirtschafts- und innovationsrelevanten Organisationen der Stadt Wien.

„WIEN 2030 – Wirtschaft & Innovation“ hat das Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt sichern, die Ressourcen im Sinne des Klimas schonen und gleichzeitig die Bedürfnisse der Menschen berücksichtigen. Im Zuge der Corona-Krise hat der Vienna Economic Council eine Krisensteuerungsgruppe Wirtschaft eingerichtet, um die Hilfen rasch und für Wien treffsicher umzusetzen. 40 Hilfsmaßnahmen wurden bearbeitet und dem Vienna Economic Council vorgelegt. Darüber hinaus wurden von Wiener Pionier_innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft in den Spitzenfeldern der Strategie „WIEN 2030 - Wirtschaft & Innovation“ zentrale Zukunftsfragen identifiziert und diskutiert.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- „Stärken stärken“ – Fokussierung entlang der Wiener Spitzenfelder: Mit der Strategie „WIEN 2030 - Wirtschaft & Innovation“ wird der Fokus auf jene Themen gelegt, für die am Standort Wien bereits Stärken existieren, und die Antworten auf die großen Herausforderungen der kommenden Jahre geben. Diese Themen werden zu international konkurrenzfähigen und sichtbaren Spitzenthemen ausgebaut. Sie haben drei Eigenschaften: Potential zur internationalen Positionierung, sie bauen auf den besonderen Stärken Wiens und vernetzen diese zu neuen innovativen Ansätzen im Sinne von „Wiener Lösungen“. Und sie tragen auch zur Lösung der städtischen Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts bei. Unsere Schwerpunkte sind:
- Smarte Lösungen für den städtischen Lebensraum des 21. Jahrhunderts: Wiener Unternehmen und Hochschulen entwickeln gemeinsam mit der Stadt Wien technologische und gesellschaftliche Lösungen für eine hohe urbane Lebensqualität, die klimatauglich und leistbar ist.
- Gesundheitsmetropole Wien: Der herausragende Ruf der Wiener medizinischen Schule findet heute seine Fortsetzung im gesamten akademischen und wirtschaftlichen Bereich, der Gesundheitssektor in Wien ist unverzichtbar für die Region.

- Wiener Digitalisierung: Hochwertige digitale Lösungen aus Wien stehen weltweit für Fairness, Transparenz, Sicherheit und Selbstbestimmung. Die Wiener Lebensqualität wird auch digital sichergestellt und zu einer Marke des Standorts ausgebaut.
- Smarte Produktion in der Großstadt: Wien ist ein internationaler Spitzenstandort für die Produktion von hochwertigen und kreislauforientierten Gütern sowie unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Moderne Produktionsbetriebe sollen künftig zu einem Teil der Lösung des Klimaproblems werden.
- Stadt der internationalen Begegnung: Wien führt seine Qualitäten als internationaler Treffpunkt der Diplomatie, als Ort der Ansiedlung internationaler Organisationen bis hin zum modernen Kongress- und Headquarterstandort in die Zukunft.
- Kultur- und Kreativmetropole Wien: Kultur- und Kreativwirtschaft setzen gemeinsam Wiener Traditionen und innovative Spitzenleistungen für die kommenden Jahrzehnte in Szene. Wien kann auf seinen Ruf als Kulturmetropole von Weltrang, auf exzellente Hochschulen sowie auf herausragende kreative Köpfe in einem buntgefächerten innovativen Milieu zurückgreifen.
- **Klimamusterstadt Wien - Eine Chance für Wertschöpfung und Arbeitsplätze:** Wir forcieren und stärken den Klimaschutz – für Mensch und Umwelt, aber auch als Chance für wirtschaftliche Entwicklung. Einerseits ist dem Klimawandel durch eine erhebliche Reduktion der Treibhausgase Einhalt zu gebieten –. Hierzu muss Wien weiterhin seinen Beitrag leisten. Andererseits sind Anpassungen an den Klimawandel vorzunehmen, um die hohe Lebensqualität bei steigenden Temperaturen und Extremwetterereignissen zu halten. Um die Anpassung an den Klimawandel zu bewerkstelligen und die hohe Lebensqualität auch sozial abzusichern, bedarf es sowohl technischer als auch organisatorischer Lösungen. Solche sind nicht nur für den Klimaschutz in Wien, sondern weltweit gesucht. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode mit solchen neuen Wegen einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten und zugleich diese Kompetenzen entlang von WIEN 2030 zu einer Stärke ausbauen, die am Weltmarkt reüssiert und für Beschäftigung im Raum Wien sorgt.

Stolz auf Wiener Kleinunternehmen: Selbständige, EPU und KMU in Wien

Über die Hälfte aller gewerblichen Unternehmen in Wien sind Ein-Personen-Unternehmen - das untermauert die Wichtigkeit von EPU als Leistungsträger_innen für die heimische Wirtschaft. Ein Großteil der EPU arbeitet mit nachhaltigen Geschäftsmodellen, die mittel- bis langfristige Beschäftigungseffekte aufweisen. EPU sind überproportional in modernen Sektoren tätig. In Wien ist eine starke Konzentration in wissensbasierten Branchen zu finden.

Ein-Personen-Unternehmen und Kleinstunternehmen sind wertvolle Ideengeber_innen und Innovationstreiber_innen in Wien. Die Wiener Fortschrittskoalition sieht in der Zusammenarbeit mit EPU und KMU eine große Chance und setzt daher auf deren Einbindung in städtische

Wirtschafts- und Beratungsgremien. Weiters sieht die „Stadt als Auftraggeberin“ in Produkten und Dienstleistungen von EPU und KMU eine Chance für innovative und effiziente Lösungen. Sie anerkennt damit zukunftsweisendes Arbeiten im Netzwerk von Groß und Klein, Privat und Staat. Die Möglichkeiten zur Teilnahme von Wiener EPU an städtischen Ausschreibungen sollen verbessert werden.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- „Mutig aus der Krise“ – ist ein neues Förderangebot der Wirtschaftsagentur Wien für Wiener EPU und Kleinstunternehmen. Es soll jenen helfen, die angesichts der Krise und ihrer Einschränkungen „umsatteln“ bzw. eine neue Idee umsetzen wollen, und dafür z.B. ein Geschäftslokal neu beziehen oder adaptieren müssen.
- Gründer_innenstipendium: Wir wollen über die Wirtschaftsagentur Wien die Pilotierung eines Gründer_innenstipendiums für Gründer*innen und Teams mit einer überzeugenden Geschäftsidee starten, die durch bestehende Angebote nicht abgeholt werden. So steht z.B. das Unternehmensgründer_innenprogramm des AMS ausschließlich arbeitslos gemeldeten Personen zur Verfügung.
- Die speziellen Bedürfnisse und Anforderungen von EPU und KMU werden beim Aufsetzen und Überprüfen von städtischen Verwaltungsprozessen noch besser mitgedacht. Das Vienna Economic Council wird um die EPU- und StartUp-Perspektive erweitert. Städtische Ausschreibungen sollen für EPU zugänglicher gemacht werden, beispielsweise über das Zulassen von Bieter_innengemeinschaften oder die Anerkennung von Netzwerkagenturen.
- Wir prüfen Möglichkeiten zur Kooperation mit der Wirtschaftskammer Wien in Sachen Angebot und Vertrieb des „Corona-Weiterbildungsschecks“ des Wirtschaftsförderungsinstituts WIFI.
- Soziale Absicherung von Selbständigen und EPU: Die Wiener Stadtregierung wird sich bei der Bundesregierung bzw. bei der Sozialversicherung der Selbständigen (SVS) dafür einsetzen, dass das Krankengeld für Selbständige auf ein Niveau, mit dem man tatsächlich auskommen kann, angehoben und früher ausbezahlt wird.

StartUp- und Gründer_innen-Hauptstadt Wien

Wien soll zu einem Zentrum der europäischen Tech- und Startup Szene werden und sich noch besser als gut vernetzter Standort und wichtige Drehscheibe positionieren. Um Wien auf der Landkarte der Business Locations noch stärker als bisher zu verankern, sind Aktivitäten nötig, um die Stadt und ihre großen Potentiale international noch sichtbarer zu machen. Noch immer dominieren zu sehr andere (kulturelle, touristische) Zuschreibungen das Bild von Wien. Bei zukünftigen, konjunkturpolitischen Maßnahmen wollen wir daher technologie- und wissensintensive Gründungen stärker in den Vordergrund stellen, um Gründungen und „junge“

Unternehmen mit ihren besonderen Herausforderungen stärker in den Fokus zu rücken. Da fehlende Beschäftigungsdynamik in Krisenzeiten auch aus fehlenden Firmengründungen resultiert, braucht es diesen Ansatz auch, um den Arbeitsmarkt zu entlasten.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Stärkung des Startup-Ökosystems in Wien** durch eine Reihe von Projekten der Stadt und der Wirtschaftsagentur (z.B. Prototyping, Musterwerkstätte, Life Science, Serious Games). Das gut etablierte „Happy Lab“ wird gefördert und 2021 in den 2. Wiener Gemeindebezirk übersiedeln. Dort werden auf 800 m² Geräte für Produktentwicklung und die Herstellung von Prototypen für Makers, Hardware-Start-ups, Prototypenbauer_innen von KMU und Ausbildungseinrichtungen angeboten. Eine Musterwerkstätte soll (auf ca. 1.000 m²) der heimischem Modeszene Zugang zu einer Produktionsstätte liefern.
- **ViennaUP21 Festival:** Mit dem Großformat ViennaUP21, an dem über 50 nationale und internationale Programmpartner_innen fast zwei Wochen lang beteiligt sind, sollen die Möglichkeiten des Standortes gebündelt international sichtbar gemacht, eine geschärfte Positionierung vorgenommen und konkrete attraktive Angebote sowie Calls-to-action geschaffen werden.
- **Modernste Life Science Infrastruktur am Technologiestandort Neu Marx:** Das dynamische Wachstum der Life Science Branche in Wien ist durch das Fehlen ausreichender Laborinfrastruktur gebremst. Um dem entgegen zu wirken, werden wir über die Wirtschaftsagentur Wien und Wiener Standortentwicklungsgesellschaft (WSE) die etappenweise Errichtung eines neuen Labor- und Bürogebäudes mit rund 35.000 m² in unmittelbarer Nachbarschaft zum Campus Vienna Bio Center am Standort Neu Marx realisieren.

Grätzl-Offensive: Lokale Wirtschaft stärken

Die Corona-Krise bringt vor allem bestehende kleinräumige Strukturen, unter Druck und dadurch steigt die Gefahr von zunehmendem Leerständen von Geschäftslokalen. Die Wiener Fortschrittskoalition nimmt sich gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien vor, an einer Belebung, Aktivierung und Verbesserung der lebendigen Grätzl und Einkaufsstraßen in der Stadt zu arbeiten. Leerstände sind nicht nur im Wohnbereich eine Herausforderung. Auch leere Geschäftslokale – gerade in der Erdgeschosszone – prägen das Stadtbild negativ und verhindern oft die Aufwertung des öffentlichen Raums.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die Wiener Geschäftsstraßenförderung soll reformiert und zu einem strukturpolitisch wirksamen Instrument umgestaltet werden. Gemeinsam mit der Wirtschafts-

kammer Wien und allen Stakeholdern wird an einer Evaluierung und Modernisierung der Geschäftsstraßenförderung in Richtung zeitgemäße Unterstützung gearbeitet. Diesbezüglich ist jedenfalls die enge Verschränkung mit den Maßnahmen in der Leerstandsaktivierung erforderlich.

- Das bestehende Förderangebot „Geschäftsbelebung“ soll attraktiver werden. Dabei kann auch das Instrument der Zwischennutzung eine positive Rolle spielen. Sowohl Nachfrager_innen wie auch Anbieter_innen von Zwischennutzungslösungen sollten unterstützt werden. Die neue Wiener Stadtregierung bemüht sich auch um einen verbesserten, leichteren Zugang zu leeren Geschäftslokalen der Stadt Wien und ihren Institutionen.
- In ausgewählten Grätzln soll ein ganzheitlicher Ansatz zur Grätzlbelebung durch die Stärkung der Wirtschaftsstrukturen und die enge Zusammenarbeit mit Stadtplanung, Wohnbau, Unternehmen und Zivilgesellschaft umgesetzt werden. Die Anmietung leerstehender Geschäftslokale, die Unterstützung neuer Geschäftsideen, die Gestaltung des öffentlichen Raums sowie Maßnahmen zur Partizipation sind mögliche Schritte. Eine nachhaltige strukturelle Verbesserung erfordert zwingend die Integration mit Gestaltungs- und Lenkungsimpulsen im öffentlichen Raum.
- Moderne Arbeitsformen wie Homeoffice begleiten und fördern: In Zusammenarbeit mit erfahrenen Akteur_innen soll eine Datenbank für verfügbare Räume geschaffen werden, die von Co-Working bis hin zur Zwischennutzung reicht. Die Zusammenführung und Evaluierung bestehender Förderungen, Projekte und Daten soll dafür sorgen, dass Leerstände schnell und wirksam genutzt werden. Leerstehende Büros sollten schnellstmöglich umgerüstet werden können, um digitales Arbeiten zu ermöglichen. Die Homeoffice-Förderung 2020 soll evaluiert und bei Bedarf weitere Unterstützung moderner Arbeitsformen geprüft werden.
- Förderung von hybriden Lösungen: Nichts hat die Digitalisierung so rasch vorange-trieben wie die weltweite Corona-Krise. Regelrecht über Nacht wurde ein Gutteil der Wiener Wirtschaft auf Homeoffice und disloziertes Arbeiten umgestellt. Um das Ge-lernte nutzbar und uns auch in unsicherer Zukunft handlungsfähiger zu machen, ruft die Stadt Wien einen Ideenwettbewerb zu „Hybriden Lösungen“ in allen Teilbereichen von Wirtschaft und Gesellschaft aus. Wie sieht das Kongressmodell von morgen aus? Wie der Unterricht an Schulen und Universitäten? Wie kann menschliche Nähe und Empathie auch bei physischer Distanz bestehen? Wie bleiben Kunst und Kultur lebendig erlebbar und vermittelbar - auch in Zeiten eines Lockdowns? Die Umsetzung der bes-ten und realistisch umsetzbaren Ideen durch Wiener Unternehmen sollen im Rahmen des Förderangebots der Wirtschaftsagentur Wien unterstützt werden. Alternativen zu nicht angemessen ausgestatteten Homeoffice könnten auch „Grätzl-Büros“ sein. Darunter sind Einheiten von Kleinstbüros (also „sichere“ Einzelzimmer) zu verstehen, die über die entsprechende Infrastruktur verfügen und flexibel und bedarfsabhängig angemietet werden können.

- Wir wollen im Zuge einer Pilotstudie zu „Community Wealth Building“ für Wien alternative Modelle der Wirtschaftsorganisation und der wirtschaftspolitischen Steuerung untersuchen – von der kommunalen Daseinsvorsorge bis zu genossenschaftlichen Ansätzen.

Produktion in der Stadt - Urban Manufacturing

Industrie 4.0 bringt dichtbebaute Metropolen wie Wien wieder zurück auf die Produktionslandkarte. Gerade für Städte mit handwerklicher Tradition und leistungsfähigem Digitalisierungssektor eröffnen sich dadurch wieder völlig neue Chancen. Wien positioniert sich mit dem Fachkonzept „Produktive Stadt“ als international etablierter Wirtschaftsstandort, der neben dem Dienstleistungssektor auch dem produzierenden Bereich einen hohen Stellenwert beimisst. Insgesamt lässt sich rund ein Drittel der Wertschöpfung Wiens auf den produzierenden Bereich zurückführen. Wien bekennt sich zur Unterstützung einer lebendigen und dynamischen Industrie.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Gewerbehof und Fertigungscluster in aspern Seestadt: Auf Basis des Fachkonzepts Produktive Stadt schaffen wir neue Produktionsstandorte. Der neue Gewerbehof, ein mehrgeschossiges Gebäude zur Nutzung für Produktion, Handwerk, Atelier, Lager und Büro wird im Verbund mit modernen Wohngebäuden errichtet. Mit der Entwicklung des Technologiezentrums Bauteil 2 und dem Bau des Technologiezentrums 3 soll die gezielte Ansiedlung von innovativen Fertigungsunternehmen in der Seestadt Aspern intensiviert werden.

Medienvielfalt und Qualität fördern und fordern

Medien nehmen als „vierte Gewalt im Staat“ eine demokratiepolitisch wichtige Funktion auf der ganzen Welt und so auch in Österreich ein. Die Absicherung von unabhängiger Berichterstattung und das Recht auf freie Meinungsäußerung sind zentrale Grundprinzipien und Grundrechte, für die auch wir als Stadtregierung einstehen. Die Stadt bemüht sich um ein konvergentes, crossmediales Verständnis der Informationsarbeit. Anspruch der Stadt Wien ist es, zielgerichtet und effizient zu informieren sowie optimal zu kommunizieren. Dabei fließen neben brancheneinschlägigen Kriterien auch Aspekte der journalistischen Qualität in die Entscheidungsfindung mit ein.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Bei Medienkooperationen und Inseraten legt die neue Stadtregierung in ihrer Kommunikationsstrategie fest, dass sie bevorzugt mit jenen Medien zusammenarbeiten wird, bei denen journalistische Sorgfalt, Innovation sowie Aus- und Weiterbildung der Journalist_innen einen hohen Stellenwert haben. Hierfür werden klare und transparente Kriterien und Sanktionen definiert.

- Mit der „Medieninitiative“ hat die Bundeshauptstadt ab dem Jahr 2019 einen völlig neuen Weg der Medienförderung beschritten. Gemeinsames Ziel ist es, innovative qualitativ hochwertige journalistische Projekte zu unterstützen. Diese Förderschiene der Wirtschaftsagentur Wien soll auch in den kommenden Jahren im Sinne von Medienpluralismus und Entwicklungsfähigkeit fortgeführt werden. Gefördert werden sowohl große Projekte wie auch neue, junge Projektideen. Die Mitgliedschaft im Presserat oder die Anerkennung der Grundsätze für die publizistische Arbeit („Ehrenkodex für die österreichische Presse“) zählen in diesem Kontext zu Bewertungskriterien.
- Bei **Maßnahmen der Informations- und Kommunikationsarbeit** legen wir neben anderen brancheneinschlägigen Kriterien großen Wert auf Qualität und sorgfältigen Journalismus. Dieser ist einer der Grundpfeiler einer funktionierenden, lebendigen, offenen Gesellschaft und Demokratie.
- Im Sinne der Transparenz veröffentlicht die MA 53 für die Jahre ab 2021 einen Jahresbericht zur Stadtkommunikation, der im Internet veröffentlicht wird. Der Bericht informiert sowohl über die Kommunikationsstrategie als auch über inhaltliche Schwerpunkte und quantitative Aspekte (z.B. Reichweiten) des vergangenen Jahres.
- Wir bekennen uns zu **partizipativen Senderformaten** wie Community TV und Radio Orange. Ihre Förderung wird evaluiert und in Richtung stärkere Betonung der Rolle der Vermittlung von Medienkompetenz und Ausbildung bzw. Weiterbildung von Medienschaffenden weiterentwickelt.
- **Attraktive Rahmenbedingungen für Filmproduktion** in Wien: Die Rahmenbedingungen für heimische Filmschaffende sollen verbessert und die Attraktivität für internationale Produktionen gesteigert werden. Dies könnte über eine wirtschaftliche Filmförderung, aber auch durch die Schaffung von Infrastruktur geschehen, etwa über ein neues Filmstudio am Wiener Hafen („HQ 7“), ausgestattet als modernstes digitales Studio und damit Anreiz für internationale Produktionen.

1.4 EUROPA UND INTERNATIONALES WIEN - METROPOLE IM HERZEN EUROPAS

Wien liegt im Herzen Europas und ist als kosmopolitische Metropole wichtiger Teil eines vereinten und friedlichen Europas. Als verlässliche Partnerin in der Zusammenarbeit mit europäischen Institutionen, Regionen und Städten versteht sich Wien als Förderin und Weiterentwicklerin einer urbanen Europäischen Union.

Wien ist auch eine Stadt des internationalen Dialogs, der Weltoffenheit und der Menschenrechte. Als Amtssitz zahlreicher, wichtiger internationaler Organisationen hat Wien als ein Zentrum der globalen Diplomatie dem friedlichen Dialog verpflichtet. In einer Zeit, in der

internationale Kooperation von populistischen Kräften kleingeredet wird, wollen wir das Gemeinsame vor das Trennende stellen und in dieser Stadt wie auch international für ein friedliches und soziales Miteinander arbeiten.

Im internationalen Vergleich ist Wien in vielerlei Hinsicht Vorbild, wie Erstplatzierungen bei der Mercer Studie und dem „Global Liveability Ranking“ (Economist) eindrucksvoll zeigen. Auch Vergleiche in den Bereichen nachhaltige Mobilität, Sicherheit und Reputation reihen Wien immer wieder auf Top-Positionen. Als neue Stadtregierung wollen wir daran arbeiten, dass Wien auch von anderen dynamischen Räumen lernt. Die hohe Lebens- und Wohnqualität ist auch weiter Kern der „Marke Wien“. Sie unterstützt unsere Bemühungen, den Wirtschaftsstandort zu positionieren. Über 200 internationale Firmen-Headquarters und hunderte betriebliche Neuansiedlungen pro Jahr zeigen, dass sich der Wiener Wirtschaftsstandort in den letzten Jahrzehnten erfolgreich positioniert hat.

Durch die Corona-Krise sind die kurz- und langfristigen Folgen für den Wirtschaftsstandort Wien noch ungewiss. Klar ist, dass die Sektoren Städte- und Kongresstourismus vor enormen Herausforderungen stehen.

Gemeinsam mit anderen Metropolen Europas übernehmen wir die Anwaltschaft für städtische Herausforderungen und erarbeiten wir Lösungen für urbane Fragen und entwickeln den EU-Rechtsrahmen in Bezug auf Regionen und Städte konsequent weiter.

Förderung von gemeinsamen Initiativen europäischer Metropolen und konsequente Vertretung städtischer Interessen

Wir bekennen uns zur Fortsetzung des Austausches „Wien in der Europaregion“ mit den angrenzenden Regionen und Bundesländern. Wir stehen für eine Verstärkung der Projektkooperationen. Die Fortschrittskoalition betreibt aktive Europapolitik, mit einem Fokus auf relevante Institutionen und Netzwerke, um die notwendigen Rahmenbedingungen für die Gestaltungskraft auf lokaler Ebene bestmöglich abzusichern. Das gilt ganz besonders im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, der langfristigen Finanzierung wichtiger Investitionen und im Sinne der Subsidiarität. Wir bekennen uns zur besonderen Rolle von Städten im Kampf gegen den Klimawandel, als Hubs der Digitalisierung und Innovation sowie als Vorreiter_innen von gesellschaftlichen Veränderungen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir werden uns bei den zuständigen EU-Institutionen dafür einsetzen, dass städtische Vertreter_innen bei der Entwicklung neuer europäischer Maßnahmen und Werkzeuge, wie dem **Recovery Plan oder dem Green Deal**, stärker eingebunden werden.
- Wir stärken die **Säule sozialer Rechte auf europäischer Ebene** und treten klar für die

demokratischen und liberalen Grundrechte in Europa ein.

- Wir setzen uns weiterhin für faire und nachhaltige **Regeln für europäische Märkte und Budgets ein**, insbesondere den nötigen Spielraum für nachhaltige Investitionen, um die rechtliche Grundlage für die langfristige Finanzierung der Daseinsvorsorge, des sozialen Wohnbaus und anderer öffentlicher Leistungen zu sichern.
- Wir werden Kooperationen, gemeinsame Projekte und wissenschaftliche Studie zu langfristigen öffentlichen Investitionen, zur **Rolle der Sozial- und Gemeinwirtschaft** sowie über die Chancen der **Gemeinwohlwirtschaft**, einer fairen Sharing Economy und Social Impact Bonds intensivieren.
- Wir werden ein Dialogforum mit Bürger_innen zur Zukunftskonferenz für Europa abhalten.

Wien bietet urbane Lösungen im europäischen Kontext

Wir setzen auf Know-how im Bereich urbaner Lösungen, bei denen die Herausforderungen stets mit einem integrierten Ansatz und unter dem Blickwinkel der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit bearbeitet werden. Unsere Stadt ist auch Vorreiterin in Sachen Klimaschutz: die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen werden konsequent umgesetzt und dadurch urbane Entwicklung, hohe Lebensqualität und das Gemeinwohl mit einer ressourcenschonenden und sozial ausgewogenen Entwicklung gefördert.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Den Zusammenschluss von Wiener Institutionen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu einem Kompetenzzentrum für urbane Lösungen mit europäischer Strahlkraft, welches sich zum Ziel setzt, Wiener Lösungen auch international anzubieten. Der Fokus liegt auf den Stärkefeldern der Stadt Wien im internationalen Vergleich wie Smart City, öffentliche Daseinsvorsorge, sozialer Wohnbau und partizipative Stadtentwicklung.
- Unterstützung eines neuen FH-Lehrgangs mit Fokus auf öffentlichem Management und europäischer Städtepolitik.
- Wien zu einer Gastgeber_innenstadt für europäische Konferenzen, insbesondere zur EU-Städtepolitik im Zusammenhang mit Resilienz, Nachhaltigkeit und sozialem Wohnbau zu machen.

Globale Digitalökonomie: Gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen für alle

Gerade die Gemeinde- und Landesebene als jene Verwaltungsebene, die für die Bürger_innen eine ganz entscheidende Rolle im Alltagsleben spielt, muss bei der Regulierung digitaler

Grundsatzfragen entsprechend berücksichtigt werden. Digitale Plattformen stellen Regionen, Städte und Gemeinden vor neue Herausforderungen, die mit dem veralteten EU-Rechtsrahmen nur schwer zu bewältigen sind.

Viele digitale Innovationen sorgen für große Herausforderungen im Rahmen unserer kommunalen Kompetenzen. Wien setzt sich für gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer_innen ein. Ebenso gilt es, einen gemeinsamen rechtlichen Rahmen im Sinne des Abgaben- und Arbeitsrechtes sowie des Umwelt- und Konsument_innenschutzes zu schaffen. Gerade die Errichtung einer digitalen Betriebsstätte an Standorten bzw. Ländern, in denen ein Unternehmen tätig ist, wäre eine Grundvoraussetzung um entsprechende Regulierungen effektiv werden zu lassen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir werden uns auf europäischer Ebene weiterhin aktiv an der Entwicklung des Gesetzes für digitale Dienste (**Digital Services Act**) beteiligen.
- Für Wien wichtige Themen wie klare Verantwortlichkeiten, faire Wettbewerbsbedingungen, der Erhalt eigener Standards und notwendige Kontrollmöglichkeiten müssen auf Basis des von Wien initiierten Beschlusses im europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) in die Novelle einfließen.
- Wir treten für die Sicherung der öffentlichen Dienstleistungen und des Prinzips der lokalen Selbstbestimmung ein.

Wien Stadt des Friedens und des internationalen Dialogs

Wiens hohes Ansehen und großer Stellenwert in der internationalen Diplomatie leitet sich auch von den in der Stadt angesiedelten internationalen Organisationen ab. Als eine von vier Amtssitzen der Vereinten Nationen, der OSZE und der Grundrechteagentur der EU, ist Wien ein Ort der globalen Diplomatie und steht zur Förderung von Frieden, Abrüstung und nachhaltiger Entwicklungspolitik. Dies hat auch große Auswirkungen auf den Standort und die internationale Wahrnehmung. Wir bekennen uns daher zur Förderung von internationaler Zusammenarbeit, Konfliktprävention und Krisenmanagement - auch in den Bereichen Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft und Kultur sowie zur Intensivierung der Städtekooperationen inner- und außerhalb Europas.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir bekennen uns klar zur **Menschenrechtshauptstadt** Wien und treten überzeugt für internationale Zusammenarbeit, Solidarität und Frieden ein.

- Wir setzen die strukturierte **Entwicklungszusammenarbeit** und humanitäre Hilfe innerhalb und außerhalb Europas fort.
- Wir positionieren Wien mit einem klaren Reformkonzept für **Deradikalisierung** als offene, tolerante Stadt des friedlichen Zusammenlebens.
- Wir werden uns gegenüber der Bundesregierung und in der Europäischen Union für eine menschenwürdige **Asyl- und Migrationspolitik** einsetzen. Um einen Beitrag zu einer lösungsorientierten Diskussion zu leisten, werden wir ein Board mit unabhängigen Expert_innen einrichten, das eine umfassende Strategie von der Bekämpfung von Fluchtursachen bis hin zu einem Vorschlag für ein funktionierendes europäisches Asylsystem entwickeln wird.

Standort Wien: eine starke Marke im internationalen Wettbewerb

Wien hat viele Gesichter: Historische Metropole, lebendige City und attraktiver Standort. Die Dynamik urbaner Wirtschaft lebt von der Vielfalt und den Chancen ihrer Talente. Wir wollen gemeinsam aktiv die internationale Standortvermarktung forcieren, die Marke Wien ausbauen und den Tourismus-Standort gerade in schwierigen Zeiten unterstützen. Auf dem Fundament der vorhandenen Stärken Wiens in den Bereichen Kultur, Diplomatie, Wissenschaft und Wirtschaft schärfen wir Wiens Profil und entwickeln es stetig weiter. Das vorhandene Know-how und die eingesetzten Ressourcen sollen gebündelt werden, um die Marke Wien gemeinsam weiterzuentwickeln.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- den Ausbau der Marke Wien in den Bereichen unseres gemeinsamen Zukunftsprogramms: Wissenschaft, Aus- und Weiterbildung, Wirtschaft, Kreativbranche und urbane Lösungen/Smart City.
- den Ausbau der Ansiedlungs- und Expatberatung sowie den Einsatz von ehrenamtlichen „Wien-Botschafter_innen“ als Testimonials und Netzwerker_innen.

Wien Tourismus & Kongress-Standort

Wien braucht den Tourismus. Jeder neunte Job in Wien ist der Tourismus- und Freizeitwirtschaft zuzuordnen. Die Branche erzielt vor allem im Inland Wertschöpfung und schafft standortgebundene Arbeitsplätze.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir bekennen uns zu einem **smarten, nachhaltigen und vielfältigen Tourismus**, der abseits der gewohnten Pfade auch in die unbekannteren, schönen Grätzl

unserer Stadt führt. Darüber hinaus werden wir Wien für die Zeit nach der COVID-19-Pandemie, wenn das Leben wieder uneingeschränkt gefeiert werden kann, als „Stadt nach Acht“ positionieren, um vermehrt auch jüngere Zielgruppen anzusprechen.

- Wir stärken die Tourismusbranche nach der Corona-Krise auf Basis von ausgewählten Handlungsfeldern der **„Visitor Economy Strategie“**.
- Wien wird eine **„Nights – Stadt nach Acht“** - Konferenz zum Thema Nachtleben hosten.
- Eine **Erweiterung des Messe- und Kongressstandorts** in Richtung Messe+ sowie die Unterstützung von Innovation und Formatentwicklung für hybride und digitale Kongressformate, spielen dabei eine zentrale Rolle, um auch in Zeiten von Social Distancing ein ansprechendes und attraktives Angebot zu schaffen.

1.5 FINANZEN

Solide Finanzen als Basis zur Sicherstellung leistungsfähiger Strukturen

Die Finanzen einer Großstadt wie Wien sind eine komplexe Angelegenheit. Letztendlich ist jedes Budget in Zahlen gegossene Politik: – die größten Ausgabeposten zeigen auch die politischen Schwerpunkte. Wir bekennen uns zu einer antizyklischen Haushaltspolitik: Sparen in guten Zeiten, investieren in schlechten Wirtschaftsjahren. Projekte wie beispielsweise der weitere Ausbau des Öffi-Netzes werfen in Zeiten der Wirtschaftskrise eine doppelte Dividende ab: Sie dienen nicht nur der Lebensqualität, sondern bringen auch Wirtschaftswachstum und damit Arbeitsplätze.

Die durch die anhaltende Ausnahmesituation bedingten Maßnahmen sowie die Steuerreform des Bundes haben zu einem noch nie dagewesenen Einbruch bei den Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben geführt. Wien ist als bei weitem größte österreichische Stadt und aufgrund der Doppelfunktion als Land und Gemeinde davon besonders betroffen. Es ist daher hoch an der Zeit, für eine Abgeltung der eminent wichtigen Rolle Wiens als Bundeshauptstadt und damit Sitz der höchsten Organe und internationaler Organisationen sowie als Wirtschaftsmotor Österreichs. Der Finanzausgleich muss kurzfristig verlängert, aber langfristig reformiert werden, Aufgaben und Einnahmen der Stadt Wien angemessen berücksichtigt werden.

Die Finanzierung der zahlreichen Aufgaben der Stadt Wien wird in den kommenden Jahren eine Herausforderung darstellen. Wir tätigen bewusst Investitionen, um die Konjunktur zu stützen und damit die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, vor allem am Arbeitsmarkt, abzufedern. Zugleich wird damit den Erfordernissen entsprochen, die das Bevölkerungswachstum von jährlich bis zu 25.000 Personen an die Stadt stellt: Wohnraum, Kindergärten, Volksschulen, aber auch Infrastruktur wie Wasserversorgung beziehungsweise Abwasserentsorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Krankenanstalten, Geriatrie, soziale Versorgung und viele

andere Leistungen müssen ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Diese Investitionen leisten nicht nur für die heutige Lebensqualität der Stadt einen wichtigen Beitrag, sondern schaffen nachhaltige Werte für künftige Generationen.

Abgaben, Gebühren und Steuern sind kein Selbstzweck, sondern leisten – zum Teil zweckgebunden – einen wesentlichen Beitrag für die Daseinsvorsorge und die Infrastruktur der Stadt. Wir bekennen uns zu einer zukunftsorientierten, smarten Abgabepolitik. Ziel ist eine möglichst bürger_innen- und unternehmer_innen-freundliche Abgabengestaltung, eine Steigerung der Treffsicherheit und weiterhin qualitativ hochwertige Leistungen zu erschwinglichen Preisen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Überprüfung aller Abgaben** mit dem Ziel einer Entbürokratisierung, Entlastung, Ökologisierung und Leistungssicherung: Alle Abgaben, Steuern und Gebühren werden auf Landesebene systematisch einer Überprüfung zur zeitgemäßen Anpassung unterzogen. Ziel ist eine möglichst bürger_innen- und wirtschaftsfreundliche Gestaltung sowie Steigerung der Treffsicherheit, außerdem eine Entlastung der kleinteiligen Wiener Wirtschaft über die Legislaturperiode. Dazu wird das Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Abgabenertrag ebenso berücksichtigt wie ein angepeilter Lenkungseffekt und die Größenordnung der Einnahmen aus einzelnen Tarifposten im Verhältnis zum Gesamtbudget der Stadt. Besonders im Fokus der gemeinsamen Analysen werden Erleichterungen bei der Gebrauchsabgabe stehen. Im Zuge der Evaluierung sollen auch mögliche Lenkungseffekte berücksichtigt werden. So kann beispielsweise eine Ökologisierung von Abgaben zu einer Reduzierung von Umweltbelastungen und einem nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen führen. Die Corona-Krise hat auch das Erfordernis von flexibleren Regelungen im Abgabenvollzug vor Augen geführt. Diese unbürokratischen Lösungen, z. B. für Stundungen von Abgaben, sollen für den Bedarfsfall verstetigt werden. Ebenso vorangetrieben werden sollen die Online-Abwicklung und elektronische Einbringung. Auch diese haben sich in Corona-Zeiten bewährt und sollen dauerhaft eingeführt werden.
- **Doppelbudgets:** In Zukunft sollen zeitlich nachhaltigere Voranschläge für mehrere getrennte Finanzjahre (Doppelbudgets) beschlossen werden können, um positive Auswirkungen auf die Stabilisierung und die mittel- bis langfristige Konsolidierung des Haushaltes zu erzielen. Doppelbudgets erlauben mehr Steuerungseffekte und nachhaltige Planungen jedes Ressorts.
- **Nachhaltige Finanzierungsvorschläge durch die Ressorts:** Um im Sinne einer Stabilisierung und Konsolidierung des Haushaltes über mehrere Jahre gegensteuern zu können, sollen die Dienststellen in Zukunft, im Vorfeld von Überschreitungsanträgen bzw. Anträgen auf außerplanmäßige Auszahlungen nachhaltige und in weiterer Folge auch umzusetzende und zu kontrollierende Finanzierungsvorschläge (Globalbudgetierung, Budget-umschichtungen, Einnahmengenerierungen, Minderauszahlungen, Struktur-

reformen, etc.) aus dem Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Geschäftsgruppe erarbeiten. Dies gewährleistet die solidarische, gemeinschaftliche Überbrückung der fiskalischen Probleme der Corona-Nachwirkungen auf den öffentlichen Haushalt der Stadt Wien.

- **Finanzierungsübereinkommen:** Nachhaltige, stabile Finanzen und deren Planbarkeit haben große Bedeutung. Deshalb sollen für noch mehr ausgegliederte Organisationen und Unternehmungen Finanzierungsübereinkommen mit der Finanzverwaltung der Stadt Wien abgeschlossen werden, die auch zu erheblichen Verwaltungsvereinfachungen führen. Im Zuge dessen sollen auch neue, innovative Wege für Projekt- und Programmfinanzierungen geprüft werden.

Gemeinschaftliche Einnahmen effizient einheben und sinnvoll einsetzen

Wien ist als Bundesland und gleichzeitig Gemeinde für eine Vielzahl von Aufgaben verantwortlich. Zu deren Finanzierung müssen den damit verbundenen Ausgaben auch Einnahmen gegenüberstehen. Steuern werden in Österreich in erster Linie vom Bund eingehoben. Die Bundesländer, aber auch die Gemeinden, dürfen nur in einem eng umrissenen Bereich eigene Steuern einheben. Damit sie ihre Aufgaben durchführen können, ist daher ein Finanzausgleich notwendig. Wichtige Steuern – etwa Lohnsteuer, Umsatz-, Einkommens- oder Körperschaftsteuer – werden nach einem im Finanzausgleich festgelegten Schlüssel auf den Bund, die neun Bundesländer und alle Gemeinden in Österreich aufgeteilt.

Aus dem Finanzausgleich kommt mit Ertragsanteilen von rund 6,5 Milliarden Euro die wichtigste Basis zur Finanzierung Wiens, rund 45 % der Gesamteinnahmen. Die Einnahmen aus Gebühren betragen zuletzt 522 Millionen Euro, das entspricht lediglich rund 4 % aller Gesamteinnahmen. Berechnet man den Gesamtaufwand und damit den Wert einer Leistung, wie etwa für die Bäder der Stadt Wien, dann zeigt sich rasch, dass die wenigsten Gebühren kostendeckend sind.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Finanzausgleich verlängern:** Die Fortschrittskoalition muss jetzt alles tun, um die lokale Wirtschaft zu unterstützen, auch um den Preis höherer Schulden. Derzeit muss von Monat zu Monat evaluiert werden, welche Antworten die richtigen sind, um die Krise zu bewältigen. In Zeiten der Corona-Krise, wo für Gemeinden und Städte so viel unklar ist, haben alle Bundesländer in einem gemeinsamen Beschluss dem Bund vorgeschlagen, die Verhandlungen für den Finanzausgleich auszusetzen und die bestehende solide Vereinbarung um zwei Jahre zu verlängern. Das bringt Sicherheit und Planbarkeit.
- Wir setzen uns auch weiterhin für eine Ausnahme von Investitionskriterien der EU ein, um hier den nötigen Spielraum zu schaffen. Um den Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes für die folgenden Jahre nahe zu kommen,

braucht es die Beibehaltung einer fairen Mittelausstattung.

Transparenter, offener Haushalt und Klimabudget

In den letzten Jahren hat das Interesse der Bürger_innen an Wissen und Transparenz im Finanzbereich stark zugenommen. Es reicht nicht aus, Daten ins Internet zu stellen, die nur Expert_innen verstehen. Darum macht die Stadt Wien ihr komplettes Budget – auch mit den Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen früherer Jahre – nicht nur auf wien.at abrufbar, sondern auch auf Webseiten wie „Offener Haushalt“ zugänglich. Mit der Einführung des 3-Komponenten Haushalts durch die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) 2015 wurde auch erstmals eine Eröffnungsbilanz als Grundlage für zukünftige Vermögenshaushalte erstellt. Auch diese Bilanz bringt noch mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit in die Finanzen der Stadt.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Transparente Finanzen:** Im Zuge ihrer Open Government Data Initiative peilt die Wiener Stadtregierung an, ihre Voranschläge und Rechnungsabschlüsse künftig auch in elektronisch bearbeitbarer, maschinenlesbarer Form zur Verfügung zu stellen. Zur besseren Information der Wienerinnen und Wiener wird die Stadt ihren Onlineauftritt im Finanzbereich erweitern, mit dem Ziel, die Informationen möglichst gut aufbereitet und verständlich in einfacher Sprache darzustellen. Darüber hinaus wird die Finanzverwaltung als Budgetdienst der Stadt den politischen Organen bei Angelegenheiten zu Budget und Finanzfragen noch intensiver und informativer zur Verfügung stehen.
- **Überblick über das „Haus Wien“:** Die Stadt Wien legt neben dem Vermögenshaushalt („Bilanz“) in Zukunft auch den Ergebnishaushalt („GuV“) und den Finanzierungshaushalt („Cash Flow“) transparent und offen vor. Ergänzt wird der Überblick über das „Haus Wien“ durch die Rechnungsabschlüsse von Wiener Gesundheitsverbund, Wien Kanal und Wiener Wohnen sowie übersichtliche Bilanzberichte von Wien Holding und Wiener Stadtwerke Holding.
- **Weiterentwicklung und Optimierung des Beteiligungsmanagements:** Den kommunalen Unternehmen Wiens kommt gerade in Zeiten der aktuellen Wirtschaftskrise eine entscheidende Rolle zu. Bei der Evaluierung der Beteiligungen soll das Augenmerk sowohl auf die direkten als auch indirekten Beteiligungen gerichtet werden, um Strukturvereinfachungen bzw. Synergien zu erzielen. Darüber hinaus soll die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung verstärkt in den Vordergrund treten. So könnten z.B. die jährlichen Zuschusserfordernisse optimiert (=minimiert) bzw. die Gewinnausschüttungen forciert (=maximiert) werden. Weiters könnten nach der Evaluierung neue Cluster in den Beteiligungseinheiten gebildet oder bestehende erweitert werden, um Synergiepotenziale zu nutzen. Darüber hinaus sollen Beteiligungssteuerung und -management in der Verwaltung professionell weitergeführt und weiter verbessert werden.

- Das Klimabudget der Stadt Wien: Die Fortschrittskoalition ist sich der großen Herausforderungen durch den Klimawandel bewusst und wird die Aktivitäten weiter ausbauen. Als ein neues Instrument hat der Wiener Gemeinderat die „Einführung eines städtischen Klimabudgets“ beschlossen, das derzeit inhaltlich und konzeptionell ausgestaltet wird. Das Wiener Klimabudget wird als Teil des Voranschlags der Stadt vom Gemeinderat beschlossen und soll sicherstellen, dass alle notwendigen Maßnahmen und Instrumente zur Erreichung der Klimaziele ausgewählt und umgesetzt werden. Eine besondere Rolle im Kontext des Klimabudgets spielt das „Treibhausgas-Budget“ (THG). Für die Klimabudgetierung definiert das städtische THG-Budget die „Haben-seite“ und gibt vor, wieviel Treibhausgas-Emissionen maximal „ausgegeben“ - und damit ausgestoßen - werden dürfen, damit ein „Nulldefizit“ beim Klimaschutz erreicht wird. Das THG-Budget basiert auf den Zielvorgaben der Smart City Wien Rahmenstrategie. Als wichtige Quelle für die Maßnahmenauswahl dient die SCWR Roadmap. Ein Teil soll aus einem partizipativen Prozess kommen, bei dem Bürger_innen eingeladen werden, Projektvorschläge einzubringen. Ab dem Voranschlag 2022 wird jährlich ein Klimabudget erstellt. Für die Beteiligung der Bürger_innen wird ein entsprechender Prozess bis Ende 2021 entwickelt.

2. Kapitel: Kinder- und jugendfreundlichste Stadt

2.1 STADT DES WISSENS – BILDUNG IST ZUKUNFT

Wien ist nicht nur eine wachsende Stadt, Wien ist auch eine lernende Stadt. Wissen und Bildung sichern den sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt und tragen zur persönlichen Entfaltung sowie zum sozialen Miteinander aller Wienerinnen und Wiener bei. Basierend auf dem Prinzip – Stärken stärken, Schwächen schwächen – wollen wir Kinder und Jugendliche dazu ermächtigen, mutig und motiviert ihren zukünftigen Lebensweg zu beschreiten und zu gestalten. Die Fortschrittskoalition ermöglicht Kindern in Wien mit guten Schulen und Kindergärten die Startrampe in ein erfülltes Leben.

Als Stadt des Wissens schreiten wir alle stets lernend voran, in der frühkindlichen Bildung, in den Wiener Schulen, in den Hochschulen und darüber hinaus. Bildung endet nicht mit einem Zeugnis. Im Gegenteil: Lernen begleitet die Wienerinnen und Wiener durch alle Lebensphasen und zu unterschiedlichen Gelegenheiten - als zweiter Bildungsweg, in der Erwachsenenbildung und in informellen Lerngelegenheiten. Die Wiener Bildungseinrichtungen ermöglichen den Bürger_innen nicht nur Teilhabe, Unterstützung und Inspiration zur persönlichen Entfaltung und Entwicklung, sie sind auch Motor und Fundament von Spitzenforschung und innovativer nachhaltiger Wirtschaft.

Wir bekennen uns zu den Werten einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, in der Menschen mit unterschiedlichen religiösen und kulturellen Hintergründen ein friedliches Zusammenleben führen. Daher setzen wir uns als neue Wiener Stadtregierung das Ziel, Segregation und gesellschaftliche Zersplitterung in allen Wiener Bildungseinrichtungen zu verhindern und bestehende Trennungen zu überwinden.

Bildungseinrichtungen sind nicht nur Lernorte, sondern auch Orte der Begegnung und des Zusammenlebens. In den Bildungseinrichtungen entsteht ab dem Kindergarten das gemeinsame Wir - unser gemeinsames Wien. Die Wiener Fortschrittskoalition verschreibt sich in ihren Wirkungs- und Gestaltungsbereichen dem Ziel, allen Wienerinnen und Wienern unabhängig von Alter, besonderen Bedürfnissen, Herkunft, Geschlecht, Kultur und Religionszugehörigkeit größtmögliche Chancengerechtigkeit beim Zugang zu frühkindlicher, Schul-, Erwachsenen- und Hochschulbildung zu ermöglichen. Alle Kinder und ihre Erziehungsberechtigten sollen sich in Wien auf den Kindergarten und die Schule ums Eck als erstklassige Bildungseinrichtungen verlassen können.

2.2 STADT DER KINDER UND JUGENDLICHEN

Die Wiener Bildungseinrichtungen sind Orte der Begegnung, der Freundschaften, des gemeinsamen Wachstums und der Selbstverwirklichung. Wir brauchen Bildungseinrichtungen nicht nur zum Lernen, sondern auch zum Glücklichein. Ein Umstand, der sich im Zuge der Corona-Krise einmal mehr bewahrheitet hat, als alle Bildungseinrichtungen – vom Kindergarten über die Schule bis zur Universität – über einen längeren Zeitraum geschlossen werden mussten. Die neue Wiener Stadtregierung wird bei ihren Entscheidungen den hohen sozialen und gesellschaftlichen Stellenwert aller Bildungseinrichtungen berücksichtigen.

Kinder und Jugendliche in Wien sollen in dem Wissen aufwachsen, dass ihre Stimme gehört und ernst genommen wird. Auch in Krisenzeiten haben Kinder und Jugendliche ein Recht darauf, dass ihre Bedürfnisse für eine förderliche Entwicklung wahrgenommen und berücksichtigt werden. Die Wiener Stadtregierung nimmt Kinderrechte ernst und versucht, diese zu jeder Zeit bestmöglich umzusetzen. In Wien begegnen wir uns auf Augenhöhe – unabhängig von Größe und Alter.

Unser gemeinsames Ziel ist es, dass Wien die kinder- und jugendfreundlichste Stadt der Welt wird. Dazu wollen wir mit der Wiener Kinder- und Jugendstrategie und den Maßnahmen dieses Regierungsprogramms beitragen. # Auf Augenhöhe mit unseren Kindern und Jugendlichen

Auf Augenhöhe mit unseren Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche haben das Recht, in allen Belangen, die sie betreffen, mitzureden. In über 1.200 Workshops der „Werkstadt Junges Wien“ haben Kinder und Jugendliche vor allem eines gezeigt: sie interessieren sich für die Zukunft ihrer Stadt, für das Wohlergehen und für ein gutes Zusammenleben aller Menschen. Ihre Ideen und Wünsche sind ein Auftrag an die neue Stadtregierung, den wir nun in den nächsten Jahren gemeinsam umsetzen werden. Diesen Weg der Mitbestimmung werden wir in Wien weitergehen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Partizipatives Kinder- und Jugendbudget**
 - Im Rahmen der Kinder- und Jugendstrategie wurden über 190 Maßnahmen beschlossen, die Wien zur kinder- und jugendfreundlichsten Stadt der Welt machen sollen.
 - Durch ein partizipatives Kinder- und Jugendbudget von einer Million Euro pro Jahr stellen wir sicher, dass Kinder und Jugendliche eigene Projektideen umsetzen können.
- **Kinder- und Jugend-Mainstreaming**
 - Um Dienststellen und Betriebe bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Umsetzung der Ziele und Maßnahmen zu unterstützen, wird von der Koordinationsstelle ein Kinder- und Jugendbeiratsmodell entwickelt. Kinder- und Jugend-Mainstreaming

wird schrittweise in allen Bereichen der Stadt etabliert. Bei jedem neuen Gesetz und jeder neuen Verordnung muss daher zuerst geprüft werden, ob es kinder- und jugendverträglich ist. Die Erarbeitung eines Ablaufschemas für diese Kinder- und Jugendverträglichkeitsprüfung wird von der Koordinationsstelle geleitet.

- **Kinder- und Jugendparlament:**
- Kinder und Jugendliche sollen ihre Interessen selbst vertreten können. Um ihnen von Anfang an volle politische Teilhabe und Mitsprache einzuräumen, wird in jedem Bezirk ein Kinder- und Jugendparlament eingerichtet. Wir bekennen uns zu den Kinder- und Jugendparlamenten in den Bezirken und wollen diese stärken. Zusätzlich dazu wird ein wienweites Kinder- und Jugendparlament implementiert, wo Projektideen eingereicht, diskutiert und bewertet werden. Dort wird in weiterer Folge darüber entschieden, welche davon umgesetzt werden sollen. Die Anliegen des Wiener Kinder- und Jugendparlaments werden im Anschluss im Gemeinderat diskutiert.

Schule und Freizeit – Hand in Hand

- Kinder und Jugendliche können in ihrem Entwicklungs- und Bildungsprozess auf verlässliche und vertrauensvolle Begleitpersonen bauen. Verschränkte Jugend- und Freizeitangebote ermutigen und bestärken Kinder und Jugendlichen darin, ihre Talente und Interessen zu entdecken.
- In Ganztagschulen finden Kinder und Jugendliche Strukturen vor, die es ihnen ermöglichen, an vielfältigen Freizeitangeboten teilzunehmen. Damit alle Kinder und Jugendliche Zugang zu einem umfassenden Freizeitprogramm haben, wollen wir die bisher vorhandene Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer Jugendarbeit stärken.
- Dazu werden wir Schnittstellen zwischen Kinder- und Jugendfreizeitangeboten bündeln.

Die Zukunft unserer Stadt geht in den Kindergarten

In Wien sind frühkindliche Bildung sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie seit vielen Jahren selbstverständlich. Elementare Bildung hat die Aufgabe, bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen - im Sinne des Rechts jedes einzelnen Kindes auf eine gelingende Bildungslaufbahn, aber auch in Hinblick auf Wien als wirtschaftlich erfolgreichen Standort mit gut ausgebildeten Bürger_innen und einem stabilen, tragfähigen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mit der Einführung des „Beitragsfreien Kindergartens“ im Jahr 2009 ist die Nachfrage nach qualitätvollen Plätzen in Kindergärten enorm gestiegen. Der Fokus der letzten Jahre lag daher auf dem Ausbau von zusätzlichen Kindergartenplätzen, die mit einer Vollerwerbstätigkeit der Eltern vereinbar sind. Heute ist Wien mit 87.000 Plätzen für 0- bis 6-Jährige, die zu 97 % mehr als neun Stunden pro Tag geöffnet haben und mit weniger als sieben Schließtagen im Jahr absoluter

Spitzenreiter österreichweit.

Die Fortschrittskoalition wird hier selbstverständlich weiterarbeiten: Dabei wird vor allem in der Altersgruppe der 0- bis 3-jährigen Kinder ein besonderer Schwerpunkt auf die Sicherung der Qualität durch einheitliche Qualitätsstandards beim Personal, bei der Ausstattung, der Unterstützungssysteme und durch die Implementierung einer sozialindizierten Ressourcenverteilung gelegt. Langfristig verfolgen wir das Ziel, den Fachkraft-Kind-Schlüssel schrittweise anzuheben. Damit wollen wir einerseits die Qualitätsstandards verbessern und andererseits das Berufsfeld der Elementarpädagog_innen attraktiver gestalten.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die Sprachenvielfalt in den elementarpädagogischen Einrichtungen ist ein großer Schatz, der gleichzeitig auch gefördert werden will. Durch einen massiven **Ausbau der Sprachförderung** in elementaren Bildungseinrichtungen erhalten Kinder mit nicht-deutscher Erstsprache einen frühen und spielerischen Zugang zur deutschen Sprache. Damit wir Kinder bestmöglich bei ihrem Bildungsprozess unterstützen, wird die Anzahl der Sprachförderkräfte von derzeit rund 300 auf 500 Personen erhöht.
- **Zusätzliche Bildungs- und freizeitpädagogische Angebote** externer Anbieter_innen in elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen können stattfinden, sofern die durchgängige Anwesenheit einer vertrauten pädagogischen Fachkraft und die Zugänglichkeit für alle Kinder sichergestellt wird und diese Angebote auch allen Kindern offen stehen
- **Überarbeitung des Wiener Bildungsplans** nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen.
- Implementierung einer **Kund_innen-Anlaufstelle für Anliegen zum Wiener Kindergartenbereich**.
- Evaluierung und Verbesserung **der Wiener Fachberatungsstruktur für Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in der Elementarbildung**.
- Evaluierung und **Verbesserung der Zusammenarbeit** zwischen elementaren Bildungseinrichtungen und Schulen, um für Wiener Kinder ein bestmögliches Gelingen des Übergangs und der Schuleingangsphase zu gewährleisten.
- Unterstützung und **Förderung von wissenschaftlichen Forschungsprojekten** im Bereich der elementarpädagogischen Bildung.
- Weiterentwicklung von **Kinderschutzrichtlinien** für den Elementarbildungsbereich.
- Ein transparentes und nachvollziehbares **Kontrollsystem**, das auf einem Vier-Augen-Prinzip und einem Rotationssystem beruht, stellt die Einhaltung der Qualitätsstandards in allen elementaren Bildungseinrichtungen sicher.

Sicherstellung des erforderlichen Fach- und Unterstützungspersonals für Wiener elementare Bildungseinrichtungen

- Die Anforderungen an das Fachpersonal wurden in den letzten Jahren immer größer, gleichzeitig ist das dafür nötige Personal nicht in ausreichender Zahl hinzugekommen. Der Kindergarten hat sich endlich von der reinen Betreuungsstätte zu einer Bildungseinrichtung weiterentwickelt, wodurch aber der Anspruch und die Erwartungen um ein Vielfaches gestiegen sind. Damit das optimal gelingen kann, muss mehr Personal gewonnen, aber auch bestehendes motiviert werden, den Beruf auf Dauer mit Freude ausüben zu wollen.
- In einem ersten Schritt wollen wir die Rahmenbedingungen in den Kindergartengruppen wesentlich verbessern, indem wir den Einsatz der Assistent_innen von derzeit 20 auf 40 Wochenstunden pro Gruppe erhöhen. Diese Form der Ressourcenerhöhung soll sich auch in den Fördervereinbarungen mit privaten Trägerorganisationen abbilden.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Erstellung einer wienweiten **Personalbedarfsprognose**, um Informationen über die Personalstruktur, Entwicklung und den Bedarf für die kurz-, mittel- und langfristige Planung zu erhalten.
- Wienweite **Erhebung zu Motiven des Berufseintritts** bzw. Nicht-Eintritts nach Absolvierung einer Bildungsanstalt für Elementarpädagogik (BAfEP) sowie eine Maßnahmenableitung zur Steigerung der Berufseintrittsquote.
- Ausbau der praxisintegrierten **Erwachsenenbildung** an den BAfEP (Eigenerstellung an der bafep21, gemeinsame Forderung für Bundes- und private BafEP in Wien)
- **Image- und Informationskampagne** für das Berufsfeld Elementarpädagogik.
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch **Erhöhung der Erwachsenen-Kind-Relation** in den Gruppen zu den Hauptbetriebszeiten.
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch **Verfügbarkeit von zusätzlichem Unterstützungspersonal** für hauswirtschaftliche und administrative Tätigkeiten.
- **Evaluierung und Weiterentwicklung der Wiener Vorgaben** zu den im elementaren Bildungsbereich tätigen Berufsgruppen (Diversifizierung des Berufsfeldes, spezifisch vorgeschriebener Personaleinsatz in definierten Gruppen, Personaleinsatzkonzept).
- **Neubau des Ausbildungsstandortes für Elementarpädagogik** der Stadt in Floridsdorf und Anpassung der räumlichen Struktur an eine professionelle, zeitgemäße Ausbildung für alle Berufsgruppen im Wiener elementaren Bildungsbereich.

Die besten Schulen für alle Kinder in Wien

Unsere Schulen sind die Startrampe für den weiteren Lebensweg. Kein Kind darf zurückgelassen werden. Nach Abschluss der Pflichtschule sollen alle Schüler_innen mit den grundlegenden Kulturtechniken und Kompetenzen befähigt sein, die es ihnen ermöglichen, ein selbstbewusstes und selbstbestimmtes Leben zu führen sowie lebenslanges Lernen zu betreiben. Eltern können sich darauf verlassen, dass jede Schule im Grätzl die beste Bildung ermöglicht.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Kostenfreie Ganztagschule**
 - Die Wiener Ganztagschulen bieten den Schüler_innen eine pädagogisch wertvolle Abwechslung von Lern- und Freizeiteinheiten sowie spannenden Aktivitäten und entlasten die Eltern. Die kostenfreie Ganztagschule ist ein historischer Schritt zur Öffnung und Etablierung der Ganztagschulen als zentrales Standbein des Wiener Schulsystems. Der Ausbau um zehn zusätzliche kostenfreie verschränkte Ganztagschulen pro Jahr sichert eine flächendeckende Versorgung in der ganzen Stadt.
 - Langfristig soll es an jeder Wiener Schule eine Tagesbetreuung in offener oder verschränkter Form geben.
 - Darüber hinaus vereinbaren wir, bei Umstellungen auf das ganztägige verschränkte Modell insbesondere Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen zu priorisieren.
 - In der kommenden Legislaturperiode setzen wir uns das Ziel, den Ausbau der schulischen Tagesbetreuung in (offener und) verschränkter Form zügig voranzutreiben. Für die Aufnahme eines Kindes in eine ganztägig geführte Schule in verschränkter Form werden neben der Wohnortnähe zum Schulstandort und der Berufstätigkeit der Eltern zukünftig auch Indikatoren wie der sozio-ökonomischen Hintergrund des Kindes, der Deutschförderbedarf und Empfehlungen aus dem elementarpädagogischen Bildungsbereich berücksichtigt.
- **Ethikunterricht**
 - Das Wissen über die verschiedenen Religionen und die Auseinandersetzung mit ethischen Fragen stärken junge Menschen in ihrer Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit und tragen zum gegenseitigen Verständnis in einer pluralistischen Gesellschaft bei. Die Wiener Fortschrittskoalition setzt sich gegenüber dem Bund dafür ein, allen Schüler_innen die Teilhabe am Ethikunterricht zu ermöglichen.
- **Pilotprojekt Ethik und Zusammenleben**
 - Da die Stadt Wien keinen Ethikunterricht in den Lehrplan aufnehmen kann, werden in einem Pilotprojekt die inhaltlichen Aspekte des Ethikunterrichts in der Pflichtschule erarbeitet. Besonderer Fokus liegt dabei auf der Polytechnischen Schule. Das Pilotprojekt

„Ethik & Zusammenleben“ ermöglicht den Heranwachsenden, sich über ein gemeinsames Wertefundament auszutauschen, das über die eigene Werterhaltung hinausgeht und für ein tolerantes Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft entscheidend ist. In einer engen Verzahnung mit der „Politischen Bildung“ in den Schulen erleben Jugendliche ihre Möglichkeiten und Verantwortung als aktive Bürger_innen einer freien und solidarischen Stadtgesellschaft. In einem weiteren Schritt wird bis 2025 das Angebot auf die Berufsschulen ausgeweitet.

- **Politische Bildung und Gedenkarbeit**

- Die Wiener Kinder und Jugendlichen gestalten ihre Stadt im Sinne einer freien und solidarischen Stadtgesellschaft. Eine verstärkte Politische Bildung in den Wiener Bildungseinrichtungen vermittelt dazu das nötige Rüstzeug.
- Durch innovative zeitgeschichtliche Projekte für Schüler_innen wird die Auseinandersetzung mit der Geschichte Österreichs unterstützt. Damit wird der aktive Einsatz für Demokratie, gegenseitigen Respekt und Meinungsfreiheit gefördert. Dazu werden Besuche von Gedenkstätten und Gedenkortern organisiert.

- **Das Wiener Bildungsversprechen**

- Die Wiener Schulen sollen die besten Schulen des Landes sein. Daher wird unter dem Motto „Das Wiener Bildungsversprechen“ zum umfassenden Schulentwicklungsprogramm aufgerufen. In Anlehnung an internationale Beispiele wie der „London Challenge“ soll ein Turbo bei der Schulentwicklung gestartet werden. Im Hauptfokus liegt die Unterrichtsqualität an den besonders herausfordernden Großstadtschulen mit dem Ziel das pädagogische Personal zu entlasten und den Schüler_innen durch Unterstützung bessere Bildungschancen zu ermöglichen.
- Mit dem ‚Wiener Bildungsversprechen‘ werden jene Wiener Pflichtschulen mit besonders hohen Herausforderungen ausgewählt. Diese Schulen werden von Schulentwicklungsexpert_innen begleitet, um im Rahmen eines partizipativen Prozesses ein individuelles Unterstützungs- und Entwicklungsprogramm zu erarbeiten.
- Damit in jeder Schule auf die jeweils spezifischen Anforderungen eingegangen werden kann, stehen jeder Schule zusätzliche Ressourcen wie zum Beispiel psychosoziale – und Sprachförderkräfte sowie ein jährliches zusätzliches Sonderbudget zur Verfügung, das die Schule autonom einsetzen kann.
- Das Schulentwicklungsprogramm wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert und ist als mehrjähriges Projekt definiert.

- **Gemeinschaftsschule – Chancenschule**

- Im Mittelpunkt der neuen Wiener Schule stehen der lernende Mensch und seine Bedürfnisse im Laufe der Pflichtschulzeit (1. bis 9. Schulstufe). Die sozial selektiven Nahtstellen zwischen der Volksschule und Mittelschule werden durch ein übergreifendes pädagogisches Konzept und eine strukturelle Verknüpfung der Primar- und Sekundarstufe überbrückt. Die Wiener Schule soll bis 2030 an zehn Standorten Schüler_innen Zeit und Raum, um zu wachsen, geben. Darüber hinaus soll sie Anschluss an Ausbildungswege der Sekundarstufe 2 bieten.
- An den Campus-Standorten sowie an ausgewählten Schulneubauten wird die Schule für 6- bis 14-Jährige umgesetzt.

Kindern Paläste bauen - Platz für Bildung

Die Bevölkerungsprognosen für die Stadt Wien gehen auch für die nächsten Jahrzehnte von einer steigenden Zahl an Kindern aus. Der zunehmende Bedarf an Bildungsräumen erfordert daher auch weiterhin den konsequenten Neu- und Ausbau von öffentlichen Bildungseinrichtungen, bei gleichzeitiger Sicherung von Frei- und Grünflächen, die moderne Lernformen ermöglichen und fördern.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Sicherstellung eines stabilen, qualitätsvollen und dem Wiener Bedarf entsprechenden **Platzangebotes in elementarpädagogischen Einrichtungen:**
- Insgesamt stehen in Wien über 86.000 Kindergartenplätze für 0- bis 6-jährige Kinder zur Verfügung. Mehr als die Hälfte des Platzangebotes wird in Wien von privaten Trägerorganisationen bereitgestellt. Diese Plätze werden von der Stadt Wien im Rahmen des Modells „Beitragsfreier Kindergarten“ gefördert. Seit dessen Einführung im Jahr 2009 ist die Betreuungsquote bei den unter Dreijährigen um 17,2 Prozentpunkte auf 45,4 % gestiegen. Wien bietet somit ein vielfältiges und breites Platzangebot, das erhalten und weiter ausgebaut werden soll.
- Weiterer **Ausbau der städtischen Kindergartenplätze**
- Weiterer **Ausbau des elementaren Bildungsangebotes** für unter 3-jährige Kinder bis zu einem Versorgungsgrad von zumindest 50 % (für unter 3-Jährige derzeit Versorgungsgrad: 47,8 %).
- Evaluierung und Weiterentwicklung der **Förderungen privater elementarer Bildungseinrichtungen.**

- Implementierung eines organisatorisch einheitlichen, wienweiten **Vormerk- und Anmeldesystems** für geförderte und städtische Kindergartenplätze.
- Vereinheitlichung der **Wiener Datenbanksysteme** im Bereich elementarer Bildung und Vermeidung von Doppelgleisigkeiten für gleiche und/oder verwandte Daten.
- Die **Bildungscampus-Neubauprogramme (BIENE und BIENE II)** werden weitergeführt. Damit werden bis 2035 in Summe 23 Bildungscampusstandorte in Betrieb sein.
- Um Bildungsbauten effizient und im Zeitplan umsetzen zu können, greift Wien auf eine professionelle Projektabwicklungsstruktur zurück. Das Schulsanierungsprogramm II mit 40 Substanz- und Generalsanierungen von Pflichtschulen wird weitergeführt. Im Zuge der Sanierungen wird auch auf die Herausforderungen des Klimawandels und die Anforderungen einer qualitativ hochwertigen Pädagogik an die Bildungsräume geachtet.
- Für die Berufsschulgebäude wird ein Sanierungskonzept erarbeitet und die Digitalisierung vorangetrieben.
- Das aktuelle Angebot an Bundesschulen kann mit der steigenden Nachfrage nicht mithalten. Die neue Fortschrittskoalition setzt sich gegenüber dem Bund für einen raschen Aus- und Neubau von berufsbildenden mittleren und höheren Schulen in Wien ein.
- **Cooler Bildungseinrichtungen für coole Kids & Pädagog_innen**
- Bei Neubauten und Sanierungen werden die Herausforderungen des Klimawandels bzw. der sommerlichen Überhitzung berücksichtigt, z.B. nächtliches Querlüften, Erdsonden, Begrünungen, Photovoltaik etc.
- Integrative Lösungen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf den Vorplätzen von elementaren Bildungseinrichtungen und Schulen werden umgesetzt.
- Neben den staatlichen Schulen leisten **Schulen in freier und konfessioneller Trägerschaft** einen unverzichtbaren Beitrag zum vielfältigen Schulangebot in Wien. Daher vereinbaren wir einen neuen Fördertopf in der Höhe 1 Mio. Euro jährlich für nicht-konfessionelle Schulen. Mittels Förderansuchen können Schulen in freier Trägerschaft Bau- und Investitionszuschüsse beantragen.

Pädagog_innen stärken unsere Kinder, wir stärken die Pädagog_innen

Wir bekennen uns zur Schule als einen Ort, an dem Schüler_innen, Erziehungsberechtigte und Lehrkräfte als verlässliche und kooperative Einheit den Schulbildungsprozess gemeinsam gestalten. Die ernsthafte und aktive Einbeziehung der Erziehungsberechtigten ist für uns eine zentrale Voraussetzung für den Bildungserfolg der Wiener Kinder und Jugendlichen. Durch Begegnung auf Augenhöhe und laufende individuelle Information über die Lernfortschritte und proaktive Elternarbeit wollen wir eine gleichberechtigte Partnerschaft in den Bildungseinrichtungen leben.

Pädagog_innen sind nicht nur Lehr- und Begleitpersonen, vielmehr sind sie auch Impulsgeber_innen im gesamten Bildungs- und Entwicklungsprozess von Kindern und Jugendlichen. Ein breitgefächertes berufliches und persönliches Erfahrungsschatz von Pädagog_innen bereichert Kinder sehr. Die neue Wiener Stadtregierung unterstützt Pädagog_innen nach Kräften, bekennt sich zur Förderung der Durchlässigkeit. Und bestärkt Quer- und Wiedereinsteiger_innen in ihrer Entscheidung für einen pädagogischen Beruf. Bestehende Quereinsteiger_innen-Programme sollen ausgebaut werden.

Die neue Wiener Stadtregierung unterstützt Pädagog_innen dabei, Vielfalt und Diversität als Ressource für den Unterricht zu nutzen und bekennt sich zu mehr pädagogischen Freiräumen und Autonomie an den jeweiligen Bildungsstandorten.

Wir stärken die Wiener Pädagog_innen, damit diese unsere Kinder und Jugendlichen stärken können.

DAHER VEREINBAREN WIR:

● Fach- und Unterstützungspersonal für Wiener Schulen

Die Anforderungen an das Lehrpersonal wurden in den letzten Jahren immer größer. Gleichzeitig ist das dafür nötige Unterstützungspersonal nicht in entsprechender Zahl hinzugekommen. Besonders Schulen mit großen Herausforderungen brauchen mehr Ressourcen in Form von Unterstützungskräften, Daher vereinbaren wir für unsere Wiener Bildungseinrichtungen einen Ausbau in folgenden Bereichen:

- Starker Ausbau von psychosozialen Fachkräften an Wiener Schulen mit besonders großen Herausforderungen.
- Eine administrative Fachkraft für jede Wiener Schule.
- Zusätzliches Unterstützungspersonal für Kinder und junge Menschen mit Behinderungen.
- Evaluierung des Einsatzes von medizinischem Unterstützungspersonal (School Nurses).
- **Spezielle Sprachförderkräfte**

Schulen in einer internationalen Großstadt sind naturgemäß mit einem erhöhten Aufwand in der Sprachförderung konfrontiert. Die Sprachenvielfalt in Großstädten ist ein großer Schatz und gleichzeitig eine große Herausforderung in den Bildungseinrichtungen. Die Wiener Fortschrittskoalition wird sich weiterhin vehement dafür einsetzen, dass dieser Umstand auch bei der Zuteilung von Lehrkräften durch die Bundesregierung bedarfsgerecht berücksichtigt wird. Wiener Kinder mit Deutschförderbedarf und anderen Erstsprachen dürfen durch die Gießkanne-Logik der Stellenpläne nicht benachteiligt werden. Daher braucht es:

- Bedarfsgerechte Bereitstellung der **Planstellen für Deutschfördermaßnahmen.**
- Sicherstellung der schulischen **Förderung von** allen Schüler_innen mit **nichtdeutscher Erstsprache.**
- **Regionale Bildungsnetzwerke** tauschen sich regelmäßig aus und lernen voneinander.
- Lehrer_innen dürfen nicht alleingelassen werden: Wir fördern und fordern **regelmäßige Fortbildung und Coaching-Angebote.**
- Für Elterngespräche gibt es Dolmetscher_innen in der Erstsprache der Kinder.

Chancen-Index

Wir setzen uns vehement für die Bereitstellung von zusätzlichem Personal auf Basis eines Chancen-Index durch den Bund ein. Die besonderen Herausforderungen von Großstadtschulen müssen bei der Zuteilung endlich berücksichtigt werden. Diese Bonus-Zuteilung darf sich nicht nur auf einzelne Pilotschulen beziehen, sondern muss nach klar nachvollziehbaren Kriterien langfristige Planung am Schulstandort ermöglichen. Die strukturelle Benachteiligung der Großstadtschulen durch die Logik der Gießkanne bei der Verteilung der Lehrer_innenressourcen durch den Bund muss endlich beendet werden.

It takes a City to raise a child - gemeinsam für junge Wienerinnen und Wiener da sein.

Kinder und junge Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, sind Teil unserer Gesellschaft und damit in unseren Bildungseinrichtungen. Es gilt jegliche Stigmatisierung zu vermeiden. Wir bekennen uns zur bestmöglichen Förderung auf Basis der jeweils individuellen Bedürfnisse.

Derzeit endet die Schulkarriere von Kindern mit Behinderungen viel zu früh, und zwar bereits zwischen dem 14. und 16. Lebensjahr. Viele Kinder und Jugendliche mit Behinderungen würden enorm von weiteren Schuljahren profitieren. Zudem kann die Zeit außerordentlich hilfreich für den Einstieg in den Arbeitsprozess sein. Deshalb setzt sich die Fortschrittskoalition gegenüber dem Bund für den Rechtsanspruch auf Schulbildung für Kinder mit Behinderungen bis zum 18. Lebensjahr ein.

Durch Inklusionsgruppen bzw. -klassen in den Bildungseinrichtungen und Regelgruppen in

sonderpädagogischen Bildungshäusern bieten wir allen jungen Wienerinnen und Wienern Platz in der Mitte unserer Gesellschaft. Damit jede und jeder so weit als möglich am Regelbetrieb in unseren Bildungseinrichtungen teilnehmen kann, braucht es eine Bildungsinfrastruktur, die auf die besonderen Bedürfnisse Rücksicht nimmt, und die auch die Nachmittagsbetreuung und Angebote in den Ferien umfasst.

Orientiert am individuellen Förderbedarf setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Wien schrittweise ihre Unterstützungssysteme für Kinder und junge Menschen mit Behinderungen ausbaut.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Verbesserung des elementarpädagogischen Platzangebotes** für Kinder mit Behinderungen.
- Verstärkter Ausbau der **Plätze im Bereich privater Betreiber_innen**.
- Verstärkte **Zusammenarbeit mit den Wiener Sozial- und Gesundheitseinrichtungen**.
- **Einsatz von Gesundheitspersonal** in elementaren Bildungseinrichtungen.
- Schaffung einer wienweiten **Anlaufstelle für elementare Bildungsplätze** für Kinder mit Behinderungen.
- **Ehrenamtswoche**
 - In den über 200 Workshops der „Werkstadt Junges Wien“ haben Kinder und Jugendliche vor allem eines gezeigt: sie interessieren sich für die Zukunft ihrer Stadt, für das Wohlergehen ihrer Mitmenschen und für ein gutes Zusammenleben aller. Kinder und Jugendliche wollen sich aktiv in die Stadt einbringen. Gemäß dem Prinzip „Einfach machen“ können sich Wiener Schüler_innen in der letzten Schulwoche ehrenamtlich engagieren. Gemeinsam mit sozialen Einrichtungen, NGOs und Vereinen sowie gesellschaftspolitischen Initiativen setzen die Wiener Schulklassen ehrenamtliche Projekte für ein soziales Miteinander in Wien um.
- **Unterstützung für ehrenamtliche Lernhelfer_innen**
 - Tausende Wienerinnen und Wiener helfen jede Woche beim Lernen: in Lerncafés, als Lesepat_innen oder auch als Lernbuddies unterstützen sie junge Wienerinnen und Wiener. Die Fortschrittskoalition fördert und unterstützt die Initiativen von ehrenamtlichen Lernhelfer_innen bei der Professionalisierung und Sicherstellung der Lernangebote. Dazu sollen eigene Fortbildungs- und Supervisionsangebote sowie Fördermöglichkeiten geschaffen werden.
- **Vom Bildungsgrätzl zur Bildungsstadt**

- Wir fördern auch weiterhin die Verankerung von Kooperationen zwischen elementaren Bildungseinrichtungen, Schulen und außerschulischen Einrichtungen. Der Ansatz der Zusammenarbeit unterschiedlicher Bildungseinrichtungen innerhalb der Grätzl wird auf Ebene der Gesamtstadt weitergeführt, begleitet und laufend adaptiert. Durch die intensivierete Kooperation verschiedener Akteur_innen in der Stadt Wien wird die Erarbeitung strategischer Positionen und gemeinsamen Schwerpunktsetzungen im Bildungsbereich gefördert.
- **„Respekt: Gemeinsam stärker!“**
- Mit dem Pilot-Präventionsprogramm „Respekt: Gemeinsam stärker!“ für Wiener Mittelschulen soll gezielt sozialen Herausforderungen im Schulalltag begegnet werden. Abwertung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung sowie Vorurteile, Mobbing, Spannungen und Konflikte im Klassenzimmer, Diskriminierungserfahrungen oder Hass im Netz werden im Rahmen von Schulentwicklungsprojekten mit Direktor_innen, Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern bearbeitet. Ziel des Pilotprojekts „Respekt: Gemeinsam stärker!“ ist es, eine angstfreie und gewaltfreie Schule ganzheitlich und prozessorientiert an zehn Wiener Mittelschulstandorten voranzutreiben. Nach der bereits initiierten Evaluierungsphase soll das Programm fixer Bestandteil der Wiener Kinder- und Jugendarbeits- sowie Schulwelt werden.

Familien stärken - Kinder schützen - Unterstützung und Begleitangebote von Anfang an

Jedes Kind soll unabhängig von Herkunft und Lebenssituation der Eltern die bestmöglichen Bedingungen und Chancen bekommen, um sich entfalten zu können. Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein verlässlicher Partner für Erziehungsberechtigte, Kinder und Jugendliche. Gemeinsam werden Lösungen erarbeitet, wenn es zu Problemen oder Krisen in der Familie kommt. Es muss zu allen Zeitpunkten gewährleistet sein, dass Kinder und Jugendliche die Unterstützung erhalten, die sie auch verdient haben..

DAZU WOLLEN WIR BESTEHENDE ANGBOTE FORTFÜHREN UND AUSBAUEN:

- **Elternkompetenzen stärken:** Elternberatung, Eltern-Kind-Training und Eltern-Kind-Runden.
- **Frühe Hilfen:** beginnend in der Schwangerschaft und begleitend in den ersten Lebensjahren.
- **Frühe Förderung:** gezielte Förderungen für Kinder von Anfang an.
- Verlässliche Begleitung ab der Geburt - **Wiener Wickelrucksack:** Mit dem Wiener Wickelrucksack werden alle Kinder und Jungeltern von Geburt an erreicht. Eltern werden über Informations- und Unterstützungsangebote informiert. Der Wiener Wickelrucksack

sack wird in seiner Funktion als erster Kontaktpunkt überprüft und gegebenenfalls adaptiert.

- **Digitale Beratungsangebote:** Angepasst an die Lebenswelt von Kindern, Jugendlichen und Familien von heute sollen digitale Beratungsangebote forciert werden:
- In Anbetracht der COVID-19-Pandemie -sind alle Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien entsprechend zu gestalten.

Verlässliche Hilfe und Unterstützung

- **Ausbau der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe:** Neben den ambulanten Angeboten werden die stationären Ressourcen in den nächsten Jahren sowohl qualitativ als auch quantitativ ausgebaut. Die Schaffung von zusätzlichen sozialtherapeutischen und sozialpsychiatrischen Wohngemeinschaften ist ein weiteres Ziel. Darüber hinaus wird insbesondere in die Prävention investiert und das Angebot der aufsuchenden Familienarbeit ausgebaut.
- **Erhöhung der Ressourcen in der mobilen Sozialarbeit:** Mobile Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern werden weiter ausgebaut, um Familien die bestmögliche Unterstützung im Alltag zu garantieren. Zum Beispiel: Mobile Familien- und Jugendarbeit, Beratungs- und Begleitangebote.
- **Krisenzentren** sind sichere Orte, wo Kinder bei Bedarf Schutz und Hilfe finden, und wo gemeinsam Lösungs- und Zukunftsperspektiven erarbeitet werden. Damit Kinder zu jeder Zeit, die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, werden die Ressourcen regelmäßig dem Bedarf angepasst.
- **Krisenpflegeeltern** bieten Kindern im Altern von 0 bis 3 Jahren vorübergehend ein sicheres Zuhause, wenn es zu Akut- beziehungsweise Krisensituationen kommt. Gemeinsam mit den Krisenpflegeeltern werden Strategien erarbeitet, um die Anzahl an Krisenpflegefamilien zu erhöhen.
- **Care Leaver:** Junge Menschen mit 18 Jahren, die keinen einfachen Start ins Leben hatten, haben häufig kein soziales Netz, auf das sie sich verlassen können. Mit dem Auszug aus einer Wohngemeinschaft verlieren sie vertraute Bezugspersonen und sind auf sich allein gestellt. Wir werden daher in den nächsten Jahren die vorhandenen Betreuungsangebote ausbauen, die sicherstellen, dass den jungen Erwachsenen weiterhin Ansprechpartner_innen und Mentor_innen in der Übergangsphase zur Seite stehen. Eine organisatorisch-strukturierte Übergangsphase und Betreuung von Care Leavers bis zum 21. Lebensjahr muss in Zukunft gewährleistet sein – die Schnittstelle zwischen Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe darf nicht zur Bruchstelle werden.

- **Projekte für junges Wohnen:** Der Weg in die Selbstständigkeit ist besonders für junge Menschen, die keine oder kaum Unterstützung von den Eltern erhalten, besonders schwierig. Im Rahmen von „Housing First“-Projekten werden junge Menschen individuell begleitet und erhalten Unterstützung beim Schritt ins erste selbstständige Wohnen.

Kinder- und Jugendanwaltschaft

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft (KJA) ist eine Anlaufstelle, die Kindern und Jugendlichen schnell und zuverlässig Hilfe bietet.

- Alle Wiener Kinder und Jugendlichen, aber auch deren Eltern, können sich bei Problemen in der Schule oder in Einrichtungen der Elementarpädagogik an die Kinder- und Jugendanwaltschaft wenden. Besonders, wenn es in Bildungseinrichtungen zu Mobbing kommt sind sowohl Schüler_innen als auch Lehrer_innen schnell hohen Belastungen ausgesetzt und brauchen rasch und unkompliziert Hilfe.
- Die KJA und ihre breiten Beratungs- und Unterstützungsangebote werden in den nächsten Jahren verstärkt beworben. Darüber hinaus wird eine Personalbedarfsanalyse durchgeführt.

Aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit:

Kinder haben ein Anrecht auf eine Freizeitgestaltung, die ihren Interessen entspricht und ihre Fähigkeiten und Talente fördert. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit bietet ein niederschwelliges, breites und freiwilliges Angebot für Kinder und Jugendliche, unabhängig ihres sozialen, kulturellen, religiösen oder Bildungs- Hintergrunds. Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist mit sich stetig ändernden Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen konfrontiert. Um ein Angebot mit hohem Qualitätsanspruch zur Verfügung stellen zu können, werden folgende Maßnahmen gesetzt:

- **Kooperation:** Die Vereine der Offenen Jugendarbeit arbeiten eng mit Bildungseinrichtungen und anderen Institutionen und Einrichtungen zusammen. Synergieeffekte zwischen den derzeit aktiven Vereinen werden hergestellt und ausgebaut.
- **Evaluierung:** Die Wirkung der bisherigen Arbeit wird erfasst und ein evidenzbasierter Wissenstransfer zwischen Forschung und Jugendarbeit ermöglicht und vertieft.
- **Bedarfsanalyse:** Mit einer Bedarfsanalyse werden die quantitative und qualitative Angemessenheit der derzeitigen Infrastruktur (räumlich, sachlich, personell) und die derzeitigen Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erfasst und bewertet.
- **Qualitätsstandards:** Einheitliche Qualitätsstandards in den unterschiedlichen Vereinen stellen sicher, dass optimal auf die Lebenswelten und -realitäten von Kindern und Ju-

gendlichen eingegangen werden kann.

- Ziel ist ein vernetztes, flächendeckendes Angebot.

Kinder- und Jugendorganisationen

Wiener Kinder- und Jugendorganisationen leisten einen wertvollen Beitrag zur Demokratie. Sie sind für Kinder und Jugendliche wichtige Orte, um ein respektvolles, demokratisches Miteinander und Freude an gesellschaftlicher Teilnahme zu erleben und auch Methoden kennenzulernen, wie man sich aktiv für gesellschaftliche Interessen engagieren kann.

Ausbau von Ferienangeboten

Die neuen Ferienangebote der Stadt Wien sind ein großer Erfolg. Die Angebote sollen in den kommenden Jahren fortgesetzt und ausgebaut werden (City Camps und die Wiener Jugenderholung).

Erwachsenenbildung

Erwachsenenbildung ist mehr als berufliche Weiterbildung. Eine selbstbewusste demokratieverbundene Bevölkerung braucht Angebote des lebensbegleitenden Lernens, auch außerhalb des beruflichen Kontextes. Die Wiener Volkshochschulen sind starke Bildungspartner_innen der Stadt Wien. Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung erkennen auf Grund ihrer sehr regionalen Strukturen unmittelbar, wo Bedarf besteht. Erwachsenenbildung hat die Aufgabe alle Wienerinnen und Wiener zu erreichen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die laufende Entwicklung und Erprobung von **neuen niederschweligen Formaten**.
- Die Ermöglichung notwendiger **Bildungsabschlüsse**.
- **Onlineangebote** werden auch in den künftigen Bildungsprogrammen vermehrt Platz finden. Ressourcen zur dauerhaften Implementierung von Webinaren werden zur Verfügung gestellt, um Kursleitungen und Teilnehmende digital fitter zu machen.
- Erwachsenengerechte Angebote der politischen Bildung. **Politische Bildung** ist nicht nur schulrelevant und auf Kinder und Jugendliche beschränkt, sondern auch eine weitere Säule der Erwachsenenbildung.
- Niederschwellige Formate der **Wissenschaftsvermittlung**.
- Ein Bekenntnis zur Weiterführung der **Initiative Erwachsenenbildung**.

Sprung in die Zukunft - Die Wiener Bäder

Die Wiener Bäder leisten einen wichtiger Beitrag zur hohen Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Die Wiener Fortschrittskoalition hat mit der Bäderstrategie 2030 einen Rahmen für die Weiterentwicklung der Wiener Bäder. Das auf der Strategie aufbauende Bäderbauprogramm sieht ein neues Bad in der Donaustadt (Region Aspern) sowie die Erweiterungen von vier Bädern um eine Schwimmhalle sowie die Erweiterung eines Bades um ein Außenbecken vor. Durch den Einsatz modernster Technik wird der ökologische Fußabdruck des Bäderbetriebs weiter gesenkt. Eine Basisversorgung für Schwimmen und Baden in einer wachsenden Stadt werden wir auch zukünftig sicherstellen.

Schwimmen ist nicht nur überlebensnotwendig, um sich sicher in Gewässern bewegen zu können, sondern leistet auch gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Gesundheit und Bewegungsfähigkeit.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Um die Öffnungszeiten der Bäder an die Bedürfnisse der heutigen Lebenswelt anzupassen, wird erhoben, ob die **Öffnungszeiten ausgeweitet** werden sollen.
- Die Wiener Bäder bieten die allen Wienerinnen und Wiener die Infrastruktur, um Schwimmen zu lernen beziehungsweise ihre Schwimmfähigkeiten zu vertiefen. Die Angebote der Bäder orientieren sich an den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen und Senior_innen.
- Die Stadt Wien stellt ihre Bäder für das **Schulschwimmen** bereit und vermietet **Ver-einen** die für die Ausrichtung von Schwimmkursen notwendigen Wasserflächen . Die Bäder werden ihr bestehendes Kursangebot für den Schwimmnachwuchs und den kostengünstigen Einzelunterricht durch Sportbadewart_innen zukünftig ausweiten. Die bestehenden Kooperationen zwischen den Bädern und privaten Vereinen werden intensiviert und weiter entwickelt.

2.3 STADT DER WISSENSCHAFT

Mit 50.000 Forschenden und über 200.000 Studierenden ist der Standort Wien ein Eckpfeiler der europäischen Forschungslandschaft. Um diesen Stellenwert zu halten, die internationale Strahlkraft sicherzustellen und auszubauen und um für Wirtschaft und Gesellschaft eine zentrale Partner_in zu sein, wird im Bereich Wissenschaft und Forschung in den kommenden fünf Jahren der Forschungsstandort weiterentwickelt. Wir werden den Universitätsstandort weiter fördern und damit Wiens Position als führende europäische Forschungs- und Innovationsmetropole ausbauen.

Die Stadt Wien zeichnet eine produktive Verbindung der Disziplinen aus: Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie die Kunstuniversitäten und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten international beachtete Spitzenforschung. Die Vernetzung dieser

Ansätze soll auch künftig gefördert und mit entsprechenden Anreizstrukturen unterstützt werden.

Die neue Wiener Stadtregerung hat die große Möglichkeit, durch gezielten Mitteleinsatz eine Hebelwirkung der Bundes- und EU-Mittel zu erreichen. Durch strategische Finanzierung von Nachwuchsprogrammen, Jungforscher_innen und Instituten kann Wien internationaler Vorreiter in vielen Bereichen werden.

Die Hochschulen müssen sich an den Lebensrealitäten der Studierenden orientieren. Aus diesem Grund muss der hohe Anteil an berufstätigen und betreuungspflichtigen Studierenden berücksichtigt und das Angebot der Lehrveranstaltungen dementsprechend adaptiert und ausgebaut werden.

Es gilt politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Studierende unterstützen, Hürden abbauen und ihr gesamtes geistige Potential entfalten. Das garantiert einen Mehrwert für die Stadt.

Die Corona-Krise führt zu vermehrt zu psychischer Belastung. Auch für Studierende, die eine Mehrfachbelastung durch Arbeit und Betreuungspflichten haben, ist der Druck groß. Dem gilt es entgegen zu wirken, anstatt den Druck zu erhöhen.

Die Erfolgchancen für Studierende müssen erhöht werden. Durch Wissen und Innovation können wir es schaffen, die vielen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen – sei es die Klimakrise, die Wirtschaftskrise oder die Gesundheitskrise. Für all diese Bereiche braucht es kluge Köpfe, die uns durch ihr wissenschaftliches Know-how dabei helfen. Wir können es uns daher nicht leisten, auf dieses Potential zu verzichten, weshalb es ausreichend Studienplätze geben muss und die Hochschulen ein offener Ort für Wissen sein müssen. Denn jeder Studienplatz schafft eine weitere Chance in Richtung krisensichere Zukunft.

Durch die hohe Dichte an Hochschulen in Wien sollen in Zukunft Synergien durch die Schaffung von standortübergreifend Plattformen besser genutzt werden. So können wir die Kräfte der Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen bestmöglich bündeln.

DAZU VEREINBAREN WIR:

- Gemäß Innovationsstrategie Wien 2030 bzw. der Smart City Rahmenstrategie werden folgende langfristige strategische Ziele für die kommenden fünf Jahre weiterverfolgt:
- **Wien bis 2030 zu einer der fünf führenden Forschungs- und Innovationsmetropolen Europas zu machen.**
- Wien zum **Magnet für internationale Spitzenforscher_innen** und Forschungseinheiten

internationaler Konzerne machen.

- Den Fokus auf **forschungsstarke Themen mit gesellschaftlicher Wirkung** (Gesundheit, Digitalisierung, Smart City) legen.
- Aus diesen Zielen ergeben sich **drei große Forschungsthemen**, die in den kommenden Jahren verstärkt gefördert werden:
 - **Umweltforschung** (Systemisch & interdisziplinär) als Basis für eine Smart City mit Fokus auf Klimawandel und die Erfüllung der Pariser Klimaziele.
 - **Präzisionsmedizin** (Verknüpfung von Grundlagenforschung, Mathematik/Informatik) wie zuletzt anhand des COVID-19-Calls des WWTF (Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds).
 - **Digitaler Humanismus und künstliche Intelligenz (KI)** (- digitaler Humanismus als Leitmotiv für eine Verschränkung von ethischen Fragestellungen im Kontext der Digitalisierung. Dies wird durch interdisziplinäre Forschung der Geistes- und Sozialwissenschaften, Statistik und Informatik geleistet. Gesellschafts- und sozialwissenschaftlicher Forschung kommt in Fragen der Technikfolgenabschätzung besondere Relevanz zu, weshalb diese Ansätze und Methoden explizit in den Forschungsschwerpunkt Digitaler Humanismus/KI einbezogen werden.
 - Parallel dazu wird im Wissenschaftsreferat der Stadt Wien eine kleinere Projektdimension ausgeschrieben und dadurch Dynamik geschaffen. So können auch kleinteilig angelegte Forschungsarbeiten, Vorstudien und Spezialvertiefungen unterstützt werden.

WWTF - Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds

Der WWTF ist ein zentraler Dreh- und Angelpunkt der Wiener Forschungsförderung. Um die strategischen Ziele zu erreichen, ist deshalb eine Weiterentwicklung in den kommenden fünf Jahren unabdingbar.

DAZU VEREINBAREN WIR:

- Die Stadt Wien schließt eine dreijährige **Finanzierungsvereinbarung** über alle Programme mit dem WWTF ab. Dies garantiert die Erreichung mittelfristiger Ziele.
- Eine **Co-Finanzierung von WWTF-Calls** in den genannten Forschungsthemen sorgt dafür, dass mehr der oftmals exzellenten Forschungsanträge realisiert werden können.
- Die Stadt Wien verdoppelt die Anzahl der durch den WWTF gesponserten **Stiftungsprofessoren**. Hierbei werden die oben genannten Forschungsthemen prioritär behandelt, zudem wird eine Stiftungsprofessur für „Gender & Digitalisierung“ und eine für

„Technikfolgenabschätzung“ errichtet. Die Stiftungsprofessuren ermöglichen die oben genannten Forschungsthemen prioritär zu behandeln.

- Die Fortschrittskoalition wird sich auf **Bundesebene** dafür einsetzen, dass der WWTF verstärkt auch mit privatem Kapital unterstützt wird.
- Der **Forschungsschwerpunkt Digitaler Humanismus** wird in unterschiedlichen Dimensionen fortgeführt und ausgebaut: Der WWTF wird 2021 wieder einen Call für disziplinübergreifende Projekte ausschreiben. Damit wird eine Linie fortgeführt, um für große Forschungszusammenschlüsse nachhaltiges Wissen aufzubauen und die internationale Themenführerschaft in diesem Bereich zu sichern.
- Beibehaltung und Evaluation (gegebenenfalls Weiterentwicklung) des **„Jungstar“-Programms**, damit auch in Zukunft Talente wie die diesjährige Nobelpreisträgerin Emmanuelle Charpentier gefördert werden.

Lust auf Wissenschaft machen: Wissenschaftskommunikation ausbauen

Um unserem Anspruch gerecht zu werden, Wien als Forschungs- und Wissensmetropole in Europa und der Welt auszubauen, ist ein verstärkter Fokus auf Wissenschaftskommunikation unerlässlich. Unser grundsätzlicher Anspruch ist es, Menschen zur Wissenschaft zu führen. Wissenschaft soll noch stärker als Teil der Gesellschaft etabliert werden.

DAZU VEREINBAREN WIR:

- Es soll an Konzepten für **zeitgemäße Zentren für Wissenschaftskommunikation** gearbeitet werden, die als Schnittstelle zwischen Grundlagenforschung und Bildung fungieren.
- Bewährtes wird fortgesetzt: Die erprobten Formate und Programme der Wiener Wissenschaftsvermittlung werden fortgesetzt. Die **Wiener Vorlesungen** werden weiterhin die spannendsten Stimmen der Wissenschaft in Austausch mit den Wienerinnen und Wienern bringen, die Wissenschaftsvermittlung für Schüler_innen wird weiterhin unterstützt und im Stadtraum erlebbar sein.
- Wir feiern auch in Zukunft das Wiener Forschungsfest, ermöglichen Technologietransfer und bauen das **Technologiezentrum Aspern Teil 3**. Dort werden FH-Lehrgänge etwa im Bereich Digitalisierung angesiedelt.
- Jede und jeder kann wissenschaftlich tätig sein, deshalb unterstützen wir die Entwicklung und Durchführung von **Citizen-Science-Programmen** in Wien.

Wissenschaftsstandorte stärken

Wir stärken Wissenschaftsstandorte, indem die Förderung des Vienna Biocenter in Neu Marx fortgeführt wird. Weitere wichtige Impulse gehen von der Ansiedlung der Central European University am Otto-Wagner-Areal und den Erweiterungen der Sigmund-Freud-Universität sowie der Lauder Business School aus. Am Campus Vienna Biocenter und am Standort Muthgasse wird neue Forschungsinfrastruktur geschaffen.

Seit Jahresanfang können Start-Ups über 70 **Laborarbeitsplätze** für angewandte Forschung und Entwicklung beziehen.

Wir setzen uns für die **Gründung eines Instituts für Digitalen Humanismus** nach Vorbild des Weizenbaum Instituts in Deutschland ein. Hierbei wird interdisziplinäre und grundlagenorientierte Werteforschung mit Digitalisierung verknüpft. Das bietet internationalen Wissenschaftler_innen eine exzellente Forschungsmöglichkeit.

- Wir prüfen verfügbare **Freiflächen** zur temporären wissenschaftlichen Nutzung.
- Wir setzen uns für die Fortführung der auslaufenden FFG-Basisfinanzierung für den **Complexity Science Hub Vienna** ein. Dies sichert die Komplexitätsforschung, die sich nicht nur während der Corona-Pandemie bewährt hat, sondern auch für alle drei genannten Forschungsschwerpunkte von zentraler Relevanz ist.
- Grundsätzlich streben wir mehrjährige **Kooperationsvereinbarungen** mit wissenschaftlichen Einrichtungen an, um mittelfristige Ziele gemäß der Innovationsstrategie Wien 2030 zu erreichen.
- Wir verstärken bestehende Initiativen, um internationalen Forscher_innen beim Ankommen in Wien zu unterstützen.
- Ausschreibung eines **Preises für die besten vorwissenschaftlichen Arbeiten** für Wiener Schüler_innen
- Unsere Fachhochschulen stärken Wien als Wissenschaftsstadt, Bildungsmetropole und Wirtschaftsstandort. Als praxisnahe Ausbildungs- und Forschungsstätten sind sie für die Wiener Wirtschaft besonders wichtig. Deshalb wird die Förderung in der nächsten Förderperiode 2020 bis 2024 um 25 % auf 22,5 Millionen Euro erhöht. Der Fokus liegt hierbei auf Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Wirtschaftsentwicklung.

Zu Hause in Wien – die CEU öffnet ihre Pforten

Wien ist mit knapp 200.000 Studierenden die größte Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum und hat 2019 prominenten Zuwachs bekommen. Die international renommierte Central European University (CEU) hat zu Beginn des Wintersemesters 2019/20 ihren Lehrbetrieb in einem frisch renovierten Gebäude in Wien-Favoriten aufgenommen. Die CEU zählt zu den weltweit führenden Universitäten in den Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften. Mit diesen Schwerpunkten ergänzt sie das Angebot der Wiener Universitätslandschaft ideal. Die bislang in Budapest und im US-Bundesstaat New York ansässige Privatuniversität blickte in Ungarn einer unklaren Zukunft entgegen. Bereits seit dem Frühjahr 2018 war die CEU daher von der Stadt Wien und der Wirtschaftsagentur Wien bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Eröffnung eines neuen Campus in Wien unterstützt worden. Das Otto-Wagner-Areal (OWA) in Wien-Penzing wurde als Standort bestimmt, wo ab 2024 der Vollbetrieb der Universität geplant ist. Bis dahin ist die CEU in Wien-Favoriten untergebracht – in unmittelbarer Nähe zum aufstrebenden Sonnwendviertel. Hier stehen den Studierenden und Mitarbeitenden auf einer Fläche von bisher 12.000 m² unter anderem Klassenzimmer, Computerlabors, eine Bibliothek und ein Auditorium zur Verfügung.

Innovativer internationaler Wissenscampus Otto-Wagner-Areal

Mit der finalen Entscheidung der CEU, sich am Otto Wagner Areal (OWA) anzusiedeln, ist die langfristige Erhaltung des Steinhof-Areals in seiner Gesamtheit sichergestellt und der Startschuss für einen mehrjährigen Transformationsprozess gegeben. Universitäre Einrichtungen, Forschung, Bildung, Soziale Einrichtungen, Kunst und Kultur aber auch Freizeit und Naherholung werden das Bild Steinhofs in Zukunft prägen. Das OWA wird ein Ort der Begegnung, der Inspiration und der Erinnerung sein und das zukunftsorientierte, weltoffene Wien repräsentieren. Das OWA wird auch international positioniert und verschafft Wien bisher nicht gekannte Möglichkeiten z.B. in der strategischen Vermarktung als F&E- bzw. Bildungscampus. Das unterstützt die proaktive Akquise von internationalen Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Der Entwicklungsprozess wird unterstützt durch:

- Etablierung eines Campus Managements (zentrale Anlaufstelle und Vermarktung).
- Entwicklung einer Standort-Marke.
- Etablierung einer Ambassador Group (durch hochrangige internationale und lokale Persönlichkeiten).
- Zwischennutzungen: Schaffung eines Experimentierraumes, der durch Calls temporär vergeben wird.
- Bereitstellung eines Budgets für Kooperationsprojekte mit der Bevölkerung.
- Passender Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur.

Die internationale Strahlkraft des neuen Ankermieters CEU soll zur Ansiedlung weiterer innovativer Akteur_innen genutzt werden, womit eine Weiterentwicklung des OWA möglich wird.

Entsprechend des vorliegenden Nutzungskonzepts in enger Absprache mit den Stakeholdern kann die Ansiedlung von internationalen universitären und außeruniversitären Forschungs- und Bildungseinrichtungen erfolgen.

2.4 ARBEITEN FÜR WIEN

Die Stadt Wien ist eine soziale Dienstgeberin. Sie ist stolz auf ihre Mitarbeiter_innen, die tagtäglich dafür sorgen, dass Wien die lebenswerteste Stadt der Welt ist. Sie steht für gerechte, funktionsbezogene Entlohnung, gute und faire und moderne Arbeitsbedingungen, Durchlässigkeit und Mobilität innerhalb des internen Arbeitsmarktes sowie Weiterbildungsmöglichkeiten und Karrierechancen. Der Wiener Fortschrittskoalition geht auch künftig um einen Ausgleich der sozialen Interessen. Daher setzen wir die Tradition der Sozialpartnerschaft fort.

DAZU VEREINBAREN WIR:

- **Jugendstiftung Zukunftsberufe**
 - Sie ergänzt die Lehrlingsoffensive sowie die Aktion 50+ für die spezifische Zielgruppe „junge Erwachsene“.
 - Start einer dualen Ausbildung für Verwaltungsberufe mit Job-Perspektive in einer Dienststelle des Magistrates der Stadt Wien. **Haus der Gesundheit - Betriebliches Gesundheitsmanagement**
 - Mit der gesetzlichen Übertragung der arbeitsmedizinischen Leistungen an die Wiener Krankenfürsorgeanstalt (KfA) hat die Stadt Wien den Grundstein für eine völlig neue betriebliche Gesundheitsförderung gelegt. Sie setzt stark auf Vorsorge, Aufklärung und Eigenverantwortung. Dazu gehören auch das Betriebliche Eingliederungsmanagement und die Diensterleichterung. Ziel ist es, die Mitarbeiter_innen länger gesund im Arbeitsprozess halten zu können. Nun gilt es, dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement eine neue Struktur und neue Prozesse zu geben und so für eine nachhaltig verbesserte Arbeitsfähigkeit in der Organisation zu sorgen.
 - Mit dem Haus der Gesundheit soll alles an einem Ort gebündelt und angeboten werden – KfA und MA 3 neu werden am Schlesingerplatz zusammengelegt. Somit ergibt sich ein One-Stop-Shop für die Mitarbeiter_innen der Stadt Wien.
- **Gezielte Frauenförderung für Führungsjobs**
 - Schließen des Gender Pay Gap durch noch gezieltere und konzentriertere Frauenförderung.
 - Weiterentwicklung von speziellen Programmen, die Frauen für Führungspositionen qualifizieren, motivieren und vernetzen.

- Weiterqualifizierung von Frauen im strategischen Management, Integration von strategischen Entscheidungen in die Personalarbeit.
- **Die Stadt Wien als nachhaltige und soziale Arbeitgeberin**

Uns ist es wichtig, dass die Stadt Wien weiterhin ein Augenmerk darauflegt, als Arbeitgeberin ein gesundes Arbeitsumfeld zu schaffen. Um dies zu erreichen, vereinbaren wir im Bereich Monitoring und Prävention folgende Maßnahmen:

- **Modernes Fehlzeitenmanagement:** Neben einer präventiven Gesundheitsförderung bekennen wir uns zur Weiterentwicklung eines modernen Fehlzeitenmanagements, um Krankenstände zu reduzieren.
- **Personalbericht:** Die Stadt Wien verfügt über einen modernen, umfangreichen und jährlich erscheinenden Personalbericht, dessen Struktur und Parameter laufend weiterentwickelt werden.
- **Personalmanagement - Unterstützung bei beruflichen Veränderungsprozessen**
- Berufliche Veränderungs- und Fortbildungsprozesse der Bediensteten werden gefördert und unterstützt.
- Qualifizierte und gut ausgebildete Mitarbeiter_innen sind auch für die Stadt Wien als Arbeitgeberin ein wertvolles Gut. Neben dem vorhandenen Potential von eigenen Mitarbeiter_innen ist der Zugang von externer Expertise unumgänglich. Wir legen daher einen Schwerpunkt bei der Durchlässigkeit und den Zugangsvoraussetzungen zur Stadt Wien als größte Arbeitgeberin.

Ein moderner Übergang von Arbeit in die Pension

Unsere Arbeitswelt ist stetigen Veränderungen unterworfen. Insbesondere im letzten Drittel des Arbeitslebens gilt es Perspektiven zu schaffen, die für unsere Bediensteten eine gute Work-Life-Balance und Erhaltung der Gesundheit gewährleisten. In Anbetracht der bevorstehenden Pensionierungswelle legen wir ein verstärktes Augenmerk auf professionellen und geordneten Wissenstransfer. Ein lebensphasenorientiertes Arbeitszeitmodell, in dem unterschiedliche Arbeitszeiten - angepasst nach Alter und persönlicher Lebensplanung - gewählt werden können. Die Umverteilung von hohen Mehrdienstleistungen, Beschäftigung von Menschen 50+ sowie die Implementierung der Altersteilzeit als gleitender Übergang zwischen voller Berufstätigkeit und dem Ruhestand sind weitere wichtige Anliegen für uns.

Dienstrechtsanpassung

Wir vereinbaren eine Änderung des § 58 der Dienstordnung sowie ähnlicher Regelungen in der Vertragsbedienstetenordnung sowie dem Wiener Bedienstetengesetz: wahlwerbende Mitarbeiter_innen sind nur mehr im erforderlichen Ausmaß (ohne Bezüge) außer Dienst zu stellen.

3. Kapitel: Lebenswerte Klimamuster-Stadt

Klimamusterstadt

Wien ist seit elf Jahren (seit 2009) in Folge zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt und ist seit Mai 2020 auch grünste Stadt der Welt. Der geringe Versiegelungsgrad macht Wien ebenfalls zu einem Vorbild: Auf jede Wienerin und jeden Wiener entfallen nur 70 m² versiegelte Fläche, ein Spitzenwert in Europa.

Viel intakte Natur, Naherholungsgebiete, Klima- und Umweltschutz, 63 km freie Wasserzugänge, wie an der Alten Donau, 1.000 Parks, 53 % Grünflächenanteil im Stadtgebiet, ca. 2.500 ha Nationalpark innerhalb der Stadtgrenzen - das macht Wien so lebenswert und einzigartig!

In den nächsten Jahren wird die Stadt Wien in Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen stark investieren.

Gemeinsam verpflichten wir uns, bei der Entwicklung neuer Stadtteile gleichzeitig großzügige Grünräume zu schaffen sowie bestehende zu bewahren und zu verbessern. Und wir werden die Begrünung von Straßen, Gehsteigflächen und Hausfassaden wesentlich intensiver als bisher umsetzen.

Die Fortschrittskoalition bekennt sich zu einer starken, kommunalen Infrastruktur in öffentlicher Hand, damit die grundlegenden Dienstleistungen in gewohnt hoher Qualität für alle Wienerinnen und Wiener leistbar bleiben.

3.1 DER WIENER KLIMAPAKT

Die Fortschrittskoalition ist sich der großen Herausforderung durch den Klimawandel sehr bewusst. Die Folgen werden immer stärker spürbar und die Zeit zum Handeln knapper.

Wien engagiert sich seit vielen Jahren aktiv im Klimaschutz, 1999 wurde das erste Klimaschutzprogramm (KliP) beschlossen. Damit ist es gelungen, die CO₂-Emissionen um 40 % zu senken. Wien ist das Bundesland mit den geringsten CO₂-Emissionen pro Kopf. Das aktuelle Programm „Klimamusterstadt Wien“ listet 50 konkrete Maßnahmen auf, damit wir diesen Spitzenplatz verteidigen und weiter ausbauen.

2014 beschloss der Wiener Gemeinderat die erste Smart City Wien Rahmenstrategie (SCWR) als zentrale Dachstrategie für alle Bereiche der Stadt. Nach der Evaluierung 2019 wurde sie aktua-

lisiert und es wurden die Klimaschutzziele verschärft. Die Leitziele der SCWR und die Ziele in den zwölf Themenbereichen definieren die Vorgaben für die Bereichsstrategien, -programme und -konzepte.

In der SCWR ist außerdem dargestellt, wie Wien zur Erreichung der UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) beiträgt. Die SCWR ist somit auch die zentrale Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt.

Zugleich ist der Fortschrittskoalition bewusst, dass noch mehr getan werden muss, um den Klimawandel auf ein verträgliches Maß einzudämmen. Deshalb setzen wir auf noch stärkere und konkrete Maßnahmen, um die Zukunft der nächsten Generationen zu sichern und Wien zur CO₂-neutralen Metropole zu machen.

Die durch unseren Kampf gegen den Klimawandel ausgelösten Investitionen sind eine wichtige und nachhaltige Konjunkturspritze zur Belebung der regionalen Wirtschaft. Das sichert tausende Arbeitsplätze und sorgt dafür, dass Wien auch künftig die lebenswerteste Stadt der Welt bleibt.

Ein zentrales Anliegen beim Klimaschutz ist die soziale Gerechtigkeit. Denn sozial Schwächere, Ältere und Kranke leiden besonders unter den Auswirkungen des Klimawandels.

Die drei zentralen Handlungsfelder, die in allen Bereichen von Politik, Verwaltung und Gesellschaft mitgedacht werden müssen, sind:

- Klimaschutz – die klimaneutrale Stadt
- Klimaanpassung – die resiliente Stadt
- Kreislaufwirtschaft – die zirkuläre Stadt

Der Klimaschutz umfasst alle Maßnahmen in Wien, die dazu führen, die Emissionen an Treibhausgasen und den damit verbundenen Temperaturanstieg zu verringern. Dieser führt bereits dazu, dass es in der Stadt heißer wird und extreme Wetterereignisse zunehmen. Daher setzen wir Maßnahmen zur Klimaanpassung, um alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere aber sozial Schwächere, Ältere und Kranke vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen.

Ein Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen ist der hohe Verbrauch an Produkten, Materialien und Rohstoffen aller Art. Daher setzen wir auf massive Ressourcenschonung durch die Transformation des Wirtschaftssystems in eine Kreislaufwirtschaft.



DAHER VEREINBAREN WIR:

Wien wird bis 2040 klimaneutral.

Wien wird bis 2040 CO₂-neutral. Dazu wird 2021 das Klimaschutzziel für 2040 auf netto null Treibhausgase angepasst und es werden entsprechende Treibhausgas-Budgets als Vorgaben für das Wiener Klimabudget festgelegt.

Ein Wiener Klimaschutzgesetz.

Im Kampf gegen den Klimawandel bündelt die Fortschrittskoalition alle ihre Maßnahmen, Zielsetzungen, Werkzeuge und Gremien im neuen Wiener Klimaschutzgesetz.

Dadurch soll der Klimaschutz noch effizienter, effektiver und verbindlicher auf allen Entscheidungsebenen und in allen relevanten Gebieten umgesetzt werden.

Über das neu geschaffene hochrangige politische Steuerungsgremium wird eine starke politische Verankerung sichergestellt. Diese ermöglicht eine umfassende Maßnahmenumsetzung und eine abgesicherte sowie effiziente Realisierung der Klimaschutzziele. Weiterhin wird ein Klimaschutzressort mit den relevanten Agenden betraut. Das Klimabudget und der Klimarat werden als zentrale Pfeiler am Wiener Weg zur CO₂-neutralen Metropole etabliert.

Zukünftiges Wiener Klimaschutzgesetz als Dach für alle Klimaschutz-Aktivitäten der Stadt



Das Wiener Klimabudget.

Ab dem Voranschlag 2022 wird jährlich ein nochmals erweitertes Klimabudget inklusive Treibhausgas-Budgets, Klimachecks für Projekte und Umsetzungsevaluierung erstellt. Damit wird eine noch wirkungsvollere Auswahl und Umsetzung der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele erreicht.

Das Wiener Klimabudget wird als Teil des jährlichen Voranschlags vom Gemeinderat mitbeschlossen. Als wichtige Quelle für die darin enthaltene Maßnahmenauswahl dient die Smart City Roadmap, die Maßnahmenbündel und Instrumente zur Zielerreichung enthält, und die regelmäßig aktualisiert wird.

Klimacheck.

Neue Vorhaben der Stadt werden künftig im Voraus einen „Klimacheck“ durchlaufen. Das betrifft relevante Projekte und Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich wie auch alle relevanten klimapolitischen Instrumente, etwa neue gesetzliche Regelungen. Damit können bei der Entscheidungsfindung über die Realisierung eines Vorhabens auch die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt und optimiert werden.

Der Klimacheck wird stufenweise und verhältnismäßig aufgebaut sein, eine detaillierte Bewertung wird nur für Projekte durchgeführt, bei denen wesentliche Klimaauswirkungen zu erwarten sind, unverhältnismäßiger Aufwand in der Projektplanung soll jedenfalls vermieden werden.

Der Wiener Klimarat

hat die wichtige Aufgabe, Politik und Verwaltung der Stadt Wien bei der Entwicklung klimapolitischer Vorhaben zu beraten. Die neue Stadtregierung bekennt sich zu diesem Gremium und sieht den Klimarat als wichtige Stütze und Inputgeber auf dem Weg zur CO₂-neutralen Metropole. Das Einsetzungsquorum wird auf ¼ der Mandatar_innen als weitere Stärkung der Minderheitenrechte herabgesetzt.

Klimaverträgliche Beschaffung – ÖkoKauf 2.0

Eine weitere **Stärkung** der Minderheitenrechte Die öffentliche Beschaffung der Stadt ist ein effektiver Hebel, um den Wandel zu einem klimaverträglichen, nachhaltigen Wirtschaftssystem zu unterstützen. ÖkoKauf Wien ist das ökologische und nachhaltige Beschaffungsprogramm der Stadt. Seit 1998 werden im Magistrat Produkte möglichst umweltfreundlich eingekauft und verwendet.

Die Ökokauf-Kriterien werden unter den Gesichtspunkten Klimaschutz, Klimaanpassung und Kreislaufwirtschaft bis Ende 2021 geprüft und falls erforderlich um neue Einkaufsbereiche erweitert. Die verbindliche Umsetzung der Ökokauf-Kriterien der Stadt in allen Dienststellen und Unternehmungen wird regelmäßig kontrolliert und sichergestellt.

Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen

Das Wiener Klimaschutzziel ist nur mit einem ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien erreichbar. Daher soll der Wiener Endenergieverbrauch 2030 zu 30 % aus erneuerbarer Energie gedeckt werden. Die Erzeugung erneuerbarer Energien im Stadtgebiet soll bis 2030 gegenüber 2005 verdoppelt werden.

Die Energieerzeugung im Wirkungsbereich der Stadt Wien wird schrittweise dekarbonisiert. Daher werden Projekte zur Steigerung des Erneuerbaren-Anteils im Wiener Fernwärme- und Stromsystem im Rahmen von Behördenverfahren (Wasser-, Bau-, Betriebsanlagenrecht, Widmung etc.) bestmöglich unterstützt.

Zukünftig wird dezentrale Energieerzeugung, die sich an Bedürfnissen und am Nutzer_innenverhalten orientiert, eine wichtige Rolle spielen. Vor allem neue Stadtteile sind ressourcenschonend auszuführen und müssen ihren Energiebedarf weitgehend lokal decken.

- Wien steigert die Stromerzeugung mittels Photovoltaik (PV) im Stadtgebiet bis 2025 auf zumindest 250 MWpeak und bis 2030 auf 800 MWpeak. Diese Ziele werden im Jahr 2023 auf ihre technische und wirtschaftliche Machbarkeit überprüft und nach Möglichkeit erhöht:
- Ebenso sollen notwendige Anpassungen vorgenommen werden, um eine Mehrfachnutzung von Flächen für die Energieerzeugung (Verkehrsflächen, Wandflächen, Deponien, Agrarflächen etc.) sowie von temporär ungenutzten Flächen (z.B. Bauland, Friedhofserweiterungsflächen) zu ermöglichen.
- Entsprechende Förderungen werden eingerichtet bzw. weitergeführt, um es allen Wienerinnen und Wienern sowie Wirtschaftstreibenden zu ermöglichen, sich an der Erreichung der Ziele zu beteiligen.
- Die Wien Energie realisiert ihr ambitioniertes PV-Ausbauprogramm von 600 MWpeak bis 2030 in und um Wien.
- Alle Gebäude der Stadt Wien werden bis 2022 auf ihre Eignung zur Erzeugung von Solarenergie geprüft und dort, wo es möglich ist, bis 2025 mit entsprechenden Anlagen ausgerüstet werden.
- Wir unterstützen den Weiterbetrieb aller bestehenden erneuerbaren Stromerzeugungskapazitäten zumindest bis 2030. Dazu gehören das Waldbiomassekraftwerk Simmering, die Klärgas-Verstromung sowie Wind- und Wasserkraftwerke.
- Wir unterstützen aktiv die Entwicklung von Technologien zur Erzeugung von grünem Gas inklusive Wasserstoff aus erneuerbaren Energiequellen. Dieses soll in Wien für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen oder andere energetisch hochwertige Verwendungszwecke anstatt für Heizung und Warmwasser genutzt werden.
- Gebäude werden zum aktiven Teil der Infrastruktur für das Energiesystem, indem sie in die Bereitstellung und Speicherung von Energie eingebunden werden und eine aktive Rolle im Lastmanagement bei Elektrizität und Wärme übernehmen.
- Energiegemeinschaften - also der Beitrag jeder Einzelnen und jedes Einzelnen - spielen bei der Erfüllung der Energieziele der Stadt eine wichtige Rolle.
- Die Kapazität der Wiener Biogasanlage wird verdoppelt.

Heizen, Kühlen und Warmwasser ohne Öl und Gas

Am Weg zur CO₂-neutralen Stadt ist auch eine Wärmewende unerlässlich, die zu einem weitgehenden Ausstieg aus fossilen Energieträgern für Heizung, Kühlung und Warmwasserbereitung bis 2040 führt:

- Innerhalb der nächsten zwei Jahre wird ein Konzept für den schrittweisen Umstieg fossiler Heizsysteme in Bestandsgebäuden bis 2040 zu Fernwärme und erneuerbaren Heizformen erarbeitet, inklusive der Förderung von Nachverdichtung der Fernwärme und dem Wechsel zu CO₂-freien Heizsystemen. Dabei werden auch Quartiersbetrachtungen/Sanierungszonen berücksichtigt. Ein entsprechendes Konzept zur effizienten Umsetzung wird gemeinschaftlich erarbeitet.
- Wir forcieren die Dekarbonisierung der Fernwärme durch die Erschließung der Tieftengeothermie, die Nutzung von Umgebungs- und Abwärme mit Großwärmepumpen und die Einbindung betrieblicher Abwärmequellen. Das Pilotprojekt Geothermie wird weiter zügig vorangetrieben, um im geplanten Endausbau 135.000 Haushalte mit erneuerbarer Wärme zu versorgen. Die Integration betrieblicher Abwärme (Datencenter, Prozesswärme aus Betrieben etc.) in das Fernwärmenetz und der Ausbau von (kurzfristigen bis saisonalen) Wärmespeichern werden weiterhin forciert.
- Um den Umstieg von fossilen Heizsystemen zu beschleunigen, wird der Ausbau der Fernwärmeleitungen vor allem in Bestandsgebieten mit ausreichender Wärmedichte intensiviert. Zur Verringerung der Kosten und zur Beschleunigung werden die notwendigen Rohrverlegungsarbeiten mit Umbaumaßnahmen des Straßenraums optimal koordiniert.
- In der Kläranlage Wien wird die größte Wärmepumpe Mitteleuropas zur grünen Versorgung von bis zu 106.000 Haushalten errichtet.
- Der massive Ausbau der Fernkälte, die durch Nutzung von Abwärme um 70 % energieeffizienter als herkömmliche Klimaanlage ist und rund 50% des CO₂ einspart, wird unterstützt und forciert.

Die Förderung der thermischen Sanierung von Gebäuden wird weiter forciert, insbesondere durch aktive Kommunikation. Die neu gestartete Beratungsstelle „Hauskunft“ wird zur zentralen Servicestelle für Gebäudesanierung in Wien ausgebaut. Unter dem Motto „Wir SAN Wien“ startet die Stadt Wien die nächste Sanierungsoffensive.

3.2 KLIMAVERTRÄGLICHER VERKEHR

Der Verkehr ist eine zentrale Herausforderung für das Klima. Daher werden die CO₂-Emissionen des Verkehrssektors pro Kopf bis 2030 um 50 % reduziert sowie der Anteil der Pkw-Pendler_innen, die nach Wien kommen, ebenfalls bis 2030 halbiert. Wirtschaftsverkehre innerhalb des Stadtgebietes sind 2030 weitgehend CO₂-frei. Damit schaffen wir eine echte Verkehrswende. Dafür sind der konsequente Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, die Ausweitung des Rad- und Fußverkehrs sowie der Umstieg auf CO₂-freie Antriebe die zentralen Instrumente.

Zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor werden wir insbesondere folgende Maßnahmen setzen:

- Die Wiener Taxiflotte sowie andere Fahrdienstleister_innen und Car Sharing-Fahrzeuge sollen bis 2025 auf Elektroautos umgestellt werden. Dazu bedarf es der Errichtung einer entsprechenden Ladeinfrastruktur.
- Für den städtischen Fuhrpark wird ein Aktionsprogramm zum forcierten Umstieg auf alternative Antriebe wie zum Beispiel Elektromobilität und alternative Brennstoffe inklusive Wasserstoff in der kommenden Legislaturperiode erarbeitet.
- Die verpflichtende Leerverrohrung für Elektro-Ladestellen bei Neubau und Sanierung von Gebäuden ist in der Bauordnung verankert.
- Beim Ladevorgang soll Preistransparenz gewährleistet werden.
- Wien wird die erste europäische Metropole, die eine Landstromversorgung für Flusskreuzfahrtschiffe errichtet, um Emissionen aus deren Dieselgeneratoren zu vermeiden. Wir setzen uns dafür ein, dass dies auch für andere Anlegestellen an der Donau realisiert wird.

Unsere Positionen für die Bundesebene

Um die im Kampf gegen den Klimawandel notwendige Energiewende zu erreichen, werden derzeit auf Bundesebene – leider mit Verspätung - tiefgreifende Anpassungen an die energierechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen im sogenannten Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) Paket verhandelt. Wir fordern für die diesbezüglichen Verhandlungen Nachfolgendes, wobei die Umsetzung der Forderungen die Nagelprobe ist, wie ernst die Bundesregierung den Klimaschutz nimmt:

- Die Fernwärme nimmt schon jetzt eine zentrale Rolle im Energiesystem ein. Sie muss in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Einerseits hilft das dabei, die Integration von erneuerbaren Energien und Abwärmequellen zu forcieren. Andererseits wird so eine effiziente Dekarbonisierung des Wärmesektors vorangetrieben. Für die Förderung des Fernwärmeausbaus in Österreich ist das Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz (WKLG) vorgesehen. Dieses muss umgehend mit mindestens 30 Millionen Euro pro Jahr dotiert werden. Bereits eingereichte Projekte, die die Kriterien erfüllen, müssen diese

Förderung auch erhalten. Nur so kann die Integration von erneuerbaren Energien und Abwärmequellen über die Fernwärme forciert und eine effiziente Dekarbonisierung des Wärmesektors umgesetzt werden.

- Um den massiven Ausbau erneuerbarer Energien zu ermöglichen, müssen in der so genannten Netzreserve ausreichend flexible Kapazitäten zur Bewältigung von möglichen Engpässen bereitgestellt werden. , So können mögliche Blackouts vermieden werden. Die Zahl der KWK-Einsätze (Kraft-Wärme-Kopplung) zur Netzstabilisierung hat sich in den vergangenen Jahren verzehnfacht. Dabei hat die KWK ihre Eignung zur Bewältigung von Engpässen eindrucksvoll bewiesen. KWK-Anlagen sind die günstigste Möglichkeit zur Bereitstellung der Netzreserve. In der neuen Regelung zur Netzreserve muss daher die faire Teilnahme von KWK-Anlagen gesichert sein, um die Stabilität des heimischen Stromnetzes zu gewährleisten.
- Das Gaswirtschaftsgesetz (GWG) sieht derzeit eine Gas-Anschlusspflicht vor. Dadurch entsteht Konkurrenz zwischen aus klimapolitischen Gesichtspunkten optimalen Fernwärmeanschlüssen und neu herzustellenden Gasanschlüssen. Dies behindert die Erreichung der Klimaziele und daher darf in der Novelle des GWG keine Anschlusspflicht mehr vorgeschrieben werden.
- Der Entwurf der Bundesregierung sieht vor, dass Photovoltaikanlagen in der Freifläche einen Förderabschlag von 30 % erhalten. Agrarphotovoltaik-Anlagen, die eine sinnvolle Doppelnutzung der verfügbaren Flächen einerseits für die landwirtschaftliche Produktion und andererseits für die Erzeugung erneuerbarer Energie ermöglichen, fallen derzeit noch unter diese Regelung. Eine Ausnahme der Agrarphotovoltaik-Anlagen von der 30 %-Förderabschlagsregelung ist unbedingt notwendig, um die ambitionierten PV-Ausbauziele Wiens und Österreichs zu erreichen.

Wien passt sich dem Klimawandel an

Ein Phänomen des Klimawandels sind Urban Heat Islands. Aufgrund der vielen aufgeheizten Betonflächen – entwickeln sich im urbanen Raum sogenannte Hitzeinseln. -Dadurch kühlt sich die Stadt in der Nacht nicht mehr ausreichend ab. Seit längerem steuert die Stadt Wien mit zahlreichen gezielten Maßnahmen dagegen, darunter der intensive Ausbau der Grünflächen, Baumpflanzungen und Fassadenbegrünungen, wie auf den Zentralen der MA 48 und von Wiener Wasser, sowie einem konkreten Maßnahmenkatalog für Cooling- und Begrünungsmaßnahmen für Wiens Bezirke. Auch 63 km Gratis-Zugänge zu Badestränden in der ganzen Stadt und 1.000 Trinkbrunnen und „Wasserfontänen“ sowie Nebelduschen und Wasserspiele auf öffentlichen Plätzen sind ein aktiver Beitrag zur Kühlung. Die Menschen sollen sich in Wien wohlfühlen, unabhängig von ihrer Wohngegend oder ihren finanziellen Möglichkeiten. Für die Fortschrittskoalition ist Klimapolitik untrennbar und zentral mit sozialer Gerechtigkeit und Ausgewogenheit verbunden.

Dazu gehören folgende Punkte:

Grüne Infrastruktur

Mehr als die Hälfte der Stadtfläche ist Grünraum und das bei einer wachsenden Stadt! Gerade im innerstädtischen Bereich sind Schatten spendende Bäume und kühlende Grünanlagen besonders wichtig. Daher werden jedes Jahr rund 4.500 Stadtbäume gepflanzt. Umgerechnet entsteht alle 18 Tage ein neuer Park für die Wienerinnen und Wiener. Die neuen Wiener Stadtbäume sind klimafit und überstehen auch Hitzesommer – v.a. durch das Schwammstadtprinzip, ein eigens entwickeltes Wiener Baumsubstrat, sowie die intensive Betreuung etwa mit Gießsäcken.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- 25.000 neue Bäume im Straßenraum, davon bis zu 3.000 an neuen Standorten zu pflanzen.
- Ausbau der Aktion „Wald der jungen Wiener_innen“.
- Schaffung neuer Parks und Erhöhung des derzeitigen Grünflächenanteils von 53 % an der Gesamtfläche der Stadt.
- Anpassung bestehender Parks an den Klimawandel („Cooling Parks“).
- Im Rahmen des Programms „Raus aus dem Asphalt“ werden Asphaltflächen aufgebrochen und mit Sträuchern sowie Blumen bepflanzt.
- Schaffung großer, zusammenhängender Naherholungsgebiete vor allem in bevölkerungsstarken Bezirken (Norbert-Scheed-Wald, Rendezvousberg, Neue Lobau zwischen Aspern und dem Nationalpark Donauauen, Goldberg, Bisamberg-Vorland, etc.). Alle diese Erholungsgebiete sind gemeinsam mindestens so groß wie der Grüne Prater und dienen dem Ausbau der Grünen Lunge einer wachsenden Stadt.
- Neben der Entwicklung von neuen großen Erholungsgebieten wird sichergestellt, dass für Erholung und Naturschutz bedeutende Flächen im gesamten Stadtgebiet unangetastet bleiben. Die Schaffung dieser neuen Gebiete ist ein weiterer Schritt zur Schließung des Grüngürtels rund um Wien.
- Im Zuge der Stadtplanung wird die Verpflichtung verankert, dass bereits bei der Entwicklung kleinerer Stadtteile und jedenfalls bei größeren Stadterweiterungsgebieten signifikante Grünräume mit tauglichen Baumbeständen miterrichtet werden. Eine wesentliche Rolle spielt die Begrünung von Straßen(räumen) und Plätzen sowie von Fassaden, Dächern und Innenhöfen.
- Forcierung naturnaher und damit auch kostengünstiger „Stadtwildnis“-Projekte in den Parks und Grünanlagen.

- Das Schwammstadt-Prinzip wird überall dort, wo es möglich ist, angewandt. Dabei wird unter der befestigten Oberfläche eine Schicht aus grobkörnigem Schotter sowie feineren, wasserspeichernden Materialien angelegt. Das gesamte Oberflächenwasser wird nicht in den Kanal, sondern in diesen Rückhaltebereich geleitet und dort gespeichert. Die Bäume können sich so aus dem gespeicherten Regenwasser – vor allem während der sommerlichen Hitzeperioden – über längere Zeit selbst versorgen.

Förderprogramm “Lebenswerte Klimamusterstadt”

- Wir entwickeln gemeinsam ein Förderprogramm für die nächsten fünf Jahre von jährlich 20 Millionen Euro für nachhaltige Klimawandel-Anpassungsmaßnahmen. Die Projekte sollen in jedem Bezirk zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensqualität beitragen. Die Bezirke können die Förderungen im Rahmen der Umgestaltung von öffentlichen Räumen abrufen.
- Gefördert werden klimawandelanpassende und die Aufenthaltsqualität steigernde Umbaumaßnahmen des öffentlichen Raumes, mit denen möglichst effizient positive Veränderungen des Mikroklimas erreicht werden. Darunter fallen z.B.:
- Die Entsiegelung von Flächen durch Schaffung von Grünraum und Wasserläufen, Wasserserrinnen, Wasserflächen oder Brunnen sowie Wasserspielen, Nebelduschen, Sprühnebel und mobilen Trinkbrunnen mit Sprühnebelfunktion als lokale Kühlzonen.
- Die Pflanzung von Bäumen bzw. - wo Bäume nicht möglich sind – der Einsatz von Modulen aus dem Programm „Raus aus dem Asphalt“ (.d.h. Asphaltflächen werden aufgebrochen und begrünt, um Grätzl noch attraktiver zu machen). Für Bezirke stehen drei Module (je nach Lage: Sonne, Halbschatten, Schatten) dieser neuartigen Begrünungsmaßnahme zur Auswahl.
- Einsatz des Schwammstadt-Prinzips.
- Förderung der Schaffung von Grätzlhauptplätzen unter Einhaltung folgender Qualitätskriterien
- Erhöhung des Grünanteils
- Generelle Attraktivierung
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität
- Möglichkeiten für regionale Nutzung schaffen (Märkte, kleine Veranstaltungen etc.)

- Für alle Kinder ist das Spielen mit Wasser ein Vergnügen und in Hitzesommern eine Notwendigkeit – daher verdoppeln wir die Zahl der Wasserspielplätze bis 2025.
- Wir bekennen uns im Rahmen dieses Programmes ausdrücklich zu einer fairen Neuverteilung des öffentlichen Raums zwischen den Nutzer*innengruppen.
- Maßnahmen, die die Umgestaltung des öffentlichen Raums beinhalten, sind abhängig von der Größe des Projektes durch Wettbewerbe und partizipative Formate zu unterstützen.

3.3 ÖFFENTLICHER RAUM

Der öffentliche Raum gehört allen Wienerinnen und Wienern. Parks, Plätze und Straßen der Stadt stehen allen zur Verfügung. Für uns spielen bei der Stadtentwicklung städtische Grünoasen und die Bodenentsiegelung eine wichtige Rolle. Das verhindert „Hitzeinseln“ und kommt besonders Wienerinnen und Wiener ohne eigenen Garten zugute – und das ist die Mehrheit.

Das Projekt CASY (Climate Adaption Control System) liefert die Grundlagen für klimagerechtes Bauen und Planen in Wien. Dabei werden punktgenau räumliche und zeitliche Informationen über zielgerichtete Maßnahmen zur Entschärfung von Hitzeinseln erstellt.

Stadtentwicklungsgebiete und neue Stadtteile werden klimafit geplant – mit großen Grünflächen statt Betonflächen, Begrünung von Gehsteigen, Straßenbegleitflächen, Fassaden und Dächern sowie Grüngleisen und Wasserspielen im öffentlichen Raum.

Die Cooling-Offensiven der Stadt werden in den nächsten Jahren fortgesetzt und weiter intensiviert, denn das ist gerade für Wienerinnen und Wiener ohne eigenen Garten und Balkon im Hochsommer sehr wichtig.

Damit sich alle im öffentlichen Raum wohl und sicher fühlen, ist Sauberkeit wichtig. Seit 2008 sorgen die WasteWatcher für ein sauberes Wien, auch auf den Grünflächen.

Um alle diese Herausforderungen meistern zu können, sind unsere Ziele der Klimawandelanpassung in den Instrumenten und Prozessen der Stadtplanung im Zuge einer Neuausrichtung zu verankern. Die viel zu betonlastige Planung und Ausgestaltung von Plätzen und Stadtteilen ist nicht mehr zeitgemäß. Beton und Asphalt sind die großen Hitzetreiber. Die Stadtplanung muss wesentlich klimaorientierter ausgerichtet sein als vor dem Klimawandel.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir wollen und müssen Hitzeinseln durch eine neuausgerichtete Stadtplanung verhindern:
- Beschattung muss in der Stadtplanung eine wesentliche Rolle spielen.
- Weniger Beton und Asphalt, mehr Grünraum
- Verpflichtende Abschätzung der Klimafolgen durch den Stadtklimatolog_innen
- Schaffung von natürlichen „Klimaanlagen“ im dicht verbauten Gebiet durch vertikale Grünflächen (z.B. an Fassaden) und Dachbegrünungen
- Umsetzung der Ergebnisse von CASY rechtlich verbindend machen
- In dicht bebauten Grätzln Neupflanzung von Bäumen wo möglich bzw. handeln nach dem Programm „Raus aus dem Asphalt“.
- Neugestaltung von zumindest vier überregional bedeutsamen Straßen und vier Plätzen bis 2025, die als versiegelte Betonwüsten nicht mehr aktuell sind, und daher entsiegelt und begrünt werden sollen (wie beispielsweise Praterstern oder Simmeringer Hauptstraße). Die Festlegung der konkreten Projekte erfolgt gemeinsam.

Wir vereinbaren für den öffentlichen Raum weiters:

- Einsatz für ein friedvolles Miteinander, damit sich jede und jeder im öffentlichen Raum sicher fühlt.
- Straßen beruhigen und zu Treffpunkten machen sowie Errichtung von mehr Sitzgelegenheiten.
- Lebensqualität im Grätzl durch funktionierende Nahversorgung - ums Eck einkaufen, Besorgungen machen oder zum Arzt bzw. zur Ärztin gehen.
- Mehrfachnutzung von Flächen ausweiten: Grünflächen bei Neubauten von Schulen und Kindergärten nachmittags und an schulfreien Tagen für alle nutzbar machen.

Umsetzung des Konzeptes „Frühes Grün“

Das heißt die Errichtung der Grünräume ist der Bebauung um einen Schritt voraus, sodass die Nutzerinnen und Nutzer bereits bei der Besiedelung einen funktionierenden Grünraum vorfinden. Die Kosten pro Baum liegen nur zwischen 200 und 300 Euro. Dieses „Frühe Grün“ kann bei Bedarf kostengünstig zum Park weiterentwickelt werden. Dafür ist eine zeitgerechte Planung und Widmung nötig, damit einige Jahre vor der Bebauung schon Bäume gepflanzt werden und wachsen können.

Leuchtturm-Projekte und flankierende Maßnahmen zur Klimawandelanpassung im öffentlichen Raum

- Wir vereinbaren, mit einer Machbarkeitsstudie zu untersuchen, wo neue Gewässer an der Oberfläche umsetzbar wären. Dafür wird zeitnah eine Potentialanalyse erstellt. Diese prüft, wo Potential besteht und definiert Standards für solche Projekte. Diese sind modulartig in drei Projektkategorien aufgebaut - von kleinen Projekten bei wenig Platz über den mittleren Standard bis zu großen Wasserflächen. Anhand dieser Analyse werden Pilotprojekte in allen drei Kategorien umgesetzt. Ziel ist es, mittelfristig in vielen Bezirken neue Wasserflächen zu schaffen.
- Fassadenbegrünung mit effizienter Bewässerung soll für Private forciert kommuniziert und gefördert werden (in Zusammenarbeit mit den Baubehörden). Insbesondere bei Wettbewerben zur Errichtung neuer Gebäude/Stadteile müssen Fassadenbegrünungen schon verpflichtend vorgeschrieben werden.
- Für das Aufstellen von Grünpflanzen auf Gehsteigen und in Baumscheiben durch Private soll ein möglichst einfaches und für die Bewohner_innen kostengünstiges Verfahren in Übereinstimmung mit den bundesrechtlichen Regelungen geschaffen werden. Nach dem Vorbild von „150 Grüne Häuser“ sollen bürokratische Hürden beseitigt und ein einfaches bürger_innenfreundliches Verfahren zur raschen Abwicklung geschaffen werden.
- Die Stadt wächst und die Wienerinnen und Wiener brauchen Wohnraum. Dabei ist es ein gemeinsames Ziel, bei Bauvorhaben möglichst viele Bäume zu retten. Dazu wird künftig bereits im Planungsprozess die zuständige Fachabteilung für Baumschutz MA 42 angehört und ihre Stellungnahme berücksichtigt. Dabei geht es nicht darum, Bauprojekte zu verhindern, sondern die Lage der Gebäude so zu optimieren, dass der Baumbestand bestmöglich in das Projekt integriert wird.

3.4 NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



Um die weltweiten Nachhaltigkeitsziele, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) auf lokaler Wiener Ebene zu fördern, hat Wien eine eigene Nachhaltigkeitskoordinationsstelle.

Tätigkeitsschwerpunkte sind einerseits die Zusammenarbeit mit Ländern und Bund im Rahmen der Nachhaltigkeitskoordinator_innen-Konferenz, andererseits die gezielte Zusammenarbeit mit anderen Magistratsabteilungen und Akteur_innen auf Wiener Ebene.

Zwei der wichtigsten Programme dabei sind OekoBusiness Wien und ÖkoKauf Wien. Mit diesen zwei beispielgebenden Initiativen werden negative Umweltauswirkungen von Produktion und Konsum erheblich verringert. Die Angebote für die Wiener Betriebe und Kriterien für die Beschaffung in Richtung Nachhaltigkeit werden schrittweise ausgeweitet.

Weitere wichtige Projekte sind etwa PUMA - Programm Umweltmanagement im Magistrat der Stadt Wien, die Bürger_innenbeteiligungsprozesse der Lokale Agenda 21 sowie die Mitwirkung der Nachhaltigkeitskoordinationsstelle an Ausschreibung von Calls und der Prüfung von Förderungsanträgen der Technologieagentur der Stadt Wien.

OekoBusiness Wien ist das Umwelt-Service-Paket der Stadt für Wiener Unternehmen und unterstützt diese seit 1998 bei der Umsetzung von umweltrelevanten Maßnahmen im Betrieb und trägt damit dazu bei, Betriebskosten zu senken. Ziel ist es, saubere Gewinne für Umwelt und Unternehmen durch ökologisches Wirtschaften zu erzielen und mit Umweltschutz innerhalb der Unternehmen hohe Qualität und finanzielle Vorteile zu sichern.

Das Angebot umfasst professionelle, kofinanzierte Beratung, Hilfe bei der praktischen Umsetzung von Maßnahmen, Rechtssicherheit und eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit. OekoBusiness Wien verfügt über einen Pool an Berater_innen, die den Unternehmen mit professionellem Know-how zur Seite stehen.

OekoBusiness Wien ist eines der Leitprojekte der Wiener Nachhaltigkeitskoordinationsstelle und ist eng mit vergleichbaren Initiativen auf der ganzen Welt vernetzt, um den Wissenstransfer zwischen Stadt- und Regionalverwaltungen im In- und Ausland voranzutreiben.

155 Millionen Euro an Betriebskosten haben die teilnehmenden Betriebe in über 11.000 Umweltprojekten - von der Abfallvermeidung über Energiesparmaßnahmen bis hin zur Umstellung von kompletten Produktionsprozessen - in den letzten Jahren bereits eingespart.

Von 1998 bis 2018 haben die OekoBusiness Wien-Betriebe gemeinsam folgende Einsparungen erzielt:

- 155 Millionen Euro Betriebskosteneinsparungen
- 549.000 Tonnen weniger Kohlendioxid
- Senkung des Trinkwasserverbrauchs um 2,772.600 Kubikmeter

- 1,86 Terrawattstunden (TWh) weniger Energie (damit könnten 69 Prozent der Wiener Haushalte ein Jahr lang mit Strom versorgt werden)
- 151,3 Millionen eingesparte Transportkilometer
- 126.957 Tonnen weniger Abfälle
- Und 7.414 Tonnen gefährlicher Abfall wurden in dieser Zeit nicht produziert.

ÖkoKauf Wien ist das ökologische und nachhaltige Beschaffungsprogramm der Stadt. Seit 1998 werden im Magistrat Produkte möglichst umweltfreundlich eingekauft und verwendet - von Textilien über Bio-Lebensmittel, Waschmittel, Desinfektionsmittel, Büromaterial und Möbel bis hin zu Baumaterialien. Die wichtigsten Kriterien dabei sind: Schonung der Ressourcen, ökologische Produktion, Energieeffizienz, Reparaturfähigkeit, Vermeidung von Emissionen sowie gefährlicher und toxischer Materialien.

Diese Programme tragen zur Nachhaltigen Entwicklung Wiens und der Erreichung der SDGs maßgeblich bei. Wir bekennen uns daher zur Unterstützung und Weiterentwicklung dieser Nachhaltigkeits-Programme.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Ein klares Bekenntnis zur Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene.
- Den Dialog mit der Wissenschaft weiterhin intensiv führen.
- Bürger_innenbeteiligung auf lokaler Ebene fördern.
- Programme wie ÖkoKauf und ÖkoBusiness weiterentwickeln.

3.5 UMWELT

Biodiversität

Die Fortschrittskoalition fördert die biologische Vielfalt. Ein hoher und vielfältiger Grünanteil und unversiegelte Böden sind eine wesentliche Voraussetzung für die urbane biologische Vielfalt. Durch Habitat Management und Maßnahmen zum Schutz von Biotopen im Rahmen des „Netzwerks Natur“ werden die vielfältigen Lebensräume von Tieren und Pflanzen in der Stadt erhalten. Wo das möglich ist werden zusätzliche Lebensräume geschaffen. Gefahrenmomente durch große Straßen, ausladende Glasstrukturen oder Glasgebäude sowie übermäßige und falsche Beleuchtung werden reduziert. Der Einsatz von Bioziden wird so weit wie möglich eingeschränkt. Um dem Artensterben entgegenzuwirken, gelten strenge Schutzbestimmungen für gefährdete Tier- oder Pflanzenarten und deren Lebensräume. Bewusstseinsbildung, Information und entsprechende Beschaffungskriterien sorgen dafür, dass der Erhalt der biologischen Vielfalt im Sinne der globa-

len Herausforderung über die Veränderung der Konsummuster Beachtung findet.

Umweltrecht

Unser gemeinsames Ziel ist es, dass in Wien eine Kultur aktiver Bürger_innen gelebt wird, die diese Stadt mitgestalten. Prozesse der Bürger_innenbeteiligung sollen alle Bevölkerungsgruppen zur Teilhabe einladen und ermutigen. Das Umweltrecht ist im Sinne einer verstärkten Teilhabe anzupassen, was schlussendlich auch Rechtssicherheit für alle Stakeholder schaffen soll. Jüngste Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes haben aufgezeigt, dass der Tatbestand eines Städtebauvorhabens-in der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), welche Bundesrecht ist, in der aktuellen Gesetzesdefinition erhebliche Unschärfen aufweist. Mit hoher Dringlichkeit gilt es zu vermeiden, dass penibel vorbereitete und definitiv im öffentlichen Interesse gelegene Städtebauprojekte für Jahre im Instanzenzug hängen. Wien ist hier hauptbetroffen, da wir neben Graz die einzige Stadt Österreichs mit Entwicklungsprojekten der entsprechenden Größe sind. Wien ist daher sehr an der Verbesserung der rechtlichen Situation interessiert und sucht aktiv den konstruktiven Dialog mit dem zuständigen Bundesministerium.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die rasche Umsetzung der Aarhus-Konvention ins Landesrecht sowie ebenfalls rasche Anpassung der dazu gehörenden Gesetze: Wiener Naturschutzgesetz, Wiener Nationalparkgesetz, Wiener Fischereigesetz und Wiener Jagdgesetz im Anwendungsbereich der Richtlinie 92/43/EWG (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) sowie der Richtlinie 2009/147/EG (Vogelschutz-Richtlinie).
- Die Strategische Umweltprüfung (SUP) soll gerade für Stadtentwicklungsgebiete verstärkt eingesetzt werden, um künftige Projekte – wie Wohnbauvorhaben – hinsichtlich ihrer Verfahrensdauer zu beschleunigen.
- Im Zuge dieser SUP sollen die Umweltauswirkungen unter Beteiligung der Öffentlichkeit in ausreichendem Maße geprüft werden.
- Die SUP muss frühzeitig, effizient, prägnant und rasch erfolgen, um die eigentlichen Verfahren wie Einzelfeststellung oder das eigentliche UVP-Verfahren zu beschleunigen.
- Der sowohl von der höchstgerichtlichen Judikatur als auch von der EU als reformbedürftig angesehene Städtebauvorhabens-Tatbestand im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000 muss dringend adaptiert werden. Ziele sind neben einer Unionsrechtskonformität eine Verschlankung und Vereinfachung sowie Bürger_innen-Beteiligung, sodass Rechtssicherheit für alle Beteiligten geschaffen wird. Wir fordern vom Bund rasch eine Gesetzesanpassung und bringen proaktiv unsere Erfahrungen und Vorschläge in einem konkreten Textvorschlag dazu ein.
- Die neue Stadtregierung bekennt sich zum Erhalt des Standortes des Umweltbundes-

amtes in Wien. Entsprechende neue Standort-Angebote wurden bereits mehrfach an das zuständige Ministerium übermittelt.

3.6 LEBENSMITTEL

Die Stadt Wien pflegt einen achtsamen Umgang mit Lebensmitteln, gemäß dem Aktionsplan „Wien isst G.U.T.“ Dabei geht es um gesunde, nachhaltige Ernährung, Tierwohl-Standards sowie die Reduktion von Lebensmittelabfällen. Dieser wird bei der Versorgung von Schulen, Kindergärten, Senior_innenwohnhäusern und Spitälern umgesetzt werden, wo insgesamt pro Tag 100.000 Speisen ausgegeben werden.

Mitarbeiter_innen der Stadt Wien erhalten darüber hinaus Schulungen zu Beschaffung, Zubereitung und Ausgabe von Lebensmitteln. Der Anteil von Lebensmittelabfällen wird in öffentlichen Einrichtungen weiter reduziert und die Bioquote wird weiter erhöht.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Bekenntnis zu hochwertigen, gesunden und nachhaltig produzierten Lebensmitteln für alle Wienerinnen und Wiener.
- Eine Reduktion der Lebensmittelverschwendung um 25 % bis 2030 und um 50 % bis 2050 u.a. durch Maßnahmen zur Lebensmittelabfallvermeidung in Einrichtungen der Stadt Wien.
- Ausarbeitung einer Ernährungsstrategie.
- Weiterentwicklung des Kriterienkatalogs von ÖkoKauf Wien.
- Mindestkriterien und Ausschluß-Kriterien bei öffentlicher Beschaffung für Tierwohl bei Produktionsbetrieben, Transport und Schlachtung.
- Erhöhung der Bioquote.
- Ausweitung der „natürlich gut essen“ - Auszeichnung für die Gastronomie.
- Umsetzung bestehender internationaler Programme/Bündnisse (z.B. Milan Urban Food Policy Pact; Organic Cities Network Europe)

Infrastruktur

Alle Dienstleistungen, die sicherstellen, dass der Alltag der Menschen funktioniert, sind in Wien in kommunaler Hand. Das sind u.a. Wasser, Gas, Strom, Kanal und Müllabfuhr, aber auch das Gesundheitssystem. Anders als in vielen anderen Großstädten hat Wien diese kommunalen

Leistungen nicht verkauft. Das macht sich jetzt bezahlt, wie die Corona-Pandemie gezeigt hat. Wir stehen für eine leistbare Stadt.

Weiters unterstützt die Stadt im Rahmen der Initiative „natürlich gut essen“ Projekte und Initiativen in der Zivilgesellschaft und in der Gastronomie sowie die Produzent_innen selbst.

Durch das Programm ÖkoKauf Wien beträgt der Bio-Anteil bei Milchprodukten in städtischen Kindergärten schon jetzt 85 %. Regionales Obst und Gemüse steht auf den Speiseplänen der städtischen Küchen. Es wird auf Gentechnikfreiheit Wert gelegt und artgerechte Tierhaltung in der Lebensmittelproduktion vorausgesetzt.

Ein weiteres wichtiges Thema ist Lebensmittelverschwendung. In Wien landen aktuell zirka 25 % der zuvor teuer eingekauften Lebensmittel ungenutzt im Müll.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Ein klares Bekenntnis zu einer starken kommunalen Infrastruktur in öffentlicher Hand.
- Die kommunale Daseinsvorsorge soll stark und effizient sein und weiterhin in öffentlicher Hand bleiben.
- Die gesamte Ver- und Entsorgungskette und somit die Ver- und Entsorgungssicherheit bleiben in den Händen der Stadt Wien.

3.7 ABFALLWIRTSCHAFT

Das Mistplatzkonzept sieht vor, dass neue moderne Mistplätze strategisch gut verteilt über die Stadt für alle Wienerinnen und Wiener entstehen. Die vollständige Umsetzung dieses Konzepts hat daher hohe Priorität. Diese modernen Super-Mistplätze zeichnen sich dadurch aus, dass sie komfortabel und barrierefrei für alle zugänglich sind, als Beispiel seien hier der Mistplatz Auhof oder der neueste in Favoriten angeführt. In der Fännergasse, Seestadt und Kendlerstraße werden in den nächsten Jahren solche Super-Mistplätze entstehen.

Wien setzt auf „Zero Waste“ bis 2050 und verwertet damit 100 % der nicht vermeidbaren Abfälle. Das Ziel Zero-Waste wird auch schon bis 2025 intensiv verfolgt.

Das Müllaufkommen ist auch in der wachsenden Stadt seit vielen Jahren dank zahlreicher Maßnahmen zur Mülltrennung und -vermeidung stabil. Es braucht allerdings weitere Anstrengung bei der Sammlung und Verwertung von Altstoffen. Zur weiteren Erhöhung der Quoten der getrennten Sammlung werden Pilotprojekte mit der ARA durchgeführt.

Bis 2030 ist eine 60%ige Recyclingquote nach der EU-Abfallrahmenrichtlinie vorgeschrieben. Namhafte Expert_innen weisen darauf hin, dass die EU-Ziele keinesfalls erreichbar sind, wenn dieser Bereich nicht rasch gesetzlich geregelt wird – Freiwilligkeit führte hier bislang nicht zum

Ziel.

Die Stadt Wien setzt sich seit vielen Jahren auf Bundesebene für die rasche Einführung eines Pfandsystems auf Dosen und Einwegflaschen ein.

Die Fortschrittskoalition baut das hohe Sauberkeitsniveau weiter aus. Die WasteWatcher kontrollieren die Sauberkeitsspielregeln streng und mit Erfolg. Dieser Weg wird konsequent fortgesetzt.

In Sachen „Sauberkeit in der Stadt“ werden neue Infoschienen zur Bewusstseinsbildung erarbeitet.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir halten an der Umsetzung des generellen und im Gemeinderat beschlossenen Konzepts der Versorgung Wiens mit gut erreichbaren Mistplätzen fest. Wir werden rasch einen Mistplatz in der Seestadt und im Bereich des Nordwestbahnviertels an einem geeigneten und finanzierbaren Standort umsetzen.
- Für die weitere Umsetzung des Mistplatzkonzeptes der MA 48 wird vereinbart, dass Standorte für Mistplätze so frühzeitig wie möglich in die Stadtplanung einfließen, um eine hohe Ausgewogenheit zwischen hochwertigen Wohn- und Erholungsflächen und Umwelt-Infrastruktur zu erreichen.
- Forcierung des Zero Waste-Gedankens durch neue Wege für die Verbrennungsrückstände aus der Müllverbrennung.
- Zur weiteren Erhöhung der Sammelquoten der getrennten Sammlung wird ein Pilotprojekt mit der ARA durchgeführt:
- Im Neubau soll im Müllraum mehr Platz für Behälter für mehr Altstofffraktionen eingeplant werden. Und wir erproben die Möglichkeit, die gelb/blau Tonne wie in anderen Bundesländern und Gemeinden auch für Mehrfamilienhäuser anzubieten.
- Für Gebäude und Infrastrukturbauten im Bereich Umwelt werden das Prinzip der Kreislaufwirtschaft und Urban-Mining-Ansätze gestärkt, beispielsweise durch die Einführung eines Gebäudeausweises, der die verbauten Materialien und Wertstoffe erfasst.

Abwassermanagement – Wien Kanal

Wir vereinbaren daher:

- Das Sanierungsprogramm des Kanalnetzes wird vorangetrieben.
- Die Entlastung der Kanäle vom Regenwasser durch modernes Regenwassermanagement wird als zentrale Herausforderung wahrgenommen.
- Weiterer Ausbau des Wiental-Kanals.
- Abwasserreinigung 4.0 zur Filterung von anthropogenen Spurenstoffen aus dem Abwasser in der Kläranlage.
- Frühwarnsystem für Pandemien durch Abwasseranalysen entwickeln.

3.8 LANDWIRTSCHAFT

Die Wiener Garten-, Acker- und Weinbaubetriebe sind die tragenden Säulen einer einzigartigen Stadtlandwirtschaft. Sie liefern regionale und vermehrt auch biologische Produkte zur Versorgung der Wienerinnen und Wiener. Diese gilt es bestmöglich im Rahmen der übergeordneten rechtlichen Rahmenbedingungen zu fördern.

Wien bekennt sich schon seit langem zu einer Landwirtschaft, die zum Schutz der Umwelt den Einsatz von Pestiziden, antimikrobiellen Wirkstoffen und Düngemitteln deutlich vermindert. Wir unterstützen daher auch die Bemühungen der EU-Kommission in diese Richtung sowie die „Farm to Fork“-Strategie, die gewährleistet, dass Lebensmittel „vom Hof auf den Tisch“ kommen und die Versorgung bewahrt werden wird.

Nach den Plänen der EU-Kommission soll der Einsatz von Pestiziden bis 2030 halbiert werden. Die Verwendung von Düngemitteln soll bis dahin um 20 % verringert sowie der Verkauf von antimikrobiellen Wirkstoffen – wie bestimmter Antibiotika – für Nutztiere und Aquakulturen um 50 % gesenkt werden.

Der Anteil des Ökolandbaus soll im Gegenzug auf 25 % steigen. Die EU-Kommission sieht auch das als Baustein für das Erreichen ihrer Klimaziele, stammen doch rund 10 % des in der EU ausgestoßenen Klimagases CO₂ aus der Landwirtschaft.

Der Magistrat der Stadt Wien ist im Zuge der Pflege und Betreuung aller Grünflächen wie Parks oder Wälder pestizidfrei. Das trägt entscheidend zum Insekten- und Bienenschutz und damit zum Artenschutz bei. Ziel ist es, im gesamten Bundesland Wien weitestgehend pestizidfrei zu werden.

Die Förderung der Biolandwirtschaft ist uns besonders wichtig. Mit 26 % Bio-Flächenanteil liegt Wien im österreichischen Spitzenfeld. Die Stadt Wien selbst wirtschaftet mit dem stadt eigenen Betrieb zu 100 % biologisch.

Das Wiener Gemüse wird umweltschonend mit dem Einsatz von Nützlingen und gentechnikfrei produziert und soll im Rahmen der Direktvermarktung auf Wiener Märkten verkauft werden.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Weitere Reduktion von Pestiziden in der konventionellen Landwirtschaft.
- Die Stadt Wien verwendet auch weiterhin kein Glyphosat.
- Weiterhin Einsatz für ein bundesweites Glyphosat-Verbot.
- Keine Ausnahmegenehmigungen für den Einsatz von Neonicotinoiden, auch nicht zeitlich oder lokal begrenzt.
- Klares Bekenntnis zur Biolandwirtschaft: wir werden die biologische Landwirtschaft weiter fördern, um deren Anteil an der Landwirtschaft weiter zu erhöhen.
- Weiterhin gentechnikfreie Landwirtschaft in Wien.
- Das Zukunftsprojekt „Phosphorgewinnung“ weitertreiben. Phosphor wird energieintensiv gewonnen und wird knapp, ist aber weltweit als Düngemittel unverzichtbar. Über den Konsum von Nahrungsmitteln gelangt Phosphor in die Kläranlage, wo er derzeit noch ungenutzt mit dem Klärschlamm entsorgt wird. Die MA 48 arbeitet daran, den im Wiener Klärschlamm vorhandenen Phosphor als Düngemittel zurückzugewinnen. Dadurch entfallen Emissionen, die bei der Gewinnung und dem Transport des Primärrohstoffes (Rohphosphat) entstehen.
- Die Stadtlandwirtschaft, beispielsweise die Simmeringer Gärtner_innen und der Wiener Weinbau, braucht einen besonderen Schutz ihrer Flächen, damit wir die Qualität und die regionale Produktvielfalt stärken können.
- Lebensmittelproduktion in der Stadt leistet einen Beitrag zur Regionalität. Urban-Farming-Initiativen sollen daher bestmöglich unterstützt werden.
- Wir bekennen uns zu neuen, innovativen Formen der Stadtlandwirtschaft und zur Unterstützung von agrarischen Leuchtturmprojekten wie dem Zukunftshof Rothneusiedl (Haschahof).
- Wir unterstützen landwirtschaftliche Betriebe beim Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Agrarphotovoltaik.

- Wir arbeiten weiter an Lösungen für die Wärmeversorgung der Simmeringer Gemüsebauer_innen.
- Beim Ankauf von landwirtschaftlichen Produkten soll die Stadt Wien eine Vorreiterrolle übernehmen. Überall, wo die Stadt Wien in Verantwortung ist – zum Beispiel bei Schulbuffets, Kindergärten, Pensionist_innenwohnhäusern, Krankenanstalten oder Magistratskantinen – muss es eine möglichst flächendeckende Information über Herkunft und Qualität von eingesetzten Lebensmitteln geben. Die angebotenen Produkte – insbesondere Fleisch – sollen möglichst aus regionaler und biologischer Landwirtschaft stammen.
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer, um die beschriebenen Ziele zu erreichen.

3.9 MÄRKTE

Die Wiener Märkte sind beliebt und zu echten Grätzl-Treffpunkten geworden. Bei einer Frequenzzählung durch ein unabhängiges Institut 2019 wurden – im Vergleich zur letzten Zählung 2015 – 11 % mehr Besucher_innen pro Woche gezählt.

Die Märkte sind ein wichtiger Faktor für Grätzlkultur und Lebensqualität in Wien. Daher, wollen wir neue Märkte, v.a. in Außenbezirken und Stadterweiterungsgebieten. Natürlich ist klar, dass aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise auch ein gesteigertes wirtschaftliches Risiko für potentielle Marktstandler_innen besteht, das aktuell jedenfalls zu berücksichtigen ist. In Wien ist Potential für eine moderne Markthalle nach internationalen Vorbildern mit FoodCourt etc. vorhanden. Die Umsetzung einer Markthalle wird angestrebt.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Für die Entwicklung neuer Märkte wird ein tragfähiger Stufenplan erstellt, der in einem ersten Schritt die Etablierung von „temporären Bauern-Märkten“ am Wochenende umfasst, die dann mittelfristig bei wirtschaftlichem Erfolg zu dauerhaften Märkten entwickelt werden können.
- Das Ziel sind vier neue Marktprojekte (z.B. im 11., 22. oder 17. Bezirk) bis 2025.
- Bei künftigen Stadtentwicklungsgebieten soll die Errichtung einer Markthalle mitgedacht werden. Dafür werden Rahmenbedingungen für potentielle Investoren und die Realisierung erarbeitet.
- Die geplante „offene Markthalle“ am Naschmarkt-Parkplatz wird mit breiter Partizipation der umliegenden Grätzl und einem Gestaltungswettbewerb realisiert, da an diesem besonderen Standort die baukulturelle und klimasensible Gestaltung eine hohe Bedeutung haben.

- Eine „Lange Nacht der Märkte“ soll die Marktkultur Wiens einmal im Jahr feiern und in die öffentliche Aufmerksamkeit rücken.
- Der Schlingermarkt in Floridsdorf wird weiter attraktiviert und zu einem Grätzlhauptplatz aufgewertet.
- Wir nehmen uns vor, das regionale Angebot massiv auszubauen. Wiener Produkte sollen auf Wiener Märkten verstärkt zu finden sein.
- Auch die Bio-Ecken sollen ausgebaut werden, wie im Lebensmittelaktionsplan „Wien isst G.U.T.“ vorgesehen.
- Konsumfreie Zonen mit Sitzgelegenheiten und Trinkbrunnen sollen die Aufenthaltsqualität erhöhen.
- Cooling-Spots - wie jetzt bereits am Schlingermarkt - sollen auch auf anderen Märkten entstehen. Die Hitze soll dadurch verringert und der Hochsommer erträglicher werden.
- Die Kernöffnungszeit am Samstag entfällt.
- Die Gastronomie darf auf Märkten künftig an Sonn- und Feiertagen auch ab 10:00 öffnen.
- Nachtlagerungs-Gebühren werden abgeschafft.
- Die Schanigarten-Gebühren auf den Märkten sollen höchstens den Gebrauchsabgaben der Umgebung entsprechen, sofern dies eine Reduktion darstellt.

3.10 TRINKWASSER

Die Versorgung aller Wienerinnen und Wiener mit bestem Trinkwasser aus den Quellenschutzwäldern der Stadt Wien wird durch Investitionen in die Wasserversorgungsinfrastruktur weiterhin sichergestellt.

Die Wiener Wasserversorgung setzt auch auf erneuerbare Energie. Mit 16 Kleinwasserkraftwerken entlang der Wiener Wasserleitungen wird sauberer Strom im Ausmaß von 65 Mio. kWh erzeugt, womit 20.000 Haushalte versorgt werden können. **DAHER VEREINBAREN WIR:**

- Die Sanierungsrate des öffentlichen Rohrnetzes beträgt mindestens 30 km pro Jahr.
- Die wichtigsten Transportleitungen im Süden und im Norden der Stadt werden erneuert.
- Der Behälter Schafberg wird erweitert.

3.11 TIERSCHUTZ

Wien ist Tierschutz-Hauptstadt. Mit dem TierQuarTier Wien ist ein hochmodernes Tierschutzhaus für die Versorgung von heimatlosen Haustieren entstanden. Damit entlaufene Tiere schneller an ihre Besitzer_innen zurückgegeben werden können, ist es unerlässlich, dass diese gechippt sind. Das Wissen der Hundehalter_innen darüber ist zu verbessern.

Zahlreiche Angebote wie Hundezonen, gratis „Sackerl fürs Gackerl“, der Sachkundenachweis für Hundehalter_innen sowie Angebote für Kinder sorgen für ein gutes Miteinander von Mensch und Tier in der Großstadt.

Wir kümmern uns auch um die Verbesserung der Bedingungen für Fiaker-Pferde, um Streunerkatzen und andere hilfsbedürftige Tiere.

Es gibt derzeit einen unvernünftigen Trend zur Exotenhaltung – immer mehr exotische Wildtiere werden in Wien ausgesetzt bzw. unter schlechten Bedingungen gehalten. Außerdem besteht das Risiko der Krankheitsübertragung von Reptilien auf Menschen, was verschiedene – auch schwere und tödliche - Krankheiten verursachen kann.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Unter dem Programmtitel „HuZo2025“ wird ein eigenes Ausbau- und Aufwertungsprogramm für Hundezonen umgesetzt, sie werden weiter ausgebaut und qualitativ aufgewertet.
- Gegen illegalen Welpenhandel wird es weiterhin ein hartes Durchgreifen mit hohen Strafen geben.
- Bewusstseinsbildung über die Wichtigkeit des Chippens.
- Verpflichtende Sachkundekurse für Halter_innen von exotischen Tieren. -Halter_innen exotischer Tiere müssen das notwendige Wissen erwerben, um dem Wildtier ein artgerechtes Leben zu ermöglichen und keine Belastung für das Umfeld zu verursachen.
- Der bereits eingeführte Sachkundenachweis wird weiter forciert, der zukünftigen Hundehalter_innen relevante Kenntnisse über den Umgang mit Hunden und deren Haltung in der Stadt vermittelt.
- Prüfung von Alternativen wie der “Fiaker” mit Elektroantrieb und Evaluierung der bestehenden Situation unter Berücksichtigung des Potenzials alternativer Mobilitätsformen für den öffentlichen Raum.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Tierschutz in der Lebensmittelproduktion eine starke Rolle spielt (z.B. Verbot des Schredderns von Küken).

3.12 STADT DER SAUBEREN LUFT

Die aktuelle Luftqualität in Wien war seit Beginn der 1970er noch nie so gut wie heute. 2019 hat die Stadt Wien bereits zum siebten Mal in Folge die EU-Grenzwerte für Feinstaub eingehalten. Auch im Bereich Ozon, SO₂ oder NO_x hat Wien eine hervorragende Luftgüte. Trotzdem bekennen wir uns dazu, die Luft in unsere Stadt noch weiter zu verbessern.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Das Wiener Luftmessnetz erweitert sein Messprogramm um ein Gerät für Ultrafeinstaub, um Messerfahrungen zu sammeln und die Datenbasis für weitere Überlegungen zu schaffen. Das erfolgt koordiniert mit dem Umweltbundesamt und anderen Bundesländern.
- Das Wiener Luftmessnetz erweitert das Messprogramm an der Messstelle Liesing um die Komponente Ozon.
- Das Wiener Luftmessnetz setzt seinen 2019 in Betrieb genommenen Messbus ergänzend im Wiener Stadtgebiet ein.
- Um ein proaktives Informationssystem zu gewährleisten, wird die Entwicklung einer Luftgüte-App so rasch wie möglich umgesetzt.

3.13 STADT AM WASSER

Wien ist eine Stadt am Wasser und hat eine lange Tradition, diese besondere Qualität zu vermitteln wie z.B. mit der Donauinsel. Die Stadt stellt den Wienerinnen und Wiener viele öffentliche und kostenlose Wasserzugänge und coole Aufenthaltsorte ohne Konsumzwang zur Verfügung. Als Beispiel sei etwa der Copa Beach genannt – hier sind in den letzten Jahren attraktive Lokale, aber auch gut angenommene konsumfreie Flächen entstanden.

Am Donaukanal wiederum warten noch zwei Siegerprojekte eines Wettbewerbs auf ihre Umsetzung. - Diese werden vorangetrieben, um für frischen Wind am Donaukanal sorgen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir haben eine Vision für den Donaukanal, der weiterentwickelt und aufgewertet werden soll. Neben der Eröffnung der „Schwimmenden Gärten“, einem neuen attraktiven Ort am Wasser ohne Konsumzwang, werden darüber hinaus neue Lokale und weitere konsumfreie Flächen entstehen.
- Wir haben nach der Belegung des Copa Beach eine Zukunftsvision für die Sunken City. Es wird ein Wettbewerb gestartet, um die weitere Entwicklung zu beflügeln.

- Wir haben bereits mehrere Uferabschnitte an der Alten Donau geöffnet, die ehemals nur kleinen Gruppen exklusiv vorbehalten waren. Gerade im Zuge des spürbar werdenden Klimawandels wollen wir mehr dieser freien Zugänge zu Gewässern schaffen.
- Zur nachhaltigen Dotation der Oberen Lobau und zur Sicherung des Au-Charakters wird eine Dotationsleitung über die Panozzalacke errichtet.
- Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes und der Aufenthaltsqualität wird der Liesingbach renaturiert.

3.14 WIENER STADTWERKE

Die kommunalen Leistungen haben in Wien eine große Tradition. Sie sind in hohem Ausmaß für die beste Lebensqualität, Versorgungssicherheit und die Leistbarkeit des Lebens in unserer Stadt mitverantwortlich. Die Wiener Stadtwerke – einer der größten kommunalen Mischkonzerne Europas – haben eine positive Auswirkung auf die lokale Wertschöpfung und schaffen damit viele sichere und hochwertige Arbeitsplätze in unserer Stadt.

Eine Privatisierung der Wiener Stadtwerke oder deren Tochterunternehmen ist daher aus gutem Grund ausgeschlossen.

Die Wiener Stadtwerke haben neben hoher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verantwortung auch einen Versorgungsauftrag: Sie sind beauftragt, allen Bürger_innen Wiens einen gleichberechtigten Zugang zu Mobilität und Energie zu bieten und dabei hohe Umwelt und Sozialstandards einzuhalten. Seit nunmehr sieben Jahrzehnten erfüllen die Wiener Stadtwerke erfolgreich diesen Auftrag als kommunaler Dienstleister für die Wienerinnen und Wiener. Wien ist Vorreiterin beim leistbaren und umweltfreundlichen städtischen Verkehr und europaweites Vorbild für eine emissionsarme und sichere Energieversorgung.

DAHER VEREINBAREN WIR

- Ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Umlandverkehre inklusive Kaltenleutgeben-Bahn mit Ko-Finanzierung durch Bund und das Land Niederösterreich.
- Für die nachhaltige Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden (PendlerInnen-) Verkehrs von und nach Wien ist eine Stärkung der bestehenden Achsen wie der Badner Bahn essentiell, um den Individual-Verkehr spätestens an der Stadtgrenze zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr zu bewegen.
- Unterstützung des City Logistik Projekts der Wiener Lokalbahnen mit dem Ziel der Eindämmung der Lieferverkehre. Dabei können CO₂-Einsparungen, Effizienzsteigerungen und Service-Verbesserungen in der Paket-Logistik sichergestellt werden.

FÜR DEN BEREICH DER WIPARK:

- Um vor allem Pendler_innen den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern, werden verstärkt P&R Anlagen in Wien - zum Beispiel in Oberlaa und Aspern Nord - und an Knotenpunkten im Umland – (finanziert durch Niederösterreich und den Bund) errichtet.

FÜR DEN BEREICH DER BESTATTUNG UND FRIEDHÖFE:

Der Trend zur Feuerbestattung macht eine Kapazitätserweiterung des Krematorium Wiens notwendig. Zu den bestehenden drei Linien wird in einem Neubau eine weitere Einheit errichtet.

- Auf den Friedhöfen in Wien werden sukzessive weitere Angebote für Naturbestattungen geschaffen.

FÜR DEN BEREICH DER WIENER STADTWERKE GMBH:

- Nach der Eröffnung des „Service Treffs“ Flagship Store in der Spittelau wird das Konzept des One-Stop-Shop digital und physisch weiter ausgebaut. Die Wienerinnen und Wiener bekommen damit eine zentrale Anlaufstelle für die gesamte Leistungs- und Produktpalette aller Wiener Stadtwerke-Unternehmen. Dadurch erhalten die Kund_innen den bestmöglichen Nutzen durch die Bündelung von innovativen Produkten und Services.
- Ein konzernweit zentrales Fuhrparkmanagement wird aufgebaut, um die größtmögliche Umstellung der Stadtwerke-weiten Fahrzeugflotte auf alternative Antriebsformen einzuleiten.

4. Kapitel: Stadt der Kultur und des respektvollen Miteinanders

Wien ist eine Metropole mit internationaler Strahlkraft, die sich über Jahrhunderte hinweg durch die Begegnung von Kulturen entwickelt hat. Diese Erfolgsgeschichte ist permanenter Arbeit am Gelingen von Gemeinschaft geschuldet. In Zeiten einer Pandemie und mit dem schnellen Wachstum der Stadt wird auch die Herausforderung, sowohl Tradition, Gegenwart und Zukunft in gleichem Maß verpflichtet zu sein, zunehmend größer. Es gilt mit sozialem Blick, mit ökologischem Bewusstsein und innovativen Ideen nachhaltige Politik so zu gestalten, dass künftigen Generationen in allen wesentlichen Bereichen ein selbstbestimmtes Leben auf hohem Niveau ermöglicht werden kann.

Wien versteht sich als weltoffene, mutige und diverse Stadt, die in dieser Vielfalt ihren gesellschaftlichen und kulturellen Reichtum erkennt. Die Fortschrittskoalition will das Nachdenken über unterschiedliche Lebensentwürfe, komplexe Inhalte, Zukunftsfragen und visionäre Konzepte daher anregen und einen Dialog auf Augenhöhe für alle Menschen, die hier leben, ermöglichen. Denn die Anerkennung des Gegenübers ist die essentielle Basis für ein respektvolles Miteinander und einer demokratischen Zivilgesellschaft.

Wien braucht daher Orte des kulturellen Miteinanders, um viele verschiedene Lebenszusammenhänge sichtbar zu machen, unabhängig ob im institutionellen Rahmen von Museen, Theatern, Konzerthäusern und Vereinen oder auch verstärkt im öffentlichen Raum, wo unmittelbare Nachbarschaft gelebt wird. Denn diese sozialen Räume sind es, die identitätsstiftend wirken und das Gefühl der Zugehörigkeit und Teilhabe unterschiedlicher Communities am Leben der Stadt vermitteln, woraus Gemeinschaft entsteht. Aus diesem Grund muss es ein zentrales Anliegen von Politik sein, nachhaltig Infrastruktur in dieser Qualität zu fördern.

Wir schaffen mit geeigneten Rahmenbedingungen, modernen Strukturen und neuen Projekten die besten Voraussetzungen für die Weiterentwicklung von Kultur und (Lebens-)Kulturen in der Stadt, denn gemeinsame Teilhabe ist wichtiger denn je. Respektvolles Miteinander wird so nicht nur ein Slogan, sondern beschreibt eine Haltung - ein Schlüssel für die vielen Herausforderungen unserer Zeit.

4.1 KUNST UND KULTUR: KULTURMETROPOLE WIEN

Wien ist eine Stadt, deren reiche und lange Tradition in Kunst, Kultur und Wissenschaft begeistert und die Basis für eine lebendige und demokratische Gesellschaft der Zukunft sichert. Kunst und Kultur schaffen soziale Räume, die für die Gesamtheit und Vielfalt der Bevölkerung offen sein müssen. Sie wirken identitätsstiftend und sind oftmals Ausgangspunkt und Verstärker wichtiger gesellschaftlicher Diskussionen.

Wien arbeitet permanent daran, die vielfältige Kulturlandschaft weiterzuentwickeln und sich neuen Herausforderungen zu stellen. Dieser Blick umfasst auch die vielen Menschen, die in Kunst, Kultur und im Feld der Wissenschaft in unserer Stadt arbeiten. Sie schaffen sowohl einen gesellschaftlichen als auch wirtschaftlichen Mehrwert, von dem die Gemeinschaft immens profitiert. Sie sind unabhkömmlich für attraktiven Tourismus, hohe Lebensqualität und lebendigen gesellschaftlichen Dialog.

Gute Rahmenbedingungen haben daher für künstlerische Arbeit oberste Priorität. Eine vielfältige, lebendige, moderne, innovative und unabhängige Kunst- und Kulturszene braucht geeignete Mittel und Räume, um sich entfalten zu können. Faire Bezahlung und Raum für künstlerische Arbeit sind dafür maßgeblich.

Die Stadt Wien hat bereits einen intensiven Dialog mit Stakeholdern aus unterschiedlichen künstlerischen Feldern initiiert, um Richtlinien für Honorare zu erarbeiten, die den Kunstschaaffenden als Orientierung dienen können. Ziel ist es, hier mittelfristig ein Bewusstsein für den Wert künstlerischer Arbeit zu schaffen und Dumpinglöhne zu verhindern.

Stipendien, Residencies und mehrjährige Förderungen schwächen den direkten Verwertungsdruck und ermöglichen eine längerfristige Entwicklung von Ideen, Kooperationen und sichern somit Qualität.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil kulturpolitischer Strategie ist die Schaffung von Räumen, die den spezifischen Anforderungen der unterschiedlichsten künstlerischen Sparten genügen. Neue Räume für Kunst und Kultur in einer wachsenden Stadt, Zwischen- und Nachnutzungen von Bestandsgebäuden sichern Arbeitsbedingungen ab und sorgen gleichzeitig für eine Durchdringung des Stadtgebietes. Mit dem weiteren Ausbau von Ankerzentren bzw. der Schaffung von Kultur-Clustern werden kulturelle Verdichtungen jenseits des Zentrums geschaffen, damit alle Wienerinnen und Wiener die Möglichkeit haben, ein zeitgemäßes, hervorragendes Kulturangebot in ihrer Wohnumgebung vorzufinden.

Um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, braucht es den Brückenschlag von kulturellen Akteur_innen zu einem stets neu zu findenden Publikum. Daher kommt kreativen Konzepten der Kulturvermittlung ein besonderer Stellenwert zu. Besonders Kinder und Jugendliche sollen möglichst früh mit Kunst und Kultur in Kontakt kommen, um den Raum der Kunst als Raum der persönlichen Entfaltung zu begreifen. Mit der Errichtung von Zweigstellen des Kindermuseums ZOOM und des Theaterhauses für junge Menschen, Dschungel, werden zwei neue Standbeine der Kinder- und Jugendkultur in Wien aufgebaut.

Die Leitprinzipien von Transparenz und Klarheit werden ausgeweitet: Förderrichtlinien geben klare Rahmen für Kulturschaffende vor, die Kulturberichte dokumentieren die Vergaben im Detail. Die Fortschrittskoalition senkt damit die Zugangsschwellen zur Kulturförderung und sorgt für eine nachvollziehbare Darstellung der Ausgaben.

Kunst und Kultur tragen maßgeblich zur Lebensqualität, Zufriedenheit und zum Wohlergehen jeder und jedes Einzelnen bei: Die Verfügbarkeit des Kulturangebots, aber noch mehr seine Qualität und Diversität können als Maßstab für eine stabile, aufgeklärte und differenzierte Gesellschaft gesehen werden. Partizipation spielt dabei eine große Rolle. Als demokratische Grundhaltung ist sie ein Wert, der alle Lebensbereiche tangiert, eben auch die Kultur. Daher kann das Ziel nur sein, so vielen Menschen wie möglich die Partizipation am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Neben dem Ausbau und der Weiterentwicklung der gesamten Kulturlandschaft arbeitet eine innovative soziale Kulturpolitik, gerade auch in Krisenzeiten, kontinuierlich an der weiteren Öffnung, Zugänglichkeit und Niederschwelligkeit von Kultur.

Die Corona-Krise hat die Verletzlichkeit des Kulturbetriebs deutlich gemacht: Prekarisierung, permanenter Produktionsdruck und geringe finanzielle Reserven auf institutioneller wie individueller Ebene. Veranstaltungs- und Besuchsverbote sowie die Reduktion der Publikumszahlen haben die Verwundbarkeit des Feldes vor Augen geführt und die Notwendigkeit von Maßnahmen unterstrichen, die nachhaltige Absicherungen bedeuten. Dazu gehören Löhne, die einen Lebensunterhalt ermöglichen, Anstellungsverhältnisse, die Versicherungsleistungen gewährleisten, gesunde Betriebe und zeitgemäße Infrastrukturen, vor allem adäquate digitale Ausstattungen.

Die Pandemie hat mit Eintreten des ersten Lockdowns im März 2020 tiefe Spuren im Wiener Kulturleben hinterlassen und für eine tiefgreifende Destabilisierung gesorgt. Um unwiederbringliche Verluste zu verhindern und das stille Sterben von Institutionen abzuwenden, braucht es Überbrückungshilfen und Förderungen, damit Wien auch weiterhin Kulturstadt bleibt.

Maßnahmenpakete wie die Aufrechterhaltung der Kultursubventionen, Arbeitsstipendien für Einzelkünstler_innen, erstmals Zuschüsse auch für normalerweise wirtschaftlich stabile Kulturbetriebe oder die Ausrichtung des Wiener Kultursommers 2020 haben dafür gesorgt, dass die Szenen weiterhin bestehen. Je nach Erfordernissen werden diese Maßnahmen in Ergänzung zu denen des Bundes fortgeführt, insbesondere die Beibehaltung einer kontinuierlichen Förderpraxis.

FOLGENDE MASSNAHMEN SIND DAHER GEPLANT:

Soziale Absicherung und Resilienz in der Kunst erhöhen

Wien ist eine Stadt der Kunstschaffenden. Deshalb ist sicher zu stellen, dass künstlerische Arbeit nicht ins Prekariat führt. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unsichere Arbeitsverhältnisse schnell zu existenziellen Notlagen führen können. Es geht nun vor allen Dingen darum, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und resilienter gegen Krisen zu machen durch eine bessere Entlohnung, durch angemessene Förderungen und durch Unterstützung von Infrastruktur.

- **Fair-Pay:** Der Kulturbereich ist von prekären Arbeitsbedingungen, niedrigen Honoraren, geringen Löhnen, befristeten (Werk-)Verträgen und massiven Lücken im Versicherungsschutz geprägt. Mit gezielten Fair-Pay-Maßnahmen werden gerechte und angemessene Bezahlung, faire und transparente Strukturen sowie das Zusammenspiel von institutionellem und freiem Arbeiten verbessert. Konkrete Vorhaben sind die weitere Erarbeitung von Richtlinien für Honoraruntergrenzen für unterschiedlichste kulturelle Bereiche in Kooperation mit den Interessenvertretungen. Weiters initiiert die Fortschrittskoalition die Ausdehnung kollektivvertraglicher Vereinbarungen auf stadtnahe Institutionen. Eine sozialwissenschaftliche Evaluierung der gesetzten Maßnahmen wird deren Wirksamkeit und identifiziert weitere Handlungsfelder erheben. Außerdem fordern wir vom Bundesgesetzgeber, das Arbeits-, Steuer und Sozialversicherungsrecht mit modernen, an die Arbeitsrealität der freischaffenden Künstler_innen angepassten Modellen auszurichten. Ziel ist es, vor Altersarmut zu schützen und zeitgemäße Arbeitsformen zu ermöglichen.
- **Strukturreform der Wiener Großbühnen:** Die drei städtischen Theaterhäuser Theater in der Josefstadt, Volkstheater und Theater der Jugend sind ein wichtiges historisches Fundament der darstellenden Kunst in Wien. Um sie resilient, konkurrenzfähig und technisch zeitgemäß in das digitale 21. Jahrhundert zu führen, wird der begonnene Reformprozess weitergeführt. Konkrete Maßnahmen sind u.a. Sanierungen, technische Modernisierungen, Erhöhungen der Basisförderungen und zeitgemäße Kollektivverträge.
- **Förderung von starken, international agierenden freischaffenden Ensembles:** Wien hat eine international erfolgreiche, zeitgenössische und vielfältige Kulturszene. Die Fortschrittskoalition unterstützt die Stadt Wien in der Rolle als europäische Kulturdrehscheibe für exzellentes Kunstschaffen am internationalen Markt. Gemeinsame Ziele sind der Ausbau der Förderung für freischaffende Ensembles, die Erzeugung von mehr Sichtbarkeit und von verbesserten Arbeits- und Präsentationsflächen sowie von innovativen Vernetzungsangeboten.
- **Ausbau von Ankerzentren als Basis für kulturelle Nahversorgung:** Wien als wachsende Metropole bezieht die Faktoren Kunst und Kultur in die starke Dynamik der Veränderungsprozesse im Leben der Stadt mit ein. Die Fortschrittskoalition unterstützt die hervorragende Arbeit der lokalen Vereine, Initiativen und der Freien Szene in allen Bezirken und versucht, sowohl bestehendes Programm, aber auch neue Kooperationen mit Partizipation von Bürger_innen vor Ort, Künstler_innen und Kulturinstitutionen zu fördern. Mit den Mitteln der Kunst entstehen neue soziale Räume, die als „Anker“ in den Bezirken Andockstellen für Neues und für das Weiterdenken von Bestehendem sein sollen.
- **Mehrjährige Förderungen** geben Sicherheit, ermöglichen längerfristige Planungen, erhöhen den Handlungsspielraum von Kulturschaffenden und reduzieren den Verwaltungsaufwand. Zur Verbesserung von Resilienz ist es sinnvoll, längerfristiges Fördern,

wie es der Theaterbereich modellhaft bereits vorführt, auf andere Genres zu übertragen bzw. spartenspezifisch anzupassen, um die Vorteile sinnvoller Planungsphasen zu nutzen. Regelmäßige Valorisationen werden nach Maßgabe des städtischen Budgets angestrebt.

Exzellente Arbeitsbedingungen in der Stadt sichern

Ein bedeutender Anteil von künstlerischer Arbeit sind Organisation, Planung und Vermittlung. Um den Kunstschaaffenden in Wien eine bessere Konzentration auf die inhaltliche Arbeit zu ermöglichen, werden Angebote geschaffen, die die Rahmenbedingungen für künstlerische Arbeitsweisen und -prozesse unterstützen. Exzellenz entsteht durch Fokussierung auf das Wesentliche.

Wien hat ähnlich wie andere europäische Metropolen eine Konzentration von Kunst- und Kulturinstitutionen im Stadtzentrum. In vielen Einzelaktivitäten in den äußeren Bezirken wird jedoch zunehmend sichtbar, dass es eine stadtnahe Schnittstelle mit spezifisch produktionstechnischem Know-how sowie Wissen um treffsichere Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit braucht, die hier prüfend, servicerend, aber auch selbstständig organisierend tätig werden kann.

- Ein „**P.U.K. - Produktionsbüro für urbane Kulturarbeit**“ schafft die Möglichkeit, als Motor urbane Strategien zu steuern und Kunst und Kultur bis an die Grenzen der Stadt zu vermitteln. Das Leistungsspektrum umfasst die Unterstützung junger und innovativer Projekte in der Stadt bei der Umsetzung, die Leitung von spartenübergreifenden Großprojekten und eine bessere Sichtbarmachung dieser Projekte durch Vernetzung mit den Playern vor Ort. Darüber hinaus ist hier eine Expertise für innovative Kunst- und Kulturvermittlung verankert, um mit unterschiedlichsten kulturellen Akteur_innen mit zeitgenössischen Konzepten gezielt Publikum zu involvieren und somit Kunst und Kultur spürbar in den gesamten Stadtraum zu bringen.
- Ein neues Programm an **Stipendien** ermöglicht es, Kunstschaaffenden aller Sparten, Projekte tiefgründig vorzubereiten, zu recherchieren und Ideen auch reifen zu lassen. Stipendien für einen abgesicherten Arbeitsmodus geben jungen wie etablierten Künstler_innen Zeit, abseits des direkten Produktionsdrucks zu arbeiten. Damit wird eine Kulturpolitik fortgesetzt, die um die prozesshafte Entwicklung von künstlerischer Arbeit weiß und diese auch als förderungswürdig begreift.
- Die Schnittstelle zwischen Ausbildung und Berufsleben ist jener Moment, an dem zahlreiche gut ausgebildete Nachwuchskünstler_innen das Feld verlassen. Um dem entgegenzuwirken, legen wir besonderes Augenmerk auf die Phase des Berufseintritts: Kunstschaaffende, die sich am Beginn ihrer Karriere befinden, werden durch spartenspezifische **Mentoringprojekte** in das Berufsfeld begleitet.

Räume

Hervorragende Kunst braucht ebensolche Strukturen. Wien ist stark in seiner aus der Tradition gewachsenen kulturellen Infrastruktur, die sich vor allem im innerstädtischen Raum konzentriert. Um aber den Erfordernissen einer sich dynamisch entwickelnden vielfältigen Kulturlandschaft in einer wachsenden Stadt gerecht zu werden, braucht es zeitgemäße neue Zielsetzungen. Günstige und gut ausgestattete Proberäume, großzügige Ateliers, aber auch Veranstaltungsräume für Aufführungen jenseits des Zentrums werden zunehmend rar und kaum leistbar. Daher muss eine zeitgenössische Kulturpolitik diese Entwicklung im Blick haben und im Dialog mit den kulturellen Akteur_innen Strategien für die Zukunft entwickeln.

Das bedeutet eine fachübergreifende Zusammenarbeit mit allen Ressorts, die mit der Entwicklung der Stadt zu tun haben. Kulturpolitik wird Teil der Stadtentwicklung. Hier reicht der Bogen vom findigen Nutzen von Leerstand für temporäre oder auch längerfristige Verwendung, über den Ausbau von Vorhandenem, die Schaffung von Synergien und neuen Nachbarschaften, bis hin zu neuen architektonischen Setzungen für Kultur. Von besonderem Interesse ist die Entwicklung von gut ausgestatteten hybriden, multifunktionalen Raumkonzepten, die sowohl Kunstschaffenden als auch umliegenden Bewohner_innen und Vereinen zur gemeinschaftlichen Nutzung offen stehen.

Für die Freie Szene ist es besonders schwierig, Räume für Produktionen zu finden. Die zukünftige Ansiedlung des brut in St. Marx hat den Vorteil eines eigenständigen Hauses für die Freie Szene mit Studios und Proberäumen.

In jedem Fall werden wir in den kommenden Jahren ebenfalls daran arbeiten, weitere Proben- bzw. Aufführungsorte für die Freie Szene zu entwickeln. Hier sind Synergien mit Vorhandenem denkbar, ebenso wie eine intensive Kooperation mit den Ankerzentren vorgesehen ist. Damit werden Möglichkeiten eröffnet, die hervorragenden, von der Stadt unterstützten Produktionen in ganz Wien zu zeigen. Die Effizienz der Förderungen wird erhöht, die Kunstschaffenden erhalten zusätzliche Aufführungsmöglichkeiten und dem Publikum wird die zeitgenössische Kunstproduktion vor Ort nahegebracht.

- **Theaterstandorte werden saniert und weiterentwickelt.** Notwendige Instandsetzungen, aber auch technische Erneuerungen und Digitalisierung werden die Bühnenlandschaft in den nächsten Jahren erfassen. Wir sind gefordert, diese Schritte in ein neues Bühnenzeitalter mitzugehen, interdisziplinär und weniger spartenorientiert zu denken und die Digitalisierung auch für alle Kulturbereiche mitzudenken.
- In der Musikmetropole Wien hat sich in den letzten Jahren eine unglaublich aufgefücherte, zeitgenössische **Club- und Musikkultur** entwickelt, die ein hochkomplexes Netz aus unterschiedlichen Musikstilen hervorgebracht hat. Für diese junge, innovative Szene braucht es für ein kommunizierendes, modernes Miteinander sowohl neue Strukturen und Auftrittsmöglichkeiten als auch Synergien mit bestehenden Konzerthäusern und Musikzentren.

- Wer Musik von exzellenter Qualität produziert, braucht auch die nötigen Arbeitsmittel, um dies zu tun. Ein **Infrastrukturtopf** für notwendige Investitionen und Anschaffungen für Musikschafter soll dazu dienen, die Produktionen aus Wien auch weiterhin im internationalen Spitzenfeld positionieren zu können.
- Die Clubkultur ist eine Säule des Musikschafterns dieser Stadt, die weit in den internationalen Raum strahlt und Wien für ein junges Publikum attraktiv macht. Eine unabhängige **Vienna Club Commission** unterstützt die Wiener Clubkultur, indem sie als Vermittlerin zwischen Clubs, Veranstalter_innen, Verwaltung und Anrainer_innen agiert. Als Kompetenzstelle stellt sie ihr Wissen zur Verfügung und trägt zu einer vitalen und vielfältigen Clubkultur bei, die als Teil des Wiener Kulturlebens geschätzt wird. 2019 wurde ein Pilotprojekt zur Evaluierung einer Vienna Club Commission in Wien ins Leben gerufen. Wir werden dieses evaluieren und auf Basis der Erkenntnisse im Jahr 2021 eine Vienna Club Commission neu aufsetzen und ausschreiben.
- Die Fortschrittskoalition respektiert und schätzt das kulturelle Erbe Wiens und entwickelt es gleichzeitig weiter. Durch den Einzug der Central European University auf dem **Otto-Wagner-Areal** eröffnen sich neue spannende Möglichkeiten. Mit der Einrichtung eines **Atelierhauses mit internationalen Residencies** der Stadt Wien für bildende Künstler_innen am selben Standort entsteht ein lebendiges neues Zentrum für die Verknüpfung von Kunst und Wissenschaft. Das Atelierhaus fügt dem Wissenschafts- und Erinnerungsareal am Steinhof eine wesentliche Facette bei – die der künstlerischen Auseinandersetzung vor Ort.

Nachhaltige Entwicklung der Kulturlandschaft für eine sichere Zukunft

Die Stadt entwickelt sich und neue Projekte bieten einen Stimulus für die Weiterentwicklung, damit Wien auch weiterhin seinem Ruf als international strahlender Kulturmetropole gerecht bleibt. Neue Orte schaffen Raum für neue Ideen, Nachhaltigkeit und Klimabewusstsein setzen sich durch, mehrsprachige Angebote sprechen eine diverse Gesellschaft an. Nachhaltigkeit in der Kulturpolitik erfordert das strategische Entwickeln von konkreten Maßnahmen: das Auffinden von Synergien, die Nachnutzung und die Transformation von Gebäuden sowie nachhaltige, klimabewusste Formen der Produktion.

- Klimagerechte Kulturpolitik kann einen wesentlichen Beitrag zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz leisten. Respektvolles Miteinander beinhaltet deshalb auch den respektvollen Umgang mit Umwelt und Natur. Konkrete ökologische Handlungsvorschläge, gezielte Initiativen und Maßnahmen - wie z.B. die klimagerechte Ausgestaltung von kultureller Infrastruktur und ressourcenschonende Veranstaltungen - tragen zu mehr Nachhaltigkeit im Kulturbereich bei.
- Das KunstHausWien, das als erstes Museum Österreichs mit dem Umweltzeichen zertifiziert wurde, dient Museen, aber auch anderen Kulturbetrieben in Wien als Best Practice: sichtbare und unsichtbare Prozesse können nach höchstmöglichen ökologischen Standards durchgeführt werden.

- Auch die Filmproduktion in Wien muss ressourcenschonend und nachhaltig möglich sein. Dafür werden Förderungen an klimarelevante Anforderungen angepasst und damit Rahmenbedingungen wie auch **Richtlinien für green producing** geschaffen.
- Neben der ökologischen Nachhaltigkeit ist es uns ein besonderes Anliegen, auch gesellschaftspolitisch nachhaltig zu arbeiten. Das bedeutet, die Diversität und Vielfalt der in der Stadt lebenden Bevölkerung als Besonderheit und Reichtum einer Metropole und als Herausforderung für kulturelle Arbeit zu begrüßen. Hier spielen neue, **inklusive Konzepte von Kulturvermittlung** eine besondere Rolle. Diversität ist ein Asset: Gender, Herkunft, Alter, berufliche Qualifikation, Bildung, sexuelle Orientierung, Nationalität etc. Die Identitätspolitiken sind vielschichtig. Das, was uns ausmacht, ist von verschiedensten Faktoren geprägt, die auch – je nach Lebenssituation – unterschiedlich dominant sind. Diese diversen Lebensentwürfe sollen in Freiheit gelebt und entfaltet werden können. Wien ist ein Ort der Vielfalt und nicht der Einfalt.
- Kultur spielt eine zentrale Rolle dabei, Städte inklusiv, sicher und widerstandsfähig zu machen. Die Vielfalt der Stadtgesellschaft muss sich dafür auch in allen Kunst- und Kulturbereichen widerspiegeln. Wir wollen einen Ausbau von **mehrsprachigen Angeboten** und Maßnahmen, die Vielfalt im Publikum und auf der Bühne ermöglichen.

Kinder sollen frühzeitig mit Kunst und Kultur in Berührung kommen, damit sie die Erfahrung machen können, wie sehr wir als Menschen Kultur zur Entfaltung der Persönlichkeit, zur Entwicklung von Empathie und für ein soziales Miteinander brauchen. Deswegen unterstützen wir im Besonderen Initiativen aller Institutionen, die mit innovativen und inklusiven Konzepten junge Menschen erreichen.

- Das **ZOOM** Kindermuseum braucht mehr Platz. Die vielfältigen Programmschienen begeistern und finden so großen Anklang, dass es Zeit für einen nächsten Schritt wird. Mit einem **ZOOM mobil** sollen neue Standorte in ganz Wien erprobt und Programme getestet werden. Die Errichtung eines zweiten Standorts **ZOOM II** in einem bevölkerungsstarken Bezirk ist für eine flächendeckende Versorgung der Wiener Kinder mit einem kulturellen Angebot von großer Bedeutung.
- Um das Recht auf Teilhabe am kulturellen und künstlerischen Leben für alle Kinder und Jugendliche sicherzustellen, bedarf es des gezielten Ausbaus von Angeboten auch am Rande der Stadt. Mit einem **zusätzlichen Standort des Kinder- und Jugendtheaters Dschungel** soll nördlich der Donau in einem kinderreichen Bezirk eine weitere Einrichtung diesen Anspruch sicherstellen. Damit sollen komplexe Themen der Gesellschaft sowie zeitgenössischer Kunst altersgerecht aufbereitet und zugänglich vermittelt werden. Wer heute junge Menschen mit den Mitteln der Kunst begeistert, gewinnt das Publikum und neue Künstler_innen von morgen.

- **Neue Nutzungen** bestehender **architektonischer Landmarks** erfüllen diese mit neuem Leben und schaffen neue Zusammenhänge an bekannten Orten. Die neue Stadtregierung nimmt sich des kulturellen Erbes des 20. Jahrhunderts an und führt es behutsam in die Zukunft.

Kunst und Kultur für die Stadt im 21. Jahrhundert

Digitalisierung ist Teil von Kunst und Kultur und spielt besonders in der Vermittlung eine zentrale Rolle. Mit gezielten Projekten wird dieser Aspekt weiter ausgebaut. Gemeinsam mit den Stakeholdern der jeweiligen Bereiche werden Programmstrategien für eine künftige Stadtgesellschaft entwickelt.

- Wir testen Innovation vor Ort. Wer seine Wege umweltschonend zu Fuß, per Rad oder den Öffis zurücklegt, wird mit einem virtuellen **Kultur-Token**, gesammelt in einer App, belohnt. Diese Tokens können gegen Tickets namhafter Kulturinstitutionen eingetauscht werden. Nach Abschluss der Testphase soll dieser als Wien-Token für alle Wienerinnen und Wiener online zur Verfügung stehen.
- Wir stehen zum Umbau des **Wien Museums**, das derzeit zu einem modernen europäischen Stadtmuseum umgebaut wird. Dort wird nicht nur die Sammlung der Stadt, die größte Kunstsammlung Wiens, sondern auch die Stadtgeschichte künftig in einer völlig neuen Art präsentiert.
- Die **Wiener Bezirksmuseen** leisten einen wichtigen Beitrag als identitätsstiftende Institutionen für die Menschen in ihrem Wohnviertel. Sie dienen als Orte der Begegnung und des Dialogs und sind eine wichtige Institution für die Vermittlung der Geschichte der Stadt. In einem Kooperationsprojekt mit dem Wien Museum werden sie sowohl technisch zeitgemäß ausgestattet, als auch gemeinsam von Curatorial fellows und ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen inhaltlich an moderne Museums-Standards angepasst.
- Wir bauen auf eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit **digitaler Kunst**. Das neukonzipierte **Medienkunstfestival** soll unterschiedliche Zugänge und Perspektiven der Medienkunst eröffnen und in den nächsten Jahren auch internationale Strahlkraft für den Standort entwickeln.
- Gemeinsam mit Akteur_innen aus dem kulturellen Feld erarbeiten wir eine Wiener **Kulturstrategie**. Hier soll das zukünftige kulturpolitische Profil der Stadt in gemeinsamen Visionen und Zielsetzungen sichtbar werden und gerade auch die Erfahrungen aus der Corona-Krise in vorausschauende und nachhaltige Politik umgewandelt werden.
- Wir werden den Filmstandort Wien weiterentwickeln. Durch eine gezielte **Filmförderstrategie** beleben wir konsequent die heimische Filmwirtschaft. Die Schaffung und Neuimplementierung von Filmstudios soll Wien für internationale Produktionen attraktiver machen.

- Die analoge und digitale Sammlung unseres Filmkulturerbes und der audiovisuellen Kultur bilden die Grundlage für Filmkultur und Filmvermittlung am Standort Wien.
- **Kulturelle Stadtentwicklung:** Im Austausch mit Stadtentwicklung, Wohnbau und Bildung, aber auch mit anderen Stakeholdern wie der Bauwirtschaft und Kulturschaffenden, werden kulturelle Orte geplant, die ein adäquates Angebot für die Bewohner_innen vor Ort darstellen.

Zeitgenössisches Gedenken und moderne Erinnerungskultur

Wir verstehen Wien als eine weltoffene Stadt, die sich schon bisher und auch weiterhin entschieden gegen aufkeimende rassistische, hetzerische und antisemitische Tendenzen in unserem Land vorgeht. Wir setzen uns daher weiterhin für einen aktiven Umgang mit der eigenen Geschichte ein.

- Im nationalen und internationalen Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft wird einerseits eine **Strategie für den Umgang mit historisch belasteten Erinnerungsorten und Denkmälern im öffentlichen Raum** erarbeitet, und andererseits das Projekt zur kritischen Auseinandersetzung mit der Namensgebung Wiener Straßen weitergeführt. Ziel ist es, vermittelnde Zugänge für eine aktive, zeitgemäße Erinnerungskultur zu erarbeiten.
- Während sich das Mahnmahl im Gedenken an die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus bereits in Umsetzung befindet, wird in dieser Legislaturperiode eine Verortung des **Gedenkens für Roma und Sinti** vorangetrieben.
- Wir positionieren Wien international als **kulturpolitische Innovationstreiberin**. Durch länderübergreifende Kooperationen und Erfahrungsaustausch lernen Städte voneinander und agieren gemeinsam in einem gemeinsamen Europa und darüber hinaus. Wien ist aufgrund der geographischen Lage eine zentrale Schnittstelle zwischen Mittel- und Osteuropa, die größte Universitätsstadt in Mitteleuropa und Anziehungspunkt für Künstler_innen aller Sparten und Kontinente. Wir wollen dieses Potenzial nutzen und Wien als wesentliche Vorreiterin einer zukunftsorientierten Kulturpolitik sichtbar machen.

Leistbare Kultur für alle

Kunst und Kultur von höchster Qualität müssen für alle Wienerinnen und Wiener zugänglich und leistbar sein. Denn darin spiegelt sich ein respektvoller Umgang mit der Wohnbevölkerung wider. Gratisveranstaltungen wie Lesungen und Literaturfestivals (Alte Schmiede, Literatur im März, Rund um die Burg, o-töne etc.), das Popfest, die Freiluftvorstellungen des Volkxinos, Kunst im öffentlichen Raum, zahlreiche Veranstaltungen in den Ankerzentren, das „Wir sind Wien-Festival“, die Gratisbuchaktion „Eine Stadt – Ein Buch“ und andere Angebote sorgen für eine kulturelle Versorgung das ganze Jahr über. Vermittlungsinitiativen wie die Kulturlots_innen richten sich mit maßgeschneiderten Angeboten an spezifische Zielgruppen. Der Kulturpass ermöglicht ökonomisch schwachen Gruppen vielfältigen Kulturgenuss.

- Kunst und Kultur in einer modernen Stadt müssen für alle zugänglich sein und darf nicht von Alter, Einkommen oder Herkunft abhängen. Wir wollen Gratis-Angebote und **Kulturvermittlung** in der Stadt ausbauen, um besonders Kinder und Jugendliche anzusprechen.
- Der **freie Eintritt in die neue Dauerausstellung** des Wien Museums nach Beendigung der Umbauarbeiten macht die Stadtgeschichte für alle erlebbar.
- **Kultursommer:** Die Fortschrittskoalition arbeitet an neuen Formaten und Angeboten, die gerade in den Sommer-Ferienzeiten ein leistbares und kostenloses Programm für alle bietet. Somit soll der Urlaub zu Hause auch als Chance verstanden werden, das vielfältige Kulturangebot am eigenen Wohnort zu erkunden und Lust auf mehr Kultur auch während des Jahres machen. Mit einem breiten Angebot an Veranstaltungen sowie einem zentralen mehrtägigen Klangevent bietet die Stadt während der Sommermonate Freiluftveranstaltungen für alle Generationen.

4.2 ÖFFENTLICHER RAUM, LEBENDIGE ORTE UND GRÄTZLN, BELEBUNG DER ERDGESCHOSSZONEN, NACHBARSCHAFT UND ZUSAMMENLEBEN

Wien ist eine Stadt der vielen Orte. In Paris heißen sie Quartiers, in Berlin Kiez, in Madrid Zonas. Die Wienerinnen und Wiener sind stolz auf die vielen unterschiedlichen Grätzln. Es sind Orte urbaner Verdichtung, die den öffentlichen und privaten Raum verschmelzen lassen. Jenseits der oft als anonym erfahrenen Stadt vermitteln sie ein Gefühl von unmittelbarer Nachbarschaft. Es sind dies Orte der Entschleunigung, des Flanierens, die hier Räume für Begegnungen und soziale Kontakte schaffen.

Und damit sind sie auch Spielflächen und bieten ein enormes Potential für Kreativität, Nähe, Offenheit und Austausch – ein fruchtbarer Boden für ein gutes Miteinander. Das Grätzl als erweitertes Wohnzimmer in der lebenswertesten Stadt der Welt.

Gerade in der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie sehr die Menschen auf unmittelbare Nachbarschaft angewiesen sind und wie rasch sich die Wienerinnen und Wiener zur gegenseitigen Unterstützung organisieren. Die Zivilgesellschaft hat besonders in der Corona-Krise bewiesen, wie innovativ und schnell sie Unterstützung mobilisieren kann. Die Fortschrittskoalition macht es sich gerade deshalb zur Aufgabe, die Grätzln in ihrer Vielfalt und Entwicklung weiter zu stärken und die Teilhabe der Menschen in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung zu erhöhen.

Grätzl sind Orte der Nahversorgung. Die polyzentrische Stadtstruktur mit ihren vielen Kleinzentren bildet eine Stadt der kurzen Wege, in der wichtige Dinge des täglichen Lebens zu Fuß erreichbar sind. Daher wird in Zukunft das Augenmerk auch vermehrt auf die Erhaltung und Entwicklung der Grätzln in ihrer vielfältigen Funktion gelegt werden. Dazu gehören Initiativen zur Belebung des Leerstandes, Neuansiedlung von Geschäften, künstlerische und kreative Nut-

zungen des vorhandenen Raumes, Impulse, um die regionale Wirtschaft zu stärken und gleichzeitig neue Orte der Begegnung zu schaffen.

Grätzl sind Orte des Miteinanders. Die unmittelbare Nachbarschaft braucht Zonen der Begegnung, um ihrer wichtigen sozialen Funktion gerecht zu werden. Wir wollen als weltoffene Stadt den sozialen Austausch weiter vorantreiben, um mögliche Vorurteile abzubauen und das Miteinander auch weiterhin zu fördern. Dazu werden in Zukunft neue soziale Räume geschaffen, kulturelle Angebote auch in den Kleinzentren angeboten oder neue Erholungsmöglichkeiten errichtet werden.

Grätzl sind aber auch Orte, wo vielfältige kulturelle Angebote vorhanden sind, die verschiedene Zielgruppen von Jung bis Alt ansprechen. In den lokalen Ankerzentren, Bezirksmuseen und anderen offenen Kulturräumen wird zeitgenössische Kunst aller Sparten, die in den etablierten Institutionen der Stadt erarbeitet wurden, präsentiert. Gleichzeitig wird auch niederschwellig und partizipativ in soziokulturellen Projekten gearbeitet.

Grätzl sind Orte der Freizeit. Die Parks, Plätze und Straßen der Stadt stehen allen Wienerinnen und Wiener zur Verfügung. Gerade für jene, die keinen Balkon, keinen Garten oder ähnliches zu Hause haben, ist der öffentliche Raum besonders wichtig. Weil sozialer Ausgleich eine entscheidende Rolle in Wien spielt, muss öffentliche Ausstattung zur Verfügung stehen. Begrünungsinitiativen, Kühlungsmaßnahmen in den heißen Sommern, der Ausbau bzw. die Attraktivierung der Parks sollen die Qualität der Grätzln ebenso erhöhen wie Verkehrsberuhigungen oder mehr Sitz- und Liegegelegenheiten im öffentlichen Raum. Urban Gardening Projekte ermöglichen auch Menschen, die keinen Garten oder Balkon haben, den Anbau von Obst und Gemüse und sind zudem Orte des Zusammentreffens und Austausches.

Grätzl sind Orte der Partizipation. Mitbestimmung und Mitgestaltung wird bei all diesen Fragen großgeschrieben. Die Devise lautet: Information, Befragung, Einbindung und Beteiligung. Alle Wienerinnen und Wiener sollen die Möglichkeit haben, an der künftigen Entwicklung ihrer Grätzl teilhaben zu können.

DAHER VEREINBAREN WIR:

Stadt der kurzen Wege als essentielle Grundlage für lebendige Orte und Grätzl

- Eine wachsende und zukunftsorientierte Stadt braucht funktionierende und prosperierende Zentren. Wir stärken die Stadt der kurzen Wege, um längere Wege bzw. Wege mit motorisierten Fahrzeugen zu vermeiden und Grätzl damit aufzuwerten. Stärkung der Attraktivität der Grätzln durch innovative, soziale und gemeinnützige Angebote (Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, kulturelle, soziale, wirtschaftliche Nutzungen, etc.). Dafür bedarf es abgestimmter, geschäftsgruppenübergreifender Planungs- und Umsetzungskonzepte.

Leistbarer multifunktionaler Raum für lebendige Grätzl

- Die Fortschrittskoalition fördert in Kooperation mit den Bezirken Zwischen- und Mehrfachnutzungsprojekte, die unter der Prämisse einer gemeinwohlorientierten Nutzung für eine identitätsstiftende Nachbarschaftsentwicklung im Bestand beitragen. Dabei kann auch das Instrument der Zwischennutzung eine positive Rolle spielen.
- Wir setzen auf innovative Immobilienkonzepte und qualitätsvolle Erdgeschoss-Zonen im Neubau, die ebenfalls unterschiedliche Funktionen der Nutzung mit flexiblen Mehrzweckgebäuden für nicht-kommerzielle, soziale und gemeinschaftliche Nutzungen ermöglichen.
- Wir ermöglichen daher frühzeitige und bauplatzübergreifende Managementprozesse mit innovativen Nutzungskonzepten für Erdgeschoss-Zonen.

Kooperative Entwicklungsprozesse zur Stärkung von Bestands-Grätzln und zukünftiger Zentren zur Förderung des Zusammenlebens

- Die etablierten Regionalforen werden weiterhin gefördert, gleichzeitig braucht es jedoch auch neue Verfahren und Prozesse, um lokale Umsetzungspartnerschaften zu etablieren. Die stärkere Nutzung von Synergien bereits bestehender Vor-Ort-Organisationen (Stadtteilmanagement, KÖR, Wirtschaftsagentur, LA 21, etc.) spielt dabei eine zentrale Rolle.
- Wir legen Wert auf die verstärkte Einbindung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, Kulturschaffenden und Planenden in der Entwicklung von neuen Prozessen und Ideen. (Ideenwerkstätten)

Starke Zivilgesellschaften zur Stabilisierung von Nachbarschaft und Zusammenleben: Verstärkung der Grätzlarbeit

- Die neue Stadtregierung wird die Synergien bestehender lokaler Angebote verstärken. Ziele sind mehr Übersichtlichkeit, leichte Zugänglichkeit und Bürger_innennähe. Die lokalen Akteur_innen und die öffentliche Hand auf Stadt- und Bezirksebene verstärken den Austausch und stimmen die Angebote ab. (Stadtteilmanagement, LA 21, Nachbarschaftszentren, Pensionist_innenclubs, Jugend- und Parkbetreuung, Fair Play Teams, wohnpartner, Bildungsgrätzl etc.).
- Bewohner_innen sollen sich auch digital über die vielfältigen bestehenden Angebote, Initiativen und Projekte in ihrem Grätzl informieren können.

Die Fortschrittskoalition forciert den verstärkten Einsatz von Beteiligungsformaten und fördert den Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

- Die strategische Neuausrichtung der Lokalen Agenda 21 als Anlaufstelle für nachhaltige Stadtteil- und Grätzentwicklung und zivilgesellschaftliches Engagement sichert die kontinuierliche Weiterentwicklung der Prozesse in den Bezirken.

4.3 WIEN IST DIE STADT DER FRAUEN: STARK, SICHER, SELBSTBEWUSST UND SICHTBAR!

Frauen sollen sich in Wien wohl und sicher fühlen und ein selbstbestimmtes Leben führen können. In den vergangenen Jahren wurden wichtige Schritte in Richtung Gleichstellung von Frauen gesetzt. Aber es gibt noch viel zu tun.

Gewalt gegen Frauen, Sexismus und Ungleichbehandlung von Frauen haben in Wien keinen Platz. Gleichstellung, gleiche Chancen, gleichen Lohn: Das wollen wir für die Wienerinnen.

Während der Corona-Krise hat sich gezeigt: Frauen traf und trifft die Doppelbelastung durch Home-Office und Home-Schooling besonders. Einem konservativen Backlash steuern wir entschieden entgegen und grenzen uns hier ganz klar zur Politik der Bundesregierung ab. Bei Gleichstellung der Geschlechter kann es nur Schritte nach vor, und keine zurück geben. Die Corona-Krise darf nicht zu einer Krise der Frauen werden!

Die Fortschrittskoalition setzt Maßnahmen, um Frauen am Arbeitsmarkt auch in der Krise bestmöglich zu unterstützen – etwa mit zusätzlichen Mitteln für die Frauenförderprogramme des Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds. Gerade in dieser herausfordernden Zeit ist es wichtig, Frauen bei Aus- und Weiterbildung oder beruflicher Veränderung zu unterstützen. Mit dem Gratis-Kindergarten und der Gratis-Ganztagschule ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich.

Wien hat ein dichtes Gewaltschutznetz. Dieses bietet Frauen in einer Notlage schnelle und unbürokratische Hilfe. Dafür sorgen u.a. der 24-Stunden Frauennotruf sowie die Wiener Frauenhäuser, die auch während der Corona-Krise rund um die Uhr erreichbar sind. Das Frauenzentrum der Stadt Wien hat sich als Anlaufstelle mit kostenloser, anonymer und vertraulicher Beratung etabliert. Vielfältige Beratungseinrichtungen für Frauen und Mädchen bieten Unterstützung in allen Lebenslagen.

Städte sind wichtige Akteurinnen in Bezug auf frauen- und gleichstellungspolitische Anliegen. Die neue Stadtregierung ist sich des Einflusses internationaler Frauen- und Gleichstellungsdiskurse auf regionale Entwicklungen und Handlungsspielräume bewusst. Wir handeln daher nicht nur regional, sondern suchen den europäischen und internationalen Austausch. Wiener Best-Practice-Modelle werden von anderen Städten aufgegriffen. Das Ziel ist Gleichstellung.

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist eine Querschnittsmaterie und betrifft alle Lebensbereiche. Die neue Stadtregierung geht dabei den bewährten Weg weiter: explizite Frauenförderung und Berücksichtigung von Gleichstellung in allen Lebensbereichen und Handlungsfeldern, um verkrustete Geschlechterbilder aufzubrechen und allen ein gleichberechtigtes, faires Leben zu ermöglichen.

Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern muss zur Norm werden: Spezielle Maßnahmen zur Stärkung und Förderung junger Frauen und Mädchen stehen dabei im Vordergrund. Gemeinsames Ziel ist es, Mädchen Mut zu machen und zu zeigen, dass sie sich alles zutrauen können.

Bei all diesen Themen soll angesetzt – und ein erfolgreiches neues Kapitel für die Frauenpolitik Wiens geschrieben werden.

DAHER VEREINBAREN WIR:

Frauen: Arbeit

Frauen sollen in Wien unabhängig, selbstbestimmt und sicher leben können. Ein gerechter Lohn zählt zu den wichtigen Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben und für eine faire und gesicherte Pension. In Wien ist die Lohnschere am geringsten. In keinem anderen Bundesland ist die Erwerbsquote von Frauen höher. Damit geben wir uns aber nicht zufrieden. Wir setzen auch in Zukunft auf Maßnahmen, um die Lohnschere weiter zu schließen und Frauen und Männern am Arbeitsmarkt gleiche Chancen zu garantieren.

- **Koppelung von Frauenförderung und Auftragsvergabe:** Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist ein wichtiger Hebel, um Gleichstellungsmaßnahmen in den Wiener Betrieben zu initiieren. Das Wiener Vorzeige-Pilotprojekt zur Koppelung der Frauenförderung in der Vergabe besteht nunmehr seit zehn Jahren erfolgreich. Derzeit sind neun Magistratsabteilungen beteiligt und die Unternehmen haben das Projekt gut angenommen. Nun gehen wir gemeinsam den nächsten Schritt: Frauenförderung in der Vergabe wird vom Pilot zum Standard. Ziel ist die Ausweitung auf den gesamten Magistrat. Dies wird in regelmäßigen Abständen evaluiert.
- **Frauen in Führung:** Die Stadt Wien als Arbeitgeberin ist im Bereich Gleichstellung und Frauenförderung Vorreiterin. Um Frauen bei ihrem Weg in Führungspositionen noch besser zu unterstützen – vor allem in MINT-Bereichen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) – sollen Frauenförderung und Lohntransparenz sowie Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter forciert werden. Ursachen der ungleichen Verteilung von Karenzzeiten, Teilzeit und Telework sollen aufgezeigt und evaluiert werden. Gleichzeitig sollen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgebaut und weiter verbessert werden. Unter anderem ist ein Cross-Mentoring-Programm in der Stadt anzudenken.

- Weiterer Ausbau der frauenspezifischen Beratung und Weiterbildung in Kooperation mit dem waff - Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds - vor allem in Richtung Zukunftsberufe.
- Förderung von mehr Väterbeteiligung in der Kinderbetreuung durch Information und Sensibilisierung.

Frauen: Gesundheit

Bei Gesundheit von Frauen und Mädchen geht es um körperliche und psychische Gesundheit. Es geht aber auch um ein ganzheitliches Verständnis von Gesundheit – um Selbstbewusstsein, um positive Körperbilder, um Verhütung, reproduktive Rechte und um das Thema Gewaltschutz. Das Thema Frauengesundheit ist vielfältig und verdient daher besondere Aufmerksamkeit.

- **Frauengesundheitszentrum:** Eine zentrale Anlaufstelle für Wienerinnen in gesundheitlichen Belangen soll eingerichtet werden. Die beiden Frauengesundheitszentren FEM in der Klinik Floridsdorf und FEM Süd in der Klinik Favoriten sind Kompetenzzentren für Frauengesundheit und bieten ein dringend notwendiges Angebot für Frauen, mit Schwerpunkt psychosoziale Betreuung und Beratung. Die Dienste werden auch mehrsprachig angeboten. Wir bauen den Bereich Frauengesundheit weiter aus und schließen Lücken. So wird ein Frauengesundheitszentrum mit medizinischem Fachpersonal eingerichtet, das mit fachlicher Beratung/Betreuung als Clearingstelle und Drehscheibe zum niedergelassenen Bereich fungiert. Gender-Medizin-Kompetenz aller Mitarbeiter_innen garantiert, dass genderspezifische Unterschiede der Symptomatik von Krankheiten erkannt und entsprechend behandelt werden können.

Frauen: Gewaltschutz

Gewalt gegen Frauen hat in Wien keinen Platz. Die Stadt Wien hat ein dichtes Gewaltschutznetz eingerichtet. Frauen in einer Notlage erhalten in Wien schnell und unbürokratisch Hilfe. Dafür sorgen etwa der 24-Stunden Frauennotruf und die Wiener Frauenhäuser. Der Großteil an Gewalttaten passiert im persönlichen Umfeld der Betroffenen. Das Wiener Gewaltschutznetz wird weiter ausgebaut und engmaschiger, um Mädchen und Frauen den besten Schutz zu bieten.

- **Einrichtung eines auf Mädchen und junge Frauen ausgerichteten Frauenhauses:** Gewaltbetroffene Mädchen und junge Frauen haben besondere Bedürfnisse. Daher unterstützen wir den Verein Wiener Frauenhäuser, ein eigenes Frauenhaus für Mädchen und junge Frauen einzurichten.
- **Opferschutz bei K.O.-Tropfen:** Opfer von K.O.-Mitteln- brauchen die Garantie, dass sie auf Wunsch Proben entsprechend gerichtstauglich sichern lassen können. Es soll daher möglich sein, sich kostenlos auf K.O.-Tropfen testen zu lassen.

- **Opferschutz-Forensik:** Als Ergänzung zu den bestehenden Opferschutzgruppen in den Spitälern braucht es die Einrichtung eines mobilen Forensik-Teams, das zeitnah und unabhängig von einer polizeilichen Anzeige tätig wird. Die Versorgung soll rund um die Uhr garantiert und in den öffentlichen Spitälern verfügbar sein. Die Forensik soll eng mit den Gewaltschutzeinrichtungen wie den Wiener Frauenhäusern und dem 24-Stunden-Frauennotruf zusammenarbeiten und körperliche Untersuchungen durchführen, Verletzungen schriftlich und fotografisch dokumentieren, Beweismittel und Spuren sichern und aufbewahren sowie trauma-therapeutische Angebote integrieren.
- **Bundesländerübergreifende Frauenhausplätze:** Für Frauen, die Hochrisiko-Gewaltopfer sind, braucht es bundesländerübergreifende Kooperation, um sie bestmöglich zu schützen. Kooperationsmöglichkeiten von Frauenhäusern über die Bundesländergrenzen hinweg sind daher notwendig. Die Kosten dafür müssen langfristig vom Bund getragen werden.

Frauen: Themenbereich Mädchen

Es ist wichtig, das Selbstbewusstsein von Mädchen zu stärken und ihnen Mut zu machen. Es ist wesentlich, die Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung von Mädchen und Burschen bereits in Kindergarten und Schule im Blick zu haben. Mädchen sollen Einblick in verschiedene Ausbildungsmöglichkeiten und Berufe bekommen und wissen, welche Chancen ihnen am Arbeitsmarkt offenstehen. Es ist von zentraler Bedeutung, Maßnahmen zu setzen, um überholte Rollenbilder aufzubrechen, Mädchen zu stärken und Vorbilder sichtbar zu machen. Sexismus, Mobbing und Hass im Netz haben in Wien keinen Platz. Mädchen sollen sich in unserer Stadt sicher und wohl fühlen.

- **Ausbau Projekt „Respekt – Gemeinsam stärker“:** Um Mädchen zu stärken, gibt es an Wiener Schulen das Projekt „Respekt – Gemeinsam stärker“. Jeder Wiener Teenager – egal ob Mädchen oder Bursch – soll über Mädchenrechte Bescheid wissen. „Respekt - Gemeinsam stärker“ soll daher fortgeführt werden. Nach der bereits initiierten Evaluierungsphase soll das Programm ein fixer Bestandteil der Jugend- und Mädchenarbeit sowie im Schulalltag werden.

Mädchen im Sport fördern: Gerade auch im Bereich des Sports zementieren sich Klischees von Mädchen und Burschen gesellschaftlich ein und wirken dementsprechend nach. Immer noch bekommen Mädchen und junge Frauen vermittelt, dass manche Sportarten nicht für sie geeignet wären. Dem wollen wir auch in Zukunft entgegenwirken, in dem wir das passende Angebot in den Schulen sowie in den Vereinen schaffen. Zudem sind Mädchen und Frauen in den Entscheidungs- und Führungspositionen der Sportvereine und -verbände noch immer unterrepräsentiert, obgleich sie einen unschätzbaren wichtigen Beitrag für die sportlichen Erfolge von Athlet_innen, aber auch für das breiten- und gesundheitssportliche Gemeinwohl leisten. So werden wir Frauen- und Mädchensport auch weiterhin unsere besondere Aufmerksamkeit schenken und Sportangebote gleichberechtigt anbieten bzw. sichtbar machen.

- **Förderung von Mädchen in MINT-Fächern:** Mädchen sollen darin bestärkt werden, sich bei der Berufswahl nicht von klischeehaften Geschlechtervorstellungen einschränken zu lassen, sondern ihren persönlichen Interessen und Fähigkeiten zu folgen. Besonders in MINT- Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sind Frauen bisher noch unterrepräsentiert. Es braucht daher weibliche Vorbilder, das Stärken von Mädchen bereits im Elementarpädagogik- und Volksschulbereich sowie Informationen zu verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten. Bisher erfolgreiche Initiativen der Stadt Wien wie der Töchterttag oder der Hedy-Lamarr-Preis sollen weitergeführt werden.
- **Raum für Mädchen:** Freizeitangebote für Jugendliche wie Jugendzentren sollen Mädchen und Burschen gleichermaßen ansprechen. Die Wiener Jugendzentren sollen in ihrer Arbeit verstärkt auf Mädchenschwerpunkte und Mädchenarbeit setzen, wie zum Beispiel die Schaffung eines weiteren Mädchencafés.

Frauen: Fokus auf:

- **Alleinerziehende** Die Zahl der Alleinerziehenden in Österreich – und auch in Wien – ist in den letzten Jahren gestiegen. Aktuell gibt es etwa 80.000 Alleinerziehende in Wien, der überwiegende Teil sind Frauen. Sie stehen vor großen Herausforderungen. Neben Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung ist diese Gruppe verstärkt armutsgefährdet. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe, Alleinerziehende dort zu unterstützen, wo es möglich ist. Mit der Einführung des Wohnbedarfsgrunds „Alleinerziehend“ erhalten die Betroffenen in Wien deutlich leichter Zugang zum Gemeindebau und zu geförderten Wohnungen. Darüber hinaus braucht es seitens des Bundes endlich eine Unterhaltsgarantie, die Alleinerziehenden und ihren Kindern ein Leben ohne Angst vor Armut ermöglicht. In den Service-Angeboten der Stadt, etwa im Frauenzentrum, wird ein besonderer Fokus auf die Interessen und Bedürfnisse von Alleinerziehenden gelegt. Auch der Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds bietet umfassende Beratung und Betreuung bei Arbeitssuche, Weiterbildung und Wiedereinstieg nach einer Karenz. Es gibt in Wien ein sehr gutes Angebot an ganztägigen Krippen- und Kinderbetreuungsplätzen sowie die Gratis- Ganztagschule und Ferienbetreuung – all das wird auch in den kommenden Jahren weitergeführt bzw. ausgebaut.

- **Beste Beratung für Wienerinnen:** Seit 2019 besteht ein eigenes Frauenzentrum der Stadt Wien als zentrale Beratungs- und Drehscheibe für Wienerinnen. Juristinnen, Sozialarbeiterinnen und Psychologinnen unterstützen Frauen in allen Fragestellungen, die sie betreffen. Die Angebote des Frauenzentrums sollen weiter ausgebaut werden, um Frauen, vor allem Alleinerziehende, noch besser zu unterstützen.
- **Wien für alle Generationen:** Frauen in verschiedenen Lebensphasen haben verschiedene Bedürfnisse und Themen, die sie bewegen. Die Fortschrittskoalition nimmt sich dieser Themen an und richtet einen besonderen Fokus auf die Bedürfnisse älterer Frauen: dazu gehört der Kampf gegen Altersarmut, die besonders Frauen trifft.

4.4 LESBISCH, SCHWUL, BI, TRANS*, INTER*, QUEER (LGBTIQ): WIEN IST REGENBOGENHAUPTSTADT

Wien hat sich in den vergangenen Jahren als Regenbogenhauptstadt weit über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus einen Namen gemacht – eine Stadt, in der Offenheit, Akzeptanz und Solidarität gelebt und von der Stadtregierung und Verwaltung aktiv forciert werden. Um diesem Anspruch und Selbstverständnis auch weiterhin gerecht zu werden, wollen wir das Recht auf Selbstbestimmung, die Sichtbarkeit der LGBTIQ-Community und den Schutz vor Diskriminierung weiter ausbauen.

Die Corona-Krise und die damit verbundene Isolation und Einsamkeit haben die LGBTIQ-Community stark getroffen. Die Krise hat die Sichtbarkeit und Unterstützungsangebote stark eingeschränkt. Coming-Out-Beratungsstellen, Community-Orte und -Clubs sowie queere Rückzugsorte wurden größtenteils geschlossen und befinden sich in einer finanziell existenzbedrohenden Situation.

Wir nehmen daher unsere Verantwortung wahr und werden Maßnahmen setzen und Projekte unterstützen, die insbesondere auch eine starke Sichtbarkeit der LGBTIQ-Community sicherstellen.

Die Fortschrittskoalition steht Seite an Seite mit der LGBTIQ-Community, wenn es darum geht, für eine Welt zu kämpfen, in der sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität keine Rolle spielen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

Sichtbarkeit erhöhen und die Community stärken

Wien hat eine starke und vielfältige LGBTIQ-Community, die für eine weltoffene Stadt für alle Wienerinnen und Wiener kämpft. Als Wiener Fortschrittskoalition sehen wir es als unsere Aufgabe, die Community zu unterstützen und zu stärken und ihre Sichtbarkeit sowohl in der Stadt

als auch in der Verwaltung zu stärken.

Unterstützung der Regenbogenparade und des Pride Village: Die Wiener Regenbogenparade steht wie keine andere Veranstaltung für die Vielfalt und Offenheit Wiens. Die Unterstützung der Regenbogenparade und des Pride Village als Symbol für Wiens Vielfalt wird daher abgesichert. Um auch ein internationales Zeichen für die LGBTIQ-Community zu setzen und Wien auch weltweit als Regenbogenhauptstadt zu positionieren, werden wir, abhängig von der Entwicklung der Corona-Krise und ihren Auswirkungen, eine Bewerbung für Wien als Austragungsort der World-Pride ab 2027 prüfen.

- **Ausbau der Förderungen im LGBTIQ-Bereich:** Die Stärke der Wiener LGBTIQ-Community beruht insbesondere auch auf der Vielfalt ihrer Institutionen und Vereine. Um diese weiterhin bestmöglich zu unterstützen und die Innovationskraft der Vereine zu stärken, werden die Förderungen im LGBTIQ-Bereich ausgebaut.
- **Aufnahme der Regenbogenfahne in die Beflaggungsrichtlinie der Stadt Wien:** Die Regenbogenfahne wird traditionell im Pride-Monat Juni am Rathaus und an vielen anderen städtischen Gebäuden gehisst. Durch die Aufnahme der Regenbogenfahne in die Beflaggungsrichtlinie der Stadt Wien wird das Hissen der Fahne auf allen Gebäuden der Stadt Wien vereinfacht.
- **Einführung eines LGBTIQ-Checks in der Stadt Wien:** In vielen Bereichen der Stadt Wien wird das Thema LGBTIQ bereits großgeschrieben. Durch die Einführung eines LGBTIQ-Checks werden besonders innovative Dienststellen und Projekte vor den Vorhang geholt. Die Veröffentlichung dieser Best-Practice-Modelle soll als Impulsgeber für die gesamte Stadtverwaltung dienen.
- **Folgestudie „Queer in Wien“:** Die 2015 durchgeführte Studie „Queer in Wien“ hat erstmals einen fundierten Einblick in das queere Leben in Wien ermöglicht. Die Folgestudie „Queer in Wien“ soll den Status quo der Regenbogenhauptstadt Wien erneut erheben und weitere wichtige Ansatzpunkte für die laufende Legislaturperiode skizzieren.
- **Verstärkte internationale Vernetzung:** Die Arbeit mit anderen europäischen Städten im Rahmen des internationalen Rainbow City Netzwerks für die Rechte von LGBTIQ-Personen wird verstärkt und ausgebaut.

Diskriminierung bekämpfen

Der Kampf gegen Diskriminierung von LGBTIQ-Personen in allen Lebensbereichen steht für uns an oberster Stelle. Wir werden uns daher weiterhin mit aller Kraft für ein Leben frei von Diskriminierung in Wien einsetzen. Denn LGBTIQ-Rechte sind Menschenrechte.

Die Stadt Wien war und ist Vorreiterin im Bereich der Antidiskriminierung von LGBTIQ-Personen: 2004 wurde mit dem Wiener Antidiskriminierungsgesetz ein Meilenstein gesetzt. Nach

Jahren des Stillstands muss endlich auch die Bundesebene nachziehen, um der Diskriminierung von LGBTIQ-Personen österreichweit einen Riegel vorzuschieben. Als Regenbogenhauptstadt Österreichs fordern wir daher den Bund auf, endlich zu handeln, um ein diskriminierungsfreies Leben für alle Menschen in Österreich zu ermöglichen. Forderungen an den Bund:

- Erweiterung des Diskriminierungsschutzes aufgrund der sexuellen Orientierung – Levelling-Up.
- Aufhebung des Blutspendeverbots für Männer, die mit Männern Sex haben.
- Flächendeckendes Monitoring im Zusammenhang mit vorurteilsmotivierter Gewalt und Hate Crime und Umsetzung von Sensibilisierungsmaßnahmen zu LGBTIQ-Themen und Hate Crime bei der Polizei.
- Verbot von medizinisch und chirurgisch nicht notwendigen Eingriffen an intergeschlechtlichen Kindern.
- Gut ausgestattete, unabhängige Rechtsberatung des Bundes in Asylverfahren (BBU), insbesondere im Hinblick auf besonders schutzbedürftige Gruppen wie LGBTIQ Geflüchtete.
- Entschuldigung, Entschädigung und Rehabilitierung von Personen, die in Österreich wegen ihrer sexuellen Orientierung strafrechtlich verfolgt und verurteilt wurden, durch die Republik Österreich.
- **Wiener Bündnis gegen Diskriminierung von LGBTIQ-Personen:** In Österreich ist es noch immer erlaubt, Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung den Zutritt zu einem Lokal zu verweigern oder ihnen andere Dienstleistungen zu verwehren. Wir werden daher an einem Bündnis gegen Diskriminierung von LGBTIQ-Personen arbeiten, das für das „Levelling-up“ eintritt und den Druck auf den Bund weiter erhöht.
- **Maßnahmenpaket im Kampf gegen Diskriminierung und Hate Crime:** Die Fortschrittskoalition bekennt sich dazu, jeder Form von vorurteilsmotivierter Gewalt entschieden entgegenzutreten. Wir werden uns in Kooperation mit LGBTIQ-Vereinen, der Zivilgesellschaft und der Polizei verstärkt im Kampf gegen Hate Crime einsetzen und die Zusammenarbeit intensivieren. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, Sensibilisierungsmaßnahmen innerhalb der Polizei umzusetzen, und ein flächendeckendes Monitoring im Zusammenhang mit vorurteilsmotivierter Gewalt einfordern. Zusätzlich soll insbesondere auch die Zusammenarbeit mit Sportvereinen intensiviert werden: Wir machen unmissverständlich klar, dass Homo-, Trans- und Interphobie auch im Sport keinen Platz haben.
- **LGBTIQ-Geflüchtete:** Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten, weil sie wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verfolgt werden, sind besonders

schutzbedürftig. Für die besonderen Bedürfnisse von LGBTIQ-Geflüchteten setzen wir folgende Maßnahmen:

- Verbesserter Zugang zur traumatherapeutischen Versorgung und Therapieplätzen.
- Weiterentwicklung von Grundversorgungseinrichtungen speziell für die Zielgruppe der LGBTIQ-Geflüchteten mit erhöhtem Betreuungsbedarf.

Queere Stadtgeschichte verankern

Queere Geschichte und queere Kunst ist ein wichtiger Teil unserer Stadt, der zurzeit noch unterrepräsentiert ist. Als Fortschrittskoalition werden wir dafür sorgen, dass queere Geschichte und Kunst in Wien verankert und zu einem selbstverständlichen Teil der Wiener Stadtgeschichte werden.

- **Errichtung des Denkmals für homosexuelle Opfer des NS-Regimes:** Der Siegerentwurf wurde im Sommer 2020 gekürt, die Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung sind bereits angelaufen. 2021 wird das Denkmal für homosexuelle Opfer des NS-Regimes im Resselpark errichtet.
- **Verankerung queerer Geschichte in Wien und verstärkte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit :** Gemeinsam mit bereits bestehenden Initiativen und im Dialog mit der LGBTIQ-Community soll queere Geschichte und Kunst in Wien einen Raum finden. Ein Forschungs- und Communityzentrum soll die LGBTIQ-Geschichte der Stadt dokumentieren, archivieren und vermitteln. Damit wird aufbauend auf bereits existierende Strukturen eine multifunktionale und agile Schnittstelle zwischen den Communities, der Wissenschaft und Kultur geschaffen. Darüber hinaus werden wir die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien und ihrer Institutionen verstärken und zusätzliche Angebote zur Vermittlung queerer Geschichte in Wien ausbauen.

Unterstützungspaket für queere Kinder und Jugendliche

Wiens Kinder und Jugendliche sind so vielfältig wie die gesamte Stadt und somit ein wichtiger Teil der LGBTIQ-Community. Sie haben ein besonders Recht auf Schutz, Stärkung und Unterstützung. Denn gerade queere Kinder und Jugendliche haben mit vielen Herausforderungen zu kämpfen. Als neue Stadtregierung stellen wir sie und ihre Interessen in den Mittelpunkt und bauen die Unterstützungsmaßnahmen für queere Kinder und Jugendliche aus.

Bündnis für Vielfalt und Regenbogenschwerpunkt im Bildungsbereich: Im Bildungsbereich – vom Kindergarten bis hin zum außerschulischen Bereich – wird ein Regenbogenschwerpunkt mit unterstützenden Materialien und Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiter_innen eingeführt. Zusätzlich soll ein Bündnis für Vielfalt im Bildungsbereich die gemeinsame Arbeit stärken und die Bildungspartner_innen untereinander vernetzen.

- **Queeres Jugendzentrum in Wien – Mehr Raum für queere Jugendliche:** Für queere Jugendliche braucht es in der außerschulischen Jugendarbeit mehr Räume, in denen sich jede und jeder sicher und respektiert fühlt. Das Konzept des queeren Jugendzentrums soll genau auf die Bedürfnisse und Wünsche der Wiener Jugendlichen zugeschnitten werden und im Dialog mit den relevanten Partner_innen der Wiener LGBTIQ-Community und der außerschulischen Jugendarbeit zu Beginn der Legislaturperiode entwickelt, diskutiert und reflektiert werden. Auf Grundlage dieses rund einjährigen Prozesses wird das Konzept des queeren Jugendzentrums ehestmöglich umgesetzt.

Vielfalt in Pflege und Alter

Auch im Alter sollen Wienerinnen und Wiener keine negativen Erfahrungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität befürchten müssen. Ziel ist es, dass die Pflege unter dem Regenbogen in allen Bereichen mitbedacht und mit Leben erfüllt wird. Darüber hinaus sollen Senior_innen bestmöglich unterstützt werden. Sehr positiv sehen wir daher auch die Schaffung von Wohn- und Lebensräumen für ältere Angehörige der LGBTIQ-Community in Wien.

- **LGBTIQ-Themen in der Pflegeausbildung:** Damit Pflege unter dem Regenbogen in Wien gelebt werden kann, werden LGBTIQ-Themen in der Pflegeausbildung verankert.
- **Schulungen für Altenbetreuer_innen und Sensibilisierungsarbeit:** Analog zu Schulungen für Pädagog_innen sollen Fort- und Weiterbildungen für Altenbetreuer_innen geschaffen und die Sensibilisierungsarbeit verstärkt werden. Zusätzlich werden erfolgreiche Projekte wie der Regenbogentreff ausgebaut.

Intergeschlechtliche Menschen

Im Jahr 2018 hat der Verfassungsgerichtshof das Recht auf Eintragung jenes Geschlechts, das der persönlichen Identität entspricht, anerkannt und damit eine richtungsweisende Entscheidung für intergeschlechtliche Personen in ganz Österreich getroffen.

Die Fortschrittskoalition setzt sich dafür ein, dass nicht notwendige medizinische oder chirurgische Eingriffe an intergeschlechtlichen Kindern sobald wie möglich der Vergangenheit angehören. Und darüber hinaus werden wir alle notwendigen Schritte einleiten, um die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs in der Wiener Verwaltung umzusetzen.

- **Wiener Paket zur Förderung der Gleichbehandlung intergeschlechtlicher Menschen:** Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs soll in Wien auf allen Ebenen umgesetzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wird ein Wiener Paket zur Förderung der Gleichbehandlung intergeschlechtlicher Menschen geschnürt, welches das Thema Intergeschlechtlichkeit in der gesamten Wiener Verwaltung verankert. Dieses Paket soll jedenfalls die Bereiche Sprache, Formulare und Statistik und die bedarfsgerechte Unterstützung und Beratung von intergeschlechtlichen Menschen umfassen.

Gesundheitsversorgung von Transgender-Personen

Die medizinische Versorgung von Transgender-Personen werden wir in den kommenden Jahren verbessern, um eine gute Gesundheit aller Personen in Wien zu garantieren. Dies soll unter Einbindung und in Abstimmung mit den relevanten Bundesstellen geschehen, da nicht nur Wien, sondern ganz Österreich ein Interesse an der Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Transgender-Personen hat.

- **Ausbau der Gesundheitsversorgung für Transgender-Personen:** Der Ausbau der Gesundheitsversorgung für Transgender-Personen wird von uns vorangetrieben. Insbesondere die Wartezeiten beim Zugang zur Hormontherapie sollen verkürzt und sowohl die klinisch-psychologische Versorgung, als auch die chirurgische Expertise im Zusammenhang mit Geschlechtsangleichungen, langfristig verbessert werden.

4.5 DEMOKRATIEKULTUR, MENSCHENRECHTE UND MITGESTALTUNG IM GRÄTZL

Wien soll auch in Zukunft eine Stadt des Miteinanders, des Zusammenhalts und des respektvollen Umgangs sein. Denn eine Gesellschaft, die Seite an Seite für die gleichen Rechte für alle eintritt, ist ein Garant für sozialen Frieden und das ist die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.

In Wien hat jede Bürgerin und jeder Bürger, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sexueller Orientierung, gleiche Rechte und Pflichten. Wienerinnen und Wiener sind alle, die in der Stadt zuhause sind und sich hier ihre Existenz aufgebaut haben. Damit schaffen wir ein gemeinsames Miteinander, fördern den Respekt untereinander und leben so wesentliche Wiener Merkmale: die Vielfalt und Weltoffenheit.

In Wien zeigt sich, wie in vielen anderen Großstädten auch, dass eine zeitgemäße, nachhaltige und innovative Politik nicht nur von den gewählten politischen Repräsentant_innen und der jeweiligen Stadtregierung gemacht wird. Es braucht auch das Miteinander mit einer ebenso engagierten und gestaltungswilligen Zivilgesellschaft. Während sich viele Menschen ehrenamtlich oder freiwillig in unterschiedlichsten Feldern engagieren, braucht es darüber hinaus verstärkt Strategien und Methoden für mehr Beteiligung an stadtpolitischen Prozessen. Inklusion der Zivilgesellschaft in Politik bringt Identifikation und macht so die Verbesserung der konkreten Lebensbedingungen zu einer Angelegenheit für viele Menschen.

Gerade lokale Themen wie die Neugestaltung von Grätzln oder partizipative Budgets betreffen die Bewohner_innen direkt. Hier ist es wesentlich, aus den vielfältigen und erprobten Formaten von Beteiligung, den richtigen Methodenmix aus dem Werkzeugkoffer auszuwählen, um im Prozess der Beteiligungen ein breites Spektrum der Gesellschaft abzubilden und zu inkludieren, unabhängig von Herkunft, sozialer Lage oder Grad der Ausbildung.

Als Best Practice für Wien stehen der Prozess zur Smart City Rahmenstrategie und die Kinder- und Jugendstrategie, die beide auf einem neuen Verständnis von Beteiligung aufbauen und im Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürger_innen erarbeitet wurden. Die Partizipationskultur - als Zeichen einer aktiven Demokratie in Wien - soll gestärkt und weiterentwickelt werden.

DAHER VEREINBAREN WIR:

Beteiligung wird von der Fortschrittskoalition aktiv gefördert und partizipative Beteiligungsmöglichkeiten werden ausgebaut

- Wir leisten mit dem Ausbau und der aktiven Förderung von partizipativen Beteiligungsmöglichkeiten einen Beitrag zum Abbau von Macht- und Ungleichheitsverhältnissen und wir haben die Interessen aller Wienerinnen und Wiener im Auge. Dazu schaffen wir zahlreiche unterschiedliche Angebote zur Partizipation und Raum für Diskussion unterschiedlicher Vorstellungen und Meinungen, für Ko-Kreation und Mitentscheidung.
- Wir bauen entlang des Masterplans Partizipation die Online-Umgebung für partizipative Instrumente weiter aus. Ein Ziel ist, auch dadurch mehr Bürger_innen zu erreichen, die von Mitbestimmungsprozessen ausgeschlossen sind oder sich aus sozioökonomischen Gründen nicht an partizipativen Prozessen beteiligen können. Die Qualität der Partizipationsprozesse steht im Fokus (Transparenz, Informationsgehalt, Nachvollziehbarkeit)
- Kultur im Grätzl soll verstärkt Elemente für Beteiligung beinhalten, um nonverbale, gestalterische und ausdrucksstarke Instrumente für die Mitgestaltung im Bezirk zu fördern. Diese versteht sich als niederschwelliges und partizipatives kulturelles Angebot für alle.

Inklusive Teilhabe- und Mitsprachemöglichkeiten werden entwickelt

- Wir setzen uns dafür ein, inklusive Teilhabe- und Mitsprachemöglichkeiten für alle Wienerinnen und Wiener zu entwickeln. Das übergeordnete Ziel ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch die Mitbestimmung möglichst vieler Menschen. Es gibt eine Vielzahl an Modellen für Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten. Dem jeweiligen Vorhaben entsprechende Best Practice Modelle sollen zur Anwendung kommen. Diese innovativen Beteiligungsmöglichkeiten sind u.a. die Umsetzung der beschlossenen Kinder- und Jugendstrategie, eine Million Euro für ein partizipatives Kinder- und Jugendbudget, partizipativ gestaltete Budgets für Bildungsgrätzl sowie verstärkter Einsatz von Bürger_innenräten.
- Beteiligungsformen, die direkt an der unmittelbaren Lebensrealität der Wienerinnen und Wiener ansetzen, sollen gezielt in Kooperation mit den Institutionen und Initiativen vor Ort (Nachbarschaftszentren, Wohnpartner, Jugend- und Kindereinrichtungen, Pensionist_innentreffs, etc.) gefördert werden.

Bezirke werden gestärkt: Mehr Möglichkeiten und Unterstützung für Gestaltung

- Die Bezirke sollen mehr Möglichkeiten und Unterstützung erhalten, um Projekte für das respektvolle Miteinander im Bezirk gestalten zu können. Nur im Zusammenspiel von gesamtstädtischen und lokalen Bedürfnissen im Grätzl können die Interessen möglichst aller angemessen gewahrt werden.
- Die Wohnbevölkerung ist politisch repräsentiert, die Arbeitsbevölkerung nicht: Es braucht Mechanismen und Formate, um auch die Interessen der Beschäftigten und deren Vertreter_innen im Bezirk wahrzunehmen.

Klare Strukturen für das Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Bürger_innen

- Die Stadt unterstützt durch die Begleitung von Beteiligungs-Prozessen die Bezirke mit klar vereinbarten Qualitätsstandards und Zielen. Eine Beteiligungsstrategie schafft Klarheit über Herangehensweisen, zukünftige Prozesse und Projekte; ein gutes Beispiel sind die bisherigen Prozesse der „Lokalen Agenda 21“ Strategie. Wien als Best Practice der Demokratie in Europa

Die Stärkung der Demokratie in Europa wird in naher Zukunft eine noch zentralere Rolle spielen als heute. Damit werden wir verstärkt in die Vernetzung mit anderen Städten gehen, damit Wien eine Vorreiterinnenrolle für die Umsetzung demokratischer Werte in Europa einnimmt. Wien soll verstärkt ein Best Practice für gelebte Demokratie in Europa sein.

- Ein Demokratiepreis soll in mehreren Kategorien ausgelobt werden. Im Sinne des Diktums des 2018 verstorbenen Antifaschisten und Holocaust-Überlebenden Rudi Gelbard „Information ist Abwehr“ wird ein Preis für Zivilcourage und Antifaschismus in mehreren Kategorien geschaffen.

Menschenrechtsbüro Wien

- Nach fünf Jahren Koordinationsstelle Wiener Menschenrechtsbüro wird eine Standortbestimmung vorgenommen, wo die organisatorische Verankerung und inhaltliche Arbeit evaluiert werden soll. Diese Evaluierung soll Orientierung geben, in welchen Themenbereichen das Menschenrechtsbüro zukünftig Schwerpunkte setzen wird.
- Das Wiener Menschenrechtsbüro kann zu Begutachtungen bei Gemeinderatsbeschlüssen mit menschenrechtlichem Kontext beigezogen werden.

- Wir setzen geeignete Monitoring-Mechanismen über die Wirksamkeit der erarbeiteten Maßnahmenvorschläge des Wiener Menschenrechtsbüros um.
- Um seine Aufgaben entsprechend den Zielsetzungen durchführen zu können, bedarf das Menschenrechtsbüro adäquater Ressourcen. Mit einer objektiven Personalbedarfsanalyse werden zusätzliche Mittel geprüft.
- Das Wiener Menschenrechtsbüro soll auch weiterhin für die Stadt Wien aktuelle gesellschaftliche Themen wie Menschenhandel, Situation von Sexarbeiter_innen, Bitten um Hilfe (Betteln) im öffentlichen Raum etc. mit ihrer Expertise begleiten.

Wertschätzung des Ehrenamtes und freiwilligen Engagements in der Bevölkerung

- In allen Bereichen Wiens arbeiten tagtäglich tausende Freiwillige und Ehrenamtliche und leisten einen großen Beitrag für den Wohlstand, die soziale Sicherheit der gesamten Gesellschaft und den Zusammenhalt in Wien. Diese Arbeit soll speziell gefördert und durch die Stadt gewürdigt und verstärkt werden.
- Infostände für Spenden- und Mitgliederwerbung sollen deshalb möglichst unbürokratisch genehmigt werden. Für Spendensammlungen von Organisationen (durch Spendenabsetzbarkeit und Spendengütesiegel gekennzeichnet) werden unter Berücksichtigung des Konsument_innenschutzes weitere Vereinfachungen im Anzeigen- und Bewilligungsverfahren geprüft und umgesetzt.

4.6 ZUSAMMENLEBEN: WIEN IST EINE STADT FÜR ALLE!

In Wien haben alle Menschen die hier wohnen und leben, Rechte und Pflichten – unabhängig von Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, Geschlecht und Alter. Wien ist von Zuwanderung und Vielfalt geprägt und hat davon über die Jahrhunderte kulturell und wirtschaftlich profitiert. Wien ist eine Stadt der Vielfalt, der Weltoffenheit des Respekts, des Miteinanders und des Zusammenhalts und setzt mit einer aktiv gestaltenden Integrations- und Diversitätspolitik auf Teilhabe und Einbindung der Wienerinnen und Wiener. Unser Credo ist: Integration ab Tag 1.

Uns ist bewusst, dass eine gute Integrationspolitik intensive Arbeit ist und einen klaren Zugang mit konkretem Blick auf die Herausforderungen und Bedürfnisse braucht. Wir bekennen uns daher zu einem lösungsorientierten Weg und einer vernünftigen Integrationspolitik, die weder die Augen vor den Problemen verschließt, noch hoch emotionalisierte Debatten befeuert. Im Mittelpunkt muss die konkrete Arbeit im Integrationsbereich für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Wien stehen.

Maßgeschneiderte Integrationsmaßnahmen werden in diesem Sinn allen Menschen zur Verfügung gestellt, die Unterstützung brauchen. Unser Ziel ist, dass jede und jeder, der oder die neu

in Wien ist, rasch auf eigenen Beinen stehen kann und die Möglichkeit erhält, einen Beitrag zur positiven Entwicklung der Stadt und unserer Gesellschaft zu leisten.

DAHER VEREINBAREN WIR:

Diversitätsorientierte Stadt – Integration als Querschnittsmaterie

Wir Wienerinnen und Wiener haben zwar viele Herkünfte und Geburtsorte, aber nur eine gemeinsame Zukunft. Wir stellen die Zukunft vor die Herkunft. Denn die Zukunft verbindet uns: der Wunsch nach der besten Bildung für Kinder oder der Wunsch nach einem sicheren Arbeitsplatz und nach sozialem Aufstieg. Als Fortschrittskoalition arbeiten wir gemeinsam an dieser Zukunft und setzen Diversitäts- und Integrationspolitik in allen Bereichen der Wiener Stadtverwaltung um.

Errichtung einer Integrationskoordination

Als neue Stadtregierung ist es uns ein großes Anliegen, das Miteinander auf allen Ebenen zu fördern. Durch die Errichtung einer Integrationskoordination wird die Arbeit der Wiener Stadtverwaltung an der gemeinsamen Zukunft in einer Stelle gebündelt und koordiniert.

- **Integrations- und Diversitätsmonitor 2.0:** Mit dem international renommierten Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor hat Wien eine gute Grundlage für eine faktenbasierte Integrations- und Diversitätspolitik geschaffen. Das Monitoring und die Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit werden weiterentwickelt, um insbesondere im digitalen Zeitalter gegen Hass und Hetze vorzugehen.
- **Verstärkte Schwerpunktarbeit – Anti-Rassismus und Elternbildung:** Neben den bereits bestehenden Schwerpunkt-Zielgruppen Frauen und Jugendliche wird in der Wiener Integrationsarbeit eine verstärkte Schwerpunktsetzung im Bereich Anti-Rassismus und Elternbildung gesetzt - insbesondere an der Schnittstelle Schule, Schüler_innen und Elternarbeit. Dadurch soll das Ziel eines diskriminierungsfreien Lebens und der besten Bildung für alle Wienerinnen und Wiener erreicht werden.

Start in Wien

Wien heißt alle neuen Bürger_innen willkommen und unterstützt sie dabei, rasch Fuß zu fassen. Um zu garantieren, dass alle Neuzugewanderten in Wien schnell selbstbestimmt leben können, baut die neue Stadtregierung die Unterstützung für neue Wienerinnen und Wiener stark aus.

- **Integration ab Tag 1 in allen Bereichen:** In Wien soll jede und jeder die Möglichkeit haben, im selben Ausmaß an der Gesellschaft teilzuhaben. Das Leitmotiv „Integration ab Tag 1“ wird in allen relevanten Bereichen umgesetzt. Dies betrifft vor allem die Weiterführung von Deutschkursen, die Begleitung und Beratung von Asylwerbenden, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Möglichkeit einer gemeinnützigen Beschäftigung.

- **Ausbau des Wiener Integrationsprogramms „StartWien“:** Wien verfügt mit „StartWien“ über ein international anerkanntes Programm für Neuzugewanderte. Das Integrationsprogramm wird stark ausgebaut: Sowohl digital als auch vor Ort in einem StartWien-Zentrum sollen alle neuen Wienerinnen und Wiener ab ihrem ersten Tag in Wien unterstützt und bei ihrer Integration in Wien begleitet werden. Auch sollen die Info-Module, die im Rahmen von „StartWien“ zur Erstorientierung besucht werden, thematisch um neue Schwerpunktsetzungen wie z.B. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gemeinsame europäische Werte, Selbstbestimmung von Mann und Frau, Rechte von LGBTIQ-Personen, Gewaltprävention oder den Umgang mit Behörden und der Polizei erweitert werden. Die Zielgruppe stellen alle Neuzugewanderten dar, wobei insbesondere Frauen durch gezielte Informationskampagnen erreicht und angesprochen werden sollen.
- **Weiterentwicklung der Startbegleitung für anerkannte Flüchtlinge:** Wien verfügt mit der Startbegleitung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte bereits über eine zentrale Anlaufstelle für anerkannte Flüchtlinge. Diese Anlaufstelle soll weiterentwickelt und ausgebaut werden, um anerkannte Flüchtlinge bei ihrer Integration bestmöglich zu unterstützen. Als zentrales Element wird mit Beginn der Legislaturperiode ein Integrationsplan entwickelt, in dem gemeinsame Integrationsziele definiert und die notwendigen Schritte zur Zielerreichung festgehalten werden.
- **Errichtung eines Business Immigration Office:** Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wien wird ein Business Immigration Office eingerichtet, in dem behördliche Verfahren und zielgruppenadäquate Beratung für Unternehmen und Antragssteller_innen im Zusammenhang mit qualifizierter Zuwanderung gebündelt werden.
- **Weiterentwicklung des EWR-Zentrums:** EWR-Bürger_innen stellen die größte Zuwander_innengruppe Wiens dar. Deshalb sind sie für die Stadt Wien von großer Bedeutung. Als europäische Metropole ist es uns ein Anliegen, diese Gruppe stärker in den Fokus zu rücken und das EWR-Zentrum als erste Anlaufstelle für EWR-Bürger_innen in Wien weiterzuentwickeln und auszubauen.

Deutsch lernen und den Wiener Sprachenschatz heben

In Wien ist Deutsch unsere gemeinsame Sprache. Als Stadtregierung setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in Wien eine wirksame Sprachförderung in Anspruch nehmen können. Zusätzlich gilt es, den Wiener Sprachenschatz zu heben und die Erstsprachen der Wiener_innen zu fördern. Denn für uns stellt jede Sprache einen besonderen Schatz dar.

- **Ausbau der Deutsch- und Basisbildungsmaßnahmen:** Wien investiert seit vielen Jahren mehr als jedes andere Bundesland in Deutsch- und Integrationsmaßnahmen. Diese Investitionen werden ausgebaut. Einen Schwerpunkt bildet der Ausbau von zielgruppengerechten Deutsch- und Basisbildungsmaßnahmen, insbesondere auch im Kontext der Arbeitsmarktintegration.

Zusätzlich ist auch die Bundesregierung gefordert, zielgruppenspezifische Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration (Kompetenzchecks, Fachsprachenkurse etc.) über das Arbeitsmarktservice und den Österreichischen Integrationsfonds zu entwickeln und anzubieten. Wir fordern die Bundesregierung auf, die notwendigen Ressourcen für eine gelungene Arbeitsmarktintegration zur Verfügung zu stellen.

- **Ausbau und Weiterentwicklung des Wiener Jugendcolleges:** Das Jugendcollege der Stadt Wien ist die erste Anlaufstelle für neu zugewanderte Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind. Das Jugendcollege wird ausgebaut und weiterentwickelt, um allen Jugendlichen eine Chance auf eine weiterführende (Aus-)Bildung zu ermöglichen.
- **Erstsprachen-Offensive:** Wien hat einen unglaublichen Schatz an Sprachenvielfalt. Durch eine Erstsprachen-Offensive sollen Wienerinnen und Wiener die Möglichkeit bekommen, ihre Erstsprache zu festigen. Dadurch entsteht eine Win-Win-Situation: Das Erlernen der Erstsprache hilft beim Deutsch-Erwerb und die erworbene Mehrsprachigkeit ist ein großer Vorteil im beruflichen und internationalen Kontext.

Teilhabe erhöhen

Wien ist eine europäische Zuwanderungsstadt und im Vollzug für viele Verfahren im Bereich der Zuwanderung und Staatsbürgerschaft verantwortlich. Unser Ziel ist es, sowohl im Bereich der Zuwanderung wie auch im Bereich der Staatsbürgerschaft einen effizienten und serviceorientierten Zugang zu gewährleisten.

In Wien leben viele Menschen, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft von demokratischer Teilhabe ausgeschlossen sind. Als Fortschrittskoalition werden wir daran arbeiten, die demokratische Teilhabe in Wien zu stärken.

- **Spürbar verbesserte Abläufe und zusätzliche Ressourcen im Bereich Einwanderung und Staatsbürgerschaft (MA 35):** Die MA 35 als zentrale Anlaufstelle für Einwanderung und Staatsbürgerschaft wird effizienter, transparenter, rascher und serviceorientierter. Unser übergeordnetes Ziel ist die Weiterentwicklung der Behörde und eine verfahrensökonomische und effiziente Abwicklung der Verfahren. Um einen kund_innenorientierten und raschen Verfahrensverlauf für alle Antragssteller_innen zu garantieren, werden die Digitalisierung vorangetrieben und die Ressourcen in der MA 35 – Einwanderung und Staatsbürgerschaft aufgestockt. Zu Beginn der Legislaturperiode wird daher eine Personalbedarfsanalyse durchgeführt. Ein besonderer Fokus liegt des Weiteren auf dem Ausbau der digitalen Vorabinformation, der Einrichtung eines telefonisch erreichbaren First-Level-Kund_innencenters und der Digitalisierung von internen Abläufen.
- **Ein moderner Zugang zur Staatsbürgerschaft:** Wien kann als Bundesland die gesetzlichen Bestimmungen im Staatsbürgerschaftsrecht nicht ändern. Wir setzen uns daher gegenüber dem Bund für ein modernes und integrationsförderndes Staatsbürger-

schaftsrecht ein und fordern den Bundesgesetzgeber auf, die Hürden beim Zugang zur Staatsbürgerschaft abzubauen. Mit einer Wiener Einbürgerungskampagne sollen die Wienerinnen und Wiener zusätzlich auf die Vorteile der österreichischen Staatsbürgerschaft aufmerksam gemacht und ermutigt werden, Staatsbürger_innen zu werden.

- **Senkung der Wiener Landesgebühren:** Parallel zur Einbürgerungskampagne setzt die Fortschrittskoalition einen wichtigen Schritt und senkt die Wiener Landesgebühren im Staatsbürgerschaftsverfahren deutlich. Der Zugang zur Staatsbürgerschaft darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten abhängen.
- **Historische Verantwortung wahrnehmen – Staatsbürger_innenschaft für NS-Opfer und deren Nachkommen:** Seit September 2020 können Nachfahren von NS-Opfern die österreichische Staatsbürger_innenschaft erhalten. Die personelle und budgetäre Ausstattung für die kund_innenorientierte und rasche Durchführung dieser Verfahren in Wien wird daher langfristig abgesichert.

Demokratiekultur, Deradikalisierung und Prävention

Der Terror-Anschlag im Herzen von Wien im Herbst 2020 hat uns alle erschüttert. Doch wir Wienerinnen und Wiener lassen keinen Keil des Hasses zwischen uns treiben und rücken umso enger zusammen. Wien als Stadt des solidarischen Zusammenhalts tritt Extremismus entschieden entgegen und setzt alles daran, jeglichen extremistischen und isolationistischen Tendenzen und Milieus sowie Abwertungsideologien aller Art und der damit verbundenen Gewaltbereitschaft den Nährboden entziehen.

Sowohl in Europa als auch in Österreich gibt es extremistische Strömungen, wie zum Beispiel islamistische Gruppierungen, türkisch-nationalistische Vereine oder Identitäre, die Jugendliche und junge Erwachsene bewusst manipulieren und somit für ihre menschenfeindlichen Ideologien empfänglich machen. All diese Gruppierungen haben ein gemeinsames Ziel: die Spaltung unserer Gesellschaft, das Zerstören des friedlichen Miteinanders und den Start einer Abwärts-spirale befeuert durch Hass und Hetze.

Als Fortschrittskoalition sehen wir daher sehr genau hin, wenn es darum geht, extremistische Tendenzen zu bekämpfen und unsere Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor dem Einfluss solcher Gruppierungen zu schützen.

Es braucht daher eine starke und enge Zusammenarbeit im Bereich der Extremismusprävention und eine massive Verstärkung von Deradikalisierungs- und Präventionsmaßnahmen in allen Bereichen auf Landes- und Bundesebene.

Für uns ist ganz klar: Extremismus, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Abwertung und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität, Religion oder Herkunft haben in unserer Gesellschaft keinen Platz – unabhängig davon, von welcher Seite sie ausgehen.

- **Wiener Netzwerk für Demokratiekultur und Prävention:** Demokratie und Akzeptanz bilden die Basis für eine resiliente Gesellschaft, die weniger anfällig auf extremistische Strömungen und Hetze gegen einzelne Gruppen ist. Mit dem Wiener Netzwerk Demokratiekultur und Prävention verfolgt die Stadt Wien schon seit 2014 eine kommunale Strategie gegen Extremismus und Abwertungsideologien. Das Wiener Netzwerk wird künftig verstärkte Schwerpunktarbeit im Bereich Prävention von Abwertungsideologien und Extremismen sowie Demokratiekulturförderung leisten.
- Insbesondere in der Jugendarbeit sollen Kompetenzen gestärkt und erweitert werden. Schwerpunkte bilden dabei die Etablierung einer Fachstelle im Bereich Demokratieförderung und Extremismus im Jugendbereich, verstärkte Vernetzung mit Expert_innen und Forschung sowie der Ausbau von Fort- und Weiterbildungen in der Präventionsarbeit.
- **Null Toleranz für extremistische Vereine:** Vereine und Institutionen, die die Grundsätze der offenen und liberalen Demokratie unterlaufen, spalten unsere Gesellschaft und wirken dadurch integrationshemmend und demokratiegefährdend. Gegen diese Kräfte braucht es ein stärkeres und entschiedenes Vorgehen aller beteiligten Behörden. Dafür ist insbesondere das Wissen der Nachrichtendienste der Republik essentiell, denn keine Gemeinde und keine Stadt kann ohne die Kooperation der Nachrichtendienste handeln. Deshalb gilt: Keine Toleranz der Intoleranz. Daher ist es für uns selbstverständlich, dass es für Organisationen (Vereine, Unternehmen, Medien, Bildungsinstitutionen etc.), die gegen unsere Demokratie arbeiten, keine Unterstützung seitens der Stadt Wien gibt. Das gilt insbesondere an Bildungseinrichtungen ist der strengste Maßstab anzulegen.
- **Stärkung der Präventionsarbeit an Schulen:** Das Präventionsprogramm „Respekt: Gemeinsam stärker!“ geht gezielt gegen soziale Herausforderungen und Abwertungsideologien im Schulalltag vor und arbeitet mit Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern an einer angstfreien und gewaltfreien Schule. Nach der Evaluierungsphase soll das Präventionsprogramm dauerhaft implementiert werden und zu einem fixen Bestandteil der Wiener Präventionsarbeit werden.
- Einen wichtigen Bereich stellt dabei die Eltern- und Familienarbeit im Kontext der Deradikalisierungs- und Präventionsarbeit dar. Väter und Mütter sollen daher besonders unterstützt werden, um befähigt zu werden, ihre Kinder bestmöglich zu schützen.
- Des Weiteren sollen Kooperation, Coaching und Begleitung von Schulentwicklungsprojekten durch Jugendarbeit strukturell verstärkt werden, um neue pädagogische Schwerpunkte wie z.B. Demokratiebildung, Ethik und Mitbestimmung oder den Umgang mit Diversität gut im Schulkontext umzusetzen.
- Förderung eines friedvollen Dialogs unterschiedlicher Communities: Die Fortschrittskoalition setzt sich für eine langfristige Dialog- und Friedensförderung ein und unterstützt Maßnahmen, in denen Expert_innen und Vertreter_innen der jeweiligen Communities

als Mediator_innen auftreten. Diese erarbeiten gemeinsam einen stufenweisen Prozess, in dem das Zuhören und das Aufzeigen von Gemeinsamkeiten im Zentrum stehen und dadurch zunächst unüberwindlich scheinende Differenzen überbrückt werden. Dies erfolgt auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und an unterschiedlichen Orten, wie z.B. in Moscheen oder im öffentlichen Raum. Dabei sollen unterschiedliche Communities ermutigt werden, verstärkt aufeinander zuzugehen und an einem Miteinander in Wien zu arbeiten.

- **Neue Ansätze im Community Organizing – Peer-to-Peer Arbeit:** Mit Expert_innen sollen neue Ansätze im Community Organizing mit Fokus auf Peer-to-Peer Arbeit entwickelt werden, um das Miteinander in Wien langfristig zu stärken. Dabei werden Menschen in ihren Communities zum Sprachrohr für Grund- und Freiheitsrechte und agieren als positive Vorbilder in den Communities, und darüber hinaus in der ganzen Stadt.
- **Aberkennung von Doppelstaatsbürgerschaften bei Straftaten gegen die Republik:** Die Fortschrittskoalition setzt sich dafür ein, die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu verschärfen, um jenen Menschen, die eine Doppelstaatsbürger_innenschaft haben und Straftaten begehen, die sich gegen die Republik und ihre Grundsätze richten wie auch die Demokratie und Verfassung Österreichs gefährden, die österreichische Staatsbürger_innenschaft zu entziehen.

5. Kapitel: Leistbare Stadt

Wien ist eine der attraktivsten und leistungsfähigsten Millionenstädte der Welt. Eines der zentralen Anliegen der neuen Wiener Fortschrittskoalition ist es, Wiens Spitzenposition weiter auszubauen. Leistbarkeit ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass möglichst alle Wienerinnen und Wiener das breite und vielfältige Angebot in ihrer Stadt nutzen und am öffentlichen Leben teilnehmen können.

Um das zu erreichen, braucht es vor allem ausreichend leistbaren Wohnraum. Denn Wien wird in jeder Hinsicht eine äußerst attraktive und wachsende Stadt bleiben, die viele Menschen anzieht. Leistbarer Wohnraum wird damit in Wien auch in den kommenden Jahren sehr gefragt bleiben. Um dieser Nachfrage gerecht werden zu können, müssen ausreichend neue Wohnungen gebaut werden.

Für die Koalitionsparteien ist es essentiell, das bestehende Fundament an leistbarem Wohnraum zu sanieren sowie zu erweitern, um auch künftig die höchste Wohnqualität in Wien sicherzustellen.

Um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen, denken und handeln wir weiterhin zukunftsweisend. Die Fortschrittskoalition ist sich der Verantwortung bewusst, nachhaltige und zukunftsfitte Angebote zu schaffen, um möglichst vielen Wienerinnen und Wienern den passenden Wohnraum in jeder Lebenssituation zur Verfügung zu stellen.

In den letzten Jahren konnte in Wien mit zahlreichen Innovationen eine rege Bauaktivität erreicht werden, sowohl im geförderten als auch im freifinanzierten Bereich. Hier wollen wir einen weiteren Qualitätsschritt nach vorne machen. Die Schlüssel sind: eine klimafitte Bauordnung am technischen Puls der Zeit und eine Serviceoffensive in der Verwaltung, insbesondere durch stetig fortschreitende Digitalisierung.

Eine Bauordnung ist ein Regelwerk, das stetig weiterentwickelt wird. Damit unsere Bauordnung technisch, gesellschaftlich, sozial, ökologisch und wirtschaftlich immer zeitgemäß ist, werden wir Expert_innen dazu einladen, gemeinsam mit Politik und Verwaltung im Rahmen einer Fachenquete in einen regen Austausch zu treten.

Im Bereich des geförderten Wohnbaus bauen wir in Wien mit Innovation auf einer großen Tradition auf. Mit der Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ gibt es auch in Zukunft genug Grund und Boden für den sozialen Wohnbau. Derzeit sind in Wien rund 24.000 neue Wohnungen in Bau oder Planung, die mit rund 900 Millionen Euro gefördert werden. Mehr als 4.000 neue Gemeindewohnungen sind aktuell in Umsetzung. In der kommenden Legislaturperiode werden zusätzlich 1.500 Gemeindewohnungen NEU auf den Weg gebracht. Den Gemeindebaumieter_innen bieten wir auch in Zukunft kostengünstige Wohnungen auf hohem Niveau und transparente Abrechnungen. Die neue Stadtregierung wird auch weiterhin konsequent die Möglichkeiten des erweiterten SMART-Wohnprogramms nutzen. Damit können noch mehr und besonders leistbare SMART-Wohnungen geschaffen werden.

Weiters hat die Fortschrittskoalition den Anspruch, dass die Vergabe von gefördertem Wohnraum sozial treffsicher bleibt, aber auch mit der Zeit geht, in dem die Möglichkeiten der Digitalisierung ausgeschöpft werden. Die hohe soziale Durchmischung bleibt dabei im Fokus. Um dieser Zielsetzung gerecht zu werden, werden die Vergaberichtlinien laufend evaluiert und erweitert. So wurde erst unlängst ein Wiener Wohn-Ticket für Alleinerziehende ohne eigene Wohnung eingeführt. Gemeinsam werden wir die Wohnungsvergabe umfassend evaluieren und konkret weiterentwickeln.

Während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie sehr die Stadt Wien hohe soziale Verantwortung wahrnimmt. Daher bekennen wir uns zu unserer Verantwortung und stellen beispielsweise gemeinnützigen Vereinen ausreichend Wohnraum zur Verfügung, um Menschen in Not zu helfen. Dieses Netz werden wir dem Bedarf entsprechend weiter ausbauen.

Gleichzeitig werden wir weitere Maßnahmen setzen, die sich gegen den Missbrauch von öffentlich gefördertem Wohnraum - etwa durch Nichtnutzung oder illegale Untervermietung - richten.

Bei jeder Entscheidung im Bereich Wohnen haben wir Maßnahmen gegen den Klimawandel immer im Fokus. Diese Entscheidungen sind die Basis für Lebensqualität unserer Kinder und Enkelkinder in kommenden Jahrzehnten.

Bei Bauträgerwettbewerben wird bereits ein besonderes Augenmerk auf den Klimawandel sowie auf Maßnahmen gegen sommerliche Überhitzung gelegt. Hier müssen wir noch entschlossener handeln, um beispielsweise den CO₂-Ausstoß im Wohnbau drastisch zu reduzieren. Ziel ist es, in den nächsten Jahren vermehrt Schwerpunkte in Bauträgerwettbewerben zu setzen, die das klimagerechte Bauen fördern.

Zentraler Teil aller Bestrebungen für mehr Klimaschutz ist auch die Frage der Energiegewinnung und -versorgung. Der Ausstieg aus festen, flüssigen und gasförmigen fossilen Energieträgern für den täglichen Energiebedarf bis 2040 ist notwendig. Basierend auf der Smart City Rahmenstrategie werden erneuerbare Energiequellen ausgebaut, um dieses wichtige Ziel zu erreichen. So bieten etwa auch die vielen Dachflächen der Gemeindebauten ein großes Potential für neue Photovoltaik-Anlagen in der Stadt. Als Maßnahme für den Klimaschutz wollen

wir den Ausbau forcieren und so möglichst vielen Gemeindebau-Mieter_innen die Möglichkeit geben, Strom vom eigenen Dach zu beziehen und damit CO2 und Kosten zu sparen.

Wir werden darauf achten, dass der Grünraum-Anteil in Wien durch Bautätigkeit nicht weniger wird, sondern dank Bodenentsiegelung zunimmt. Diese Ziele erreichen wir mit modernem Gestaltungswillen, innovativen Ansätzen und in enger Zusammenarbeit mit den Bewohner_innen.

Die Fortschrittsskoalition schenkt mit ihren technologischen Innovationen nicht nur dem Neubau, sondern auch dem Gebäudebestand besonderes Augenmerk, damit Wien seine globale Vorreiterrolle für die nächsten Jahrzehnte sicherstellt und sogar ausbaut. Eine groß angelegte Sanierungsoffensive im Zeichen von Energiespar- und Klimaschutzmaßnahmen bildet deshalb in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt unserer Arbeit. Dazu gehören neue, leicht zugängliche Service-Angebote sowie eine Beratungsoffensive für Fragen zu Sanierung und Neubau. Kreative digitale und technische Lösungen werden ausgearbeitet und Mitbestimmungsmodelle für die Wienerinnen und Wiener eingeführt.

Wir arbeiten in Wien ganz bewusst mit einem Modell, das einen guten Mix aus Mechanismen des freien Marktes und einem fein austarierten Eingreifen der Stadt darstellt. Damit können wir die Wirtschaft unterstützen und den Wienerinnen und Wienern gleichzeitig leistbaren und lebenswerten Wohnraum zur Verfügung stellen. Dabei setzen wir auf die Anwendung innovativster Modelle der Qualitätssicherung in Stadtentwicklungsgebieten und eine verstärkte Vergabe von Baurechten, um öffentliche Mitgestaltungsmöglichkeiten strategisch und langfristig abzusichern.

Mit all diesen neuen, sozialen, innovativen und klimafitten Maßnahmen ist garantiert, dass Wien seine Spitzenposition beim Thema leistbares Wohnen weiter ausbaut.

5.1 LEISTBARES WOHNEN DER ZUKUNFT

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Zusätzliche Gemeindewohnungen NEU:** Wien soll auch zukünftig die Welthauptstadt des leistbaren Wohnens bleiben. Mit der Einführung der Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ hat die Stadt Wien sichergestellt, dass es auch in Zukunft genug Grund und Boden für den geförderten Wohnbau gibt. Neben unzähligen geförderten Neubauprojekten wird die Stadt Wien in den kommenden Jahren auch selbst Wohnungen errichten.
- Zusätzlich zu den bereits angekündigten 4.000 neuen Gemeindewohnungen sollen in der neuen Gesetzgebungsperiode 1.500 weitere Gemeindewohnungen NEU auf den Weg gebracht werden. In der neuen Legislaturperiode soll zudem ein zukunftsweisendes Pilotprojekt gestartet werden, das die innovativen Potentiale von BIM (Building Information Modeling) untersucht und anwendet.

- **Gemeindebau(t) – das nachhaltige Bauprogramm für die Zukunft des Gemeindebaus:** Im Jahr 2019 hat der Wiener Gemeindebau seinen 100. Geburtstag gefeiert. Jährlich kommen Delegationen aus der ganzen Welt, um Wien zu dieser Errungenschaft zu gratulieren. Für die Fortschrittskoalition ein guter Anlass, den Gemeindebau auch für die nächsten 100 Jahre und darüber hinaus zukunftsfit zu machen.

Aus diesem Grund startet „Gemeindebau(t)“ – das nachhaltige Bauprogramm für die Zukunft des Gemeindebaus. In Summe soll bis 2025 ein Investitionsvolumen von fast einer Milliarde Euro ausgelöst werden. Rund 550 Millionen Euro dieser Gemeindebaumilliarde ist für Sanierungsvorhaben vorgesehen, der Rest für Neubaumaßnahmen sowie sanfte Nachverdichtungen.

Mit „Gemeindebau(t)“ zeigt die Fortschrittskoalition soziale, ökonomische und ökologische Verantwortung. Durch die Senkung des Energiebedarfs, den Ausbau erneuerbarer Energien und den Einsatz nachhaltiger Baumaterialien leistet Wiener Wohnen einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Wiener Klimaziele. So konnte etwa durch die Nachrüstung von Fernwärme bei zuletzt rund 930 Mietobjekten pro Jahr jeweils eine Energieeinsparung von ca. 5 Mio. kWh jährlich realisiert werden. Thermische Sanierungen können den Heizwärmebedarf um bis zu 70 % reduzieren. Das entlastet die Umwelt und die Bewohner_innen, deren Energiekosten sinken.'

Im Interesse der Gemeindebau-Mieter_innen setzt Wiener Wohnen zudem verstärkt Maßnahmen, die der sommerlichen Überhitzung von Wohnungen entgegenwirken. Dazu zählt, dass bei allen Gemeindebausaniierungen, deren Planung noch nicht abgeschlossen ist, ein nach Möglichkeit außenliegender Sonnenschutz vorgesehen wird. Und auch im Neubau setzt Wiener Wohnen neue Maßstäbe, wie etwa der geplante Bau in der Pressgasse eindrucksvoll zeigt. Dort sind eine vertikale Fassadenbegrünung mit einem automatisierten Gießsystem sowie eine ressourcenschonende Energieversorgung durch eine Luft-Wasserwärmepumpe und eine Photovoltaik-Anlage vorgesehen. Diese versorgen neben der zentralen Warmwasseraufbereitung auch die Fußbodenheizung bzw. Fußbodentemperierung in den Wohnungen. Für Beschattung sorgen zurückgesetzte Balkone und Außenjalousien, im Innenhof sind ein Kleinkinderspielplatz und Hochbeete zum gemeinsamen Garteln geplant.

- **Verstärkte Nutzung des Photovoltaik-Potentials auf Gemeindebauten:** Die Dachflächen der Gemeindebauten bieten großes Potential für neue Photovoltaik-Anlagen in der Stadt. Als Maßnahme für den Klimaschutz wollen wir den Ausbau forcieren und so möglichst vielen Gemeindebau-Mieter_innen die Möglichkeit geben, Strom vom eigenen Dach zu beziehen und damit CO2 und Kosten zu sparen.

- **Evaluierung und Weiterentwicklung des Wiener Wohn-Tickets:** Seit fünf Jahren ist das Wiener Wohn-Ticket die Eintrittskarte in den geförderten und kommunalen Wohnbau. Die Fortschrittskoalition verfolgt den Anspruch, die Wohnungsvergabe sozial treffsicher auszugestalten und gleichzeitig eine hohe soziale Durchmischung aufrechtzuerhalten. Um dieser Zielsetzung gerecht zu werden, werden die Vergaberichtlinien laufend auf die aktuellen Herausforderungen geprüft. So hat die Stadt Wien erst unlängst ein Wiener Wohn-Ticket für Alleinerziehende ohne eigene Wohnung eingeführt. In der kommenden Legislaturperiode soll die Wohnungsvergabe umfassend evaluiert und weiterentwickelt werden. In Zusammenschau mit der digitalen Wohnungsvergabe bieten wir den Wienerinnen und Wienern ein Maximum an Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Serviceorientierung.

- **Sanfte Nachverdichtung im Gemeindebau:** Wir bekennen uns zu den Potentialen sanfter Nachverdichtungsmaßnahmen. Indem bereits vorhandene und infrastrukturell gut erschlossene Flächen noch besser genutzt werden, schaffen wir zusätzlichen leistbaren Wohnraum und stellen Synergien her.

Gleichzeitig sind gesetzliche, technische und wirtschaftliche Restriktionen (z.B. Denkmalschutz bzw. Statik) ebenso zu beachten wie auch die Anliegen der Bestandsmieter_innen und klimapolitische Zielsetzungen. Entsprechend dem Anspruch „Licht, Luft, Sonne“ soll der Gemeindebau auch künftig wertvolle Grünräume bieten - für die Bewohner_innen ebenso wie auch für die ganze Stadt. Wir setzen daher auf ein maßvolles Vorgehen unter Einbeziehung der Bestandsmieter_innen und ihrer Interessen.

Besondere Leuchtturm-Projekte sind die Schaffung von über 100 zusätzlichen Wohnungen am Wilhelm-Kress-Platz 29-30 im 11. Bezirk und die Errichtung neuer Dachgeschoßwohnungen mit Holzfertigteilen in der Gregorygasse 20-26 im 23. Bezirk.

- **Zugang zur Wohnbeihilfe erleichtern:** Wienerinnen und Wiener, die Unterstützung bei der Miete benötigen, können sich an die Stadt Wien wenden. Dieses Angebot wird auch angenommen: In Summe beziehen durchschnittlich rund 40.000 Menschen in unserer Stadt die Wiener Wohnbeihilfe. Aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise wollen wir den Zugang erleichtern, indem wir eine Informationsoffensive starten und die Unterstützungsangebote leichter zugänglich und serviceorientierter gestalten.
- **Konsequentes Vorgehen gegen unzulässige Nichtnutzung oder Untervermietung von Gemeindewohnungen:** Die Nichtnutzung oder Untervermietung von Gemeindewohnungen ist strengstens untersagt. Weil die Wohnungen jenen Wienerinnen und Wienern zur Verfügung stehen sollen, die sie tatsächlich benötigen, geht Wiener Wohnen in derartigen Fällen sehr strikt und konsequent vor. Dazu zählt, dass jedem einzelnen Verdachtsfall nachgegangen und bei Vorliegen von tragfähigen Beweisen eine gerichtliche Kündigung eingebracht wird.

2020 startete zudem ein Pilotprojekt mit Privatdetektiv_innen, das sich als vielversprechend erwiesen hat. So konnte in mehreren Fällen eine Nichtnutzung nachgewiesen werden, was zu Kündigungen geführt hatte. Diese Bemühungen wollen wir weiter intensivieren und die Zusammenarbeit mit den Detektiv_innen institutionalisieren.

- **Regulierung von Kurzzeitvermietungen über Online-Portale:** Die neue Wiener Stadtregierung will Kurzzeitvermietungen von Wohnungen über Online-Portale nicht pauschal verbieten. Wenn beispielsweise eine Studentin eine Privatwohnung in den Sommerferien für ein paar Wochen vermieten will, dann ist das selbstverständlich in Ordnung.

Nicht gewollt ist hingegen, dass kostbarer Wohnraum dem Wohnungsmarkt dauerhaft entzogen wird. Wir setzen daher dort Schritte, wo es möglich und nötig ist. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, im Rahmen ihrer Kompetenzen eine umfassende miet- und gewerberechtliche Reglementierung von Kurzzeitvermietungen umzusetzen.

Besonders problematisch und gänzlich zu verhindern, sind unzulässige Vermietungen von Wohnungen, die mit Unterstützung von öffentlichen Geldern errichtet wurden. So ist auch die Vermietung von Gemeindewohnungen über einschlägige Plattformen strengstens untersagt. Um dieses Verbot möglichst lückenlos durchzusetzen, hat die Stadt Wien Airbnb aufgefordert, die Adressen sämtlicher Gemeindebauten auf ihrer Plattform zu sperren. Darüber hinaus geht Wiener Wohnen jedem einzelnen Verdachtsfall genauestens im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten nach.

- **Qualitätssicherung in Stadtentwicklungsgebieten:** Ausweitung des Grundstücksbeirates auch auf den freifinanzierten Wohnbau

Seit 25 Jahren stellen die Bauträgerwettbewerbe bzw. Grundstücksbeirats-Beurteilungen des wohnfonds_wien sicher, dass der geförderte Wohnbau in Wien nicht nur leistbar, sondern auch von höchster Qualität ist. Den Kern dieser bewährten Qualitätssicherungsinstrumente bildet das 4-Säulen-Modell, das auf Architektur und Ökonomie ebenso Wert legt wie auch auf Ökologie und soziale Nachhaltigkeit.

Künftig soll die Qualitätssicherung durch den wohnfonds_wien nicht auf den geförderten Wohnbau beschränkt bleiben, sondern in Stadtentwicklungsgebieten auf das gesamte Quartier ausgedehnt werden. Das reicht von der Mitwirkung an Planungsverfahren über die Vereinbarung der Qualitätsziele bis hin zur Begleitung der Umsetzung. Zu diesem Zweck soll der interdisziplinär besetzte Grundstücksbeirat zu einem Qualitätsbeirat weiterentwickelt werden, der quartiersweit sowie standortübergreifend tätig wird.

Für diesen Schritt spricht neben der jahrzehntelangen Erfahrung des wohnfonds_wien auch die zunehmende Durchmischung von gefördertem und freifinanziertem Wohnbau, die mit der Widmungskategorie geförderter Wohnbau einhergeht, eine quartiersweite Qualitätssicherung prädestiniert. Quartiere bilden die Drehscheibe für das soziale

Miteinander einer Stadt. Mit einer gesamthafte und bauplatzübergreifenden Quartiersentwicklung sowie einem breiten städtebaulichen Qualitätsanspruch und einer entsprechenden Infrastruktur, rücken wir die Wienerinnen und Wiener und ihre Lebensqualität noch stärker in den Mittelpunkt des städtischen Wohnbaus.

- **Verstärkte Vergabe von Baurechten:** Grund und Boden sind ein knappes Gut, das nicht vermehrbar ist. Die Stadt Wien und der wohnfonds_wien haben daher bereits in den letzten Jahren verstärkt Baurechte vergeben, um der Stadt auch langfristig Gestaltungsmöglichkeiten zu sichern. Dieser Weg soll in der kommenden Gesetzgebungsperiode konsequent fortgesetzt bzw. weiter verstärkt werden.

Verkäufe von Liegenschaften, die nicht von strategischem Interesse sind bzw. veräußert werden sollen, um andere Grundstücke ankaufen zu können, sind wie bisher unter größtmöglicher Transparenz und objektivierten Verfahren (z.B. Bieterverfahren) durchzuführen.

- **Verstärktes Augenmerk auf Klima-Resilienz in Bauträgerwettbewerben:** Bereits in der Vergangenheit wurde bei Bauträgerwettbewerben ein besonderes Augenmerk auf Klima-Resilienz sowie Maßnahmen gegen sommerliche Überhitzung gelegt.

Ziel ist es, in den nächsten Jahren vermehrt Schwerpunktthemen in Bauträgerwettbewerben zu setzen, die klimagerechtes Bauen fördern. Im Ergebnis soll ein bunter Maßnahmenmix zur Begrünung, Kühlung, Beschattung und Durchlüftung realisiert werden, der das städtische Mikroklima verbessert und die Aufenthaltsqualität in den Wohnungen auch an heißen Tagen erhöht.

Ein entsprechendes Leuchtturm-Projekt stellt das „Village im Dritten“ dar. Nachdem bereits das benachbarte Projekt „Eurogate I“ als seinerzeit größte Passivhaussiedlung Europas neue Maßstäbe gesetzt hat, wird im Rahmen von „Eurogate II“ ein weiteres Mal Pionierarbeit geleistet. Das neue Stadtquartier übernimmt die Rolle eines Labors, in dessen Rahmen zukunftsweisende Maßnahmen erprobt werden sollen.

- **Wohnbauförderung: eigener Tatbestand für Baugruppen** Baugruppen sind eine innovative Ergänzung des geförderten Wohnbaus und die neue Stadtregierung schafft Möglichkeiten für entsprechende Projekte, um diese Form des Bauens zu unterstützen. Im Jahr 2019 haben die Stadt Wien bzw. der wohnfonds_wien einen öffentlichen Bauträgerwettbewerb für Baugruppen auf vier städtischen Liegenschaften gestartet.

Künftig soll ein gesonderter rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der regelt, unter welchen Voraussetzungen Baugruppen Wohnbaufördermittel in Anspruch nehmen können.

Sanierungsoffensive „Wir SAN Wien“

Mit dem Wiener Weg der sanften Stadterneuerung wurden die Wohnqualität und das Wohnumfeld im gründerzeitlichen Baubestand beträchtlich verbessert. Zunächst war es notwendig, den Substandardanteil deutlich zu senken. Seit langem fördert Wien aber auch die thermisch-energetische Wohnhaussanierung, um den Heizwärmebedarf wie auch CO₂-Emissionen zu reduzieren. Nun gilt es, neue, innovative Wege zu beschreiten. Ein gemeinsames Ziel ist, sowohl einzelne Wohnhäuser als auch ganze Grätzl aufzuwerten.

Daher starten wir unter dem Motto „Wir SAN Wien“ die nächste Sanierungsoffensive:

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Mit einer **Novelle der Sanierungsverordnung** kurbelt die Fortschrittskoalition die Wohnhaussanierungen weiter an. Erstmals soll bereits die Erstellung eines Sanierungskonzepts gefördert werden – unabhängig von einer späteren Umsetzung. Auf diese Weise soll der erste Schritt zur Sanierung erleichtert werden, der bislang vielfach eine Hürde darstellte. Durch die Umwandlung von laufenden Zuschüssen in Einmalzuschüsse und durch die Erhöhung von Zuschüssen im Bereich der thermisch-energetischen Sanierung werden zudem kurzfristige Sanierungspotentiale aktiviert.
- Unterstützt werden die Bestrebungen durch die „Hauskunft“ - die neu geschaffene und kostenlose Beratungsstelle als One-Stop-Shop für Hauseigentümer_innen mit ihren Häusern mit Zukunft. Durch eine unabhängige Sanierungsberatung und begleitende Informationsveranstaltungen wollen wir den Eigentümer_innen das Sanieren ihrer Wohnhäuser und Wohnungen so einfach wie möglich machen. Eine „Hauskunft“ erhalten alle, die Häuser bzw. Wohnungen sanieren wollen - unabhängig ob ein Ein- oder Mehrfamilienhaus, mit oder ohne Förderung. Auf diese Weise wird eine (Beratungs-)Lücke für den nicht-geförderten, privaten Bereich geschlossen und das Service insgesamt auf ein neues Niveau gehoben.
- Weitere Impulse setzen die Grätzl-Erneuerungsprogramme „WieNeu“ und „WieNeu+“. Im Zuge von „WieNeu“ (vormals Blocksanierungsgebiet) werden für Sanierungszielgebiete mit hohem Erneuerungsbedarf nachhaltige, ganzheitliche Konzepte entwickelt. Ziel ist es, für alle Beteiligten Anreize zu schaffen, die Wohn- und Lebensqualität im dicht bebauten Gebiet zu verbessern. Mit „WieNeu+“ geht die Fortschrittskoalition künftig noch einen innovativen Schritt weiter. In den nächsten zehn Jahren sollen unter Beteiligung der Bevölkerung mehrere Stadtteile klima- und zukunftsfit gemacht werden. Dabei achten wir besonders auf eine Attraktivierung des öffentlichen Raumes sowie die Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte, um die Vision der „Stadt der kurzen Wege“ zu verwirklichen. Nach einem Pilotprojekt in Simmering und dem Startschuss für die Grätzlentwicklung in Innerfavoriten soll als nächstes das Umfeld der Stadtentwicklungsgebiete Nordwestbahnhof bzw. Nordbahnhof in den Fokus gerückt werden – konkret das zwischen den beiden ehemaligen Bahnhofsarealen liegende Volkertviertel und ein bezirksübergreifendes Gebiet im Südwesten des Nordwestbahnhofs. Damit unterstreichen wir, dass in Wien nicht auf die benachbarten Bestandsquartiere vergessen wird – auch sie sollen von den anstehenden Entwicklungen profitieren.

- **Bauordnungsnovelle:** Eine Bauordnung ist ein Regelwerk, das stetig weiterentwickelt wird. Daher arbeitet die Fortschrittskoalition stets daran, damit sie technisch, gesellschaftlich, sozial, ökologisch und wirtschaftlich zeitgemäß ist.

In der kommenden Legislaturperiode realisieren wir eine umfassende Bauordnungsnovelle, die ihren Schwerpunkt auf soziale, wirtschaftliche und klimapolitische Themenstellungen setzt.

Zur Vorbereitung wird eine Fachenquete veranstaltet, um im Kreise interner und externer Expert_innen mögliche Maßnahmen zu erörtern.

Im Rahmen einer breiten Diskussion sollen insbesondere folgende Handlungsfelder durchleuchtet werden:

- **Klimaschutz** (Rahmenbedingungen und verbindliche Maßnahmen)
- **Leistbares Wohnen**
- **Potentiale zur Reduktion der Baukosten**
- **Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung und –vereinfachung**

sowie zur Abhaltung von virtuellen Bauverhandlungen

- **Neues Rundum-Service zu Bauen in Wien:** Wir bekennen uns zu einer modernen und serviceorientierten Verwaltung. Künftig bietet die Stadt daher allen, die an der Zukunft Wiens bauen, ein neues Rundum-Service. Eine neue interdisziplinäre Drehscheibe soll regelmäßig tageweise die vielfältigen Kompetenzen der Stadt Wien bündeln und Eigentümer_innen, Planer_innen und Projektbeteiligten die Gelegenheit geben, sich bei Vertreter_innen aller wesentlichen Fachdienststellen aus erster Hand zu informieren und projektbezogene Auskünfte einzuholen.

- **Digitale Serviceoffensive im Wiener Wohnbau:** Der Weg Wiens zur Digitalisierungshauptstadt umfasst die Digitalisierung aller Lebensbereiche. Auch im Bereich Bauen und Wohnen sollen alle Möglichkeiten der Technik konsequent genutzt werden, um den Wienerinnen und Wienern neue Services zu bieten bzw. sie laufend nach dem neuesten Stand der Technik auszubauen.

Dazu zählt zuvorderst der voranschreitende Ausbau von digitalen Bauverfahren. Bereits seit Juni 2019 ist die digitale Baueinreichung über „Mein Wien“ möglich, ab Februar 2021 kann das gesamte Bauverfahren elektronisch abgewickelt werden – vom Ansuchen bis zur Fertigstellung.

Für den nächsten Schritt sorgen wir mit dem Forschungs- und Entwicklungsprojekt BRISE Vienna und einer technischen Weltneuheit: In der weiteren Zukunft soll der digitale Verfahrenslauf mit innovativsten Technologien (3D-Gebäudemodellierung,

Augmented Reality, Robotik und künstliche Intelligenz) kombiniert werden. Das setzt neue Maßstäbe für eine moderne und digitale Verwaltung und spart allen Beteiligten viel Zeit und Geld. Bereits mit dem Start des vollelektronischen Bauverfahrens im Jahr 2021 streben wir eine Kürzung der Verfahrensdauer um 10-20% an. Mit dem Einsatz automatisierter Prüfroutinen und der Unterstützung durch künstliche Intelligenz sollen die Verfahren im Endausbau um bis zu 50% beschleunigt werden. Einen weiteren spürbaren Nutzen schaffen wir durch digitale Akteneinsichtsmöglichkeiten für Liegenschaftseigentümer_innen und Verfahrensparteien.

Auch Wohnungsmieter_innen profitieren von den technischen Errungenschaften. Mit der „digitalen Wohnungsvergabe“ bietet die Fortschrittskoalition wohnungssuchenden Wienerinnen und Wienern die Möglichkeit, sich auf einer Online-Plattform für eine Wunsch-Gemeindewohnung anzumelden - entsprechend dem persönlichen Geschmack und den Kriterien des jeweiligen Wiener Wohn-Tickets. Auch bestehenden Gemeindebaummieter_innen bringt ein neues Service-Portal eine Fülle von Vorteilen. Sie können seit Kurzem online Waschtermine buchen, das Mietzinskonto einsehen, Anträge stellen oder Informationen zur Wohnhausanlage abrufen.

Von einer Verbesserung der Serviceleistung sollen künftig auch alle Wienerinnen und Wiener profitieren, die sich online über Unterstützungsangebote im Wohnbereich informieren wollen. Ein verstärktes Augenmerk auf Benutzer_innenfreundlichkeit, Übersichtlichkeit und Serviceorientierung soll Fördermöglichkeiten transparent machen und den Zugang zur Wohnbeihilfe und anderen wichtigen Leistungen erleichtern.

Schließlich sollen die technischen Möglichkeiten auch verstärkt genutzt werden, um gemeinsam in die Zukunft der Stadt und der Wohnumgebung zu blicken. Technologien wie Virtual Reality ermöglichen es Bestandsbewohner_innen und ihren künftigen Nachbar_innen, sich ein anschauliches Bild von der Entwicklung ihres Grätzls machen zu können.

6. Kapitel: Smart City Wien

Wien war einmal eine Stadt der rauchenden Fabrikschlote. An ihre Stelle sind die „rauchenden Köpfe“ getreten. Denn Wien ist heute eine „Smart City“, wo Innovation, Forschung und Entwicklung zusammenfließen. So hat Wien 2019 den 1. Platz im globalen „Smart City Strategy Index“ unter 153 Städten erreicht. Stärker als viele andere Städte stellt Wien die Anliegen und Ideen der Bewohner_innen, die Impulse aus der Wirtschaft, Technologie und Forschung unter ein gemeinsames Ziel: Wien auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten – und zwar so, dass niemand zurückgelassen wird.

„Smart City“ bedeutet für uns: Wir geben Acht auf ein hohes Maß an sozialem Zusammenhalt und Lebensqualität. Wir fördern soziale Teilhabe, Vielfalt und Chancengleichheit. Und wir bekennen uns zu lebenswerten Grätzln, kurzen Wegen sowie zu einem vielfältigen Angebot an öffentlichen Dienstleistungen. So wird die Stadt Schritt für Schritt zukunftsfit – und der Mensch steht im Mittelpunkt!

Damit dies auch in Lichte der Folgen der Corona-Krise in Zukunft so sein kann, wird die Fortschrittskoalition auf die Auswirkungen für Mensch, Ökonomie und Ökologie eingehen. Steigende Arbeitslosigkeit, finanziell prekäre Arbeitsverhältnisse, die Veränderungen im städtischen Leben und im Stadtbild sollen neu beurteilt werden mit dem Ziel, Maßnahmen zur Erhaltung der sozialen Sicherheit und des Zusammenhalts zu definieren.

In der Corona-Krise hat Wien ein smartes Hilfspaket geschnürt, um rasch zu helfen – mit Förderungen für die Einrichtung von Homeoffice, für den Auf- und Ausbau der Online-Präsenz von Unternehmen sowie für innovative Ideen und neue Produkte, die uns helfen, die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen. Das alles zeigt, dass Wien eine zukunftsorientierte Metropole ist, wo Modernität und gesellschaftspolitische Offenheit ineinander übergehen.

Die neue Wiener Stadtregierung steht auch für eine smarte Klimapolitik. Wir wollen den Ausstieg aus fossilen Energieträgern vorantreiben und dem übermäßigem Ressourcenverbrauch Einhalt gebieten, Kreislaufwirtschaft, um die Stadt und ihre Bevölkerung vor den Folgen des Klimawandels bestmöglich zu schützen. Die Ziele und Transformationsprozesse, die Steuerungselemente und Sanktionen definieren wir in einem eigenen Wiener Klimaschutzgesetz. Als Vorarbeit wurde bereits 2019 im Sinne einer „Klima-Governance“ mit den Arbeiten an einem „Wiener Klimabudget“ begonnen.

Die Fortschrittskoalition kümmert sich besonders um drei wesentlichsten Hebel für eine klimaneutrale Zukunft:

- der Energieerzeugung,
- der Mobilität
- und den Gebäudesektor.

Die Wiener Klimaschutzziele sind nur mit einem ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien erreichbar. Daher soll der Wiener Endenergieverbrauch bis 2030 zu 30 % aus erneuerbarer Energie gedeckt werden, die Erzeugung erneuerbarer Energien im Stadtgebiet soll bis 2030 gegenüber 2005 verdoppelt werden.

Bei der Mobilitätsplanung und der zukünftigen Gestaltung des öffentlichen Raums liegt der Fokus auf geänderten Anforderungen durch ein klimafreundlicheres Mobilitätsverhalten, auf erhöhter Aufenthaltsqualität sowie auf sich verändernde Ansprüche der unterschiedlichen Nutzer_innen. Das bedeutet mehr Freiraum für Fußgeher_innen, mehr konsumfreie Sitzgelegenheiten, mehr Grün und mehr Wasser in der Stadt. Damit einher geht eine Reduktion der Flächen für den rollenden und ruhenden motorisierten Individualverkehr.

Der Gebäudesektor ist jener mit dem zweitgrößten CO₂-Ausstoß. Hier wurden in den letzten Jahrzehnten in Wien sowohl im Neubau wie auch bei der Sanierung von Gebäuden beachtliche CO₂-Reduktionen erzielt. Aber in diesem Bereich dauern Strukturänderungen aufgrund der langen Sanierungs- oder Austauschzyklen viel länger. Umso wichtiger ist es, den vollständigen Ausstieg aus fossilen Heizsystemen bis spätestens Mitte des Jahrhunderts zu schaffen.

Unsere Vorhaben sind eine unverzichtbare Voraussetzung zur Erreichung der Klimaziele. Sie schaffen auch Arbeitsplätze und verringern die Importabhängigkeit in der Energieversorgung.

6.1 SMART CITY RAHMENSTRATEGIE

Wir stehen heute vor großen globalen Herausforderungen: allen voran ist es der rasant voranschreitende Klimawandel, ein Ressourcenverbrauch, der die ökologischen Belastungsgrenzen übersteigt, die umfassende Digitalisierung, ein tiefgreifender technologischer Wandel. Dazu kommt - wie für viele attraktive Städte - ein starkes Bevölkerungswachstum.

Unsere lokale, integrierte Antwort auf diese globalen Herausforderungen heißt Smart City Wien. 2014 wurde die erste Smart City Wien Rahmenstrategie vom Gemeinderat beschlossen, der damit einen Meilenstein für die Stadt setzte. 2019 wurde die Strategie umfassend aktualisiert.

Die Smart City Wien ist die Vision einer Stadt, in der es sich gut leben lässt, ohne das auf Kosten der Umwelt und künftiger Generationen zu tun. Sorgsam und verantwortungsvoll mit den natürlichen Ressourcen umzugehen, ist dabei zentrale Handlungsmaxime. Eine nachhaltige Ent-

wicklung ist eine Grundbedingung, die Lebensqualität auch langfristig zu erhalten. Deutliche und spürbare Ressourcenschonung, klimabewusste Verhaltensweisen und der aktive, reflektierte Einsatz moderner Technologien schaffen neue Qualitäten, die die Stadt lebenswert machen.

Nach Umweltmusterstadt wird Wien auch Klimamusterstadt. Auf Basis der Empfehlungen des Wiener Klimarats legen wir neue Zielwerte fest. Wie in der Smart City Wien Rahmenstrategie beschlossen bis 2030 Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen ggü. 2005 und bis 2050 Reduktion um minus 85 %. Die neue Wiener Stadtregierung strebt die „Klimaneutralität“ bis 2040 an.

Wien übertrifft bis 2030 das EU-Ziel von 60% Recyclingquote und ab 2050 wollen wir, dass alle Wiener Abfälle verwertet werden. Die Erzeugung erneuerbarer Energien wollen wir bis 2030 verdoppeln, die CO₂-Emissionen im Verkehr halbieren. Wir bauen die Öffis weiter aus und stellen die Wiener Taxiflotte auf alternative Antriebe um. Und wir senken den Endenergieverbrauch für Heizen, Kühlen und Warmwasser um 1 % pro Kopf und Jahr (die CO₂-Emissionen senken wir um 2 %).

Smart City Wien heißt, wir denken die Stadt neu. Der zentrale Hebel in der Rahmenstrategie ist Innovation in allen Bereichen, jedoch immer mit dem Blick auf den Menschen seine r Lebensqualität und seine Lebenschancen. Daher ist uns der soziale Aspekt besonders wichtig. Die Fortschrittskoalition positioniert Wien international als Standort, der Innovation fördert, Fragen der Zukunft diskutiert und tragfähige Lösungen entwickelt.

Wir setzen und zum Ziel, die Kreislaufwirtschaft zu stärken, also Werkstoffe wieder zu verwenden, einem Recycling-Prozess zuzuführen und Deponierungen zu minimieren. Auch im Bereich Ausschreibung und Vergabe sind neue Ansätze zu entwickeln, um durch Vermeidung von LKW-Fahrten zur CO₂-Reduktion beizutragen. Wiederverwertung, Urban Mining sowie Materialautarkie sind im Sinne des EU-„Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft“ wichtig für den Klimaschutz, die Klima-Resilienz und den Arbeitsmarkt.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die **Smart City Rahmenstrategie** ist mit neuen ökologischen Zielsetzungen unter Berücksichtigung der Herausforderungen und Folgen der Corona-Pandemie sowie der Empfehlungen des Klimarates zu **überarbeiten**. Eine Beschlussfassung durch den Wiener Gemeinderat soll im 4. Quartal 2021 erfolgen.
- Die **Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen** sollen in dieser Überarbeitung besonders berücksichtigt werden.
- Alle aus der Rahmenstrategie **abgeleiteten Strategien**, wie der neue Stadtentwicklungsplan STEP 2035, **werden überarbeitet**.

- Die Smart City Wien kann diese globalen Herausforderungen nicht alleine lösen. Im Hinblick auf die Empfehlungen des Klimarates setzen wir uns dafür ein, dass Unterstützungsmaßnahmen des Bundes bzw. der EU erfolgen.

Innovationen der Smart City

Wie viel Innovationskraft Wien bietet, kann man unter anderem daran messen, dass sich in den letzten 20 Jahren die Zahl der Start-Ups in Wien mehr als verdoppelt hat. Mittlerweile bilden die unzähligen innovativen Klein- und Mittelbetriebe, darunter viele Ein-Personen-Unternehmen, ein wesentliches Rückgrat der Wiener Wirtschaft. Und auch die Stadtverwaltung zeigt mit zahlreichen Projekten und Prozessen ihre Fähigkeit zu innovativen Lösungsansätzen.

Auch in den kommenden fünf Jahren werden wir Innovationen in Wien stärken und unterstützen. Dafür führen wir bestehende Maßnahmen fort und rollen neue Innovationsprojekte aus.

Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit ist, dass wir die Kompetenzen und Potenziale am Standort konsequent weiterentwickeln und fördern. Wien steht in den kommenden Jahren vor zahlreichen Herausforderungen, an deren Lösungen wir arbeiten. Besonders wichtig ist daher, auch in die Innovationsbereitschaft zu investieren. Hierbei geht es nicht nur um technische und ökologische, sondern zunehmend auch um soziale Innovationen. Wien hat das Potential, eines der großen Innovationszentren zu sein. Die Entwicklung innovativer Lösungen für zukunftsfähige Städte kann künftig zu einer Stärke des Standortes Wien werden. Zum Beispiel wenn man neue Technologien mit sozialen Innovationen verknüpft sowie städtische Infrastrukturen und Services gemeinsam mit Formen der Beteiligung und des Interessensausgleichs weiterentwickelt.

DAHER VEREINBAREN WIR FOLGENDE INNOVATIONSPROJEKTE:

- Wir starten die **“Internationale Challenge für ein CO2 neutrales Wien”**: An Wiener, österreichische und internationale Akteur_innen ergeht der Aufruf, Innovationsprojekte mit wirtschaftlichem Fokus vorzuschlagen, die einen Impact für die Zielsetzung **“CO2-neutrales Wien”** haben. Die besten Ideen werden mit einer Förderung unterstützt. Bewertet wird nicht nur der Innovationsgehalt und die Machbarkeit, sondern auch der unmittelbare Beitrag zum CO2 neutralen Wien (Innovate4Vienna).
- Unternehmen werden mit Stellen der Wiener Stadtverwaltung und Unternehmen der Stadt Wien vernetzt, um die Umsetzung ihrer Innovationsprojekte voranzutreiben (z.B. mit der Matching Plattform b2matchn). Beginnend mit einer **Start-Up-Konferenz „Vienna UP’21”** wird jährlich ein Smart City Summit organisiert, bei dem Innovations-treiber aus Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtverwaltung zusammenkommen.

- Mit dem „**Discover Programm**“ werden die besten internationalen Tech-Startups nach Wien eingeladen, um unsere Stadt als Wirtschafts- und Technologiestandort kennenzulernen. Die Zusammenarbeit mit dem ClimateKIC (Deep Demo City) und im Projekt Smarter Together (6 klimafitte Stadtteile in 10 Jahren) verstärken wir den Impact von Zuschüssen im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Stadt Wien.
- Der weltweit erste „**Kultur-Token**“, ein digitales Pilot- und Forschungsprojekt zur spielerischen Belohnung von klimafreundlichem Verhalten, wird ausgebaut. Dabei handelt es sich um ein digitales Bonussystem, das mittels einer App umweltbewusstes Verkehrsverhalten mit freiem Zugang zu Kulturinstitutionen und Kulturveranstaltungen honoriert. Dieses Pilotprojekt dient dazu, Erfahrungen für einen potentiellen „Wien-Token“ zu sammeln, der umfassender Leistungen digital verknüpft. Das Projekt wird mit wissenschaftlicher Begleitung und Evaluierung umgesetzt.
- „**Wien repariert's – der Wiener Reparaturbon**“ ist das Förderprogramm der Stadt Wien, um Instandsetzung noch funktionstauglicher Gegenstände attraktiver zu machen. Jeder Reparaturbon subventioniert die Reparatur mit bis zu 50 % (bis zu EUR 100,-- für eine Reparatur und bis zu EUR 45,-- für die Erstellung eines Kostenvoranschlags). Die Stadt Wien stellt dafür 1,5 Mio. EUR bereit.
- Im Projekt „**Brake Energy**“ der Wiener Linien wird ermöglicht, überschüssige Bremsenergie von Schienenfahrzeugen für Rolltreppen, Aufzüge und die Beleuchtung in Stationen einzusetzen. Dieses Projekt werden wir weiter ausbauen.
- Im Sinne eines besseren **Regenwassermanagements** werden wir im Stadtgebiet vermehrt auf Radinfrastruktur mit versickerungsfähigen Oberflächen setzen und neue Granulate testen. Ebenso werden Radständer, vor allem in den Außenbezirken, vermehrt auf unversiegelten Standorten errichtet.
- Das „**no-dig-Verfahren**“ ermöglicht, Rohrleitungen ohne kilometerlange Aufgrabungen zu tauschen. Wir werden dieses Verfahren bei Trinkwasserleitungen vermehrt einsetzen.
- Wir setzen auf **erneuerbare Energie auch in der Trinkwasserversorgung**. Mit 16 Kleinwasserkraftwerken entlang der Wiener Wasserleitungen wird mittlerweile sauberer Strom für 20.000 Haushalte erzeugt.
- Im Zuge der Umsetzung des **Pumpwerk-Sanierungskonzeptes** der MA 31 werden über mehrere Jahre die maschinellen und elektrischen Einrichtungen im Bestand auf den Stand der Technik gebracht. Damit wird eine Steigerung der Effizienz der Pumpwerke erreicht.
- Im Rahmen von „**WIEN 2030 - Wirtschaft & Innovation**“ werden mit Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft gezielt die besten Pilotprojekte erprobt. Dazu wird es künftig

auch neue Förderungen für die Umsetzung der Wirtschafts- und Innovationsstrategie geben.

- Beim **Ideenwettbewerb „Creatives for Vienna“** werden Ideen und Konzepte für das urbane Leben in Wien nach der Corona-Krise mit 5.000 Euro Preisgeld belohnt.
- Mit der **Förderaktion „innovate4vienna“** werden neue Produkte und Ideen entwickelt, wie Organisationen trotz Corona-Einschränkungen funktionieren können (zum Beispiel neuartige Schutzausrüstungen, Hygienemaßnahmen oder Testkapazitäten).
- Das **neue Programm „Cult Tech Accelerator“** für Start-ups im Kultur- und Kreativbereich wird Unternehmen und Talente nach Wien holen.
- Wiener Betriebe versorgen Wien - Ziel eines **„Wien Bonus“** ist es auch, die regionale Wertschöpfung durch die regionale Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen zu steigern. Besonders Wert legen wir dabei auf Produkte, die aus nachhaltiger, gesunder, regionaler (z.B. kurze Lieferzeiten) Produktion kommen und den strengen ÖkoKauf-Wien Kriterien entsprechen.

6.2 DIGITALISIERUNGSHAUPTSTADT WIEN

Die Digitalisierung hat in den letzten Jahren alle Lebensbereiche erfasst - ohne digitale Leistungen ist eine moderne Gesellschaft undenkbar. Die Fortschrittskoalition hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, diese Entwicklung aktiv zu gestalten. Das heißt: die Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern soll den Menschen dienen. Dabei muss sichergestellt sein, dass alle Altersgruppen Zugang zu digitalen Geräten und Wegen haben. Daher werden zum Beispiel eigene Hilfsservices und Bildungsangebote für die Generation 65plus entwickelt, damit es zu keiner „digitalen Kluft“ (digital divide) kommt. Gleichzeitig soll das Anrecht auf „analoge“ und telefonischen Behördenkontakt bestehen bleiben.

Wir wollen Wien zur „Digitalisierungshauptstadt“ machen, in der der Mensch im Mittelpunkt steht. Technologische Entwicklung ist in gesellschaftliche Prozesse einzubetten, denn IT-Technologien verändern unser Zusammenleben und die Arbeitswelt. Nur wenn die neuen Möglichkeiten auch vielen Menschen zugänglich sind, wird es gelingen, Friktionen zu vermeiden und den Weg der „Wiener Digitalisierung“ zu gehen. Hier muss auch die bewährte und in Wien aktiv gelebte Sozialpartnerschaft eine wesentliche Rolle spielen (wie sie zum Beispiel auch im Vienna Economic Council ihren Ausdruck findet).

Die hohe Wiener Lebensqualität muss auch auf den digitalen Bereich ausgedehnt werden. Zahlreiche Maßnahmen wurden bereits umgesetzt: etwa die Apps „Sag´s Wien“ und „wien.at live-App“, das Public WLAN, Open Data und das Bürger_nnenportal „mein.wien.gv.at“. Die öffentliche Hand benötigt für solche Leistungen eine eigene IT als Voraussetzung zur Sicherstellung einer digitalen Resilienz. Die Bewältigung der Corona-Krise durch die städtischen Einrichtungen wäre bei einer ausgelagerten IT-Unterstützung niemals möglich gewesen.

Die Digitale Agenda Wien versteht sich als Beitrag zu Erreichung der Smart-City-Ziele, indem ein Digitalisierungsprozess für die smarte Stadt der Zukunft vorgelegt wird, der laufend evaluiert, erneuert und ergänzt wird. Sie ist zugleich Strategiepapier und Arbeitsdokument, mit dem der „Wiener Weg der Digitalisierung“ Antworten auf die Veränderungen aller Lebensbereiche durch die Digitalisierung gibt.

Die Fortschrittskoalition fordert aber auch klare und faire Regeln für Online-Plattformen auf europäischer Ebene. Gesetze müssen für alle gleich gelten und an aktuelle Erfordernisse angepasst werden. Derzeit ist Wien beispielsweise nicht nur mit Vorteilen, sondern auch Nachteilen von Plattformökonomie konfrontiert: etwa bei der mangelhaften Besteuerung, oder durch die Kurzfristvermietung von Wohnungen, in der städtischen Mobilität und im öffentlichen Raum.

Die neue Wiener Stadtregierung setzt sich zum Ziel, Alternativen mit zu entwickeln, die nicht primär ökonomischen Verwertungsinteressen, sondern ein humanistisches Weltbild ins Zentrum stellen. Unter dem Begriff „Digitaler Humanismus“ soll daher in Wien ein offenes Labor für Alternativen zu den aktuellen Paradigmen im Internet entstehen. Die digitale Welt eröffnet zwar zahlreiche Optionen, gleichzeitig erfährt diese aber durch zunehmende Monopolisierung eine starke Verengung. Es gibt Bedarf, Grundmechanismen und Algorithmen digitaler Lösungen sozial verträglicher zu gestalten, sowie gemeinsame Standards und Governance-Modelle zu entwickeln. Die Bewältigung dieser digitalen Transformation braucht auch die zunehmende Verschränkung wissenschaftlicher Disziplinen. Ziele sind dabei etwa die Erforschung und das Zusammenspiel technischer Wissenschaften (MINT-Fächer) mit den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften.

Digitale Agenda und Datenstrategie

Aus der Umsetzung der Digitalen Agenda und der Open Data Strategie entsteht ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Mehrwert. Dies gilt insbesondere für die Datenverfügbarkeit in den Wiener Forschungsschwerpunkten Digitaler Humanismus, Umwelt und Präzisionsmedizin. Mit einer neuen Strategie wollen wir diese Entwicklung vorantreiben. Dabei stellen wir sicher, dass sowohl der Datenschutz und Persönlichkeitsrechte den höchsten Stellenwert haben und Forscher_innen die notwendigen Informationen für exzellente Forschung erhalten.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Die Etablierung einer Datenstrategie für Wien.** Diese inkludiert u.a. die Harmonisierung von IT-Lösungen und die Bereitstellung von Daten für die Wissenschaft.- Sie ermöglicht anonymisierte Daten und sorgt für „Safe havens“, wo Wissenschaftler_innen unter strengen Datenschutzstandards Daten der Stadt Wien zur Verfügung gestellt bekommen. Die Stadt Wien prüft dabei auch, wie in anderen europäischen Großstädten und Regionen der Zugang zu Registerdaten für Forscher_innen (zB. Datenplattform für „clinical trials“) ermöglicht wird.
- Die **Schaffung einer Gesundheitsdatenplattform** für Unternehmen zur Erforschung

und Entwicklung von Services und Devices.

- Die Erarbeitung einer digitalen **Life-Science Strategie**.
- Langfristiges Ziel ist eine **Forschungsinfrastruktur** für strukturierte große Datensätze der öffentlichen Verwaltung (z.B. ein Gesundheitsdaten-Dashboard).
- Wir setzen uns das Ziel, in den kommenden fünf Jahren alle von der Stadt Wien gesammelten Daten in maschinenlesbare Form zu bringen.
- Wir werden ein Rahmenabkommen für Forschungsinstitute rechtlich prüfen, welche in Wien bzw. mit Wiener Daten arbeiten.
- Als eine der ersten Stadtverwaltungen Europas geben die Fortschrittskoalition der Stadt Wien als Teil der Digitalen Agenda auch eine eigene Strategie für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Damit soll der Einsatz neuer Technologien anhand erster, konkreter Anwendungsfälle weiterentwickelt werden. Es sollen neue Einsatzgebiete ebenso wie neue Formen der Kommunikation und neue Datenbanktechnologien ausgelotet werden. Oder auch die Möglichkeit, durch Algorithmen oder Bots zu besseren Lösungen für die Bürger_innen zu kommen. Dazu müssen Mitarbeiter_innen befähigt und auch entsprechende Strukturen geschaffen werden. Darüber hinaus definiert die Strategie notwendige Regeln für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Rahmen der Stadt Wien.
- In der kommenden Regierungsperiode ist ein **Überarbeitungsprozess der Digitalen Agenda** vorgesehen.
- Die Stadt Wien wird ab 2021 ein mit einem Budget versehenes **Innovationsmanagement** haben, das die notwendigen Veränderungsprozesse unterstützt. Der CIO (Chief Innovation Officer) soll Innovationsthemen stärken und auch Außenwirkung entfalten.

Datensicherheit

Für einen sicheren Umgang mit der Digitalisierung braucht es ausreichend qualifizierte Personen und einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die enorme Bedeutung von IT-Security.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Das Ziel eines Security-Hubs ist der Aufbau nachhaltiger Strukturen, um eine Spitzenpositionierung Wiens im IT-Security-Umfeld zu etablieren.
- Die Kompetenz im Bereich der IT-Sicherheit soll durch Exzellenz-Programme ausgebaut

werden.

- Weiters müssen wir mehr Awareness für das Thema in der Bevölkerung schaffen.
- Mit der Gründung des „Vienna Cybersecurity and Privacy Research Centers“ werden die Kompetenzen verschiedener Institutionen unter einem Dach gebündelt.

Digitaler Wirtschaftsstandort

Auf dem Weg zur Digitalisierungshauptstadt wird auf bestehende Stärken der Stadt aufgesetzt, die gezielt weiterentwickelt werden.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wien ist bei Open Government Data in führender Rolle und die Fortschrittskoalition wird diese Position ausbauen. Daher werden wir ein **zentrales Statistikportal aufbauen**, das Informationen noch moderner darstellen kann.
- Die Stadt Wien wird den erfolgreichen Open Source-Weg bei Computersoftware weitergehen. Wir treten für eine demokratische Entwicklung dieser Potenziale ein. Das beinhaltet die Förderung von freier Software und von Open Data, vor allem in öffentlichen Institutionen und der Verwaltung und die Einbindung der Community.
- Es soll ein **digitaler „Zwilling“ für Wien** initiiert werden, der der Stadt Wien gehört. Dieser ist ein virtuelles Abbild der Stadt, das erlaubt, bestehende Prozesse in der Stadt zu monitoren, neue Daten zu generieren, Planungen in Szenarien zu simulieren und bessere Entscheidungen zu treffen.

Neue Dienstleistungen und Produkte

Durch das Zusammenwirken von neuen Technologien und Anwendungen werden innerhalb der Stadtverwaltung und ihren Unternehmungen, aber auch durch private Unternehmen neue Dienstleistungen und Produkte entwickelt.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Die digitale Infrastruktur wird weiter massiv ausgebaut.** Glasfaserinfrastruktur und Breitbandausbau spielen dabei die wichtigste Rolle. Dabei wird sich auch die Stadt selbst als neutrale Anbieterin von Basisanbindungen über ganz Wien in Form von „WienCubes“ (neutrale Breitbandknoten) beteiligen. Neben der Förderung des Ausbaus für die bestehenden Telekommunikationsbetreiber_innen können dadurch neue kleine Anbie-

ter_innen Platz finden.

- Die Seestadt Aspern wird prioritär mit 5G ausgestattet und so noch attraktiver und moderner gemacht.
- Unter der Führung der Wirtschaftsagentur Wien werden **attraktive Pakete für IT-Unternehmen** geschnürt, wenn diese sich in Wien ansiedeln oder vergrößern wollen. Hierzu gehören:

- Förderungen , die speziell auf den Bereich Digitalisierung ausgerichtet werden.
- Dabei sollen besonders Unternehmen und Institutionen bei Digitalisierungsprojekten mit sozialem Impact unterstützt werden.
- Unterstützungen bei der Fachkräfteausbildung durch den waff und Instrumente wie den Digi-winner.
- Sicherstellung einer guten IT-Infrastruktur in den Betriebsgebieten.
- Eine Vernetzung der Unternehmen – hierzu wird die Stadt weiterhin aktiv an den Vorhaben der Digital City Initiative mitwirken.
- Eine Vernetzung mit der Wissenschaft sicherstellen, hierzu sind entsprechende Formate zu entwickeln.
- Die Digitalisierung von KMUs unterstützen wir durch das Förderprogramm „Wien Digital“ und die Etablierung von Digital Innovation Hubs in Wien.
- Im Rahmen der **Strategie „WIEN 2030 – Wirtschaft & Innovation“** werden mit Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft gezielt die besten Pilotprojekte erprobt. Dazu soll es neue Förderungen für die Umsetzung geben.
- Die Debatte um die **Plattformökonomie im „Digital Services Act“** (Vorschlag des Europäischen Kommission geplant für das 4. Quartal 2020) begleitet Wien von Anfang an im Ausschuss der Regionen. Ziel ist eine gute Durchsetzbarkeit geltender Regelungen und der Schutz oft (noch) kleiner, lokaler Unternehmen, damit sich diese mit einer europäischen Unternehmensethik entwickeln können. In die Debatte um den Digital Services Act wird sich Wien aktiv einbringen.
- Alle profitieren von den Leistungen der Stadt, also muss auch jede und jeder einen fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Firmen lagern aus Gründen der Steuerersparnis ihre Sitze an andere Standorte aus, anstatt die regionale Wertschöpfung zu unterstützen. Dieses Geld fehlt für öffentliche Investitionen. Deshalb treten wir bei Bund und EU dafür ein, dass Steuern dort bezahlt werden, wo die Gewinne erwirtschaftet werden. Die Einführung von digitalen Betriebsstätten ist erforderlich.

Für den digitalen Wandel brauchen wir auch die **besten Köpfe**.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Auf Basis einer Netzwerkanalyse werden im **Projekt „Pionier_innen für Wien“** innovative Köpfe gesucht. Hierbei wird auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet. Wir zeigen vor, dass in einer digitalen Zukunft veraltete Rollenbilder keinen Platz mehr haben. In „Zukunfts-Labs“ wird an den Konzepten und Visionen für unsere Stadt

gearbeitet. Die Ergebnisse werden beim „Wiener Zukunftskongress 2021“ diskutiert.

- Mit dem **Hochschulabkommen** haben die 23 Wiener Hochschulen und die Stadt Wien eine Grundlage einer intensiven Zusammenarbeit geschaffen. Die Fachhochschulförderung wurde für die nun beginnende Legislaturperiode um 25 Prozent erhöht.
- Die von der Stadt kofinanzierten **COMET Kompetenzzentren** zeigen die Innovationskraft Wiens und sind wichtige Partner für die Ansiedlung von internationalen Firmen.
- Im Digitalbereich braucht es eine Feminisierung: das heißt etwa Stipendien für Maturantinnen oder Lehrlinge, die sich als High Potentials für den IT-Bereich erweisen. Zu überlegen ist auch eine **Stiftungsprofessur für „Gender und Digitalisierung“** an der Technischen Universität oder an einer Fachhochschule.

Nicht nur das Datennetz wird ausgebaut, auch bisher analoge Versorgungsinfrastruktur wird in den nächsten Jahren digitalisiert.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir rollen **Smart Meter** für 1,6 Millionen Stromkund_innen im Wiener Netzbereich in den nächsten zwei Jahren aus. In Summe handelt es sich um eine Investitionssumme von über 400 Millionen Euro. Wir erwarten neue Erkenntnisse aus besseren Daten, flexiblere Tarife, eine bessere Einbindung der Konsument_innen (Prosumer), eine bessere Netzsteuerung, die Einbindung dezentraler erneuerbarer Energien (Elektromobilität, PV, KWK Anlagen und Windkraft) sowie hohe Standards für Privacy & Security.
- Es wird eine **zentrale „Datendrehscheibe“** beim Netzbetreiber geschaffen. Das hilft durch Stromsparen der Umwelt und ermöglicht zukunftsweisende Services wie die Einbindung von Smart-Home-Systemen.
- Parallel dazu wird es erste Versuche geben, andere Medien wie Gas, Wasser und Fernwärme in das System einzubinden. Eine neue Generation von smarten Wasserzählern wird bereits getestet.
- **Smart Grids** ermöglichen, die intelligenten Infrastrukturen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit und für smarte Dienstleistungen zu vernetzen. Wir lassen Möglichkeiten ausloten, damit die Stadt an einer technischen Lösung mitarbeiten kann.
- **Batteriespeicher und intelligente Trafostationen** sollen das Abfangen von Leistungsspitzen und die Erhöhung der Versorgungssicherheit unterstützen.
- Dazu setzt Wien Energie einen Schwerpunkt im Bereich **„Internet of Things“** (z.B. intelligente Bewässerung oder intelligente Lichtsteuerung). Wir setzen uns für ein Förderprogramm für einen dezentralen Anstoß der Anschubfinanzierung ein.

Digitalisierung in Bildung und Wissenschaft

Eine der wesentlichsten Chancen für die Zukunft ist die digitale Bildung. Schüler_innen in Wien sollen für ihren künftigen Lebensweg und ihren Beruf bestens vorbereitet sein. Dazu ist es erforderlich, über umfassende digitale Kompetenzen zu verfügen. Die nächsten Generationen sollen die Vorteile der digitalen Technologien erkennen, nutzen und weiterentwickeln. Sie sollen ebenso mit den Herausforderungen und Risiken im virtuellen Raum umgehen können. Die Corona-Pandemie hat auch gezeigt, wie wichtig Homeschooling ist. Daher werden entsprechend der Digitalen Bildungsstrategie umfassende Investitionen in den Kompetenzerwerb und in digitale Infrastruktur getätigt. Ziel ist es, dass Wien in internationalen Rankings bei digitaler Bildung einen Top-Platz erreicht. Jedes Kind und jede Lehrkraft an den Wiener Pflichtschulen muss über die notwendige Ausstattung und das Know-how für den digitalen Unterricht verfügen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die Strategie Digitale Bildung 2030 in Wien wird dahingehend ergänzt, dass für Neubauten und Schulsanierungspakete einheitliche IKT-Standards entwickelt werden, die sich an die Kriterien des Digital Education Action Plan der Europäischen Kommission orientieren.
- Ebenso werden die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im IKT-Bereich für Lehrer_innen ausgebaut. Eine regelmäßige Fortbildung von Lehrkräften ist unser langfristiges Ziel. Ein besonderer Schwerpunkt wird hierbei auf die Volksschulen in Wien gelegt.
- Zusätzlich stehen IT-Fachkräfte zum technischen Support für Schüler_innen und Lehrer_innen zur Verfügung.
- W-LAN auf Glasfaserbasis an allen Schulen.
- Mailadressen für alle Lehrpersonen und Schüler_innen.

Digitale Kompetenz

Wir wollen, dass alle Bürger_innen in Wien als mündige Akteur_innen der Digitalisierung handeln. Sie sollen die Freiheit und Vielfalt von digitalen Leistungen der Wirtschaft, Politik und der jeweiligen gesellschaftlichen Beziehungen genießen und zwischen Desinformation und Information unterscheiden können. Hierbei spielen die Bildungseinrichtungen in Wien eine zentrale Rolle. Drei Leitsätze sehen wir als zentral an:

- Digitaler Schutz - die Fähigkeit, Online-Risiken zu vermeiden (z.B. Cybermobbing) bzw. zu begrenzen und mit problematischen Inhalten richtig umzugehen.

- Digitale Sicherheit - die Fähigkeit Cyber-Bedrohungen (z.B. malware) zu erkennen, deren Methoden zu verstehen und passende Sicherheitsmaßnahmen einzusetzen, um Schaden zu minimieren.
- Digitale emotionale Intelligenz - die Fähigkeit einfühlsam zu sein und gute Beziehungen mit anderen Online-Teilnehmer_innen aufzubauen und diese auch "offline" zu pflegen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Zur Unterstützung der digitalen Fähigkeiten für mündige Bürger_innen sind die Förderungen in der Erwachsenenbildung (waff) und Volksbildung (VHS) um entsprechende Angebote zu erweitern.
- Erarbeitung von Materialien für Schulen.
- Digitale Lernkonzepte wie Blended Learning werden verstärkt in der Erwachsenenbildung eingesetzt.
- Verknüpfung von schulischen Angeboten mit jenen der Erwachsenenbildung, um Themen generationenübergreifend zu behandeln (Mobbing, digitale Kommunikation).

Digitale Stadtverwaltung

Um die analoge Lebensqualität auch digital erlebbar zu machen, werden in zahlreichen Bereichen des täglichen Lebens die Modelle der „Wiener Digitalisierung“ weiterentwickelt und eingesetzt.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die **digitalen Partizipationsangebote** sollen ausgebaut werden. Ziel bis 2025 ist, dass mindestens 15% der Wiener Bevölkerung digital mitsprechen.
- Die **Website mein.wien.gv.at** ist die neue Evolutionsstufe im Bereich E-Government. Das Portal bietet Wienerinnen und Wienern sowie Wirtschaftstreibenden Komfort bei Behördengängen oder den topaktuellen Guide „GrätzIMap“. Der „WienBot“ ist in mein.wien.gv.at integriert und ermöglicht, Fragen an Behörden interaktiv beantworten zu lassen und Amtswege ebenso zu erledigen (beispielsweise die Beantragung des Parkpickerls oder eines Schanigartens). mein.wien.gv.at bietet für alle Wiener*innen und Wienern einen persönlichen Bereich für Verwaltungsdaten. Ein Tracking-System macht den Fortgang und die Bearbeitung jederzeit nachvollziehbar.
- Mit der Funktion „**Zahl's Wien**“ wollen wir den Wienerinnen und Wienern eine sichere Anwendung für den digitalen Zahlungsverkehr mit den Stellen der Stadt bieten.

- Die Stadt Wien ist im Bereich von IT-Lösungen als Nachfragerin am Markt tätig. Wir werden bei der Beschaffung von Software-Lösungen auch als Testbed für innovative Lösungen fungieren.
- Rechenzentren verbrauchen viel Energie und Kühlwasser. Die neue Stadtregierung wird sich im Sinne der Klimaziele diesem Thema der Ökologisierung der Digitalisierung wissenschaftlich fundiert und praxisnah widmen und die Rechenzentren bis 2030 klimaneutral betreiben, zum Beispiel durch die Nutzung von Abwärme.
- Mit DigiPol schaffen wir in der Stadt Wien eine hochmoderne Lösung für die politischen Abläufe in der Stadt, die im Endausbau Akteneinsicht, Antragsstellung und Sitzungsverwaltung digital für die politischen Gremien umfassen wird.

6.3 STADTENTWICKLUNG

Für die Smart City Wien sind die Strategien und Instrumente der Stadtentwicklung von entscheidender Bedeutung. Sie müssen unmittelbar aus der Smart City Strategie abgeleitet werden und sind entscheidend dafür, wie wir unser unmittelbares Lebensumfeld gestalten.

In den vergangenen Jahren war Wien durch eine rasante Bevölkerungszunahme und eine rege Bautätigkeit geprägt. Diese Entwicklung hat sich einerseits abgeschwächt, andererseits rücken durch den zunehmend spürbaren Klimawandel auch andere Aspekte wie die Hitze in der Stadt in den Mittelpunkt der Stadtentwicklung. Auch auf die zunehmende Konkurrenz zwischen Flächenbedarfen für Wohnen und Arbeiten müssen wir in der Smart City eingehen.

Auf diese Themen wollen wir mit neuen Ansätzen reagieren.

Die Fortschrittskoalition arbeitet für eine lebenswerte Stadt, in der es ausreichend Flächen für Wohnen, Arbeit und Erholung für alle Menschen gibt. Mobilitätsbedürfnisse in der Stadt sollen möglichst ökologisch erfüllt werden. Eine sensibel ausgewogene Aufteilung der Flächen in Wien ist daher oberstes Ziel.

Unser gemeinsames Ziel ist eine Stadt, in der man gerne und günstig wohnt. Das wird durch das „Wiener Modell“ der sozialen Wohnpolitik sichergestellt. Die 2019 neu eingeführte Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“ stellt einen Meilenstein dar und soll einen sehr hohen Stellenwert in der Stadtplanung haben. Sie stellt sicher, dass überall dort, wo Flächen in Wohngebiet umgewandelt werden, nun zwei Drittel für den sozialen Wohnbau vorgesehen sind.

Vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums und der Änderungen in der Wirtschaftsstruktur unserer Stadt sowie des Trends zu – mit Wohnnutzungen - mischfähigen Betrieben ohne namhafte Emissionen, müssen wir auch darüber nachdenken, wo wir künftig Arbeitsplätze in unserer Stadt ansiedeln.

Die ausreichende Versorgung der Wienerinnen und Wiener mit sozialer Infrastruktur ist essenziell für die Lebensqualität. Dazu gehören vor allem Schul- und Kinderbetreuungseinrichtungen,

Gesundheitsversorgung, kulturelle sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen). Das betrifft ganz besonders die Außenbezirke, wo die größten Stadtentwicklungsgebiete sind.

Trotz des Wachstums der Stadt halten wir den Grünraumanteil in Wien bis 2050 bei über 50% und schaffen zusätzliche kühle Erholungsräume. Im Zusammenwirken mit dem intensiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der Förderung thermischer Gebäudesanierungen und der erneuerbaren Energie wirkt sich das positiv auf den Klimaschutz und das Klima in unserer Stadt aus. Diese Überlegungen müssen in die Ziele und Instrumente der Stadtentwicklung noch stärker als bisher einfließen.

Schlussendlich wollen wir durch die Instrumente der Bürger_innenbeteiligung die demokratische Kultur gemeinsam mit allen in Wien lebenden Menschen stärken.

Smarter together 3.0 – der Stadtentwicklungsplan 2035

Der 2014 im Gemeinderat beschlossene Stadtentwicklungsplan (STEP) 2025 gab die strategische Richtung für die Entwicklung der wachsenden Stadt Wien vor. Der STEP und seine Fachkonzepte stellen Leitziele für die Stadt sowie Handlungsanleitungen für die mit Stadtplanung betrauten Fachdienststellen dar. Doch Urbanität bedeutet permanente Veränderung und Bereitschaft, sich immer wieder mit Neuem auseinanderzusetzen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir erarbeiten unter der Federführung der Magistratsabteilung 18 in den kommenden drei Jahren einen neuen, modernen Stadtentwicklungsplan 2035, der unter dem Titel „smarter together 3.0“ Wien zu einer Klimamusterstadt macht, in der die Menschen gerne leben.
- Dieser neue STEP 2035 steht vor allem unter der Prämisse, die Stadt „klimafit“ zu machen. Die Empfehlungen des Klimarates werden daher zentrale Bedeutung haben. Die neue Zielvorgabe der Klimaneutralität der Smart City Rahmenstrategie ist auch für die Stadtentwicklung und Stadtplanung maßgeblich. Stadtentwicklungsgebiete und neue Stadtteile werden klimafit geplant.
- Um die zukünftigen Herausforderungen zu meistern, ist ein Umdenken erforderlich. Die betonlastige Planung und Ausgestaltung von Plätzen und Stadtteilen ist nicht mehr zeitgemäß. Der STEP 2035 und daraus folgende Maßnahmen müssen wesentlich zur Klimawandelanpassung beitragen.
- Auch die zahlreichen Fachkonzepte des STEP müssen dem neuen Leitziel „smarter together 3.0“ folgend im Sinne der Klimawandelanpassung adaptiert werden.
- Ein neues Fachkonzept „Soziale Infrastruktur“ wird im Zuge der Entwicklung des neuen STEP 2035 erstellt und macht verbindliche Vorgaben für die Ausstattung von Stadtentwicklungsgebieten mit sozialer Infrastruktur. Die Rolle der Infrastrukturkommission

wird im Zuge der Erstellung des Fachkonzepts neu definiert.

- Im Rahmen der Überarbeitung werden auch die derzeitigen Zielgebiete überdacht und etwaige neue Zielgebietsdefinitionen vorgenommen. Zwei Zielgebiete sind uns besonders wichtig: aspern - Die Seestadt Wien als Vorzeigequartier für nachhaltiges Wohnen und Arbeiten sowie Rothneusiedl als Stadtentwicklungslabor für die CO2-neutrale Stadt.

Stadtplanungsprozesse und -instrumente

Verfahren müssen schneller und einfacher werden. Die Komplexität der in der Stadtplanung vorhandenen Instrumente (Fachkonzepte, Leitbilder, Stadtteilentwicklungskonzepte, Wettbewerbe, kooperative Verfahren, Qualitätsbeiräte, Bauträgerwettbewerbe, uvm.) wird analysiert und bewertet.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir straffen Verfahren ohne städtebaulichen und baukulturellen Qualitätsverlust und prüfen Vorschriften und Normen dahingehend, wie die Ziele der Stadtplanung rascher und kostengünstiger erreicht werden können. Planung und Wohnbau sollen mit dem Ziel, Verfahrensdauern zu verkürzen und nur notwendige Instrumente anzuwenden, möglichst verschränkt arbeiten.
- Das Stadtteilbezogene Entwicklungskonzept (SEK) wurde 2020 eingeführt und stellt eine Zwischenebene zwischen STEP und Flächenwidmungs- und Bebauungsplan dar. Das SEK greift funktional zusammenhängende Entwicklungen auf und behandelt übergeordnete raumplanerische Fragestellungen. Wir entwickeln das SEK anhand von konkreten Pilotprojekten (wie z.B. Südraum Favoriten, Oberes Hausfeld) auf die Funktionalität als Instrument testen und im Zuge des STEP 2035 bei Bedarf weiterentwickeln. Ziel ist die Vereinfachung und Konzentration der Planungsprozesse und die Vermeidung von Redundanzen in der Bearbeitung.
- Mit der Novelle der **Bauordnung 2014** wurde das neue Instrument der städtebaulichen Verträge geschaffen. Es unterstützt die Finanzierung für neu zu schaffende notwendige technische und soziale Infrastruktur in neuen Stadtteilen. Diese privatrechtlichen Verträge sollen weiterhin - unter Einbeziehung der Bezirksvertretungen - zum Einsatz kommen. Um die Nachvollziehbarkeit und die Transparenz dieser Verträge zu erhöhen, sollen ein Leitfaden und ein Kriterienkatalog erstellt werden, der Bauträger_innen und Investor_innen als Grundlage zur Verfügung steht.

Das starke Wachstum Wiens hat sich zuletzt abgeschwächt. Diese Entwicklung lässt **eine maßvollere Dichte bei Stadterweiterungen zu.**

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Das Widmungs- und Bauprogramm von bisher 10.000+ Wohnungen soll reduziert werden, um die gewachsenen Strukturen in den Außenbezirken besser zu berücksichtigen. Dabei achten wir auf eine kompakte Siedlungsentwicklung und Dichten, die eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung garantieren (“Stadt der kurzen Wege”).
- Ein wesentliches Ziel ist die Schaffung lebendiger Quartiere mit architektonischer Vielfalt und einer hohen Qualität des öffentlichen Raumes. Dafür braucht es eine strategische Herangehensweise, indem wir gemeinsam mit den Bewohner_innen, aber auch Bauträger_innen an der Qualitätssicherung der Quartiere arbeiten.
- Gewerbliche Bauträger haben in den letzten Jahren zunehmend Einfamilienhausgebiete als Aktionsgebiete erkannt. Dies betrifft insbesondere Kleingartengebiete, Gartensiedlungen und Gebiete der Bauklasse I. Durch das Ausnutzen verschiedener baurechtlicher Möglichkeiten sind in den letzten Jahren vermehrt nutzflächenmaximierte Mehrparteienwohnhäuser entstanden, die das gewohnte Stadtbild beeinträchtigen und in hohem Maße Grünraum versiegeln. Wir entwickeln eine Strategie, wie zukünftig mit diesen Gebieten umzugehen ist. Baukulturelle und ökologische Qualität spielen dabei eine ganz wesentliche Rolle.

Vor dem Hintergrund der Änderungen in der Wirtschaftsstruktur unserer Stadt hin zum Dienstleistungsbereich – sowie angesichts des Trends zur Nutzungsmischung - ist eine **Evaluierung einiger Instrumente des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans sinnvoll.**

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Eine **Fachenquete zu Widmungskategorien** soll einen Anstoß zum Thema Nutzungsmischung geben. Insbesondere sollen sich Expert_innen mit den Widmungskategorien „Geschäftsviertel“, „Gemischtes Baugebiet“, „Betriebsbaugebiet“, „Gartensiedlungsgebiet“ und der Bebauungsbestimmung „Wohnzone“ befassen. Produzierende Betriebe und Industriegebiete, wie sie im Fachkonzept „Produktive Stadt“ angeführt werden, sollen davon nicht nachteilig berührt sein.

Bürger_innenbeteiligung und Partizipation

Beteiligungsprozesse wurden in den Zielkatalog der Smart City Rahmenstrategie aufgenommen. Der Grundsatz unseres Partizipationsgedankens ist, dass die in der Rahmenstrategie vereinbarten Qualitätsstandard und Instrumente der Teilhabe von allen sozialen Gruppen sowie den unterschiedlichen Akteur_innen angenommen und mitgetragen werden. Nur so können alle am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilnehmen und einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt leisten.

Partizipation und Bürger_innenbeteiligung in der Smart City sind eine Einladung, an zahlreichen auch neuen Beteiligungsformaten und -initiativen teilzuhaben und Diskussionen über Strategien und konkrete Maßnahmen und Räume aus der Zivilgesellschaft nicht nur zuzulassen, sondern zu ermöglichen und zu fördern.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Das bereits in der Magistratsdirektion eingerichtete „**Kompetenzzentrum für Partizipation**“ wird als zentrale Servicestelle für alle mit Beteiligung befassten Magistratsabteilungen gestärkt. Die Kompetenzstelle entwickelt einen Partizipationshub, der als serviceorientierte Anlaufstelle für alle Dienststellen, die Partizipationsprojekte umsetzen, und für zivilgesellschaftliche Initiativen agieren soll. Wir wollen Beteiligungskompetenz, eine Unterstützung des Partizipationsmainstreamings sowie der Wissenstransfer (magistratsintern und auch außerhalb) stärken.
- Das **Forum Partizipation** soll weitergeführt werden, um den Wissenstransfer in der Verwaltung aufrecht zu erhalten.
- Gemeinsam mit der Kompetenzstelle wird die neue Stadtregierung ein **Konzept für partizipative Budgetgestaltung** in den Bezirken erarbeiten, den interessierten Bezirken zur Verfügung stellen und ausrollen.
- Weiters entwickeln wir gemeinsam mit der Kompetenzstelle das **Modell eines partizipativen Klimainvestitionsbudgets**. Die Methode des “Bürger_innenrates” wird in den nächsten Jahren als Pilotprojekt bei einem ausgewählten Klimainvestitionsprojekt erprobt. Die Ergebnisse werden für ein gemeinsames Handeln für eine klimagerechte Stadt herangezogen.
- **Eine Evaluierung des Masterplans partizipative Stadtentwicklung** wird von der Kompetenzstelle Partizipation geprüft und durchgeführt, wenn diese zur Weiterentwicklung im Rahmen der Smart City Rahmenstrategie erforderlich ist..
- Im Sinne der Smart City Rahmenstrategie werden Indikatoren für Partizipationsziele erarbeitet und in die Überarbeitung aufgenommen.
- In Kooperation mit der Kompetenzstelle Partizipation planen wir die Etablierung einer digitalen Beteiligungsplattform der Stadt Wien, die über alle Beteiligungsangebote der Stadt informiert und zur direkten Teilhabe einlädt. Die Plattform wird in mein.wien.gv.at integriert.
- Mit der Lokalen **Agenda 21** setzen Bürger_innen nachhaltige Projekte in Wien um. Gemeinsam mit Politik und Verwaltung wird die Zukunft der Stadt gestaltet. Wir erarbeiten gemeinsam ein Konzept der Weiterführung der Arbeit der Lokalen Agenda 21.

- Mitsprache, Mitbestimmung und aktive Gestaltung durch Kinder und Jugendliche fördern das Verständnis für demokratische Prozesse. Die aus dem Beteiligungsprojekt „Werkstadt Junges Wien“ entstandene Kinder- und **Jugendstrategie 2020 bis 2025** der Stadt Wien enthält konkrete Maßnahmen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Hier wird ein besonderes Augenmerk auf die Umsetzung der Strategie und deren regelmäßige Evaluierung gelegt. Auch das Kinder- und Jugendparlament soll gestärkt werden.

6.4 SMARTE MOBILITÄT

Mobilität und Verkehr sind von zentraler Bedeutung für die Menschen in Wien. Sie bestimmen wesentlich die Lebensqualität der Bürger_innen und sind ein wichtiger Motor für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Die Smart City Wien ermöglicht komfortable, sichere, barrierefreie und leistbare Mobilität für alle, auch ohne eigenes Auto. Andererseits hat der motorisierte Individualverkehr den höchsten Anteil an den Emissionen von Treibhausgasen, verursacht weitere hohe Umweltbelastungen (Rohstoffverbrauch, Luftschadstoffe, Lärm) und beansprucht sehr viel Platz im öffentlichen Raum.

Daher gilt es, Mobilität und Verkehr im Sinne der Smart City umfassend weiterzuentwickeln. Voraussetzung dafür sind eine kompakte Stadtentwicklung und der Ausbau eines leistungsfähigen öffentlichen Verkehrs, um den Mobilitätsanforderungen einer wachsenden Metropolregion gerecht zu werden

Die Wiener Verkehrspolitik ist der „intelligenten Mobilität“ verpflichtet. Unser Ziel ist, dass die Wienerinnen und Wiener schnell, sicher und bequem vorankommen und der Verkehr stadtverträglich und umweltschonend gestaltet wird. Weil die Menschen immer mobiler werden, müssen wir im Ballungsraum darauf achten, dass der Verkehr umweltverträglich, energiesparend und auf kurzen Wegen erfolgt. Verkehr, der nicht notwendig ist, muss vermieden werden. Künftig sollen 80% aller Wege im Umweltverbund (Öffis, Rad oder zu Fuß) zurückgelegt werden.

Ein so dichtes und qualitativ hochwertiges Netz des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) um nur einen Euro pro Tag bzw. 365 Euro im Jahr ist einzigartig. S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn und Bus sind das Rückgrat einer klimaschonenden Mobilität in Wien. 2,6 Millionen Fahrgäste werden täglich gezählt. Die öffentlichen Verkehrsmittel werden ergänzt durch ein Angebot an Minibussen, Ruftaxis und Mikro-ÖPNV. Daher muss der ÖPNV in der Verkehrspolitik Priorität haben. Bei der Erschließung neuer Siedlungsgebiete, bei der Anbindung bestehender Stadtteile und bei der Planung von Infrastruktur gilt für uns der Grundsatz: öffentlicher Nahverkehr hat immer Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr.

Für viele Wege gilt immer öfter das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“. Carsharing, alternative Transportmittel wie Leihfahrrad oder E-Roller sind immer häufiger an Mobilitätsstationen für die letzte Meile verfügbar. Elektroautos und vor allem autonomes Fahren werden die Mobilität in den Städten stark verändern.

Wir gestalten die Stadt so, dass alle mobil sein können und sich dabei sicher fühlen. Auf den Straßen geben wir dem Rad- und Fußverkehr mehr Sicherheit. Wir gestalten Infrastruktur für Menschen. Dazu gehört auch eine faire Verteilung des öffentlichen Raumes. Immer mehr Menschen sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder aktiv unterwegs, weshalb sie einen größeren Anteil am öffentlichen Raum bekommen sollen.

Die Mobilitätsangebote in Wien sollen fair, gesund, kompakt, ökologisch, robust und effizient sein. Es geht darum, „miteinander mobil“ zu werden und die Chancen der Digitalisierung in Richtung „Mobility as a Service“ zu nutzen.

Funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist auch eine zentrale Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Wir setzen als Antwort auf die Corona-Krise einen Fokus auf kluge und beschäftigungsintensive Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Folgende Hebel sind dabei besonders beschäftigungs- und wertschöpfungsintensiv:

- Stadtgrenzen überschreitende Verkehre mit Schnelltrams.
- Ausbau bzw. Verlängerung und Beschleunigung von Straßenbahnlinien in Flächenbezirken.
- Forcierung von Straßenbahnen auch innerstädtisch zur Umsetzung der Clean Vehicle Directive, und im Zuge dessen die Aufwertung des Straßenraums.
- Ausbau und Schaffung von E-City-Bikes auch in Stadtrandlagen, Verdichtung des Netzes.
- Gezielte Anreize für Car-Sharing Anbieter (Geschäftsgebiet-Vorgabe per Ausschreibung).
- City Bike Wien - Modernisierung und Ausweitung in die Außenbezirke.,

Angebotsverbesserungen im S- und U-Bahnnetz bleiben eine tragende Säule im öffentlichen Verkehr. Gleichermäßen gilt es, die Flächen zwischen den U-Bahn- und S-Bahnlinien durch tangentielle Straßenbahnen und Busse zu erschließen und einen verstärkten Fokus auf die Stadtrandgebiete und auf den Stadtgrenzen überschreitenden Verkehr zu legen. Wir arbeiten für ein dichtes ÖV-Netz mit guten Umsteigemöglichkeiten innerhalb der Stadt und zwischen Stadt und Umland.

Im Straßenverkehr setzen wir auf ein faires Teilen der vorhandenen Straßen und Plätze. Menschen allen Alters und Geschlechts müssen gleichen Zugang zur Verkehrsinfrastruktur unserer Stadt haben.

Während der Modal Split in Wien bei 70 % Umweltverbund zu 30 % motorisiertem Individualverkehr liegt, ist es bei den Einpendler_innen nach Wien genau umgekehrt. Der überwiegende

Teil der etwa 300.000 Einpendler_innen täglich kommt mit dem Auto. Wesentlich für den Erfolg der Wiener Verkehrspolitik ist daher eine enge Abstimmung und Kooperation in Verkehrs- und Raumordnungsfragen mit der gesamten Ostregion sowie ein regionsübergreifendes Verkehrskonzept.

Unser Ziel ist es, bis 2030 die Zahl der PKW-Pendler_innen zu halbieren. Unter anderem durch die langfristige Reduktion von Abstellmöglichkeiten für Pkw im öffentlichen Raum, aber auch die Beteiligung Wiens am Bau von Park&Ride-Anlagen in Niederösterreich. Zusammenarbeit mit dem VOR (Verkehrsverbund Ostregion) muss es sein, dieselbe Qualität zum selben Preis in allen drei Bundesländern sicherzustellen, damit derselbe Modal Split bei Pendler_innen ebenso wie im Freizeitverkehr sowie in Wien gewährleistet werden kann.

Das von der Bundesregierung forcierte 1-2-3-Ticket kann einen Beitrag zur Verlagerung des Pendler_innen-Verkehrs von der Straße auf die Schiene in ganz Österreich und vor allem auch in der Ostregion leisten. Dabei darf es aber zu keiner Verschlechterung für die Wiener Bevölkerung oder der Handlungsmöglichkeiten der Stadt kommen. Wien hat mit dem 365-Euro-Ticket dabei schon vorgelegt und dabei viel Geld investiert.

Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs

Investitionen in den ÖPNV – vor allem der Straßenbahnausbau - sollen vorgezogen werden, um mittelfristige Alternativen zum Individualverkehr zu stärken und die Wirtschaft nach der Corona-Krise anzukurbeln. Allein die Investitionen in die U-Bahn in der Höhe von 1,4 Milliarden Euro (von 2002 bis 2013) haben einen Wertschöpfungseffekt von 1,7 Milliarden Euro und einen Beschäftigungseffekt von insgesamt 24.000 Vollzeitbeschäftigten ausgelöst. Investitionen in die Bahninfrastruktur und in den städtischen öffentlichen Verkehr bringen bei gleicher Investitionssumme eine fast dreimal so hohe Wertschöpfung wie Ausgaben für Straßenbauten und führen zu deutlich höheren Beschäftigungseffekten. Auch kleinräumige Maßnahmen wie die Verkehrsberuhigung induzieren überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze in der Region.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **U2/5 Neubau** – 1. Stufe: U2 Verlängerung bis Matzleinsdorf und U5 neu zwischen Karlplatz und Frankhplatz - 2. Stufe: U2 Verlängerung bis Gutheil-Schoder-Gasse und U5 bis Hernals,
- Weitere **Modernisierung der U4,**
- Die **neue Straßenbahnlinie 27** erschließt ab 2023 die Stadtentwicklungsgebiete Berresgasse und Heidjöchl auf einem neuen Streckenabschnitt ab Pirquetgasse bis zur Station Aspern Nord.
- Die neue **Straßenbahnlinie 12** wird ab 2023 das Stadtentwicklungsgebiet Nordwestbahnhof mit dem Nordbahnhof verbinden und beide Entwicklungsgebiete optimal mit den U-Bahnen und S-Bahnen verknüpfen. In einer 1. Baustufe soll zunächst das Teilstück

im Nordbahnviertel zwischen der Haltestelle Rebhanngasse und der U1-Station Vorgartenstraße umgesetzt werden.

- **Verlängerung der Straßenbahnlinie 18** bis 2025 von der U3-Station Schlachthausgasse bis zur U2-Station Stadion.
- Die Donaufeldtangente erschließt ab 2025 das Stadtentwicklungsgebiet Donaufeld und bindet es an Kagran und Floridsdorf an.
- Die **Straßenbahnlinie 25** wird je nach Fortschritt der Stadtentwicklung Seestadt Nord bis zur Station Aspern Nord **verlängert**.
- Bis 2025 wird zudem **mindestens eine Straßenbahnlinie über die Stadtgrenze fahren**. Mögliche Routen sind eine Verlängerung des 72ers nach Schwechat oder eine neue Straßenbahnlinie nach Groß Enzersdorf. Dafür bedarf es einer engen Abstimmung mit Niederösterreich - eine Finanzierung muss gemeinsam durch die betroffenen Gebietskörperschaften erfolgen. Kofinanziert werden sollen die Vorhaben durch die Nahverkehrsmilliarde des Bundes.
- Wir überprüfen in diesem Zusammenhang auch einen möglichen **Ausbau der Wiener Lokalbahn**.
- Sicherstellung von wirksamen, dem aktuellen Stand der Technik entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen bei allen Neu- und Ausbaustrecken der Schieneninfrastruktur, um Schallemissionen möglichst effizient einzudämmen. Bestandstrecken im U-Bahn-Netz werden dort in gleicher Qualität nachgerüstet, wo eine bestehende oder geplante Wohnbebauung, speziell in Stadtentwicklungsgebieten, bis dicht an die Schienentrasse reicht und das technisch möglich ist.

Historisch gewachsene **Busrouten in den Außenbezirken** sollen neu gedacht und so umstrukturiert werden, dass dort der öffentliche Verkehr zu einer echten Alternative zum Auto werden kann.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Für Simmering, Floridsdorf, die Donaustadt und Liesing sollen in Zusammenarbeit von Verkehrsressort, Wiener Linien und Bezirken smarte Buskonzepte erstellt werden. Damit soll eine strukturelle Vereinfachung und Beschleunigung des Netzes erreicht werden.
- Eine Verdichtung der Intervalle und eine Verlängerung der Betriebszeiten ergänzen das Angebot und tragen den Bedürfnissen einer lebendigen und wachsenden Stadt Rechnung.

Unser Ziel ist mittelfristig die Errichtung eines vollständigen **S-Bahn-Rings** für die ganze Stadt (über den Hauptbahnhof, Simmering und die Donauuferbahn), der die Tangentialverbindungen zwischen den Außenbezirken stärkt und das innerstädtische Verkehrsnetz entlastet. Weiteres planen wir im S-Bahn- und Regionalverkehr **Taktverdichtungen**, den Ausbau der Pottendorfer Linie, den Ausbau der Aspangbahn und der Badner Bahn sowie die Elektrifizierung der Marchegger Ostbahn samt Erweiterung der Ostbahnbrücke.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Für den **S-Bahn-Ring wird eine Machbarkeitsstudie** inklusive des möglichen Ausbaues der Donauuferbahn erstellt. Als weiterer Schritt wird der Vertrag mit den ÖBB zum Ausbau der Verbindungsbahn überprüft, um baulich die Möglichkeit eines Ringschlusses im Wiental sicherzustellen. In Zusammenarbeit mit den ÖBB werden notwendige Investitionen in weitere Streckenabschnitte überprüft und geplant.
- Den **Ausbau der ÖBB-Verbindungsbahn** für den S-Bahn-Verkehr.
- Den **4-gleisigen Ausbau Meidling – Mödling** mit einer Abstimmung mit der ÖBB im Hinblick auf zusätzliche Querungsmöglichkeiten der als Barriere wirkenden Südbahntrasse für Fußgänger_innen und Radfahrer_innen und der Gestaltung der Bahnhofsvorplätze in Vorbereitung für die UVP.
- Die **Sanierung der S-Bahn-Stammstrecke** zwischen Matzleinsdorfer Platz und Praterstern. Ziele sind die Erneuerung/Erweiterung der Bahninfrastruktur inklusive Viadukte im 2. und 3. Bezirk, die Verlängerung aller Bahnsteige auf 220 m, die Realisierung einer modernen Zugsteuerung, um einen 2-Minuten-Takt zu ermöglichen.
- **Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV Vertrages** – z.B. Anschaffung von weiteren Niederflurstraßenbahnen, Autobussen und U-Bahngarnituren.
- Laufende Leistungen im Rahmen des **Verkehrsdienstvertrages mit den Wiener Lokalbahnen** (Betrieb, gemeinsam mit Verkehrsministerium und NÖ).
- **Fahrzeugfinanzierungen** (gemeinsam mit NÖ), ÖBB S-Bahnpaket bzw. Anschaffung von Fahrzeugen.
- **9. Mittelfristiges Investitionsprogramm** (gemeinsam mit Verkehrsministerium und NÖ).
- Leistungen im Rahmen des **Verkehrsdienstvertrages mit der ÖBB** (Betrieb).

Die Wiener Linien sind einer der besten und beliebtesten Verkehrsbetriebe der Welt. Mit einigen kleineren und oft kostengünstigen Verbesserungen wollen wir diesen hohen Standard erhalten.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir führen neben der beliebten Jahreskarte digitale Zeitkarten ein, die ab Kauf bzw. Entwertung eine Woche bzw. ein Monat gelten. Wir ergänzen im Rahmen der baulichen Möglichkeiten die Ausstattung aller **U-Bahn-Stationen mit Aufzügen oder barrierefreien Zugängen**. Wenn aufgrund mehrerer Stockwerke mehr als ein Aufzug notwendig ist, muss der Verbindungsweg klar ausgeschildert und gut zu bewältigen sein.
- Die Ausschilderung der nächstgelegenen barrierefreien WC-Anlagen wird verbessert.
- Für **sehbehinderte Menschen** werden in allen Verkehrsmitteln die Ansagen über die Ankunft an neuen Stationen und die jeweiligen Umsteigemöglichkeiten gut hörbar gemacht.
- Wir machen es einfacher, **Fahrräder in öffentlichen Verkehrsmitteln** zu transportieren.
- Mancherorts braucht es - ausgelöst durch das städtische Wachstum - eine Verdichtung der Intervalle und eine Verlängerung der Betriebszeiten. Wir prüfen ab 2021 die Verbesserungsmöglichkeiten und Zusammenarbeit mit den Bezirken.
- Eine **Digitalisierungsoffensive der Wiener Linien** (z.B. Evaluierung und Ausrollung von fairtiq, Rufbusangebote, Prüfung von PPP-Kooperationen) wird umgesetzt.
- Den **Ausbau von Rufbus- und Anrufsammeltaxi-Angeboten** (AST), kürzere Wartezeiten, Anbindung an den nächsten Verkehrsknotenpunkt, AST digitalisieren, neue Kooperationen wagen (On-Demand-Shuttles).
- Wien geht als gutes Vorbild voran und wird alternative Antriebsformen in den öffentlichen Verkehr integrieren. E-Busse und Wasserstoffbusse können hier den Anfang machen. Bis 2023 wollen wir den ersten Teil einer neuen, umweltfreundlichen Busflotte beschaffen.
- In Siebenhirten soll ein **eigenes Kompetenzzentrum der Wiener Linien für Elektro- und Wasserstoffantriebe** entstehen.

Die **Wien Mobil Stationen** kombinieren verschiedene Möglichkeiten der Mobilität wie z.B. Bikesharing, E-Scooter, Carsharing, City-Bike-Angebote oder Lastenräder, ergänzt mit überdachten und überwachten Fahrradabstellmöglichkeiten oder auch vollautomatischen Fahrradgaragen. Die „letzte Meile“ mit solchen Fahrzeugen zurückzulegen, soll damit einfacher und attraktiver werden. Vor allem in den Außenbezirken, in denen das ÖPNV-Netz nicht so dicht ist, können sol-

che Verkehrsknoten den Umstieg auf den Umweltverbund fördern.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Im Rahmen neuer (Logistik-) Konzepte (z.B. Paketstationen, Bikesharing, Carsharing etc.) wird die Errichtung von Infrastruktur an multimodalen Knotenpunkten unterstützt. Außerdem werden entsprechende Flächen im öffentlichen Raum sowie die notwendige Finanzierung durch die Stadt bereitgestellt.

Fuß- und Radverkehr

Infrastruktur und öffentlicher Raum werden noch zu oft für den motorisierten Individualverkehr gedacht und geplant. Ein Auto nimmt stehend zehn bis 15 Mal so viel Raum ein wie ein einzelner Mensch oder ein Fahrrad. In Bewegung steigert sich das Missverhältnis noch mehr.

Unser Fokus ist es, Alternativen zum eigenen Pkw attraktiv und leistbar zu machen. Wien soll so rasch wie möglich zur Stadt der kurzen Wege werden und wird dabei auch auf die Außenbezirke achten. Der Aktivverkehr ist für ein erfolgreiches und nachhaltiges Mobilitätskonzept unerlässlich. Es wird in allen Planungen als vollwertige, gleichberechtigte Komponente behandelt.

Dort, wo sich die (Um-)Gestaltung des Straßenraums an den Bedürfnissen der schwächeren Verkehrsteilnehmer_innen und der Anwohner_innen orientiert, wird die Fortbewegung faktisch und gefühlt sicherer. Der öffentliche Raum wird als Ort des Austauschs und Aufenthalts wahrgenommen und die Lebensqualität steigt. Planung muss daher von den Bedürfnissen der schwächsten Verkehrsteilnehmer_innen ausgehen und darf sich nicht an angenommenen Spitzenbelastungen für PKW orientieren.

Es braucht mehr Rücksicht auf Menschen mit Behinderungen im gesamten Straßenverkehr.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- **Zebrastrifen und Blockmarkierungen:** Wer durch die Stadt geht, merkt, es gibt keine einheitliche Linie für Straßenquerungen und Zebrastrifen bzw. Blockmarkierungen für Radfahrquerungen. Das schafft Unsicherheit und das wollen wir ändern.
- **Straßenbahnhaltestellen,** die als Inseln inmitten von Straßen angelegt sind, sind oft nur über Fußgängerampeln erreichbar. Diese Haltestellen sollen zukünftig immer über mindestens einen Schutzweg für jede Fahrtrichtung angebunden werden.
- **Ersatzgehsteige:** Wir wollen Baustellen künftig gemeinsam mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) screenen. Auf diese Weise kann die nachträgliche Einrichtung gesicherter Gehverbindungen vorgeschrieben werden. Diese Vorgangsweise war frü-

her üblich und soll wieder Standard werden.

- **Wir wollen bestehende Konflikte zwischen Radfahrer_innen und Fußgänger_innen lösen.** Mit intelligenter Planung und legistischen Maßnahmen (Verkehrszeichen) sind einige der Probleme zu lösen.
- Wir schaffen **mehr Platz, Komfort und Sicherheit** („Vision Zero“ – null Verkehrstote in Wien) für den Umweltverbund durch den neuen „Wiener Straßenquerschnitt“. Das heißt konsequente Umsetzung von Planungsprinzipien für den Fuß- und Radverkehr (z.B. Begrünung als Standard) Wir reduzieren, wo es für den Fußverkehr notwendig ist, die PKW-Infrastruktur (z.B. Weglassen von Parkspuren für breitere Gehsteige).

Wir bekennen uns zu einer **verkehrsberuhigten Inneren Stadt**. Bei so weitreichenden Eingriffen sind ein durchdachtes Konzept und das Einbeziehen aller Interessensgruppen unumgänglich.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Es soll ein rechtskonformes Modell zur Reduzierung des ruhenden und fließenden motorisierten Individualverkehrs in der Inneren Stadt erarbeitet werden. Die Maßnahmen können eine Neuorganisation des Parkraummanagements (in Abstimmung mit einer Wien-weiten Neuorganisation) und gegebenenfalls Zufahrtsregelungen innerhalb des Rings umfassen. Das Modell soll 2021 unter der Leitung der Bezirksvertretung der Inneren Stadt und der Fachdienststellen und unter Einbindung betroffener Stakeholder sowie Expert_innen entwickelt werden. Bis 2022 soll die Neuregelung umgesetzt werden.
- Mit Einführung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sollen umgehend Kfz-Stellplätze reduziert und in Flächen für den Fuß- und Radverkehr sowie Grünflächen umgewandelt werden. Die Stadt Wien unterstützt den 1. Bezirk bei diesen Maßnahmen organisatorisch und finanziell.
- Um alle Wohngebiete im 1. Bezirk nach einer Verkehrsberuhigung gut zu erschließen, braucht es den öffentlichen Verkehr. Mit der Verlängerung der U2 wird sich das Angebot weiter verbessern. Der Ausbau des Citybusnetzes zur Anbindung von Verkehrsknotenpunkten - wie beispielsweise Wien Mitte - oder von stark frequentierten Orten - wie den Karmelitermarkt oder die untere Mariahilfer Straße soll parallel zur Einführung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen geplant werden.

„Superblocks“ sind ein abgegrenztes verkehrsberuhigtes Gebiet, in das man nur zufahren darf, aber nicht durchfahren. Mit sogenannten „Super-Grätzln“ sollen vorrangig Straßen rund um Bildungseinrichtungen verkehrsberuhigt, entsiegelt und begrünt werden. Moderne Stadtentwicklungsgebiete stehen in Wien traditionellen Grätzlstrukturen gegenüber. Diese einzigartige Mischung ist ausschlaggebend für die hohe Lebensqualität Wiens.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir beruhigen Kreuzungen und Straßen und machen sie zu Begegnungsstätten für Anwohner_innen und Passant_innen. Der Verkehr soll nach Möglichkeit um diese geleitet werden. So wird die Wohnqualität noch mehr verbessert – ein „Super-Grätzl“ eben.
- Überall, wo das nicht möglich ist, werden integrative Lösungen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität der Vorplätze von Kindergärten und Schulen umgesetzt.
- Damit ein neues Viertel auch von alteingesessenen Nachbar_innen angenommen wird, braucht es Plätze und Wege, die für alle offen sind und Begegnungen ermöglichen. Wir werden mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum schaffen und dauerhafte Begegnungszonen ausbauen.

2019 wurden in Wien 459 Kinder auf dem Schulweg verletzt, zwei Kinder wurden dabei getötet. Um dies künftig zu verhindern, muss das Thema Schulwegsicherheit prioritär behandelt werden. Rund 160 Stellen auf Schulwegen wurden bislang als besonders gefährlich dokumentiert.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- 20.000 Schüler_innen fahren und gehen täglich in 700 Schulen - und das gleichzeitig meist knapp vor 8:00 Uhr. Die Folge sind dichtes Gedränge und hohes Verkehrsaufkommen. Daher setzen wir uns für gestaffelte Unterrichtsbeginn-Zeiten ein (in einigen Grätzln funktioniert das bereits hervorragend - 2., 20., 21. Bezirk). Die Stadt informiert und unterstützt die Schulen bei der Umsetzung.
- Wir beschließen ein „Schulwegsicherheitspaket“, das die Bezirke bei der raschen Umsetzung von Verkehrssicherheitsmaßnahmen am Schulweg unterstützen soll. Individuelle Maßnahmen sollen von den Bezirken, gemeinsam mit den Schulstandorten erarbeitet werden.
- Ein Förderkatalog für die Umsetzung der Maßnahmen soll erarbeitet werden.
- Ziel ist es, dass bis 2025 alle dokumentierten Gefahrenstellen entschärft werden.
- Eine rechtskonforme Lösung der Verpflichtung für LKWs, Abbiegeassistenten zu installieren, wird erarbeitet.
- Wir unterstützen den Einsatz von Schülerlots_innen.

Radfahrer_innen und Fußgänger_innen erhalten von uns eine bessere Infrastruktur. Durch kontinuierlichen Ausbau der Radwege wurde in Wien der Radverkehrsanteil innerhalb der letzten 15 Jahre mehr als verdoppelt. Dennoch gibt es Lücken im Radverkehrsnetz.

Der Platz für den Radverkehr darf nicht zu Lasten des Fußverkehrs gehen. Im Idealfall sind Rad-

wege baulich von anderen Verkehren zu trennen. Es sind Alternativen zu schmalen Radstreifen gefragt, die nicht mit parkendem Verkehr und Einfahrten kollidieren und Platz zum Überholen bieten. Die Öffnung von Einbahnstraßen für Radverkehr, die Einrichtung von Fahrradstraßen oder autofreie Bereiche sind kostengünstige und schnell realisierbare Maßnahmen, falls bauliche Maßnahmen an Hauptverkehrsstraßen nicht durchführbar sind. Ergänzend kann ein komplettes Fahrradwegenetz aufgebaut werden, indem nachrangige Straßen zu Fahrradstraßen werden, die miteinander verbunden sind.

Auf Fahrradstraßen und beruhigten Strecken sollen sich so wenige Querungen und Halteverpflichtungen wie möglich finden. Grundsätzlich müssen an allen Ampeln und Kreuzungen Warte- und Haltezonen für Radfahrer_innen markiert werden, sofern sie den Vorrang des ÖV nicht einschränken.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir setzen uns mit der Qualitätsoffensive Radwege das Ziel, den Anteil der Fahrradwege an der Gesamtverkehrsfläche Wiens auf 10% zu steigern.
- Wir erarbeiten 2021 gemeinsam mit den zuständigen Fachdienststellen und den betroffenen Bezirken ein Radwegeausbauprogramm für die nächsten fünf Jahre. Dafür stehen € 20 Mio. jährlich zusätzlich zur Verfügung. Die Lenkungsgruppe Radverkehr soll weitergeführt werden und als Koordinierungsstelle für die zuständigen Magistratsdienststellen fungieren. Sie hat die Gesamtsicht auf die aktuellen Projekte sowie die Lösungskompetenz bei Problemen.
- Wir bauen das Rad-Langstreckennetz aus.
- Wir schaffen eine Ausweitung des Citybike-Systems auf die Außenbezirke. Es braucht ein flächendeckendes Modell mit dezentralem Stationsnetz.
- Es wird bessere Ampelschaltungen für Radfahrer_innen geben.
- Wo es technisch möglich ist, bauen wir auf Hauptstraßen sichere und baulich getrennte Radwege.
- Für Kinder braucht es gezielte Programme, um die Radfahrkompetenz zu verbessern – derzeit haben etwa nur 20 % der Kinder einen Radfahrausweis.

Die Dezentralisierung sieht eine Kostentragung für die Ausgestaltung des öffentlichen Raums bei den Bezirken. Gleichzeitig sind mehrere Förderinstrumente etabliert. Die geförderten Projekte befinden sich derzeit in Umsetzung bzw. werden 2021 umgesetzt.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die derzeitigen Förderinstrumente (z.B. Förderung überregionaler Maßnahmen – Stadtgestaltung, Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, Beseitigung von Urban Heat Islands) werden von den Bezirken sehr gut, wenn auch unterschiedlich angenommen. Sie sind eine hervorragende Basis für nachgeschärfte Instrumente in der nun kommenden Legislaturperiode. Eine Neuformulierung oder ein Fortschreiben der bestehenden Regelungen für Maßnahmen ab 2022 ist erforderlich.
- Nebenradwege und Radabstellanlagen werden aus dem Bezirksbudget finanziert. Anreize könnten über eine Förderung für die Bezirke erfolgen.

Straßenverkehr und Parkraum

Das Parkraummanagement hat sich bisher als wirkungsvolles Instrument erwiesen, um die Mobilität der Wienerinnen und Wiener wie auch den Pendler_innenverkehr vermehrt auf den Umweltverbund zu verlagern. Die Evaluierung des Parkraummanagements in den letzten Jahren hat zu einer Reduktion der Auslastung der Stellplätze im Straßenraum von bis zu 30 % nach Einführung von Parkraummanagement ergeben, vor allem durch den Rückgang von Autos mit Nicht-Wiener-Kennzeichen.

Wien braucht trotzdem ein neues System des Parkraummanagements. Die digitale Stadt kann auch hier Vorreiter sein. Die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung sollen ausgeschöpft werden, um eine flexiblere Regelung zu ermöglichen. Beispielsweise dadurch, dass individuelle Lebenswelten berücksichtigt werden – etwa mit einer Parkmöglichkeit für pflegende Angehörige. Ein Gesetz für ein modernes und verständliches Parkraummanagement wird Grundlage für die Neuregelung des ruhenden Verkehrs sein. Dabei stehender Steuerungs- und Lenkungseffekt im Vordergrund.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir beschließen 2021 ein Parkraummanagementgesetz, das die Gemeinde ermächtigt, eigene Parkgebühren einzuhoben und die genauen Rahmenbedingungen auf dem Verordnungsweg festzulegen. Die Einnahmen fließen weiterhin zweckgebunden in den Umweltverbund.
- Die Inhalte der Parkraummanagement-Verordnung erarbeiten wir gemeinsam mit den Fachdienststellen, den Bezirken und externen Stakeholdern. Diese stellen wir spätestens 2022 fertig.
- Weiters sollen die Möglichkeiten von neuen digitalen Technologien zur Parkraumbewirtschaftung und Prüfung der Machbarkeit eines digitalen Gebrauchsgebührensystems erfolgen.

- Möglichkeiten für eine Staffelung der Tarife nach Fahrzeuggröße und/oder CO2 Emissionen sollten im Prozess sondiert werden, um effiziente Fahrzeuge gegenüber anderen zu bevorzugen.
- Mithilfe von modernen Angeboten wie Smart Parking soll die Suche und das Buchen von Parkplätzen schnell und problemlos per Smartphone erledigt werden.

In der wachsenden Stadt ist die **Straßeninfrastruktur** wesentlich.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Das in der letzten Legislaturperiode eingereichte Projekt Stadtstrasse Aspern wird nach Plan weiterverfolgt. Wir setzen das Projekt nach höchsten ökologischen Standards um.
- Außerdem folgen wir den Empfehlungen im Bericht der Expert_innengruppe von 2018, Begleitmaßnahmen zeitgerecht umzusetzen, die negative Umweltwirkungen verringern, wie die Entlastung von Ortskernen und Wohngebieten sowie den Ausbau und die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs. Innovative Begleitmaßnahmen wären z.B. Car-Pooling-Spuren und die Bevorzugung von E-Pkw auf mehrspurigen Straßen.
- Wir werden weiter verdeutlichen, dass den Frauen die Hälfte der Stadt gehört. Wir haben ihnen in den letzten Jahren endlich auch eine entsprechende Sichtbarkeit über Straßenbenennungen gegeben. Wir bleiben dran, Erinnerungen an herausragende Leistungen von Frauen festzuschreiben.

Wien ist eine Stadt der Brücken. Diese sind für die Mobilität unverzichtbare und vielbenutzte Verbindungen. Die Stadt sorgt für die Erhaltung von 834 Brücken. Jede fünfte davon wurde vor 1950 erbaut. Es besteht daher ein großer Bedarf an Sanierungsmaßnahmen wie z.B. an der Heiligenstädter Hangbrücke, der Heiligenstädter Brücke, dem Gaswerksteg, der Floridsdorfer Brücke, dem Steg an der Ostbahn, der Kennedybrücke, dem Seilsteig sowie die Projekte Westausfahrt/ Nikolaibrücke und Hochstraße Handelskai.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Darstellung und Priorisierung des Brückensanierungsprogramms bis 2025.
- Wir vereinbaren für das Projekt Westausfahrt / Nikolaibrücke:
- die finanziellen Mittel dafür vorzusehen,
- die Einleitung des UVP-Verfahrens,
- die Einsetzung eines Programmkoordinators sowie

- eine Potentialanalyse für die freiwerdende Fläche mit dem Ziel einer Renaturierung des Wienflusses, von Lärm- und Luftverbesserungen sowie möglicher Photovoltaik und/oder Begrünungsmaßnahmen an Lärmschutzwänden.

City-Logistik

Online-Shopping hat in den letzten Jahren stark zugenommen und die Lieferverkehre explodieren lassen, obwohl es so manches vergleichbare Produkt auch in der benachbarten Einkaufsstraße gäbe. Diese Verkehre werden in der Regel mit Kraftfahrzeugen abgewickelt, die häufig in zweiter Spur oder auf Geh- und Radwegen parken und damit ein Problem für die Verkehrssicherheit darstellen. Die Anlieferung mit Diesel-LKWs in der Stadt wird mittelfristig jedenfalls der Vergangenheit angehören müssen.

Durch den Bau der großen Logistikcenter außerhalb der Stadt müssen für den innerstädtischen Lieferverkehr neue Verteilungsformen gefunden werden. 10 bis 15 Logistik-Hubs sollen die Umladung auf kleinere, stadtverträgliche Transportmittel, wie z.B. Elektrofahrzeuge oder Lastenräder ermöglichen.

Zunehmend werden Pakete nicht beim Empfänger abgegeben, weil während der Arbeitszeiten der Empfänger_innen geliefert wird. Geschäfte oder Packstationen werden so immer häufiger zu dezentralen Verteilzentren. Werden diese direkt beliefert und können Empfänger_innen sie zu Fuß erreichen, kann viel Verkehr reduziert werden. Packstationen können beispielsweise in Haltestellen der Wiener Linien, in Remisen („Remi-Hub“), alten Telefonzellen oder in andere öffentlich zugängliche Bereiche integriert werden.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Planung eines Logistik Masterplans mit verbindlichen Zielen bis 2022, um den Zulieferprozess ins Stadtgebiet effizienter zu machen.
- Leuchtturm-Projekte für die Citylogistik (auch in Stadtentwicklungsgebieten).
- Förderung von gebündelten Logistikflächen im Stadtzentrum und intelligente Konsolidierungszentren am Stadtrand durch die Stadt Wien, um den Raum bestmöglich zu nützen und das Zentrum zu entlasten.
- Innovative und ressourcenschonende Logistikkonzepte, wie der Einsatz von Lastenrädern und alternativen Antriebsformen, sollen weiterhin von der Stadt gefördert werden.
- Auch in Zukunft sind Handel und Gastronomie ein wichtiger Bestandteil des Lebens im 1. Bezirk. Wir setzen uns zum Ziel, den innerstädtischen Lieferverkehr bis 2030 vollständig auf kleinere und emissionsfrei betriebene Fahrzeuge umzustellen. Ein Pilotprojekt in Zusammenarbeit von Stadt, Bezirk, Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer soll bis 2025 realisiert werden.

Innovationsprojekte in der Mobilität

Im Projekt Verkehrsmanagement 2.0 geht es um die Echtzeitinformation über Verkehrslage und Verkehrslenkung direkt ins Fahrzeug. Eine Abstimmung zwischen den Straßenerhaltern ist zwingend notwendig, auch zur Verkehrsstromlenkung vom Bundesstraßennetz auf das Wiener Straßennetz.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die Stadt und ITS-Vienna Region entwickeln ein Verkehrsmanagement 2.0 mit der Zielsetzung einer bedarfsorientierten Verkehrssteuerung.

Ein gut ausgebautes ÖPNV-Netz mit einer guten Taktdichte und kurzen Umsteigezeiten garantiert, dass viele Menschen ihr Auto stehen lassen können. Ein Ziel der neuen Mobilitätsgarantie muss sein, dass alle Zentren innerhalb eines Bezirkes in maximal 20 Minuten, innerhalb der Stadt in 45 Minuten erreichbar sind.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die Fortschrittskoalition schafft bis 2025 die Voraussetzungen zur Gewährung einer Mobilitätsgarantie für alle Bürger_innen. Den Wienerinnen und Wienern soll auch ohne Fahrzeugbesitz volle Mobilität gewährleistet werden.
- Zur Erreichung dieses Ziels werden – neben der weiteren Stärkung des öffentlichen Verkehrs – Angebote der Sharing-Mobilität stark ausgebaut. Diese Services werden aus der Kund_innen-Perspektive geplant und sollen im gesamten Stadtgebiet verfügbar sein. Angebote einer Sharing-Mobilität und des öffentlichen Verkehrs werden integrativ betrachtet und einheitlich nutzbar sein. Die Stadt Wien etabliert sowohl physisch als auch digital eine starke Dachmarke für Angebote der Sharing Mobility und baut zur Bündelung der Services ein Netz aus Mobilitätsstationen auf. Unser Ziel sind zehn neue vollausgestattete Hubs pro Jahr bis 2025 und zwei bis drei vollautomatische Fahrradgaragen, z.B. an U-Bahn-Endstellen. Das wird im Radausbauprogramm mitberücksichtigt.
- Innovative Modelle wie Carsharing sollen ihr Geschäftsgebiet erweitern und mit klimaschonenden E-Fahrzeugen unterwegs sein. Dafür soll die Stadt Wien Anreize schaffen. Wir streben ein Angebot in allen Bezirken bis 2023 an.
- Ein Positionspapier der Stadt Wien zu den **Auswirkungen von automatisiertem Fahren** auf die Stadtentwicklung wird erstellt. Parallel dazu behandelt ein Arbeitsausschuss der Forschungsgesellschaft Straße-Schiene-Verkehr technische Parameter und Auswirkungen.

Mittlerweile wird jeder dritte Weg von den Wienerinnen und Wienern mit elektrisch betriebenen Verkehrsmitteln zurückgelegt. **E-Mobilität** ist ein zentraler Baustein des Verkehrs der Zukunft. Investitionen in diesem Bereich sollten in einer gesamtheitlichen Umstiegs-Strategie überlegt werden. In Wien werden bereits jetzt Elektromotoren produziert, die Branche ist der beschäf-

tigungsintensivste Produktionsbereich in der Stadt (über 5.000 Beschäftigte). Mit einem intelligenten Mix aus Investitionen, Förderungen, Erleichterungen für E-Autos im Straßenverkehr, dem Ausbau der Ladeinfrastruktur, Abnahmegarantien bspw. für Teile für die Wiener Linien-Flotte usw. könnte eine "grüne" Transformation in Angriff genommen und gleichzeitig Arbeitsplätze erhalten werden. Anreize für die Umstellung auf E-Taxis sollen geprüft werden. Stromtankstellen werden massiv ausgebaut. Bis Ende 2020 werden im Großraum Wien rund 2.000 Ladestellen in Betrieb sein, 1.000 davon im Stadtgebiet auf öffentlichen Plätzen.

Die in der Elektromobilitäts-Strategie getroffenen Festlegungen gelten bis ca. 2025, wobei technologische oder organisatorische Änderungen zwischenzeitliche Überarbeitungen bzw. Neueinschätzungen notwendig machen können.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Citybikes und E-Scooter sollen Bestandteil des öffentlichen Verkehrsangebotes für „die letzte Meile“ werden. Wir planen Gratis-Ladestationen für E-Bikes.
- Die öffentliche Beschaffung für Dienste wie Essen auf Rädern oder die mobile Pflege soll auf Elektrofahräder und Elektroautos ausgerichtet werden.
- Projekt E-Mobilität im Park: Umstellung des Maschinenparks der MA 42 von Verbrennungsmotoren auf E-Antrieb.
- Die Errichtung von 1.000 Ladepunkten für E-Autos bis Ende 2020, um die Grundversorgung sicherzustellen. Darüber hinaus Erweiterung und Verdichtung des Netzes sowie Forcierung eines Schnellladenetzes für Wien.
- Wir setzen uns beim Bund für eine Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes ein, um den Einbau von E-Ladestationen in Garagen von Mehrparteienbauten zu erleichtern.

Als Ergänzung zum öffentlichen Verkehr könnte eine neue **Stadtseilbahn** zwischen Hütteldorf und Ottakring das Otto-Wagner-Areal und die künftige Central European University (CEU) an U-Bahn und S-Bahn anbinden. Eine solche Seilbahn ist nicht nur ein wichtiger Zusatz zur Verkehrsanbindung, sondern auch für Tourist_innen ein zusätzlicher Anreiz, Wien zu besuchen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Bis 2022 prüfen wir die **Machbarkeit** dieser Seilbahn und möglicher weiterer Seilbahnen, zum Beispiel entlang der Süd-Ost-Tangente (Hauptbahnhof, Arsenal, Busterminal).
- Seilbahnen im Natur- oder Landschaftsschutzgebiet (z.B. Kahlenberg) schließen wir aus.

7. Kapitel: Sozialer Zusammenhalt

7.1 SOZIALE SICHERHEIT

Wir leben sozialen Zusammenhalt

Die besondere Lebensqualität, Lebensfreude und Sicherheit machen Wien zu einer einzigartigen Metropole und für die Wienerinnen und Wiener so liebenswert. Gleichzeitig sind sie Teil unseres wirtschaftlichen Erfolges.

Die Grundlage dafür ist ein sicheres Leben für alle. Ein sicheres Leben für jede Einzelne und jeden Einzelnen. Die Fortschrittskoalition lässt in Wien niemanden im Stich – auf das starke solidarische Netz sollen sich alle verlassen können.

Unsere vorausschauende Sozialpolitik ist bestrebt, Menschen zu der eigenständigen Sicherung ihres Lebensunterhaltes zu ermächtigen. Gute Kindergärten und Schulen legen den Grundstein für eine beruflich erfolgreiche Zukunft und ein selbstbestimmtes Leben. Sinnvolle Rahmenbedingungen schaffen die Voraussetzung für eine lebendige Wirtschaft und für Betriebe, die ausreichend Arbeitsplätze schaffen.

Wenn Menschen, aus welchen Gründen auch immer, nicht zur eigenständigen Sicherung ihres Lebensunterhaltes in der Lage sind, dann können sie auf die Solidarität der Gesellschaft vertrauen. Sie bekommen die Unterstützung, die sie für eine Rückkehr zur Eigenständigkeit benötigen, oder - sollte das nicht möglich sein - um ein Leben in Würde zu führen.

Ein gelungenes Miteinander der Menschen in Wien, die unterschiedlichen Lebenskonzepte, Interessen, Anschauungen über alle Generationen hinweg sind uns ein besonderes Anliegen. Daher legen wir einen zusätzlichen Fokus auf Initiativen und Projekte, die das Zusammenleben fördern. Dabei sind wir Partner_innen und Verbündete der Zivilgesellschaft.

Armutsbekämpfung, Pflegegarantie und Gesundheitsversorgung als Säulen des sozialen Zusammenhalts

Eine funktionierende Armutsbekämpfung, hochwertige Pflege und die bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle sind die Säulen des sozialen Zusammenhalts - die Säulen und Leistungen, die wir weiterhin stärken wollen.

Das wollen wir mit neuen Initiativen in der Mindestsicherung als Sprungbrett in ein selbstbestimmtes Leben genauso erreichen wie durch individuell abgestimmte Pflegeangebote. Sie ermöglichen Menschen, das Leben so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung zu führen und pflegende Angehörige zu entlasten.

- Eine solidarische Gesellschaft unterstützt Menschen dort, wo sie es brauchen – unabhängig von Alter, Lebenssituation oder Herkunft. Auf diese Leistung müssen sich die Menschen in einem funktionierenden Sozialstaat verlassen können.
- Dafür schaffen wir die Sicherheit, die wir für die Wienerinnen und Wiener erreichen wollen. Eine vorausschauende Finanz- und Ressourcenplanung sichert diese Angebote auch für künftige Generationen.

Wir bekämpfen die Armut und nicht die Armen

Die Fortschrittskoalition setzt existenzsichernde Maßnahmen besonders für jene Menschen, die es nicht aus eigener Kraft schaffen, ein finanziell unabhängiges Leben zu führen, und auf die Unterstützung durch andere angewiesen sind. Wir sichern einen angemessenen Lebensstandard, auch wenn das eigene Einkommen nicht oder nicht mehr dafür ausreicht. Diese Hilfen sollen auch so bemessen sein, dass nicht der tägliche Existenzkampf im Vordergrund steht, sondern dass sie eine zuverlässige Basis dafür sind, wieder ein selbstständiges Leben führen zu können. Wir unterscheiden nicht, woher Menschen kommen, vielmehr sind es die persönlichen Ziele, die für die Hilfe, die wir leisten können, ausschlaggebend sind. Dazu braucht es das Engagement des/der Einzelnen wie auch zusätzliche begleitende individuelle Unterstützungsmöglichkeiten.

- Dabei sollen Fähigkeiten und Fertigkeiten gestärkt und nicht nur Defizite kompensiert werden, um eigenständig und selbstbestimmt leben zu können. Unser Ziel ist, Chancengleichheit in der Gesellschaft zu ermöglichen.

7.2 SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN

Pflegegarantie – individuell abgestimmt für alle leistbar

- Wienerinnen und Wiener haben bestmögliche Pflege und Betreuung verdient und werden diese auch in Zukunft erhalten. Das wollen wir mit der Wiener Pflegegarantie sicherstellen. Wir garantieren, dass Pflege für alle leistbar ist, vielfältige Angebote für jeden individuellen Bedarf zur Verfügung stehen und hochqualitative Ausbildungen für professionelle Pflege- und Betreuungsarbeit sichergestellt werden.

Pflege. Zukunft. Wien.

Die Stadt Wien hat eine Erhebung des Personalbedarfs beim Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen in Zusammenarbeit mit der Gesund Österreich GmbH (GÖG) in Auftrag gegeben. Die Prognose des Personalbedarfs in der Pflege und im Sozialbereich 2030 wurde auf Basis einer Modellrechnung erstellt und umfasst die mobile Pflege und Betreuung, Wohnen und Pflege, teilstationäre Einrichtungen, das Casemanagement des Fonds Soziales Wien sowie Einrichtungen der Behindertenarbeit.

- Mit den Ergebnissen der Erhebung, den Empfehlungen der Expert_innen und Organisationen sowie dem Strategiekonzept "Pflege und Betreuung 2030" arbeitet die Fortschrittskoalition nun daran, ausreichend gut qualifizierte Pflegekräfte für eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Die Ausbildungsoffensive wurde unmittelbar gestartet, denn der Bedarf liegt bei über 9.000 Pflegepersonen bis 2030. Weiters gilt es, die Rahmenbedingungen anzupassen mit dem Ziel, attraktive Arbeitszeitmodelle und Karrierepfade zu erarbeiten.
- Für jene Personen, die an Pflege- und Betreuungsberufen interessiert sind und für die ein Berufswechsel eine attraktive Perspektive sein kann, stellt eine Implacement-Stiftung als arbeitsmarktpolitisches Instrument ein zusätzliches Angebot zur Qualifikation von Wienerinnen und Wiener, die beim AMS vorgemerkt sind, dar. Dafür sind Prozesse in der Innovationsfähigkeit des Pflegeangebots notwendig, d.h. Pflegeabläufe neu denken. Aber auch eine Digitalisierungsoffensive mit digitalen Plattformen und neuen Lösungen für die Dokumentation ist geplant, um mehr Zeit für die Betreuung zu gewinnen.
- Die Finanzierung der Pflege ist weiterhin über Steuereinnahmen zu garantieren, um eine einkommensunabhängige Qualität und den Zugang zu sichern. Eine weitere Belastung des Sozialversicherungssystems wird abgelehnt.
- Angesichts des demographischen Wandels und der Ansprüche an ein qualitativvolles Pflegesystem brauchen wir ein neues, österreichweites Konzept zur langfristigen Finanzierung des Pflegesystems. Eine Privatisierung des Vorsorgerisikos mit der Konsequenz einer möglicherweise schlechteren Betreuungsqualität von Menschen mit geringerem Einkommen wird ausgeschlossen.

Ausbau der mobilen Pflege und Betreuung

Die Fortschrittskoalition sichert unterschiedliche Formen und Leistungsangebote der Pflege und Betreuung. Individuelle Beratung und das spezifische Eingehen auf die Bedürfnisse, aber auch die Lebensumstände, erhöhen die Treffsicherheit in der Vermittlung und Förderung der richtigen Leistungen.

- Solange wie möglich soll das Leben in der eigenen Wohnumgebung ermöglicht und sichergestellt sein, ohne die Aufgabe auf pflegende und betreuende Angehörige zu überwälzen. Der Ausbau von Tageszentren und eine Verbesserung der rehabilitativen und

remobilisierenden Angebote in den Schnittstellen der akutmedizinischen Versorgung zu Reha- und Pflegeeinrichtungen soll dies unterstützen. Insbesondere die Möglichkeiten zur Rehabilitation von Pensionist_innen sollen in Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern verbessert werden.

- Das Wiener Modell der mobilen Pflege soll ausgebaut werden. Neue Ansätze wie das dezentrale Community-Nursing-Modell können erprobt und im Erfolgsfall ausgerollt werden. Diese Maßnahmen müssen im Rahmen einer gemeinsamen Strategie mit den Krankenversicherungen etabliert werden, um eine entsprechende Beitragsfreiheit zu gewährleisten.
- Die zunehmende Heterogenität der Wiener Bevölkerung macht deutlich, dass der bisherige inklusive Ansatz in den Pflege- und Betreuungsangeboten in den kommenden Jahren intensiviert werden muss.
- Alle Angebote in Wien sind auf die künftigen Herausforderungen wie auch auf den Anstieg der an Demenz erkrankten Menschen vorbereitet. Um die Versorgung der steigenden Anzahl von an Demenz erkrankten Personen gewährleisten zu können, sollen alle Wohnformen mit integrierten Pflege- und Betreuungsleistungen, ihre Strukturen, Prozesse an die Erfordernisse angepasst und gegebenenfalls bauliche Adaptierungen (demenzfreundliche Gestaltung von Innen- und Außenflächen) vorgenommen werden.
- Die Fortschrittskoalition orientiert sich in der Umsetzung des Programms an den Wirkungszielen und Handlungsempfehlungen der nationalen Demenzstrategie und setzt mit dem Senior_innenbüro der Stadt Wien die Initiative "Demenzfreundliches Wien" um. Ziel dieser Initiative ist die gesellschaftliche Entstigmatisierung von Demenz oder anderen psychischen Erkrankungen im geriatrischen Bereich sowie die Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung aller Bevölkerungsgruppen. An der Erweiterung dieser Initiative auf alle Wiener Bezirke wird weiterhin gearbeitet.

Weiterentwicklung der Wiener Mindestsicherung

Wien ist und bleibt Hauptstadt des sozialen Zusammenhalts. Die Weiterentwicklung der Mindestsicherung stellt in Zukunft sicher, dass alle Menschen, die Unterstützung benötigen, existenziell abgesichert sind. Mit der Weiterentwicklung der Wiener Mindestsicherung wird es künftig spezifische Angebote für unterschiedliche Zielgruppen geben, um allen Menschen auch ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Egal, ob es sich dabei um Arbeitssuchende oder Wenigerverdienende, Jugendliche ohne Schulabschluss, Menschen mit Behinderung oder ältere Menschen mit geringen Pensionen handelt – in Wien wird den einkommensschwächsten Haushalten geholfen. Die Fortschrittskoalition lässt niemanden zurück.

- Kinderarmut hat in unserer Stadt keinen Platz! In Wien ist jedes Kind gleich viel wert. Alle Kinder erhalten daher die gleiche Unterstützung. Eltern werden gefördert, um ihren Kindern die gleichen Chancen am Bildungsweg zu ermöglichen.

- Die Fortschrittskoalition legt dabei Augenmerk darauf, dass Eltern – gerade auch Neu- und Wiedereinsteiger_innen nach einer Karenzzeit – nachhaltig unterstützt werden, um den Schritt in den Arbeitsmarkt zu schaffen.

Die Erfahrung zeigt, dass verschiedene Zielgruppen unterschiedliche Unterstützungsleistungen brauchen, um die Ziele der Mindestsicherung bestmöglich zu erreichen.

In den letzten Jahren wurden deshalb die Bemühungen verstärkt, den Verfestigungstendenzen in der Mindestsicherung entgegenzuwirken und Bezieher_innengruppen bedarfsgerechte Unterstützungsangebote zukommen zu lassen. Die Wiener Jugendunterstützung etwa ist eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen MA 40 und dem Arbeitsmarktservice (AMS) und hat die verstärkte Arbeitsmarktintegration der Gruppe der 15 bis 25-Jährigen sowie die bessere Abstimmung und Vereinfachung von Unterstützungs- und Angebotsstrukturen zum Ziel.

In der neuen Legislaturperiode sollen diese Bemühungen um zielgruppengerechte Unterstützungsangebote weitergeführt werden.

Fokus auf Alleinerziehende

Alleinerziehende gehören zu den Haushalten in Österreich, die am stärksten von Armut betroffen sind. Rund ein Drittel verfügt über ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze. In Wien beziehen rund 9.500 Alleinerziehende - das ist mehr als jede und jeder zehnte Wiener Alleinerziehende – Leistungen aus der Mindestsicherung. In der Gruppe der Alleinerziehenden mit drei oder mehr Kindern sind sogar jede und jeder Dritte auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen. Der Weg zurück in ein stabiles Beschäftigungsverhältnis mit einem Einkommen, von dem man leben kann, scheint für viele von ihnen ohne Unterstützung unmöglich.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Wir erarbeiten passende Förder- und Unterstützungsprogramme für Alleinerziehende, damit sie und ihre Kinder ein besseres, sorgenfreies und selbstbestimmtes Leben führen können (z.B. Maßnahmen zur Arbeitsintegration, Entlastung bei Kinderbetreuung etc.).

Projekt Zukunftsgespräch Neu- und Wiedereinsteigerinnen

- Personen mit Betreuungspflichten für Kinder unter drei Jahren sind vom Erfordernis der Bereitstellung ihrer Arbeitskraft befreit. In einem Modellprojekt soll vor allem mit Müttern rechtzeitig ein Abklärungsgespräch über ihre Zukunftsperspektiven ("Zukunftsgespräch") geführt werden. Dadurch sollen rechtzeitig die Weichen für einen erfolgreichen Neu- und Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit gestellt werden.

U25 – Förderung Jugendlicher und junger Erwachsener

- Wir wollen unter 25-Jährigen, die noch keine entsprechende Ausbildung erworben ha-

ben und eine Leistung aus der Mindestsicherung beziehen, den Weg in den Arbeitsmarkt erleichtern. So können sie ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben führen. Kooperationen von AMS, waff und MA 40 unter dem Dach des neugeschaffenen Sozialzentrums U25 sollen abgestimmte Angebote zur Arbeitsmarktintegration von jungen Erwachsenen schaffen. Zusätzliche Anreize zum Abschluss einer Berufsausbildung und zum Eintreten in die Erwerbstätigkeit sollen zum Schritt aus der Mindestsicherung motivieren. Dabei sollen Erwerbseinkommen nicht unmittelbar von der Unterstützungsleistung in Abzug gebracht werden.

- Neben der Arbeitsmarktintegration junger Erwachsener setzen wir uns das Ziel, sie mit Zusatzangeboten zu fördern. In Zusammenarbeit von MA 40 und dem Finanzführerschein der Schuldner_innenberatung Wien soll die Finanzbildung unter 25-jährigen Kund_innen gestärkt werden. Das soll ein fixer Bestandteil des Förderangebots auf dem Weg in ein finanziell unabhängiges Leben werden.

Grundversorgungsvereinbarung

So wie jeder Wienerin und jedem Wiener wollen wir auch geflüchteten Menschen ein gutes Leben in unserer Stadt ermöglichen. Die Grundversorgung und "Integration ab Tag 1" für Asylwerber_innen sind dabei Fundamente für eine erfolgreiche Integration im neuen Umfeld. Dies umfasst eine menschenwürdige Unterkunft, Chancen zur Aus- und Weiterbildung, entsprechende Möglichkeiten zum Erwerb der deutschen Sprache und Zugang zum Gesundheitssystem.

- Mit "Integration ab Tag 1" wollen wir außerdem sicherstellen, dass kein Tag ungenützt bleibt, um einen raschen Einstieg in eine Berufsausbildung und den Wiener Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ziel ist es, dass geflüchtete Menschen mit einem positiven Asylbescheid und einer Aufenthaltsberechtigung so rasch wie möglich ein selbstbestimmtes Leben jenseits der Grundversorgung starten können.
- Die Fortschrittskoalition wird sich außerdem für eine zeitgemäße und den Anforderungen entsprechende Neuregelung der Bund-Länder-Vereinbarung zur Grundversorgung einsetzen.

Richtwerte-Kommission für die Mindestsicherung

- Die Fortschrittskoalition richtet eine Kommission zur Untersuchung und Bewertung der sozialen Geld- und Sachleistungen der Stadt und des Bundes ein. Mit wissenschaftlicher Begleitung sollen anhand der realistischen Bedürfnis- und Lebenskostenportfolios der betroffenen Zielgruppen das bisherige Unterstützungsangebot überprüft und Defizite identifiziert werden.
- Die Kommission liefert Empfehlungen, um bestehende Angebote zu verbessern und die Ziele der Mindestsicherung zielgruppengerecht zu erreichen. Dabei sollen auch für den Bereich der Unterstützung für Familien mit Kindern im Kindergarten- und Schulalter

die Regelungen für die Ermäßigungen der Eigenbeiträge bzw. Befreiungen in diesem Bereich geprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

- Der (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt für Bezieher_innen der Mindestsicherung soll attraktiver werden. Es sollen Modelle der Zuverdienstgrenzen modelliert werden, die monetäre Anreize für den Austritt aus der Mindestsicherung und den Eintritt ins Erwerbseinkommen schaffen.

Wissenschaftliche Evaluierung der Hilfen

In einem sich rasch ändernden gesellschaftlichem Umfeld muss die Mindestsicherung stetig den neuen Herausforderungen angepasst werden, um die Menschen mit gezielten Förderungen zu unterstützen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Fünf Jahre nach der letzten umfassenden Studie zur Mindestsicherung (WIFO 2016) soll eine neue Studie zur Wirkungsmessung und Optimierung der Mindestsicherung durchgeführt werden.

Wirkungsorientierte langfristige Finanzplanung & Kontrolle

Soziale und wirtschaftliche Veränderungen führen zu unterschiedlichen und sich permanent ändernden sozialpolitischen Herausforderungen. Die Fortschrittskoalition will die Ergebnisse der städtischen sozialpolitischen Maßnahmen qualitativ und wirkungsorientiert monitoren und damit einhergehend ein optimiertes Ressourcenmanagement implementieren. Mit einer langfristigen Finanzplanung im Rahmen des Globalbudgets und des mittelfristigen Finanzplans können Versorgungsengpässe frühzeitig erkannt werden. Durch vorausschauende Planung und zielgerichtete präventive Angebote schafft man sozialräumlichen Ausgleich.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Eine mittel- und langfristige Finanzplanung im Sozialbereich wird im Rahmen des **Globalbudgets** implementiert, um Kostensteigerungen in bestimmten Bereichen im Auge zu haben, zu steuern und gegebenenfalls gegenzusteuern.
- Die mittel- und langfristige Finanzplanung im Sozialbereich wird im Rahmen des Globalbudgets transparent mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen **Wirkungszielen und Kennzahlen** hinterlegt, deren Zielerreichung wiederkehrend evaluiert wird.
- Die mittel- bis langfristige Planung folgt dem Prinzip der **jährlich rollierenden Planung**. Eine grundlegende strategische Ausrichtung (Wiener Sozialstrategie), unter Berücksichtigung der maßgeblichen Vorgaben, sollte zumindest einmal pro Legislaturperiode angepasst werden. Bestehende (Dienst-)Leistungen und Vereinbarungen werden kontinuierlich geprüft und bedarfsweise angepasst.

Soziale Innovationen vorantreiben

Zur Bewältigung sich stetig verändernder sozialpolitischer Herausforderungen braucht es neue und innovative Ansätze.

Die Kreativität, Innovationskraft und das zivilgesellschaftliche Engagement der Wienerinnen und Wiener sollen helfen, Projekte voranzubringen, um dieser Herausforderung zu begegnen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Mit einem Projekt für soziale Innovation schaffen wir die Rahmenbedingungen für eine Plattform für Social Entrepreneurship und Innovation. Dieses Projekt dient als Bindeglied zwischen Projektideen, Sozialinstitutionen und zusätzlichen Geldgeber_innen und eröffnet damit auch neue Beteiligungsmodelle in Wien.
- Das Pilotprojekt soll nach einer einjährigen Entwicklungsphase durch den Fonds Soziales Wien – unter Einbindung von Expert_innen aus dem Bereich Soziale Innovation und Social Entrepreneurship – bereits 2022 starten.

7.3 GELEBTE INKLUSION UND PARTIZIPATION

Inklusion und Partizipation für Menschen mit Behinderung

- Menschen mit Behinderung direkt in die Entscheidungen einbinden, die sie betreffen – diesem Ziel folgt der Kund_innenrat des Fonds Soziales Wien. Die von den Betroffenen im Herbst 2020 erstmals gewählten Vertreter_innen sollen die Anliegen von Menschen mit Behinderung gegenüber dem FSW artikulieren, beratendes Gremium sein, mitarbeiten und Feedback bei der Weiterentwicklung der Leistungen der Behindertenhilfe geben.
- Nach erfolgreicher Implementierung des Kund_innenrates sollen Mitglieder aus diesem Kreis auch in die bestehenden Vertretungsgremien von und für Menschen mit Behinderung delegiert und eine gemeinsame Weiterentwicklung dieser Gremien nach internationalen Vorbildern initiiert werden.

Berufliche Inklusion und soziale Absicherung

Tagesstrukturierende Angebote sind eine gute Möglichkeit, um Menschen mit Behinderungen eine Teilnahme an Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Langfristiges Ziel ist aber die Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt. Gemäß Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention erkennen Vertragsstaaten das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit an. Dies beinhaltet das Recht, den Lebensunterhalt durch eine frei gewählte oder angenommene Arbeit in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und – Arbeitsumfeld zu verdienen. Dazu müssen bestmögliche Bedingungen geschaffen werden.

- Menschen mit Behinderungen sollen an Arbeits- bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten teilhaben können. Initiativen zur Umsetzung der beruflichen Inklusion haben daher Priorität gegenüber tagesstrukturierenden Maßnahmen.
- Im ersten Halbjahr 2020 haben über 4.600 Wienerinnen und Wiener mit Behinderung die Leistung Tagesstruktur nach § 9 Chancengleichheitsgesetz Wien (CGW) in Anspruch genommen, weil sie „aktuell oder dauerhaft nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können“. Rechtlich gelten sie als nicht erwerbsfähig. Die Tätigkeit in der Tagesstruktur ist kein Dienstverhältnis. Menschen mit Behinderung erhalten eine Leistungsanerkennung (in anderen Bundesländern auch „Taschengeld“ genannt). Überwiegend beziehen sie zudem Mindestsicherung und Behindertenzuschlag zur Mindestsicherung, manche auch eine Berufsunfähigkeits- oder Waisenpension.
- Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass eine sozialrechtliche Absicherung mit Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung österreichweiter Standard wird.

Verbesserte Diagnostik und Behandlung von FASD sowie Anerkennung von FASD als Behinderung

Bei Fetalen Alkohol-Spektrum-Störungen (FASD) handelt es sich um eine angeborene Erkrankung, die durch Alkoholkonsum der Mutter während der Schwangerschaft verursacht wird. Menschen, die an FASD leiden, müssen im Verlauf ihres Lebens mit einem breiten Spektrum an Folgeerscheinungen und Komorbiditäten zurechtkommen und benötigen häufig, sowohl im Kindes- als auch im Erwachsenenalter, psychosoziale Unterstützung.

- Es wird daher auf Expert_innenebene ein Konzept erarbeitet, auf Basis dessen es in Wien gelingen soll, die Möglichkeiten der Diagnostik von FASD, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, zu verbessern und entsprechende Betreuungsangebote zu schaffen. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass FASD in Österreich offiziell als Behinderung anerkannt wird.

7.4 GENERATIONEN UND MITEINANDER

Die Förderung des Zusammenhalts über Generationen hinweg wird in Wien durch Initiativen im Bereich der Bekämpfung von Einsamkeit unterstützt.

Das Programm des Senior_innenbüros der Stadt Wien, die Initiativen der Wiener Gesundheitsförderung und des Kuratoriums Wiener Pensionist_innenwohnhäuser beschäftigen sich eingehend mit dieser Aufgabe.

- Die Weiterentwicklung und bestmögliche Vernetzung der Angebote wollen wir konsequent vorantreiben und eine Strategie entwickeln, die Vereinsamung präventiv entgegenwirkt.

8. Kapitel: Gesundheitsmetropole Wien

8.1 EIN STARKES ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN – MIT DEN PATIENTINNEN IM FOKUS

Oberstes Ziel der Wiener Gesundheitspolitik ist, eine für alle zugängliche öffentliche Gesundheitsversorgung zur richtigen Zeit und am richtigen Ort sicherzustellen. Zu dieser müssen alle Wienerinnen und Wiener Zugang haben – unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, Religion und Einkommen. Besonders die COVID-19 Pandemie hat gezeigt, wie wichtig das robuste und flexible Wiener Gesundheitssystem ist, um optimal auf eine Krise reagieren zu können. Die neue Wiener Stadtregierung wird diesen erfolgreichen Weg weiterhin gehen und das öffentliche Gesundheitswesen entsprechend weiterentwickeln. Deshalb muss die Gesundheitsplanung in Stadtentwicklungsgebieten von Beginn an mitgedacht und berücksichtigt werden.

Das Wiener Gesundheitswesen zeichnet sich sowohl im niedergelassenen als auch im Spitalsbereich durch seine Diversität aus – vielfältige Organisationsformen und unterschiedliche Träger stehen als Gesundheitsdiensteanbieter für die Versorgung der Wienerinnen und Wiener zur Verfügung. Um serviceorientierte und abgestimmte Leistungsangebote bieten zu können, braucht es eine gemeinsame Darstellung, Betrachtung und Weiterentwicklung des Gesundheitswesens. Insbesondere im Spitalsbereich ist eine aufeinander abgestimmte Planung über die verschiedenen Träger hinweg die Grundlage für eine enge Zusammenarbeit zur bestmöglichen Versorgung der Wienerinnen und Wiener. Beispielhaft sei hier die Kooperation des Wiener Gesundheitsverbundes mit der AUVA erwähnt, die langfristig die traumatologische Versorgung trägerübergreifend für ganz Wien sicherstellen wird.

Die Lebensumstände, die Lebensweisen und die beruflichen Anforderungen an die Bevölkerung ändern sich ständig, die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche. Diese Änderungen in den Lebensroutinen der Patient_innen ändern auch die Anforderungen an das Gesundheitssystem und die Gesundheitsförderung. Wir orientieren das Gesundheitssystem nicht nur an den Optimierungsparametern für die eigene Organisation, sondern binden Patient_innen stärker in die Behandlungsprozesse ein und entwickeln im Gesundheitswesen entsprechende Serviceorientierung.

Nicht nur die kurative Versorgung steht in der Gesundheitspolitik der Stadt im Vordergrund. Wir wollen bewusst auch einen Schwerpunkt auf die Prävention und die Gesundheitsförderung legen.

Für die Wiener Fortschrittskoalition sind Umwelt- und Klimaschutz eng und vielfältig mit gesundheitspolitischen Aufgabenstellungen verbunden.

Moderne Gesundheitsversorgung stellt Patient_innen in den Mittelpunkt, orientiert sich an deren medizinisch-pflegerischem Bedarf und den krankheitsassoziierten Bedürfnissen – das Gesundheitssystem verstehen wir in seinen Strukturen als Dienstleistungsorganisation.

Der medizinisch-wissenschaftliche Fortschritt der letzten Jahrzehnte ist enorm. Individuellere Behandlungsmöglichkeiten treten immer weiter in den Vordergrund. Unsere aktive Gesundheitspolitik legt daher ein besonderes Augenmerk darauf, dass diese Entwicklungen vorangetrieben werden. Das stärkt auch das wissenschaftliche Engagement in den Einrichtungen der Behandlungs- und Versorgungsbereiche. Gleichzeitig werden wir gewährleisten, dass der Fortschritt nicht einigen wenigen, sondern allen zur Verfügung steht, die dies auch benötigen.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen unsere Strukturen weiterentwickelt werden. Dies betrifft auch die organisatorische Ebene.

Governance Strukturen

- Die bestehenden Organisationseinheiten im Gesundheits- und Sozialbereich, die bereits als eigene Rechtsform organisiert sind, werden in ihren Governance Strukturen modernisiert. Ziel ist, den verschiedenen Ansprüchen an das Management einer Dienstleistungsorganisation, der Aufsichtsstruktur sowie dem Anspruch und der Erwartung des öffentlichen Eigentümers gerecht zu werden und die Ebene gemäß ihren Aufgaben und Verantwortungen entsprechend abzubilden.

Eine Privatisierung des öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesens schließen wir aus.

Modernisierung der Wiener Spitäler

- Um im Wiener Gesundheitsverbund (WiGeV) weiterhin modernste Medizin und Pflege in zeitgemäßer Infrastruktur bieten zu können, wird die Fortschrittskoalition ein Investitionsprogramm für die städtischen Spitäler realisieren. Die inhaltlichen Festlegungen der Leistungsplanung des WiGeV wurden auf Basis des Wiener Spitalskonzepts und des Medizinischen Masterplans nochmals grundlegend überarbeitet und akkordiert. Diese bilden die Basis für ein zukünftiges Sanierungs- und Neubauprogramm. Parallel zur bereits laufenden Generalsanierung des AKH wird auch die Infrastruktur in allen WiGeV-Spitälern modernisiert. Das Modernisierungsprogramm wird 2021 vorgestellt und im selben Jahr umgesetzt. Es hat eine Laufzeit bis 2040 bei einem Gesamtvolumen von rund fünf Milliarden Euro.
- Der WiGeV erstellt und implementiert ein Klima- und Umweltschutzprogramm, das sich an den Zielen der Smart City Rahmenstrategie orientiert. Er wird dem Gemeinderat regelmäßig über dessen Umsetzung berichten.

WiGeV – moderner Dienstleister im Eigentum der Stadt

Wir entwickeln den Wiener Gesundheitsverbund zu einer modernen Dienstleistungsorganisation weiter.

- Zentraler Baustein dafür ist die Überführung des WiGeV von der städtischen Verwaltung in eine eigene Rechtspersönlichkeit mit direkter Personal- und Kostenverantwortung, konkret in eine Anstalt öffentlichen Rechts. Dieser bereits eingeschlagene Weg soll in dieser Legislaturperiode finalisiert werden. Selbstverständlich ist, dass der WiGeV zu 100 % im Eigentum der Stadt Wien bleibt.

Neuorganisation des Wiener Gesundheitsfonds

- Mit der Neuorganisation der Wiener Gesundheitsfonds (WGF) und einer Zusammenführung mit den Aufgaben der MA 24 in den WGF soll eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die nach dem Prinzip gebündelter Kompetenzen rasch, effizient und transparent funktioniert.

Innovatives Leistungsangebot

Um dem Anspruch der Dienstleistungsorganisation gerecht zu werden, braucht es auch eine inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung des allgemeinmedizinischen Sektors – sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche:

- Dies bedeutet in der Versorgung der Menschen, dass die Sozialmedizin wieder stärker in den Fokus rückt. Darunter verstehen wir eine Medizin, die sich an den Bedarfen und Bedürfnissen der Menschen orientiert. In der Versorgung werden wir diesem Anspruch mit dem Ausbau im niedergelassenen Bereich in Form von über 16 spezialisierten Medizinzentren und 36 Primärversorgungszentren gerecht. Im Spitalsbereich entsprechen wir diesem Ziel durch die Etablierung von Erstversorgungsambulanzen in den Wiener Spitälern als Anlaufpunkt vor den fachspezifischen Spitalseinheiten.
- Weiters sollen dezentrale community-nursing Ansätze in der mobilen Betreuung durch diplomierte Pflegekräfte in enger Abstimmung mit der Allgemeinmedizin und anderen mobilen Diensten erprobt und im Erfolgsfall ausgerollt werden. Das wollen wir vor allem dort, wo es die Bevölkerungsstruktur und die sonstige fehlende medizinisch-pflegerische Versorgung erforderlich machen. Zur Versorgung der Kinder und zur Entlastung des schulmedizinischen Dienstes soll gemeinsam mit dem Bildungsbereich ein Projekt zu School Nurses gestartet werden. Diese Maßnahmen müssen im Rahmen einer gemeinsamen Strategie mit den Krankenversicherungen etabliert werden.
- Darüber hinaus bedeutet dieser Anspruch auch, dass der Wiener Gesundheitsverbund Ort von medizinischer Forschung und Innovation sein soll und damit einen wesentlichen Beitrag zum Wissenschaftsstandort Wien leistet.

Erstversorgungsambulanzen

- Die Erstversorgungsambulanzen (EVA) sollen die erste zentrale Anlaufstelle für jene Patient_innen sein, die selbstständig ins Krankenhaus kommen. Kleinere Behandlungen können direkt vor Ort erfolgen. Die EVA sollen Patient_innen aber auch an den „best-point-of-service“ im Spital oder im niedergelassenen Bereich weiterleiten. Darüber hinaus soll die EVA - ergänzend zur bestehenden Ausbildung in den Lehrpraxen - jener Ort sein, an dem moderne Allgemeinmedizin gelehrt, gelernt und beforscht wird. Dies trifft besonders die Arbeit im multiprofessionellen Team. Zielsetzung ist es, in jedem Haus des Wiener Gesundheitsverbundes eine EVA zu etablieren. Diese bilden gemeinsam mit den bereits bestehenden Notfallambulanzen ein modernes „Eingangsportaal“ in Wiens Spitälern.

Stärkung des ambulanten Bereiches

- Die Entlastung der Krankenanstalten durch Verlagerung von Versorgungsleistungen aus dem stationären Bereich in den ambulanten ist eines der zentralen Themen der Strukturentwicklung im Gesundheitsbereich. Die besondere Herausforderung besteht darin, die Strukturen im ambulanten Bereich entsprechend zu stärken und etwa neue, im stationären Bereich entwickelte Leistungen dorthin überführen zu können. Angebote müssen dabei an regionale und überregionale Bedürfnisse angepasst werden. Diese Entwicklung der Versorgungsstruktur bedeutet eine wegweisende Veränderung des gesamten Gesundheitsbereichs. Um die Beibehaltung der gewohnt hohen Behandlungsqualität zu sichern, ist eine Optimierung der Prozesse und der Ressourcen in und zwischen allen Bereichen notwendig.

Primärversorgungszentren

- Mit dem Ausbau der Primärversorgungszentren (PVE) auf 36 Einrichtungen wird die wohnortnahe Gesundheitsversorgung – durch Krankenkassen und Ärztekammer - bis 2025 Schritt für Schritt in ganz Wien ausgebaut. In den PVE stehen den Wienerinnen und Wienern Einrichtungen mit multiprofessionellen Teams und erweiterten Öffnungszeiten zur Verfügung. Die Versorgungsangebote der PVE sollen die Ambulanzen der Krankenhäuser entlasten und einen Beitrag zur Weiterentwicklung des niedergelassenen Bereichs leisten. Dabei ist denkbar, PVE allenfalls auch durch den WiGeV aufzubauen, um das niedergelassene Gesundheitssystem zu unterstützen.

Medizinische Zentren

- In Wien werden 16 neue spezielle Versorgungsangebote im niedergelassenen Bereich zur Verfügung stehen. Folgende Zentren sind dabei vorgesehen: drei Dermatologiezentren, ein Schilddrüsenzentrums, ein Diabeteszentrum, eine internistische Gruppenpraxis mit erweitertem Diabetesversorgungsauftrag, ein Schmerzzentrum, zwei Wundzentren, drei Augenzentren und vier Kindergesundheits- und Familienzentren.

Wiener Impfstrategie

Impfen zählt zu einer der wichtigsten Gesundheitsleistungen zum Schutz vor Infektionskrankheiten und hat durch die COVID-19-Pandemie signifikant an Akzeptanz gewonnen. Zielsetzung der Wiener Gesundheitspolitik ist es, die Durchimpfungsraten deutlich zu erhöhen.

- Durch die Einführung des digitalen Impfpasses sollen der analoge Impfpass abgelöst und alle Impfungen erfasst werden. Wir wollen, dass Wien hier weiterhin eine Vorreiterrolle einnimmt.
- Impftermine können über die Website [impfservice.wien](https://impfservice.wien.at) oder das Gesundheitstelefon 1450 vereinbart werden.
- Die Wiener Stadtregierung wird sich auch in diesem Zusammenhang aktiv für die österreichweite Weiterentwicklung des Aufgabenkataloges der Krankenkassen einsetzen. Flächendeckende Impfangebote sollen künftig integrierter Teil der Leistung moderner Gesundheitspräventionsprogramme und Gesundheitsvorsorgeprogramme der Krankenversicherung sein.

Projekt „Let’s end hepatitis C in Vienna“

Wien unterstützt die von der WHO im Jahr 2016 verabschiedete Strategie zur Eliminierung viraler Hepatitiden und Reduktion der Neuinfektionen mit Hepatitis C um 90 %, um die Mortalität um 65 % zu verringern. Auch wenn es gegen das Hepatitis C Virus noch keinen Impfstoff gibt, ermöglicht der Einsatz moderner Medikamente bei über 90 % der Patient_innen eine Heilbehandlung.

- Mit dem Projekt „Let’s end Hepatitis C in Vienna“ leistet die Wiener Fortschrittskoalition einen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele.

Ausbildungsoffensive

Wir schätzen - bei allem technischen und medizinischen Fortschritt - die Mitarbeiter_innen im Sozial- und Gesundheitswesen als das Herzstück der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung in sämtlichen Bereichen. Daher setzen wir einen besonderen Schwerpunkt auf eine hochwertige, moderne Aus- und laufende Weiterbildung.

Das Näherrücken des Pensionsantrittsalters der „Baby-Boomer“-Generation der 1960er Jahre betrifft auch das Gesundheitspersonal und wird zu einer besonderen Herausforderung für die Versorgung. Wie auch im Kapitel „Pflege.Zukunft.Wien“ angesprochen, stellt sich die neue Wiener Stadtregierung aktiv dieser Aufgabe.

Mit einer Ausbildungsinitiative in verschiedenen medizinischen Berufen werden wir eine Aufstockung in den Gesundheits- und Pflegeberufen erreichen:

- Diplomierte Gesundheits- und Krankenpflege: von derzeit 1.300 Ausbildungsplätzen auf 2.300 Plätze (+1.000)
- Pflegeassistenz und Pflegefachassistenz: von derzeit 1.100 Ausbildungsplätzen auf 1.800 Plätze (+700)
- Medizinisch-therapeutisch-diagnostische Gesundheitsberufe und Hebammen: von derzeit 1.300 Ausbildungsplätzen auf 2.100 Plätze (+800)
- Zentrale Steuerung der Pflegeausbildung durch die drei großen Player FSW, WiGeV und FH Campus

Eine besondere Rolle nimmt Wien auch in der ärztlichen Ausbildung ein:

Der Wiener Gesundheitsverbund ist der mit Abstand größte ärztliche Ausbilder in Österreich. Derzeit sind rund 1.200 Ärzt_innen in Ausbildung (das sind ca. 1/3 aller im WiGeV beschäftigten Ärzt_innen). Durch einen Schulterschluss mit der Ärztekammer wird auch hier durch eine Ausbildungsinitiative mit 250 zusätzlichen Stellen für Ärztinnen und Ärzte Vorsorge getroffen. Dies hat zwei positive Effekte zur Folge:

- ausgebildete Spezialist_innen, um die Pensionierungswelle auszugleichen,
- und eine deutliche Verjüngung der Teams in den Spitälern des Wiener Gesundheitsverbunds.

Ambulanzanmeldung

Die Ambulanzzeiten in den Krankenanstalten sollen erweitert und eine entsprechende Terminvergabe für die Patient_innen eingeführt werden. Dadurch sollen die Wartezeiten reduziert und es soll besser auf die Bedürfnisse der Patient_innen und ihrer Angehörigen eingegangen werden. Damit ist ein effizientes Zeitmanagement in den Ambulanzen gewährleistet.

Projekt Erstannahme Krankentransport

Um die Übergabe von Patient_innen beim Krankentransport zur Krankenanstalt effizienter zu gestalten, soll im Rahmen eines Pilotprojekts eine zentrale Übergabestelle an einem Krankenanstaltenstandort erprobt werden.

8.2 DIGITALISIERUNG IM GESUNDHEITSWESEN

Die Fortschrittskoalition wird Wien zur Vorreiterin unter Europas digitalen Gesundheitsmetropolen machen. Der Grundsatz „digital vor ambulant vor stationär“ wird deshalb im gesamten Gesundheitsversorgungssystem verankert. Dafür sind folgende Aktionsfelder von entscheidender Bedeutung:

1450 – zentrale Anlaufstelle für Gesundheitsfragen

Für die Krisenbewältigung der COVID-19-Pandemie hat sich das Gesundheitstelefon 1450 bewährt. Die Weiterentwicklung von 1450 ist daher von zentraler Bedeutung.

- In den kommenden Jahren soll 1450 zur zentralen Anlaufstelle für Gesundheitsfragen ausgebaut werden – leicht zugänglich, einfach, transparent, qualitätsgesichert und effizient. Dazu werden Erweiterungen des Serviceangebots geprüft bzw. vorbereitet – von der Integration der Geburtenanmeldung, den Terminvereinbarungen bei Ambulanzen, Primärversorgungseinrichtungen und niedergelassenen Ärzt_innen bis hin zur Veranlassung von Fahrtendiensten sowie Krankentransporten und der Vermittlung von mobilen Betreuungsangeboten.

Wiener Gesundheitsportal – Wiens digitaler Gesundheitspfad

Wir wollen für die Wiener Bevölkerung einen einfachen und sicheren digitalen Zugang zu ihren personalisierten Gesundheitsdaten, den unterschiedlichen Ressourcen im Gesundheitswesen und eHealth-Anwendungen ermöglichen. Wir legen die Basis für die künftige Entwicklung eines Wiener Gesundheitsportals, das allen Wienerinnen und Wienern einen zentralen Einstieg zu ihren Gesundheitsdaten und –themen bietet. Durch qualitätsgesicherte Informationen über Gesundheitsförderung, Prävention, Früherkennung und Gesundheitsangebote wird den Wienerinnen und Wienern der individuell beste Weg („best-point-of-care“) durch das Gesundheitssystem gezeigt.

- Das Wiener Gesundheitsportal soll als integrierte Lösung dienen. Die bereits vorhandenen Angebote wie [gesundheit.gv.at](https://www.gesundheit.gv.at), 1450, ELGA, Stadt Wien-eigene Gesundheitsservices (eHealth-Anwendungen) sowie andere Gesundheits-Applikationen werden über definierte und sichere Schnittstellen in einem Portal abrufbar gemacht.
- Ein sicherer, einfacher und barrierefreier Zugang soll den Wienerinnen und Wienern die Nutzung des Wiener Gesundheitsportals auf den verschiedenen Endgeräten ermöglichen. Dazu werden wir auch eigene Apps entwickeln lassen.

Digital Health Kompetenzzentrum des Wiener Gesundheitsbereichs

Das Digital Health-Kompetenzzentrum des Wiener Gesundheitsbereichs soll eine aktiv gestaltende und steuernde Rolle im Digitalisierungsprozess einnehmen. Dies ermöglicht eine Konzentration und Bündelung des Branchen-Know-hows. In Kooperation mit Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft soll die Entwicklung digitaler Technologien und Anwendungen gefördert und in der bestehenden Infrastruktur umgesetzt werden. Das Themengebiet umfasst breitenwirksame eHealth-Anwendungen im Bereich Gesundheitsförderung, Telemedizin, Videodolmetsch, Termin-Service für anstehende Untersuchungen und Impfungen, Apps für Gesundheitsförderung, Therapie und Rehabilitation, telemedizinische Anwendungen bei chronischen Krankheiten und im Bereich Psychiatrie, Abrufen der eigenen Gesundheitsdaten und altersgerechte Assistenzsysteme (AAL – Active & Assisted Living).

- Dazu ist eine Vernetzung und Akkordierung mit sämtlichen Akteur_innen des Gesundheitswesens notwendig, um im Sinne der österreichweiten Gesundheitsfinanzierung entsprechende Vereinbarungen abzuschließen.

E-Mental Health im Bereich der psychischen Gesundheit

- In den vergangenen Jahren ist das Angebot im Bereich Digital Health durch neue Produkte und Anwendungen zahlreicher Anbieter_innen sprunghaft gewachsen. Für den Bereich der psychischen Gesundheit ist daher ein Konzept zu entwickeln, auf dessen Basis ein umfassendes Angebot im Bereich E-Mental-Health für Wienerinnen und Wiener geschaffen werden kann.

E-Rezept, E-Vidierung, im Besonderen für Substitutionspatient_innen

Die Corona-Pandemie und die damit in Verbindung stehenden Maßnahmen haben dazu gezwungen, auf vielen Ebenen kurzfristige Alternativen für gewohnte Prozesse und Instrumente zu schaffen. In manchen Fällen führt das auch zu einer Erleichterung und Effizienzsteigerung.

- Die neue Wiener Stadtregierung spricht sich daher dafür aus, die Fortführung zunächst zeitlich befristeter Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung von Verschreibungen sowie deren amtsärztliche Vidierung auf unbestimmte Zeit zu prüfen.
- Entwicklung eines Pilotprojekts "Virtuelle Tagesklinik": Im Rahmen der Zielsetzungen der Gesundheitsmetropole Wien soll ein Pilotprojekt einer virtuellen Tagesklinik aufgesetzt werden. Ziel ist es, dass Patient_innen beispielsweise mit einer chronischen Erkrankung wie Diabetes über eine digitale Plattform mit Gesundheitspersonal in Kontakt treten können. Diese Plattform dient als erste Anlaufstelle und steht bei Bedarf in der Behandlung unterstützend zur Seite.

Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen stärken

Wir wollen die Versorgung von Kindern und Jugendlichen im niedergelassenen Bereich durch die Etablierung von Kindergesundheits- und Familienzentren verbessern und stärken. Ein leichter Zugang mit erweiterten Öffnungszeiten - nach dem Vorbild der Primärversorgungseinheiten - inkl. umfassender Gesundheitsversorgung durch multiprofessionelle und multilinguale Teams - soll gewährleistet werden.

- Ein Center of Competence für Kinder mit chronischen Krankheiten soll getestet werden. Dabei soll die spezielle Betreuung im Bereich der Transitionsmedizin vor allem für Kinder mit seltenen und chronischen Erkrankungen berücksichtigt werden, um uneingeschränkte Teilhabe an Bildung, Ausbildung sowie am Berufsleben zu ermöglichen.

8.3 STÄRKUNG DER FRAUENGESUNDHEIT UND SELBSTBESTIMMUNG

Weiterentwicklung der gynäkologischen Versorgung

- Leistungen der Gynäkologie und Geburtshilfe werden wir bedarfsgerecht auf modernstem medizinischem Niveau weiterentwickeln. Dies betrifft die Onkologie und Brustgesundheitszentren, die Endometriose, die Pränatal-Diagnostik im niedergelassenen Bereich, die Perinatalmedizin als Aufgabe spezialisierter Abteilungen sowie die Humanogenetik-Früherkennung für den Einsatz von frühzeitigen Behandlungsangeboten bei seltenen Erkrankungen.

Stärkung der hebammengeführten Geburt, der Vor- und Nachbetreuung

- Wir wollen in Wien die Rate der Spontangeburt erhöhen. Aus diesem Grund soll ein Projekt im WiGeV etabliert werden, bei dem die Begleitung während der Geburt vor allem von Hebammen durchgeführt wird, aber dennoch die Sicherheit eines öffentlichen Spitals im Hintergrund besteht. Insgesamt treten wir für eine deutliche Erhöhung der Kassenstellen für Hebammen ein.

Empfängnisverhütung

- Ein Pilotprojekt im Rahmen der Zielsteuerung Gesundheit „Kostenlose Verhütung in Wien“ für die Zielgruppe Frauen und Burschen/Männer bis 22 Jahre soll gestartet werden. Es soll sowohl die notwendige Beratung/Untersuchung als auch die empfängnisverhütenden Mittel umfassen. Um Verhütung nicht zur Frauensache zu deklarieren, werden Kondome für Burschen/junge Männer miteinbezogen.

Schwangerschaftsabbruch

- Der Zugang zu gynäkologischen Ambulanzen zur Beratung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches soll verbessert werden. Durch niederschwellige Information und im Bedarfsfall psychologische Beratung sollen ungewollte Schwangerschaften in Wien reduziert werden.

Frauengesundheitszentrum - Erweiterung FEM

Die beiden Frauengesundheitszentren FEM und FEM Süd (in den Kliniken Floridsdorf und Favoriten) sind seit Jahrzehnten etablierte Kompetenzzentren für Frauengesundheit und bieten Angebote für Frauen. Der Schwerpunkt liegt bei psychosozialer Betreuung und Beratung, auch in mehreren Sprachen.

- Die Erfahrung zeigt, dass eine Weiterentwicklung zu Themen wie Depression, Diabetes, Adipositas etc. notwendig ist und ausgebaut werden soll - und zwar durch spezialisiertes Fachpersonal, zur medizinischen Beratung/Betreuung als Clearingstelle und Drehscheibe zum niedergelassenen Bereich.

Opferschutz-Forensik

- Als Ergänzung zu den bestehenden Opferschutzgruppen in den Spitälern bedarf es der Etablierung eines mobilen Forensik-Teams, das unabhängig von einer polizeilichen Anzeige und schnell nach einem Übergriff tätig werden kann. Die Versorgung soll rund um die Uhr garantiert und in den öffentlichen Spitälern verfügbar sein.

8.4 SEELISCHE GESUNDHEIT

Unser Anliegen ist es, psychische Gesundheit als Thema verstärkt in alle jene Politikbereiche zu bringen, die eine Auswirkung auf die Entstehung, Folgen und Behandlung von psychischen Erkrankungen haben (im Sinne von: "Gemeinsam für Psychische Gesundheit"). Das sind insbesondere die Bereiche Gesundheit, Soziales, Arbeit, Bildung, Kinder und Jugend, Familien, Wohnen, Sicherheit und Justiz.

Für den gesamten Bereich psychischer Erkrankungen inklusive Sucht werden wir eine Strategie erstellen, die sich Fragen der Gesundheitsförderung, Früherkennung, Behandlung, Beratung, Betreuung, der sozialen Integration und Rehabilitation widmet und Grundlage für zukünftige Projekte und Maßnahmen in diesem Bereich ist.

Behandlung von Menschen mit psychischen Erkrankungen

- Die bedarfs- und patient_innenorientierte, dezentrale und wohnortnahe Versorgung von Wienerinnen und Wienern mit psychischen Erkrankungen wollen wir weiter ausbauen. Diese Weiterentwicklung von Behandlungs-, Betreuungs- und Rehabilitationsangeboten soll durch eine gemeinsame Finanzierung der unterschiedlichen Kostenträger_innen gewährleistet werden.
- Zudem wird in enger Verschränkung von stationären und ambulanten Versorgungsstrukturen ein Kompetenzzentrum für Behindertenpsychiatrie sowie eine Spezialambulanz für Peripartalpsychiatrie umgesetzt werden.
- Eine besondere Rolle in der sozialpsychiatrischen Versorgung der Stadt nimmt der Psychosoziale Dienst Wien (PSD) ein. Dieser hat das Ziel, Menschen mit psychischen Erkrankungen qualitativ hochwertig und bedarfsgerecht zu behandeln und zu unterstützen. Dieses Angebot wollen wir in den nächsten Jahren weiterentwickeln und ausbauen.

Psychiatrie Monitoring – die Wiener Seele

- Die Fortschrittskoalition schafft ein Instrument, mit dem regelmäßig und umfassend Parameter der psychischen Gesundheit der Wiener Bevölkerung (und darüber hinaus) erhoben werden können. Mit Hilfe dieses Monitorings soll es möglich werden, Erkenntnisse über den zeitlichen Verlauf unterschiedlicher Aspekte der psychischen Gesundheit der Wienerinnen und Wiener zu gewinnen und Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung vornehmen zu können.

Akutforensische Versorgung

- Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Justiz werden wir sowohl inhaltlich als auch räumlich die akutforensische Versorgung im Wiener Gesundheitsverbund weiterentwickeln. Die räumliche Neuverortung erfolgt im Zuge der Investitionsoffensive des Wiener Gesundheitsverbunds auf Basis der Ziel- und Gesamtplanung. Zur inhaltlichen Weiterentwicklung sollen gemeinsame Arbeitsgruppen eingerichtet werden.

Ausbau dezentraler, niederschwelliger Sucht- und Drogenarbeit

Zu den psychischen Erkrankungen zählen auch verschiedene Formen von Sucht. Sie ist eine chronische Erkrankung, die viele psychische und organische, aber auch soziale Ursachen und Aspekte hat.

- Das Angebot an dezentraler niederschwelliger Sucht- und Drogenarbeit werden wir weiter ausbauen. Angebote in diesem Bereich sollen Suchtkranken unabhängig davon zur Verfügung stehen, welches Suchtmittel im Fokus ihrer Erkrankung steht.

Flächendeckende Versorgung von Substitutionspatient_innen

- Die unterbrechungs- und barrierefreie Versorgung von suchtkranken Menschen mit Substitutionsmedikamenten ist für den Therapieerfolg essenziell. Dies kann in Wien am effizientesten über das vorhandene Netzwerk niedergelassener Ärzt_innen erfolgen. Eine Versorgung, die ausschließlich über spezialisierte Einrichtungen erfolgt, erschwert den Zugang und trägt zur Stigmatisierung der Patient_innen bei. Daher werden wir weitere Maßnahmen zur Unterstützung der niedergelassenen Ärzt_innen und Apotheken entwickeln.

8.5 GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Als wichtige Säule im Bereich der Gesundheit wurde in Wien die Gesundheitsförderung etabliert. Diese wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.

- Wichtig ist ein – an die internationalen Entwicklungen gekoppelter - Ansatz, der gleichermaßen auf gesunde Lebensweisen wie auch gesunde Lebenswelten (Settings) abzielt (z.B. Kindergärten, Schulen, Bezirke, Grätzln etc.). Empowerment und Partizipation sind dabei ebenso wichtig, wie die Eigenverantwortung zu unterstützen und zu fördern. Kinder, Jugendliche, Berufstätige und ältere Menschen sollen über ihre jeweiligen Lebenswelten besser erreicht werden, immer unter Berücksichtigung von Gender, Diversity und Schaffung von gesundheitlicher Chancengerechtigkeit.
- Die vielfältige Unterstützung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich ist die Aufgabe der Selbsthilfe-Unterstützungsstelle (SUS Wien), die in der Wiener Gesundheitsförderung (WiG) angesiedelt ist. Diese Arbeit soll in starker Kooperation und unter Beteiligung der Selbsthilfegruppen fortgeführt werden, auch unter Einschließung von Menschen mit Lernschwierigkeiten (People First).
- Die Förderung der Gesundheitskompetenz (health literacy) der unterschiedlichen Zielgruppen sowie intergenerative Ansätze wollen wir weiterentwickeln.
- Gemeinsam soll von der Wiener Gesundheitsförderung (WiG) und den Wiener Gesundheitszielen der Ansatz „Health in all policies“ weiterentwickelt werden, um den Anspruch der Ottawa Charta der WHO zur Umsetzung zu bringen. Demnach soll Gesundheit in allen Feldern und Lebensbereichen nachhaltig verankert werden. Auch der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Umwelt soll Beachtung finden.

Unser Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen - wie die Erhöhung der Gesundheitskompetenz in diesem Bereich und Unterstützungs- und Betreuungsangebote - alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere vulnerable, vor den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen.

Öffentlicher Gesundheitsdienst und Landessanitätsdirektion

Mit Auftreten der Covid19-Pandemie am Beginn des Jahres 2020 ist die Bedeutung eines starken, einsatzkräftigen öffentlichen Gesundheitsdienstes in die allgemeine Aufmerksamkeit gerückt. Während der Pandemie sind behördlich angeordnete Untersuchungen, Sicherheits- und Kontrollaufgaben bis zum Eingriff in die persönlichen Lebensbereiche der Bevölkerung vorgesehen.

Amtsärztliche Leistungen, schulärztlicher Dienst, allgemeine Hygienemaßnahmen sowie Leistungen als Sachverständige bis zur Todesfeststellung bilden einen breiten Bogen öffentlicher Gesundheitsdienste.

- Nach Ende der derzeitigen Pandemie ist ein grundsätzlicher Review der Leistungs- und Organisationsfähigkeit auf Basis der gewonnenen Erfahrungen durchzuführen. Auf dieser Grundlage ist eine Weiterentwicklung und allfällige inhaltliche und organisatorische Stärkung umzusetzen.

SPORT

Sport in Wien – modern, leistbar und gut erreichbar

Sport und Bewegung sind die beste Gesundheitsprävention und -förderung. Diesen Bereich nur aus der Gesundheitsperspektive zu betrachten, wäre jedoch zu kurz gegriffen. Denn Sport leistet einen wesentlichen gesellschaftlichen Beitrag zur Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. In keinem anderen Lebensbereich finden so viele Menschen aus unterschiedlichen Schichten, aus unterschiedlicher Herkunft sowie mit unterschiedlichen körperlichen und mentalen Voraussetzungen so schnell zusammen wie im Sport.

Die Fortschrittskoalition will die Vielfalt in der Sportausübung unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und der Höhe des Einkommens in Wien fördern - für jede und jeden, für Jung und Alt, im Verein oder individuell. Moderne, flexibel nutzbare und gut erreichbare Sportstätten spielen dabei eine zentrale Rolle. Das ist der Maßstab unseres politischen Handelns in diesem Bereich. Wir haben uns zur Aufgabe gesetzt, die Wiener Sportabteilung noch stärker in Richtung Sportmanagement zu entwickeln und den Schwerpunkt auf ein effizientes Platzmanagement sowie die Pflege der Infrastruktur zu legen.

Neue und moderne Sportstätten

Mit dem Sportstättenentwicklungsplan „Sport. Wien. 2030“ wurde eine Strategie erarbeitet, in der alle Sportstätten in den Bereichen Breiten-, Spitzen- und Trendsport berücksichtigt werden. Die Ergebnisse des Konzeptes sollen die Leitlinien für die nächsten Jahre sein – sowohl, was die Planung von neuen Sportstätten als auch konkrete Maßnahmen zur Sanierung und Attraktivierung vorhandener Anlagen betrifft. Zu diesem Zweck werden wir in den kommenden Jahren ein großvolumiges Investitionsprogramm in der Höhe von 150 Millionen Euro für den Aus-, Um- und Neubau hochqualitativer Sportanlagen umsetzen.

DIE WIENER FORTSCHRITTSKOALITION SETZT DEN FOKUS IN DEN KOMMENDEN JAHREN AUF FOLGENDE MASSNAHMENPAKETE:

- **Modernisierung der Sportstätten:** Das Modernisierungsprogramm garantiert die umfassende Sanierung der 154 städtischen Anlagen, die von Vereinen betrieben werden. Ebenso inbegriffen ist die Generalsanierung der sechs Rundhallen im Eigentum und Betrieb der Stadt Wien. Auch die Fußball-Trainingsplätze am Gelände des Ernst-Happel-Stadions werden umfassend erneuert.
- **Neubau von Sportstätten:** Die 2019 durchgeführte Bedarfserhebung bei allen Wiener Sportverbänden und -vereinen hat einen Mehrbedarf an Angeboten für diverse Hallensportarten ergeben, der allein durch eine Nutzungsoptimierung sowie durch Modernisierungsmaßnahmen von bestehenden Anlagen langfristig nicht zu decken ist.

Um diesen Bedarf nach Trainingsinfrastruktur und einer für den Sport exklusiv zur Verfügung stehenden Veranstaltungshalle zu decken, sollen eine neue Sportveranstaltungsstätte mit einer Kapazität für mindestens 3.000 Zuschauer_innen sowie drei smarte (modulartige an die jeweiligen sportarttypischen Bedürfnisse angepasste) Trainingshallen errichtet werden.

Zudem wird die Realisierung des vom Österreichischen Fußballbund angestrebten Projektes „ÖFB Trainingszentrum und Geschäftsstelle“ in Wien aktiv unterstützt.

- **Erweiterung der Sportstätten:** Ein steigender Bedarf zeigt sich auch in Sportbereichen, die für ihre Sportstätten zusätzliche Kapazitäten benötigen. Hierzu sollen bestehende Sportanlagen der Stadt Wien ausgebaut werden.

Das Stadionbad erstreckt sich auf einer Fläche von nahezu 165.000 m². Es ist die größte künstliche Sport-Wasserfläche Österreichs. Seit 2011 wird das 50 Meter lange Sportbecken im Winter mit einer Traglufthalle überdacht und von Schwimmsportler_innen genutzt. Diese wird durch eine ausfahrbare dauerhafte und ganzjährige Dach- und Gebäudekonstruktion ersetzt und ein zusätzliches 50 Meter-Becken wird errichtet.

Neues und modernes Sportmanagement

- **Weiterentwicklung der Sportförderung:** Das zentrale Instrument der Sportpolitik – die Sportförderung – soll weiterentwickelt und transparenter werden. Eines der Ziele ist die verstärkte Förderung von unterrepräsentierten Gruppen. Mit finanziellen Anreizen sollen jene Vereine zu einem verstärkten Engagement motiviert werden, die bis dato keine Frauenteam, keinen Mädchennachwuchs oder keine Angebote für Menschen mit Behinderung hatten.
- **Öffnung der Schulsportanlagen:** In den kommenden Jahren werden wir die Möglichkeiten zur Nutzung von Sportanlagen in Wiener Schulen weiter ausbauen. Das betrifft einerseits die Nutzung an Wochenenden, andererseits den Zugang in den Schulferien. Dadurch können neue Freizeit- und Sportmöglichkeiten in unmittelbarer Wohnumgebung eröffnet werden.
- **Sport und Bewegungsangebot gesamthaft bekannt und erlebbar machen:** Sport findet an unterschiedlichen Orten und bei weitem nicht nur auf „klassischen“ Sportanlagen statt, sondern auch und insbesondere in den zahlreichen Parks und Grünflächen der Stadt. Die Vielfalt der Sport- und Bewegungsinfrastruktur ist ein wichtiger Baustein der hohen Wiener Lebensqualität. Diese Möglichkeiten sollen durch sportliche Basisangebote im öffentlichen (Grün-)Raum (Klettern, Parcours, Gymnastik und Koordination, Laufstrecken, etc.) noch stärker sicht- und erlebbar gemacht werden.
- **Sport in der Stadtentwicklung:** Die dynamische Entwicklung der Stadt ist an den zahlreichen Neubauten, an den neu entstandenen Stadtteilen und Grätzln ablesbar. Basierend auf lokalen Bedarfsanalysen soll analog der Grünflächenversorgung die Versorgung auch mit Sportflächen sichergestellt werden.

Zudem sollen auf Entwicklungsflächen temporäre Zwischennutzungen für sportliche Bewegungsangebote ermöglicht werden.

Der Schutz der bestehenden Sportflächen und Sportstätten soll durch die Festlegung in Widmungskategorien (Flächensicherung) bzw. das Sportstättenschutzgesetz (Objektschutz) gestärkt werden.

9. Kapitel: Transparente Stadt

Transparenz ist eine Grundvoraussetzung, damit Bürger_innen informiert und aktiv am gemeinschaftlichen Leben dieser Stadt mitwirken können. Die Wiener Fortschrittskoalition setzt mutige Schritte im Bereich Transparenz, indem sie den offenen Zugang zu Datenbanken und Studien ausbaut, die Kontrollrechte des Gemeinderates und des Stadtrechnungshofes weiterentwickelt und auf den bestehenden Institutionen der partizipativen Demokratie aufbaut. Wir nutzen die Chancen, die uns die Digitalisierung bietet, um die Politik weiter zu öffnen und die Nachvollziehbarkeit politischen Handelns zu erhöhen.

Österreich braucht einen Paradigmenwechsel in der Informationspolitik: Weg vom Amtsgeheimnis, hin zum Grundrecht der Bürger_innen auf Information. Bei diesem wichtigen Schritt ist der Verfassungsgesetzgeber am Zug. Aber auch bis dieser Schritt vollzogen ist, werden wir eine Reihe von Maßnahmen setzen, die für ein Mehr an Transparenz in Wien sorgen werden.

Starke Kontrollmechanismen sind ein Garant dafür, dass die Stadt und ihre Betriebe auch weiterhin in hoher Qualität für die Menschen in dieser Stadt arbeiten und einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln an den Tag legen. Um das für die Zukunft zu gewährleisten, stärken wir den Stadtrechnungshof und die Kontrollinstrumente von Gemeinderat und Landtag, unter anderem durch eine Reform der Untersuchungskommissionen und -ausschüsse. Auch im Bereich der Landesparteien wird künftig der Stadtrechnungshof für die Kontrolle der widmungsgemäßen Verwendung der Parteienförderung zuständig sein.

Die Stadt Wien führt auch weiterhin entschlossen den Kampf gegen jede Form von Korruption. Um in diesem Bereich noch wirksamer zu werden und vor allem durch Präventionsmaßnahmen mögliche Delikte gleich im Keim zu ersticken, wird der Bereich Korruptionsbekämpfung auf neue institutionelle Beine gestellt und ein Hinweisgeber_innensystem eingerichtet.

Die nächsten Jahre werden durch die Folgen der Corona-Krise eine große Herausforderung für die Stadt Wien. In dieser Krisenzeit ist es von großer Bedeutung, dass sich die Bürger_innen auch weiterhin auf die Stadt und ihre Institutionen verlassen können und diesen vertrauen. Die Wiener Fortschrittskoalition setzt daher eine Reihe von Maßnahmen, um dieses Vertrauen auch in den nächsten Jahren zu stärken und auszubauen.

9.1 KORRUPTIONSPRÄVENTION UND -BEKÄMPFUNG

Ziel der Korruptionsprävention der Stadt Wien ist eine nachhaltige Kultur der Unbestechlichkeit und Transparenz. Korruptionsdelikte erzeugen einen mehrfachen Schaden: Neben wirtschaftlichen Schäden, die im öffentlichen Bereich die Steuerzahler_innen treffen, beschädigt Korruption vor allem das Vertrauen in Politik und Verwaltung. Um einen weiteren Fortschritt im Kampf gegen Korruption zu erreichen und nicht zuletzt den Bereich der Prävention, Aufklärung und Mediation zu stärken, wird Wien diesen Weg konsequent fortführen und neue wichtige Maßnahmen umsetzen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die Schaffung einer weisungsungebundenen **Wiener Antikorruptions-Ombudsstelle** in der Magistratsdirektion. Die neu einzurichtende Stelle bündelt alle Kompetenzen im Bereich Korruptionsprävention und -bekämpfung. Sie dient sowohl als Beratungs- und Serviceeinrichtung für die Dienststellen als auch als Anlaufstelle bei Vorliegen von Verdachtsmomenten. Ein weiterer Tätigkeitsbereich ist die Mediation. Die Ermittlung bei Verdachtsmomenten erfolgt weiterhin über die bisher zuständigen Behörden.
- Diese Stelle soll die Wiener Stadtregierung und den Gemeinderat bei der Entwicklung, der Einführung, der Aufrechterhaltung, der Überprüfung und Verbesserung von Compliance-Systemen für die Verwaltung und die Mitglieder des Gemeinderates beraten und unterstützen. Bei der Ausgestaltung der Wiener Ombudsstelle ist die Personalvertretung einzubinden um eine höhere Akzeptanz bei den Mitarbeiter_innen zu erreichen sowie Erfahrungen aus Unternehmungen der Stadt Wien einfließen zu lassen.
- Dem Gemeinderat wird einmal jährlich ein **Bericht zur Korruptionsbekämpfung** vorgelegt, der über aktuelle Maßnahmen und Entwicklungen in diesem Bereich informiert.
- Die Einrichtung eines EDV-gestützten Systems zur anonymen Eingabe von Hinweisen über Korruption im Bereich des Magistrats der Stadt Wien (**Whistleblower-Plattform**).

9.2 REFORM DER UNTERSUCHUNGSKOMMISSION

In den letzten Jahren konnte der Wiener Gemeinderat in zwei Untersuchungskommissionen wichtige Aufklärungsarbeit leisten. Aus diesen zwei Kommissionen sowie aus den Erfahrungen mit der neuen Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse auf Bundesebene konnten zahlreiche Lehren gezogen werden, wie die Kontrollinstrumente in Wien weiterentwickelt werden können. Die Arbeit der Untersuchungskommissionen und -ausschüsse ist wertvoll und ein wichtiger Baustein der demokratischen Landschaft in der Wiener Politik. Die letzten Kommissio-

nen haben hinsichtlich Ablauf und Vorsitz einen Verbesserungsbedarf aufgezeigt.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Es wird eine **Neuregelung der Besetzung des Vorsitzenden** angestrebt. Zu Beginn jeder Legislaturperiode werden die Präsident_innen des Oberlandesgerichtes Wien, des Landesverwaltungsgerichtes Wien und des Bundesverwaltungsgerichtes Wien gebeten, jeweils fünf aktive Richter_innen zu nennen, aus denen für jede Unterkommission bzw. Untersuchungsausschuss ein/e Vorsitzende/r und ein/e Stellvertreter/in per Los gezogen wird. Damit soll das zeitintensive Prozedere bei der Einsetzung verkürzt und die Kommission rasch arbeitsfähig sein.
- Weiters wird aus dem verbliebenen Personenkreis auch ein **dreiköpfiges Schiedsgremium** für mögliche strittige Verfahrenspunkte während einer laufenden Kommission gelöst.
- Ein eigenes **Verfahrensrecht** für Untersuchungskommissionen und –ausschüsse in Wien wird erarbeitet und beschlossen.
- Die Zahl der Mitglieder der Kommission ist so zu bestimmen, dass alle im Gemeinderat vertretenen wahlwerbenden Parteien entsprechend ihrer Stärke mitwirken können.
- Das **Einsetzungsquorum** wird auf $\frac{1}{4}$ der Mandatar_innen als weitere Stärkung der Minderheitenrechte herabgesetzt.
- Eine weitere **Stärkung der Minderheitenrechte** ist die Beschlussfassung einer begrenzten Zahl von Zeugenladungen und Beweismittelanträgen mit qualifizierter Minderheit der Mitglieder der Untersuchungskommission (analog Prüfaufträge an den Stadtrechnungshof).
- Die vorzeitige **Beendigung** der Untersuchungskommission bzw. des Untersuchungsausschusses bedarf der Zustimmung der Einsetzungsminderheit.
- Eine **einmalige Verlängerung** um drei Monate (auch durch die Einsetzungsminderheit) wird ermöglicht.
- Um den Umgang mit sensiblen Daten zu regulieren und einen Rahmen für die Übermittlung von besonders schutzwürdigen Informationen zu schaffen, soll eine **Informationsordnung** beschlossen werden, welche die Rahmenbedingungen für die Informationsübermittlung festlegt und die Voraussetzung schafft, um die Vorlage möglichst aller angeforderter Instrumente zu gewährleisten.

9.3 STÄRKUNG DES PARLAMANTARISMUS IN GEMEINDERAT UND LANDTAG SOWIE AUF BEZIRKSEBENE

Politik ist der Ort, an dem wir uns ausmachen, wie wir miteinander leben. Der Wiener Gemeinderat und Landtag sind das Herzstück der parlamentarischen Demokratie in Wien. Sie übernehmen eine wichtige Rolle in der Entscheidungsfindung, der Kontrolle und der öffentlichen Debatte. Als Fortschrittskoalition setzen wir uns das Ziel, den Parlamentarismus zu stärken, Kontrollrechte auszubauen und das öffentliche Interesse am parlamentarischen Geschehen zu erhöhen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung helfen uns dabei, Gemeinderat und Landtag transparenter und bürger_innennäher zu machen.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die Digitalisierung aller **Prozesse im Gemeinderat** und Landtag wird so rasch wie möglich umgesetzt. Nach einer ersten Evaluierung des Projekts "papierloser Landtag und Gemeinderat" wird eine Ausweitung auf die Bezirksebene sowie die Einrichtung einer digitalen Informationsdatenbank der Bezirksvertretungen geprüft.
- Der **Voranschlag und der Rechnungsabschluss** werden ab 2021 nicht mehr zwei Wochen, sondern vier Wochen vor der Beschlussfassung veröffentlicht.
- **Berichte der Mitglieder der Stadtregierung** zu Anträgen der Gemeinderät_innen werden veröffentlicht.
- Es wird ein politisches Bildungsprojekt ins Leben gerufen, das Kindern und Jugendlichen (insbesondere Schulklassen) die Politik in Wien näher bringen soll. Als Vorbild dient die Demokratiewerkstatt des Österreichischen Parlaments.
- Um das **Interpellationsrecht** zu präzisieren, wird dieses Instrument in Anlehnung an die entsprechende bundesverfassungsgesetzliche Formulierung neu gefasst. Somit soll das Fragerecht auch die Tätigkeit von Stadträt_innen im Rahmen ihrer Kontroll- und Informationsrechte gegenüber Rechtsträgern, die der Kontrolle des Stadtrechnungshofs unterliegen, umfassen, sofern sie nicht unternehmensrechtlichen Bestimmungen widersprechen. Das Interpellationsrecht wird analog zu den Änderungen bezüglich der Fristen im Wiener Auskunftspflichtgesetz angepasst.
- Ausweitung des Interpellationsrechtes auf die von der Stadt Wien verwalteten Anstalten, Stiftungen und Fonds.
- Abgeordnete zum Wiener Landtag und Mitglieder des Gemeinderates unterliegen zahlreichen Vorschriften und Regelungen, die eine sorgfältige und unabhängige Ausübung der Funktion sichern soll. Zur Unterstützung und Stärkung des Bewusstseins für die politische Vereinbarkeit wird ein **Compliance Officer im Wiener Landtag** eingerichtet, als welcher der Wiener Landtagsdirektor fungiert und unter Mitwirkung des Wiener Landtagspräsidenten als Serviceeinrichtung wirkt und die Klubs bei den Aktivitäten einbindet.

- Unter Mitwirkung aller Landtagsklubs wird ein **Verhaltenskodex** für Mandatar_innen erarbeitet.
- Die Verhandlungen über eine **Reform der Geschäftsordnungen** von Gemeinderat und Landtag sollen wieder aufgenommen und mit der Zielsetzung von mehr Transparenz, Kontrolle und Nachvollziehbarkeit für die Öffentlichkeit 2021 abgeschlossen werden.
- Digitalisierung trägt zu Transparenz, Geschwindigkeit und Ressourcenschonung bei. Mit **DigiPol** schuf die Stadt Wien eine hochmoderne Lösung für die politische Arbeit mit unzähligen Dokumenten (Entwürfen, Anträgen) bis zur digitalen Verwaltung der Sitzungen. Im ersten Schritt, mit dem 2020 begonnen wurde, sind alle Dokumente in einer neuen digitalen Anwendung verfügbar. Im zweiten Schritt können Anträge künftig auch elektronisch erstellt und per Handysignatur unterzeichnet werden. Das erhöht die Nachvollziehbarkeit und macht die Anträge schneller verfügbar. Im dritten Schritt werden die Sitzungen digital verwaltet, Abstimmungsergebnisse direkt dokumentiert und Beschlüsse lückenlos digital kundgemacht. Alle Funktionen von DigiPol werden schrittweise verfügbar sein und sollen in der letzten Ausbaustufe auch die Bezirksvertretungen umfassen.

Auf Ebene der **Bezirke** wird tagtäglich der unmittelbare Kontakt zwischen Bürger_innen und politischen Entscheidungsträger_innen gepflegt. Die nächsten Jahre sollen einen Schub in den Mitbestimmungsmöglichkeiten und der Transparenz in der Bezirkspolitik bringen. Gemeinsam und auf transparentem Weg mit den Bürger_innen zu Entscheidungen zu kommen, bringt bessere Ergebnisse und eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung.

- Die **Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen** wird auf Grundlage der bestehenden Einigung aller Rathausparteien mit einem Fokus auf mehr Transparenz und Partizipation reformiert. Beispielhaft sei dazu erwähnt:
- Gleichstellung Ausschüsse und Kommissionen.
- Information an Antragssteller_innen über Ergebnisse von Ortsverhandlungen.
- Schriftliche Begründung bei Nichtzulassung von Anträgen.
- Verlängerung der Frist zur Übermittlung von Anfragebeantwortungen.
- Veröffentlichung von Anträgen und Anfragen an die Bezirksvertretung bzw. die Bezirksvorsteher_innen im Internet.
- Elektronischer Versand der Protokolle.
- Die Liveübertragung von Sitzungen der Bezirksvertretungen wird optimiert und in möglichst vielen Bezirken implementiert. Die Sitzungen der Bezirksvertretungen wer-

den in einer Mediathek on demand zur Verfügung gestellt.

- In den Bezirksvertretungen wird das neue Instrument der **Bürger_innenfragestunde** eingeführt: bei Beginn der Sitzung sollen Bürger_innen die Möglichkeit haben, vorangemeldete Fragen an die Bezirksvorsteher_in zu stellen.

9.4 TRANSPARENZ BEI FÖRDERUNGEN, PERSONAL UND ÖFFENTLICHEN UNTERNEHMEN

Ausgehend vom Verständnis, dass Bürger_innen ein Anrecht auf transparente und umfassende Information durch Politik und Verwaltung haben, beschließen wir neue Standards bei der Transparenz von Förderungen und Entscheidungen in der Besetzung von weisungsungebundenen Stellen zu setzen. Wir sind davon überzeugt, dass nachvollziehbare und öffentlich einsehbare Prozesse auch die Akzeptanz von politischen Entscheidungen in der Öffentlichkeit entscheidend erhöht. Um auch im Bereich der öffentlichen Unternehmen neue Maßstäbe in der Transparenz zu setzen, orientieren wir uns an internationalen Best Practices in der Governance von kommunalen Einrichtungen. Das Förderwesen der Stadt Wien soll transparenter werden, wobei die Regeln der Transparenz nicht zu einer bürokratischen Belastung führen dürfen und den hohen Standards des Datenschutzes entsprechen sollen. Dabei liegt der Fokus der Transparenz auf der Nachvollziehbarkeit von Entscheidungskriterien insbesondere durch die Veröffentlichung von Förderkriterien und die Förderungen von Vereinen, Institutionen, Organisationen und juristischen Personen. Das Recht von natürlichen Personen auf Wahrung ihrer Persönlichkeitsrechte und des Datenschutzes bleibt dabei unberührt.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die Fortschrittskoalition spricht sich gegenüber der Bundesregierung für einen Beitritt zur **Open Government Partnership** (OGP) aus. Sobald Österreich der OGP beitrifft, wird Wien Teil von OGP Local und tritt somit einem internationalen Netzwerk zum Erfahrungsaustausch in den Bereichen Open Government, Transparenz und digitale Bürger_innenbeteiligung bei.
- **Förderrichtlinien** sind in Hinkunft von politischen Organen (Gemeinderat, Ausschüssen) zu genehmigen und zwingend zu veröffentlichen. Sie haben jedenfalls folgende Bereiche zu erfassen:
 - Formelle und qualitative Förderkriterien
 - Transparenz der Förderrichtlinien
 - Kontrolle der Mittelverwendung
 - Evaluation von Subventionen

- **Beschlüsse des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen** sind im Sinne der Open Data Strategie der Stadt Wien und der Transparenz von politischen Prozessen mit Beschlussbogen und Motivenbericht sowohl in der **Transparenzdatenbank des Bundes** als auch in **Landtags- und Gemeinderatsdatenbank** zu veröffentlichen.
- Jede Geschäftsgruppe erstellt jährlich einen **Förderbericht**, der die ausgezahlten Förderungen und Förderpolitik darstellt und in einem gesamten **Fördertransparenzbericht** der Magistratsdirektion an den Gemeinderat einfließt. Dieser ist zeitgleich mit dem Rechnungsabschluss vorzulegen.
- Die **Förderung der Jugendorganisationen politischer Parteien** wird anhand transparenter und nachvollziehbarer Kriterien neu geregelt.
- Die **weisungsfreien Organe der Stadt Wien** übernehmen verantwortungsvolle Aufgaben in der Interessenswahrnehmung. Durch ihre Weisungsungebundenheit verfügen sie über eine Sonderstellung. Um die Transparenz bei den Bestellungen dieser Positionen (Patientenanwältin, Tierschutzombudsperson, Umweltanwältin etc.) zu erhöhen und mehr Akzeptanz für diese wichtigen Personalentscheidungen zu schaffen, soll künftig bei allen weisungsfreien Organen mit den drei Bestgereihten ein **Hearing** vor dem jeweils zuständigen Gemeinderatsausschuss durchgeführt werden.
- In ihrer Rolle als Eigentümerin zahlreicher Unternehmen, die öffentliche Dienstleistungen anbieten, übernimmt die Stadt Wien eine wichtige Verantwortung. Um die Wahrnehmung der Eigentümerfunktion klarer zu regeln, das Handeln der Gemeinde transparenter zu machen und Rollen- und Interessenkonflikte zu vermeiden, formuliert die Fortschrittskoalition Mindeststandards für die von den Unternehmen erstellten **Public Corporate Governance-Kodizes** und -Berichte. Diese Public Corporate Governance-Berichte sind nachvollziehbar zu veröffentlichen.
- Mit der Novelle der Bauordnung im Jahr 2014 wurde das neue Instrument der **städtebaulichen Verträge** geschaffen. Diese unterstützen die Finanzierung der neu zu schaffenden notwendigen technischen und sozialen Infrastruktur in neuen Stadtentwicklungsgebieten und Stadtteilen. Städtebauliche Verträge sind privatrechtliche Verträge zwischen der Stadt Wien und Bauträger_innen. Diese Verträge sollen weiterhin in dieser Form unter Einbeziehung der Bezirksvertretungen zum Einsatz kommen. Um die Nachvollziehbarkeit und die Transparenz dieser Verträge zu verbessern, sollen ein Leitfaden und Kriterienkatalog zu diesen Verträgen erstellt werden, die Bauträger_innen und Investor_innen

als Grundlage zur Verfügung stehen und nachvollziehbar veröffentlicht werden.

9.5 INFORMATIONSFREIHEIT UND REFORM DER AUSKUNFTSPFLICHT

Die Wienerinnen und Wiener haben ein Recht auf größtmögliche Transparenz in Handlungen und Entscheidungen von Politik und Verwaltung. Die Beantwortung von Bürger_innenanfragen sowie das proaktive Bereitstellen von Unterlagen der öffentlichen Verwaltung sind ein Grundrecht. Ausnahmen von diesem Recht auf Zugang zu Informationen müssen gut begründet sein. Die Abschaffung des Amtsgeheimnisses und die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes auf Bundesebene sind ein überfälliger Schritt. Im eigenen Wirkungsbereich setzt die Fortschrittskoalition im künftigen bundesgesetzlichen Rahmen Maßnahmen, um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten.

- Das **Wiener Auskunftspflichtgesetz** wird im Hinblick auf folgende Maßnahmen reformiert:
 - Kürzere Auskunftsfrist: ohne Aufschub, aber längstens innerhalb von vier Wochen, Verlängerungsmöglichkeit um zwei weitere Wochen nur bei Fragestellungen von hoher Komplexität.
 - Auskünfte sind in offenem, maschinenlesbarem, speicherbarem und druckbarem Format zu erteilen, wenn das möglich und zweckmäßig ist.
- Darüber hinaus erklärt die neue Wiener Stadtregierung ihre Unterstützung zur Bestrebung der **Abschaffung des Amtsgeheimnisses** sowie der **Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes** durch die Bundesregierung.
- Nach Einführung des Informationsfreiheitsgesetzes aus Bundesebene richtet Wien auf Landesebene eine **Informationsfreiheits-Ombudsperson** ein. Diese fungiert als Beratungsstelle für Bürger_innen und Verwaltung, etwa bei Unklarheiten, ob eine Auskunft zu erteilen ist, und als einfach anrufbare Schlichtungsstelle, welche widerstreitende Interessen abwägt und vermittelt (berührt nicht die Möglichkeit den Rechtsweg zu beschreiten). Die Informationsfreiheits-Ombudsperson hat dem Gemeinderat bzw. Landtag jährlich einen Tätigkeitsbericht vorzulegen.
- In einer **parlamentarischen Enquete** werden die Themen Recht der Öffentlichkeit auf den Zugang zu Informationen und Herausforderungen im Übergang vom Amtsgeheimnis zur Informationsfreiheit besprochen und Maßnahmen abgeleitet
- Im Rahmen der Open Data Strategie der Stadt Wien wird der Umfang an **Studien und Datenbanken**, die veröffentlicht werden, ausgeweitet.

9.6 POLITISCHE PARTEIEN UND WAHLKÄMPFE

Bürger_innen erwarten sich von der Politik vor einer Wahl eine Auseinandersetzung, die sachlich und fair ist und unter Bedachtnahme auf einen verantwortungsvollen Umgang mit Mitteln der Parteienförderung geführt wird. Eine lebendige Demokratie profitiert vom politischen Diskurs, gegenseitigen Respekt und unterschiedlichen Meinungen. Alle Menschen in Wien dürfen sich einen fairen Wettbewerb der besten Ideen erwarten – unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft oder Religion.

Neben Fairness und Sparsamkeit ist Transparenz bei Parteispenden und bei Wahlkampfausgaben wichtig für die Nachvollziehbarkeit politischen Handelns und für das Sichtbarmachen von etwaigen Interessenskonflikten. Aufbauend auf das im Wahlkampf 2020 geschlossene Fairnessabkommen vereinbaren wir ein Regelwerk für transparente, faire und sparsame Wahlkampf- und Politikfinanzierung.

- Um faire und sparsame Wahlkämpfe zu gewährleisten, wird die **Wahlkampfkostenobergrenze** auf 5 Millionen Euro gesenkt.
- Das Wiener Parteiengesetz legt einen Höchstwert für die Ausgaben von Parteien in Wahlkämpfen fest. Für die **Überschreitung** der Wahlkampfkostenobergrenze werden folgende Sanktionen gesetzlich verankert:
 - bis 10 % Überschreitung: 15 % des Überschreitungsbetrages
 - 10-25 % Überschreitung: zus. 50 % des 2. Überschreitungsbetrages
 - 25-50 % Überschreitung: zus. 150 % des 3. Überschreitungsbetrages
 - über 50 % Überschreitung: zus. 200 % des 4. Überschreitungsbetrages
- Eine Woche vor einer Gemeinderatswahl werden alle Parteien dazu verpflichtet, alle **Einnahmen, Ausgaben und getätigte Beauftragungen** (= geplante Ausgaben/Aufwände) im Zuge des Wahlkampfes auf der jeweiligen Parteiwebseite offen zu legen und dies dem Stadtrechnungshof zu melden, damit sich die Wähler_innen vor der Wahl ein Bild über die Wahlkampffinanzierung der Parteien machen können. Die Parteien verpflichten sich, in der Darstellung zumindest die Anforderungen des § 4 Parteiengesetz zu erfüllen. Eine detailliertere Aufstellung aller Ausgaben kann auf freiwilliger Basis erfolgen. Wenn auch auf Aufforderung des Magistrats keine Meldung der vorläufigen Wahlkampfkosten vorgenommen wird, erfolgt eine Sanktion, die sich als ein Prozentsatz der Parteienförderung des darauffolgenden Jahres berechnet.
- In den Jahren 2021/22 wird die **Valorisierung** der Wiener Parteienförderung **ausgesetzt**.
- Die durch das Wiener Parteienfinanzierungsgesetz geregelten Förderungen an Par-

teien sollen analog der Bundesregierung in zwei **Tranchen** ausbezahlt werden, wobei die erste Tranche jeweils im Jänner angefordert und ausbezahlt wird und die zweite Tranche und damit die Differenz zum Gesamtbetrag jeweils zu Beginn des dritten Quartals in valorisierter Form zur Auszahlung kommt.

- Die Fortschrittskoalition spricht sich für eine Abschaffung des Proporzsystems bei der Bestellung des Wiener Stadtsenats und somit für eine **Abschaffung der nicht amtsführenden Stadträt_innen** aus.

9.7 STARKE KONTROLLE DURCH EINEN UNABHÄNGIGEN STADTRECHNUNGSHOF

In einer modernen Demokratie müssen Kontrolle und Transparenz gewährleistet sein. Der Stadtrechnungshof kontrolliert in Wien Politik und Verwaltung und sorgt dafür, dass die wirtschaftliche Gebarung der Stadt Wien und ihrer Unternehmen ordentlich und nachvollziehbar ist. Mit Steuergeldern soll sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig umgegangen werden. Die seit 2019 vorliegende Evaluierung der Stadtrechnungshof-Novelle 2013 soll nun Grundlage für eine Weiterentwicklung des Stadtrechnungshofes sein.

DAHER VEREINBAREN WIR:

- Die Stadtrechnungshof soll noch mehr **organisatorische Unabhängigkeit** erhalten, insbesondere bei der Stärkung der umfassenden Weisungsfreiheit seiner Prüftätigkeit laut Wiener Stadtverfassung § 73 Abs 8. Durch eine Überarbeitung der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien ist die eigenständige Einholung von Gutachten oder Fachmeinungen zu ermöglichen. Eine Meldepflicht an den Stadtrechnungshof Wien ist zu etablieren, damit Missstände in Bezug auf die wirtschaftliche Gebarung und Sicherheitskontrollen gemeldet werden müssen.
- Die Prüfkompentzen sind so zu erweitern, dass **Landesfonds** geprüft werden können.
- Hinsichtlich der **Subventionsprüfungen** ist klar zu regeln, in welchem Ausmaß die Gesamtgebarung der subventionsempfangenden Stelle geprüft werden darf.
- Mit den Unternehmen Therme Wien und ARWAG, bei denen eine **Minderheitsbeteiligung** vorliegt, wird eine Vereinbarung über die Einrichtung der Prüfkompentz des Stadtrechnungshofes angestrebt.
- Um die wichtige Tätigkeit des Stadtrechnungshofs stärker in der öffentlichen Debatte zu verankern, sollen künftig **halbjährlich Sammelberichte** des Stadtrechnungshofes im Plenum des Gemeinderates verhandelt werden.
- Die **Wiederbestellung des/der Stadtrechnungshofdirektor_in** für eine dritte Amtszeit soll künftig nur mit einem erhöhten Quorum (2/3-Mehrheit) möglich sein.

Als zentrale Kontrollinstanz der Stadt soll der Stadtrechnungshof eine wichtige Rolle bei der Kontrolle der widmungsgemäßen Verwendung der Mittel aus der Wiener **Parteien-, Klub- und Akademieförderung** spielen. Unter Berücksichtigung der Absicht der Bundesregierung, den Rechnungshof mit originären Prüfrechten gegenüber Parteien (auf Bundes- und Landesebene) auszustatten, werden folgende Maßnahmen getroffen, die bei einem höchstmöglichen Ausmaß an Kontrolle auch gewährleisten, dass es zu keinen Doppelgleisigkeiten bei der Prüfung von Parteifinanzien kommt:

- Die Prüfung von Landesparteien, Gemeinderatsklubs und Landesparteiakademien erfolgt durch unabhängige **Wirtschaftsprüfer_innen**.
- Diese Prüfberichte sind dem Wiener Stadtrechnungshof zu übermitteln, der festzustellen hat, ob die jeweiligen Fördermittel widmungsgemäß verwendet wurden und im Falle der nicht widmungsgemäßen Verwendung einen **Sanktionsmechanismus** auslöst.
- Die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfungen aller Parteien werden zeitgleich auf der Webseite des **Stadtrechnungshofes** veröffentlicht.
- Wenn Prüfberichte nach einer angemessenen **Frist** und auch nach Aufforderung des Stadtrechnungshofes nicht übermittelt werden, entfällt der Anspruch auf die Förderung für das folgende Jahr.
- Falls auf Bundesebene im Laufe der jetzigen Legislaturperiode keine Regelung hinsichtlich einer **Prüfung von Parteifinanzien durch den Rechnungshof** gefasst wird, vereinbaren die Koalitionsparteien die Umsetzung von originären direkten Kontroll- und Einsichtsrechten durch den Stadtrechnungshof gegenüber den Wiener Landesparteien. Die Prüfung hinsichtlich der ordnungsgemäßen Gebarung und der widmungsgemäßen Verwendung der Mittel erfolgt jährlich bei allen Parteien, die Parteienförderungen erhalten.

9.8 WAHLEN, DIREKTE DEMOKRATIE UND PETITIONEN

- Das Wiener Wahlrecht und die Instrumente der direktdemokratischen Mitbestimmung werden laufend verbessert und modernisiert. Ein vorrangiges Ziel ist dabei, möglichst viele Menschen, die von den Entscheidungen der Wiener Politik betroffen sind, in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Wo dies möglich und sinnvoll erscheint, werden Vorgänge im Wahlrecht digital abgewickelt. Die Einrichtungen der direkten Demokratie sind auf Bezirksebene weiter auszubauen, indem **Bezirksbefragungen und verbindliche Bezirksabstimmungen** zu Themen ermöglicht werden, die die Kompetenzen der Bezirke betreffen. Teilnahmeberechtigt sollen bei Bezirksbefragungen zumindest alle Einwohnerinnen und Einwohner sein.
- Bürger_innenbeteiligung stellt ein wichtiges demokratisches Gut dar und soll gerade in der Stadtplanung und Bezirksgestaltung zum Einsatz kommen. Dabei unterstützt das

Kompetenzzentrum Partizipation in der Magistratsdirektion mit einer Fülle von Methoden bei der Umsetzung und Ausgestaltung.

Die Fortschrittskoalition setzt sich auf Bundesebene für eine Gleichstellung von Unionsbürger_innen beim Wahlrecht auf Landesebene ein.

- In einer **Enquete des Wiener Landtages** werden Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Wiener Wahlrechts sowie der direkten Demokratie (Volksbegehren, Volksbefragungen, Volksabstimmungen) erarbeitet. Es ist dabei unsere Zielsetzung, die Chancen der Digitalisierung für demokratische Prozesse noch besser zu nutzen, die Partizipation möglichst großer Teile der Bevölkerung sicherzustellen und unser System der repräsentativen Demokratie bestmöglich durch direktdemokratische Initiativen zu ergänzen. Unser Ziel ist es, den Zugang zu direktdemokratischen Instrumenten zu erleichtern und bestehende Unterstützungsquoten zu senken.

Durch das **Wiener Petitionswesen** können Bürger_innen ihr konkretes Umfeld aktiv mitgestalten. Bei Konflikten zwischen Anrainer_innen, Behörden und öffentlichen Unternehmen dienen Petitionen als Sprachrohr und der Petitionsausschuss als wichtiges Forum des Dialogs. Nach mehreren Jahren Erfahrung im Petitionsrecht soll dieses Partizipationsinstrument ausgebaut und verbessert werden.

- Grundsätzliche **Öffentlichkeit des Petitionsausschusses**, sofern der Ausschuss nicht aufgrund schutzwürdiger Interessen anderes beschließt.
- Damit auf Grundlage von fachspezifischen Einblicken konkrete Konsequenzen aus **Petitionen** abgeleitet werden können, sollen Petitionen neben der Möglichkeit des begründeten Abschlusses auch **Gemeinderatsausschüssen** zur weiteren Behandlung **zugewiesen** werden können.
- Die **Petitionsplattform** der Stadt Wien wird technisch weiterentwickelt.
- Auf der Petitionsplattform der Stadt Wien wird die genaue **Zahl der Unterstützer_innen** einer Petition veröffentlicht.
- Bei zugelassenen Petitionen wird ein_e Vertreter_in in jedem Fall zur **Aussprache** in den Petitionsausschuss eingeladen.
- Die Sammelberichte von abgeschlossenen Petitionen werden halbjährlich im Plenum des Gemeinderates und/oder Landtages debattiert, damit diese Debatten in größerer zeitlicher Nähe zum Abschluss der jeweiligen Petition im Plenum geführt werden.
- Der Modus zum Einholen von Stellungnahmen bei Kollegialorganen (Bezirksvertretungen, Gemeinderatsausschüssen) wird dahingehend präzisiert, als dass solche Stellungnahmen als Mehrheitsentscheidung dieses Gremiums beschlossen werden (ähnlich Stellungnahmen der Bezirksvertretungen zu Flächenwidmungsplänen).

